



mole³

FEMINISMUS

...ums Ganze!

mole³

FEMINISMUS

mole magazin Nr. 3 »Feminismus«
Leipzig, April 2016

Das mole magazin ist ein Projekt des
bundesweiten ...*ums Ganze!*-Bündnisses.

Redaktion: *arbeitskreis mole* der Gruppe
the future is unwritten Leipzig
Gestaltung: Paulina Leone
Homepage: magazin.umsganze.org

Vielen Dank an alle Unterstützer*innen!



Editorial

Liebe Leser*innen,

etwa ein Jahr nach der letzten Ausgabe melden wir uns zurück mit einem neuen *mole* (1). Diesmal widmen wir das ...ums Ganze!-Magazin dem Feminismus.

Warum dieses Thema? Wo ist denn heute noch das Problem? Schaut man sich die hiesige Situation an, so hat sich natürlich vieles verändert, was vor allem den Kämpfen der Frauen- Schwulen- und Lesbenbewegungen des 20. Jahrhunderts zu verdanken ist. Frauen* können heute am gesellschaftlichen Leben teilhaben, sind finanziell weniger abhängig und der Zugang zu Bildungseinrichtungen und Berufen wird ihnen zumindest dem Anspruch nach gewährt. Sie werden offiziell als Rechtspersonen anerkannt und Vergewaltigungen in der Ehe sind mittlerweile verboten. Geschlechternormen und Rollenbilder sind teilweise aufgebrochen worden, es gibt eine breite Zustimmung zu Fragen der Gleichberechtigung. Verschiedenste von der Kernfamilie abweichende Lebensformen sind denkbar geworden und nicht heterosexuell lebende Menschen werden in Deutschland zumindest weniger diskriminiert als früher.

Allerdings sind diese Errungenschaften erstens nicht überall der Fall, zweitens sind sie stark von Klasse, Herkunft und anderen Zuschreibungen abhängig und drittens sind diese Emanzipationsgewinne weder selbstverständlich noch Konsens, sondern bis heute (nahezu überall) stark umkämpft. Reproduktionsarbeit wird weltweit nach wie vor überwiegend von Frauen getragen und ist gesellschaftlich nach wie vor abgewertet.

Weit verbreitet ist jedoch die Annahme, dass die Unterdrückung von Frauen* Geschichte sei. Das liegt daran, dass die Ungleichbehandlung heute besser verschleiert ist denn je: »Bestimmte Frauen mit spezifischen finanzielle Ressourcen, Bildungsabschlüssen, »richtiger« Hautfarbe und deutschem Pass (usw.) können heute in Heterobeziehungen relativ emanzipierte Lebensentwürfe führen. Aber auch nur, indem sie einen Teil der im Privaten anfallenden Sorgearbeit an weniger privilegierte Frauen*

abgeben, einen anderen Teil, auch der eigenen Reproduktion, in die Konsumsphäre verlagern (Yoga-studios oder Wellnessoasen) und indem der Teil, den sie einfach so nebenher noch leisten, unsichtbar bleibt – wozu sie selbst auch beitragen. Auch weil er von den Frauen* selbst, als traditionell und natürlich begriffen wird. (...) Diese sind Mechanismen sind Mechanismen der Individualisierung und scheinen die aus feministischer Perspektive zentralen Probleme zu sein, mit denen wir es gegenwärtig zu tun haben. (...) Gestresst vom Job, zwei Kinder und ein Pflegefall? – Mach doch Yoga!« (2)

Aber nicht nur in der sogenannten deutschen Mehrheitsgesellschaft gehören diese Probleme zu Alltag, wir müssen auch einen selbstkritischen Blick in unsere politische Organisation werfen. Hier wird Feminismus und der Umgang mit einem ungleichen Geschlechterverhältnis in Nebengruppen ausgelagert bzw. als eines von vielen (weniger wichtigen) Zielen nach hinten verschoben. Es herrscht häufig die Überzeugung, durch ein grundsätzlich antisexistisches Selbstverständnis ja schon genug »richtig zu machen«. Auch wenn in ...ums Ganze! glücklicherweise zwar nicht die Diskussion um Haupt- und Nebenwiderspruch geführt werden muss, sehen wir auch bei uns Nachholbedarf, sowie die Dringlichkeit feministischer Theorie und Praxis. Denn unser Kampf als kommunistisches Bündnis kann kein emanzipierter Prozess sein, wenn es nicht auch ein feministischer ist.

So sind Shulamith Firestones Worte von 1970 höchst aktuell: »Feministische Ziele sind nicht nur vorrangig Ziele für Frauen, sie sind der Mittelpunkt jeder umfassenden revolutionären Analyse überhaupt. Der bestehenden linken Analyse wird die Anerkennung verweigert, nicht weil sie zu radikal ist, sondern weil sie nicht radikal genug ist.« (3) Wer anerkennt, dass der Kapitalismus und das Patriarchat eng verwoben sind (4), wird einsehen, dass sich beide nur gemeinsam bekämpfen lassen. Daher ist unser feministischer Kampf eingebettet in antikapi-

talistische und antirassistische Kämpfe. Deshalb also dieses mole, welches sich gerade wegen seines Schwerpunktes »ums Ganze« dreht und hoffentlich dazu beitragen wird, dass in linker Theorie und Praxis in Zukunft jedes Denken selbstverständlich auch feministisches Denken ist, in jeder Analyse die besondere Position und Erfahrungen von Frauen* und anderen unter Sexismus leidenden Menschen Beachtung findet.

Mit der ABC Struktur des Hefts versuchen wir zu verdeutlichen, dass wir diese Ausgabe als Einstieg in ein von ...ums Ganze! bislang noch zu wenig behandeltes Terrain verstehen. Dies soll weniger den Anschein eines vollständigen Lexikons als den Anspruch auf Unvollständigkeit erheben. Wir haben versucht eine Art Puzzle aus unterschiedlichen Beiträgen vorzulegen. Querlesen ist ausdrücklich erwünscht. Gerne hätten wir noch mehr essayistische Texte und Erfahrungsberichte in die Ausgabe aufgenommen, um zu zeigen, dass wir die ohnehin unscharfe Grenze zwischen privat und politisch aufbrechen möchten. Die Gedanken einer Genossin aus Hannover zur Debatte nach der Silvesternacht in Köln können nur ein Anfang sein.

Die Redaktion dieses Heftes sitzt in Leipzig und besteht derzeit aus sechs Personen, die in der Gruppe the future is unwritten und im ...ums Ganze!-Bündnis organisiert sind. Das mole magazin soll dem Anspruch nach Plattform für Auseinandersetzungen im Bündnis sowie Sprachrohr nach außen sein, wodurch wir als Redaktion im ständigen Austausch mit dem Bündnis stehen. Dennoch treffen wir bestimmte redaktionelle und inhaltliche Entscheidungen. Wir begreifen uns als materialistische Feminist*innen und was wir darunter verstehen haben die Redakteurinnen der Outside-the-Box so schön auf den Punkt gebracht, dass wir ihr Interview mit der Zeitschrift Malmoe bei uns abdrucken. Vielen Dank an dieser Stelle und solidarische Grüße.

Zusätzlich zu Texten von ›...ums Ganze!‹ Gruppen, wie dem Statement aus Berlin zu feministischer

Strategie innerhalb des Bündnisses, haben wir auch Autor*innen veröffentlicht, die mit dem Bündnis sympathisieren, wie beispielsweise die Gastautorin, die über junge, muslimische Männer und das Bild von ihnen schreibt. Auch freuen wir uns, neu zum Bündnis hinzuge-stoßene Städte, wie München und Dresden, die Möglichkeit zu geben, sich vorzustellen, mit Artikeln zu völkischen Vorstellungen der Pegida-Anhänger, über den Begriff der Intersektionalität oder dem f*antifa-Konzept. Neben dem Feminismus ABC finden sich im Heft drei weitere Artikel, so berichtet die autonome antifa [w]ien über die besondere politische Situation in Österreich.

Uns ist bewusst, dass sich dieses mole über-wiegend auf lokale, das heißt Verhältnisse in Deutschland (bzw. Österreich) fokussiert. Natürlich unterscheiden sich die Formen der Unterdrückung weltweit je nach Ort, Geschichte und gesellschaftlichen Bedin-gungen. Auch wenn wir ihm in diesem Heft nicht gerecht werden, möchten wir zumindest den Anspruch formulieren, Verbindungen zwischen feministischen Kämpfen zu sehen, die überall auf der Welt geführt werden.

Die Art des Genderns überließen wir den jeweiligen Autor*innen, falls mal nicht gegendert wurde, so ist dies meist bewusst geschehen und wird in den Fußnoten erklärt.

Möge das mole Gespräche, Diskussionen, ja, vielleicht sogar Streit auslösen. Wir sind gespannt auf Antworten, Kritik und weitere Beiträge feministischer Gesellschaftskritik, sowie Geschichten aus dem Alltag.

Weitergraben & stay uGly!

die mole Redaktion, April 2016

Fußnoten

(1) »Aber die Revolution ist gründlich. Sie ist noch auf der Reise durch das Fegefeuer begriffen. Sie vollbringt ihr Geschäft mit Methode. [...] Und wenn sie [...] [ihre] Vorarbeit vollbracht hat, wir Europa die Welt [...] aufspringen und jubeln: Brav gewählt, alter Maulwurf!« Der Titel des Magazins steht in Referenz auf den Maulwurf wie ihn Marx im 18. Brumaire als Analogie zur Revolution — als treibende Kraft der menschlichen Geschichte — einsetzt. Auch wenn eben diese Geschichte immer noch dem revolutionären Optimismus schimpft, wollen wir fleißig mitgraben, um den Möglichkeiten der Befreiung des Menschen von gesellschaftlicher Herrschaft zu ihrer Wirklichkeit zu verhelfen.

(2) Frei nach dem Redebeitrag von Sarah Speck bei der von TOP B3rlin organisierten Podiumsdiskussion »Klasse Frau — Zum Stand feministischen Kämpfens« (02.03.2016). Wir möchten auf ihr aktuell erschienenes Buch verweisen: Cornelia Koppetsch, Sarah Speck: »Wenn der Mann kein Ernährer mehr ist — Geschlechterkonflikte in Krisenzeiten«

(3) Firestone, Shulamith: Frauenbefreiung und sexuelle Revolution. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch Verlag, 1975, S. 40

(4) Roswitha Scholz

A	Allies — Männer* und Feminismus Maria Semmerling, the future ist unwritten, Leipzig	S. 08	I	Intersektionalität Alex Lehner & Lucian Behrens, antifa_nt, München	S. 32
B	Boygroup ...ums Ganze? Überlegungen zum Geschlechterverhältnis in der radikalen Linken autonome antifa [w]ien	S. 10	J	Jungsrunde — Von kritischen Männergruppen und Immunität Ollimax, Fast Forward, Hannover	S. 34
C	Couch und Pillen. Psycho- somatische Krankheiten und Geschlechterverhältnis Rita Zwirnlein, the future is unwritten, Leipzig	S. 14	K	Kritische Männer- forschung und Kritik an homosozialer Männlichkeit Sam Clay	S. 38
D	Deutsche Männer, deutsche Frauen — Eine völkische Kategorie gruppe polar, critique'n'act, Dresden	S. 18	L	Lasst euch nicht unter- kriegen! Zum Umgang mit rape culture Mia Kirsch	S. 42
E	Emanzipation braucht feministischen Antikapitalismus e*vibes, Dresden	S. 22	M	Material Girl — Stell dir vor, es ist Patriarchat, und keine spricht es aus Interview mit Charlotte Mohs & Korinna Linkerhand	S. 44
F	F*antifa — Eine veraltete Organisierungsform? Alex Lehner, antifa_nt, München	S. 24	N	Nein, Nein, das ist nicht der Feminismus Mascha, the future is unwritten, Leipzig	S.50
G	Gegen die Gesellschaft kämpfen, wenn sie dir am härtesten zusetzt Ella & Ariel, Fast Forward, Hannover	S. 26	O	Die Ökumene der AufklärungsgegnerInnen — Antifeminismus von Rechts AG ›Den Fundis die Hölle heiß machen‹, TOP B3rlin	S. 52
H	Hast du da eine Meinung zu? Zwei Beiträge zur Silvesternacht in Köln Ella & Ariel, Fast Forward, Hannover	S. 30	P	Eine Perspektive auf materialistischen Feminismus Basisgruppe Antifaschismus, Bremen	S. 56

Q	A Quick Introduction to Reproduction Camille Barbagallo, Plan C, London	S. 58	Y	Young, Male and Muslim Die Konstruktion migran- tischer Männlichkeit als Bedrohung Theresa	S. 80
R	ReLOVEution — Wir haben mal zusammen gekämpft Svea Talsma & Alex Lehner, antifa_nt, München	S. 62	Z	Zeiten kulturalistischer Hegemonie und Feminismus Karl-Heinz Kreuzer, the future is unwritten, Leipzig	S. 84
S	Socialism without feminism is no socialism worth fighting for Interview mit Laurie Penny Mia Kirsch	S. 64			
T	Täterinnenschaft: Frauen in der Naziszene und im NS Lucian Behrens, antifa_nt, München	S. 68			
U	Unterstützung für Unterstützer*innen Ariel & Ella, Fast Forward, Hannover	S. 70			
V	Versuche geschlechts- neutraler Sprache Maria Semmerling, the future is unwritten, Leipzig	S. 72		Österreichische Zustände autonome antifa [w]ien	S. 94
W	Warum wir in ...ums Ganze! keine Antikapitalismus AG haben Feminismus AG, TOP B3rlin	S. 74		Radikale Linke und Soziale Bewegung Anton Kramer, the future is unwritten, Leipzig	S. 106
X	XX&XY — Über den heteronormativen Antigenderismus antifa_nt, München	S. 78		Beyond Europe Camp Der Kampf gegen die Goldmine in Skouries Marco Stein, the future is unwritten, Leipzig	S. 100

A

Allies

Männer* und Feminismus

Maria Semmerling
the future is unwritten, Leipzig

Innerhalb des Feminismus wird die Frage behandelt, ob Männer* Feministen sein können. Große Teile der aktuellen feministischen Strömungen in den USA, beispielsweise Guerilla Feminism (1), gehen davon aus, dass Männer* im feministischen Kampf lediglich »Allies« sein können, was so viel bedeutet wie, dass sie Frauen* in ihren Bestrebungen unterstützen können, ihre Rolle jedoch eine zumindest untergeordnete Position einnimmt.

Können Männer* Feministen sein? Dass dies keine einfache Frage ist, zeigt sich nicht nur an der Tatsache, dass sie unterschiedlich beantwortet wird. Zu klären wären die Definitionen von zwei Begriffen – Feminismus und Mann*, welche alles andere als allgemeingültig bestimmt sind. Dieser Umstand und vielleicht auch Birgit Kelle (2), die sich als »feminine Feministin« versteht, bringen mich zu einem ersten Versuch, Feminismus zu definieren.

Ich verstehe Feminismus als politisches Konzept, es handelt sich nicht einfach um Theorien zum Erkenntnisgewinn. Als Kommunistin und ...ums Ganze! Mitglied verstehe ich Feminismus als politischen Weg zur Abschaffung jeglicher Machtverhältnisse, die auf Geschlecht basieren. Das Ziel des Feminismus muss weit über die Forderung nach rechtlicher Gleichstellung von Mann und Frau hinausgehen. Der feministische Kampf richtet sich gegen das Patriarchat als Familien- und Gesellschaftsstruktur, gegen männliche Herrschaft, gegen das binäre Geschlechtssystem, die Aufteilung aller Menschen in Männer* und Frauen*. Die Aufhebung dieses binären Systems muss dabei weder bedeuten, dass alle Menschen androgyn gewünscht oder

»gleichgemacht« werden. Genauso wenig plädiere ich für die Ablösung einer binären durch eine beispielsweise 20-fache Geschlechteraufteilung, unter die dann abermals Menschen gesellschaftlich einsortiert werden. Für mich bedeutet Abschaffung der binären Zwangsaufteilung, dass geschlechtliche Unterscheidungen ruhig weiterhin getroffen werden können, wobei ich es begrüße, wenn die Aufteilung dabei weit über die zwei Pole männlich und weiblich hinausweist, wichtig ist: Die Unterscheidung darf keine von Bedeutung sein, das heißt welches Geschlecht man hat oder welchem man sich zuordnet, darf keinerlei Auswirkungen auf Status, Bewertung oder Platz in irgendeiner Hierarchie haben. Unterschiede sollten als etwas Gutes oder zumindest Neutrales betrachtet und gegenseitig respektiert werden.

Aktuell leiden Menschen in zweierlei Hinsicht unter der binären Geschlechteraufteilung. Zum einen dahingehend, dass es strenge Stereotype gibt, denen sie sich anpassen müssen. Gelingt dies nicht, oder möchten sie dies nicht, werden sie ausgeschlossen oder zumindest benachteiligt. Doch selbst unter denen, die ihre Stereotype erfüllen, gibt es noch eine große Gruppe, welche grundlegend unter ihrem Stereotyp leidet, da ihre Rolle in der gegenwärtigen Gesellschaft eine unterdrückte Position einnimmt: Frauen*. Somit ist deutlich, dass prinzipiell jede*r unter der binären Geschlechteraufteilung selbst zur leidenden Person werden kann. Profitieren können nur Personen, die dem Stereotyp männlich voll und ganz entsprechen.

Nun leiden Menschen in unserer Gesellschaft nicht nur unter dem Patriarchat.

Das Patriarchat ist (unter anderem) ein kapitalistisches. Patriarchat und Kapitalismus haben sich als Systeme der Unterdrückung im Laufe der Geschichte so eng miteinander verwoben und verzahnt, dass ein Kampf gegen das Patriarchat innerhalb des Kapitalismus keine Aussicht auf weniger Unterdrückung und Leid bietet. (3) So ist es vielleicht vorstellbar, in einem kapitalistischen System zu leben, welches nicht auf kernfamiliären Strukturen aufbaut, indem sexistische Unterdrückungsmaßnahmen beispielsweise durch rassistischere ausgetauscht wurden – vielversprechend ist dies jedoch nicht. Umgekehrt ist es schwer vorstellbar, den Kapitalismus abzuschaffen ohne das Patriarchat zu bekämpfen. Oder besser gesagt, wenn unser antikapitalistischer Kampf ein emanzipatorischer sein soll, muss er zwangsläufig feministisch sein, denn eine emanzipierte Gesellschaft kann keine patriarchale oder sexistische Gesellschaft sein.

Warum gehen verschiedene Feministinnen, wie beispielsweise Guerilla Feminism, die meiner Definition von Feminismus zumindest nahestehen, nun davon aus, dass Männer* keine Feministen, sondern lediglich »Allies«, sein können?

Dies hängt eng mit dem Ansatz der critical whiteness zusammen. Critical whiteness wurde, grob zusammengefasst, entwickelt, um den Missstand einer unmarkiert »weiß« gesetzten Norm und eines eurozentristischen Weltbildes zu reflektieren und sichtbar zu machen. Wenn im US-amerikanischen oder europäischen Diskurs von Personen gesprochen wird, werden sich diese meist automatisch als weiß vorgestellt. Genauso gelten die Lebenserfahrungen von weißen

Menschen als Norm von Lebenserfahrungen überhaupt. Die weltweite deutlich bessere Stellung in der gesellschaftlichen Hierarchie von Menschen mit weißer Hautfarbe hat dazu geführt, dass jene die gesellschaftlichen Diskurse dominieren und Menschen mit einer anderen Hautfarbe kaum bis gar kein Gehör fanden. Bis heute sind zweite zumindest deutlich unterrepräsentiert. Die rassistische Unterdrückung lässt sich zum Teil mit der sexistischen parallelisieren. An gesellschaftlichen Diskursen haben Frauen*, und andere sexistisch diskriminierte Personen weniger Anteil als Männer* und finden somit weniger Gehör und auf die Unterdrückung, unter der sie leiden, kann daher nicht so einfach aufmerksam gemacht werden. Feminist*innen wollen aber verständlicherweise, dass Personen, die unter Sexismus leiden, Gehör finden und ihre Stimmen Eingang in den gesellschaftlichen Diskurs erhalten.

Aber genauso wie es falsch ist, aus der Unterrepräsentiertheit von Menschen mit nicht-weißer Hautfarbe zu folgern, dass nun keine Menschen mit weißer Hautfarbe zum Thema Rassismus mehr gehört werden dürfen, wäre es falsch, Menschen, die nicht oder weniger unter Sexismus leiden, komplett aus der antisexistischen Debatte auszuschließen. Vertreter*innen von critical whiteness haben meines Erachtens zurecht darauf hingewiesen, dass eine weiße Person nicht alleiniges Anrecht darauf haben kann, über einen bestehenden gesellschaftlichen Zustand zu urteilen, da sie bestimmte Probleme aufgrund ihrer privilegierten Position nicht wahrnimmt. Deshalb ist es wichtig, Privilegien zu reflektieren und andere Lebensrealitäten sichtbar zu machen. Dies schließt jedoch nicht aus, dass eine weiße Person nach sensibler Beschäftigung mit der Thematik und Selbstreflexion in der Lage sein kann, Rassismus als etwas Schlechtes zu erfassen, ihn auszumachen und gegen ihn zu kämpfen. So kann auch ein Mann* (4) erkennen, dass Sexismus ein Missstand ist, ohne direkt selbst betroffen zu sein, und unter anderem durch Selbstreflexion dahin gelangen, gegen Sexismus vorgehen zu können. Wenn ich davon ausgehe, dass es keine männlichen* Feministen geben könne, da sie nicht unter Sexismus leiden (5) und diesen daher nicht erkennen können, würde das bedeuten, dass alle Menschen, die unter Sexismus leiden, in der Lage

sind diesen zu erkennen. Das ist aber eindeutig nicht der Fall. Denn sowohl die rassistische als auch die sexistische Denkweise haben unsere Gesellschaft als dominante Diskurse so stark durchgezogen, dass auch Schwarze Menschen unbewusste rassistische Vorstellungen verinnerlicht haben können, genauso wie Frauen* teilweise sexistische Denk- und Verhaltensweisen an den Tag legen.

Das Sichtbarmachen von Privilegien und das Hinterfragen der eigenen gesellschaftlichen Stellungen ist also eine Methode, mit der sich sämtliche emanzipatorische Bewegungen befassen sollten. Dabei muss aber bedacht werden, dass in einer Gesellschaft, in der verschiedenste Unterdrückungsmechanismen existieren, die auf komplizierte Weise miteinander verknüpft sind, Privilegien nicht einfach an einer Kategorie wie beispielsweise Gender ausmachbar sind. >>> S. 32, I: **Intersektionalismus** Und dass der gesellschaftliche Diskurs ein diskriminierender ist, der leider alle Menschen zumindest ein Stück weit diskriminierend denken und handeln lässt. Damit ist es deutlich zu einfach und nicht richtig, eine Gruppe aufgrund einer Kategorie die Fähigkeit zur Teilnahme an einem emanzipatorischen Kampf abzusprechen.

Damit spare ich mir die Definition dessen, was ein Mann* ist, und kann die Frage, ob Männer* Feministen sein können, klar mit »Ja« beantworten. Wer emanzipatorische Ziele verfolgt, muss auch feministische verfolgen. Aufgrund einer Zuschreibung, wie der, männlich* zu sein, lässt sich noch nicht ausreichend über eine Person aussagen.

Selbstreflexion ist dennoch ein fundamentaler Bestandteil feministischer Arbeit. Dies betrifft insbesondere Personen, die gesellschaftliche Privilegien innehaben, die sie weniger oder gar keine sexistische Diskriminierung spüren lassen. Das werden aber nicht bloß Männer* sein.

Fußnoten

(1) <http://www.guerrillafeminism.org/no-more-male-feminists-phoenix-calida/>

(2) Für alle, die sich glücklich schätzen können, bisher nichts von Birgit Kelle gehört zu haben: Birgit Kelle, CDU Mitglied, verbindet die schönsten Aspekte rechter und katholischer

Ansichten mit einem großen Mitteilungsbedürfnis. Unter anderem organisierte sie gemeinsam mit Beatrix von Storch (AfD) die »Demo für alle«, bei der sich besorgte Eltern gegen die vermeintlich zu queerfeministischen Änderungen des Bildungsplans in Baden-Württemberg engagieren konnten.

(3) vergleichend dazu Roswitha Scholz: Das Geschlecht des Kapitalismus

(4) was genau ein Mann* ist, wurde auch noch nicht geklärt

(5) damit möchte ich nicht behaupten, dass Männer* nicht unter Sexismus leiden können

B

Boygroup ...ums Ganze? Überlegungen zum Geschlechter- verhältnis in der radikalen Linken

autonome antifa [w] ien

Während in linksradikalen Szene-Kontexten antisexistische Standpunkte zum Standard-repertoire gehören und scheinbar von den meisten geteilt werden, kann man mitnichten davon sprechen, dass es in diesen Kontexten keinen Sexismus gäbe. Dass dies kein entbehrliches Randphänomen ist, sondern in Überlegungen zu einer emanzipatorischen Perspektive notwendig berücksichtigt werden muss, argumentiert die autonome antifa [w].

Mit diesem Text möchten wir einen Debattenbeitrag zu Geschlechterverhältnissen in der radikalen Linken (1) liefern und laden zu Kritik, Anmerkungen und Ergänzungen ein. Die Motivation für den Text entstand nicht zuletzt durch unsere gruppeninterne Beschäftigung mit dem Thema und die häufig entstandene Ratlosigkeit. Nach vielen Jahren antisexistischer Kämpfe innerhalb der Linken ist Feminismus, der über Lippenbekenntnisse hinausgeht, von einer bestmöglichen Umsetzung im politischen Alltag weit entfernt. Wir möchten im Folgenden Überlegungen anstellen, worin die Begründung der Marginalisierung feministischer Praxis liegen könnten und welche Schlüsse wir daraus ziehen können. Zunächst wollen wir jedoch in aller Kürze darlegen, aus welcher theoretischen Position wir Geschlecht als gesellschaftsstrukturierendes Moment begründen und dabei die bürgerliche Subjektkonstitution aus materialistischer Perspektive beleuchten. Da in unseren Augen der Fokus auf jene Norm zu legen ist, welche Abweichungen, Ausschlüsse und das Andere erst produziert, liegt die Konstruktion von Männlichkeit im Zentrum unserer Betrachtung. Nachdem wir erläutert haben, wie Männlichkeit sich historisch und strukturell manifestiert, wollen wir mit dem Konzept der hegemonia-

len Männlichkeit eine Möglichkeit in den Raum stellen, die konkrete Form männlicher Räume und ihre Konstitution zu begreifen. Im Anschluss wollen wir drei Thesen zum Zusammenhang bürgerlicher Subjektkonstitution, eben jener hegemonialen Männlichkeit und dem weitläufigen Scheitern einer antisexistischen Praxis (2) zur Debatte stellen, die Aufschluss darüber geben können, wo praktische Probleme zu verorten sind. Mit einem offenen Ausblick möchten wir den Text schließen und zur weiteren Diskussion anregen.

Die Moderne und ihre Bürger

Mit der historischen Entstehung des bürgerlichen Subjekts im Zuge des Übergangs der direkten, personalen Herrschaft des Feudalismus zur vermittelten, sachlichen Herrschaft des Kapitalismus war menschliche Emanzipation erstmals denkbar. Mit dem allgemeinen Subjektstatus war zumindest die Möglichkeit von Freiheit und Gleichheit geschaffen worden. Der durch den gewaltsamen Prozess von ursprünglicher Akkumulation, Disziplinierung und der damit einhergegangenen Proletarisierung entstandene Lohnarbeiter war, wie Marx es zynisch formulierte, doppelt frei: frei von direkter Unterdrückung, frei jedoch auch vom Eigentum an Produktionsmitteln. Dennoch: Die Errungenschaften der bürgerlichen Revolutionen bedeuteten für das entstandene bürgerliche Subjekt ein mit feudalen, ständischen Gesellschaften unvergleichbares Maß an Mitsprache, Freiheit, juristischer Gleichheit. Zentral für das Verständnis von Geschlechterverhältnissen ist jedoch die genaue Betrachtung des bürgerlichen Subjekts. Dieses war von Beginn an männlich gedacht und bedurfte zur eigenen Bestimmung eines Anderen,

Nicht-Identischen. So waren Frauen* oder Jüdinnen und Juden anfangs keineswegs als bürgerliche Subjekte anerkannt und konnten die rechtliche Gleichstellung erst nach langen Kämpfen und erzwungener Assimilation (bei Juden) bzw. biologistischer Abgrenzung (bei Frauen*) erreichen.

Der Übergang zur Moderne verstand sich als Vollendung der Herrschaft über die innere und äußere Natur – eine Selbstunterwerfung und Triebunterdrückung, ohne die eine vermittelte und versachlichte Herrschaft undenkbar wäre: Die neue Form der Produktion – die Lohnarbeit in Fabriken – verlangte von den Arbeiter*innen (3) ein Höchstmaß an Disziplin und körperlicher Zurichtung. Indem das naturhafte auf Frauen* projiziert wurde, konnte diese Herrschaft des männlichen Subjekts über sich selbst auf Frauen* abgewälzt werden. Was mit Kontrollverlust zu tun hatte, wurde verdrängt und was an den Wunsch erinnerte, sich nicht mehr disziplinieren zu müssen, wurde gehasst. In der Hexenverfolgung – der konstituierenden Gründungskatastrophe der bürgerlichen Moderne – wurde die Überwindung der Natur wortwörtlich umgesetzt.

Als deutlicher wurde, dass die Glücksversprechen der Moderne keineswegs eingelöst werden können, verstärkte sich das Bedürfnis, die eigene, brüchige Identität als männliches Subjekt durch die Abgrenzung gegenüber Fremdem, Differentem zu stärken. Mit der zunehmenden Emanzipation von Frauen* (der Konfrontation und Forderung der Versprechen der Moderne mit ihren eigenen Prinzipien der allgemeinen Gleichheit) wurde die männliche Hegemonie sukzessive biologisiert. Indem das Weibliche pseudowissenschaftlich mit essentia-



listischen Besonderheiten verbunden wurde. Weiblichkeit wurde als etwas genuin Wesenhaftes, Unveränderbares beschworen und Geschlechtertrennung – unterfüttert mit Theorien der fundamentalen Differenz der Geschlechter – als Fortschritt propagiert. Der Frau wurden zahlreiche Eigenschaften zugeschrieben, die das Gegenstück zum bürgerlich-aufgeklärten Mann bildeten. Beispielsweise Nähe zur Natur, Lusternheit, Sorgefähigkeit oder Empathie. Zynischerweise folgte dem Postulat der Herrschaft über die Natur eine zunehmende Naturalisierung von Herrschaft.

Hegemoniale Männlichkeit

Ein weiterer Prozess, der konstitutiv für bürgerliche Geschlechterverhältnisse ist, war die Herausbildung der Sphären von Produktion und Reproduktion und die Trennung von öffentlichem und privatem Raum. Während Haus und Familie im Feudalismus als größeres Gebilde (bestehend aus Herrin und Herr, Mägden, Gesinde, Kindern, etc.) gedacht wurde und Herrschaft und Unterdrückung hier weniger vergeschlechtlicht

als ständisch war, verengte sich dieses Bild mit der Entstehung der modernen Kleinfamilie: die Frau als Mutter und Erzieherin, zuständig für die Reproduktion der Arbeitskraft ihres Mannes, wurde zur bloßen Zeugin einer sich dynamisierenden und modernisierenden Welt. Für die Analyse von Geschlechterverhältnissen ist die mit den beschriebenen Prozessen einhergehende Herausbildung geschlechtsspezifischer Dichotomien in Bezug auf bürgerliche Subjektwerdung zentral: Mann – Frau, Geist – Körper, Kultur – Natur, Produktion – Reproduktion, Aktivität – Passivität, Rationalität – Emotionalität.

Im Folgenden stellen wir den Versuch an, mit dem Konzept der hegemonialen Männlichkeit zu beschreiben, welche Räume und Strukturen auf soziologischer Ebene durch die oben beschriebene Subjektwerdung entstehen und wie sich diese konstituieren. Der Grundgedanke des Konzepts der hegemonialen Männlichkeit liegt darin, dass das männliche Subjekt neben der oben genannten Abgrenzung zum Weiblichen einer weiteren bedarf: Der Abgrenzung

gegenüber anderen Männern. Die Konkurrenz von hegemonialer Männlichkeit (also der Idealform, welche mit dem Zugang zur Macht ausgestattet ist) gegenüber anderen, marginalisierteren Männlichkeiten (z.B. Homosexuelle, Nicht-Weiße, ...) wird kompetitiv – wettkampftartig – inszeniert. Dabei werden Hierarchien innerhalb der Männergruppe strukturiert, Solidarität nach außen (Komplizenschaft) gepflegt und nicht zuletzt der eigene Status als Mann abgesichert. Als Ort der Durchführung dieser »ernsten Spiele« bzw. Duelle dient die homosoziale Männergemeinschaft, also rein männliche oder zumindest männlich dominierte Räume.

Selbstverständlich ist damit nicht gemeint, dass konkrete Männer lediglich eine bestimmte Männlichkeit verkörpern würden. Vielmehr geht es darum, zu verstehen, welches Gruppenverhalten durch den männlichen Subjektstatus in Bezug auf Frauen* und – was mit dem Konzept hegemonialer Männlichkeit herausgestrichen wird – auch in Bezug auf andere Männer auftritt. Was dadurch enttarnt werden kann – und



deshalb ist das Konzept auch für die Betrachtung linker Zusammenhänge relevant – sind bestimmte Dynamiken, die immer wieder in Gruppen und Gemeinschaften strukturell entstehen. Damit ist einerseits die psychologische Abgrenzung von so gesetzten nicht-männlichen Eigenschaften (Emotionalität, Schwäche, etc.), andererseits ein bestimmtes, nämlich kompetitives Verhältnis zu anderen Männern gemeint, welches strukturell – also von der Struktur heraus – tendenziell, aber nicht zwingend, zu spezifischen männlichen (Verhaltens-)Mustern führt.

Linke Bürger

Da die radikale Linke nicht außerhalb dieser Gesellschaft steht, wirkt die männliche Subjektwerdung und auch deren Anforderungen selbstverständlich auch in sie hinein, jeder und jede denkt und handelt mit diesem falschen Bewusstsein und hat den aufreibenden Prozess der Zwangsidentifizierung hinter sich. Dennoch heißt das nicht, dass antisexistische Praxis nicht möglich (und nötig) wäre, auch wenn eine tatsächliche Aufhebung geschlechtsspezifischer Unterdrückung innerhalb der Linken nicht erreichbar ist. Wenn auch dieses antisexistische Selbstverständnis weitestgehend Konsens und zumindest das Lippenbekenntnis zum Feminismus von allen linksradikalen Gruppen geteilt wird, steht es um eine

Auseinandersetzung mit Männlichkeit, die über gegenderte Redner*innenlisten hinausgeht, schlecht. Dabei ließe sich in Bezug auf die oben skizzierten Subjekttheorien einiges für das Verständnis von Sexismus ableiten. Die Abspaltung des Emotionalen, der Leistungsdrang, intellektuelles Machtstreben, Konkurrenz und dominantes Verhalten, Blickregime, Durchsetzungsvermögen, ... – die Liste von für männliche Subjekte typischen Verhaltensweisen im Kontext kapitalistischer Vergesellschaftung zur Einordnung in das Schema der hegemonialen Männlichkeit lässt sich lang fortführen und verweist offensichtlich auch auf die vergeschlechtlichten Dichotomien. Erst mit der Erkenntnis über die Anforderungen an das männliche Subjekt und dessen Entsagungen wird deutlich, dass es beispielsweise etwas spezifisch Männliches ist, dass für ein Gespräch über Befindlichkeiten oder eine »Meta«-Diskussion in Politgruppen häufig kein Platz ist. Erst mit dem Verständnis darüber, wie und wodurch männliche Räume entstehen, kann dem Anspruch, dass die eigene Politgruppe keine homosoziale Männergruppe sei, gerecht und gruppeninterne Konflikte und Hierarchien mit der notwendigen Sensibilität für Geschlechterrollen und -verhältnisse reflektiert und bearbeitet werden. Dies würde schlussendlich bedeuten, dass Männlichkeit auch in der Szene als unmarkierte und meist undiskutierte Quelle von hierarchisie-

renden Normen und Werten benannt und hinterfragt werden müsste.

Wir möchten im Folgenden drei Thesen dazu aufstellen, worin strukturelle Probleme liegen könnten, die auch viele Gruppen, denen das Anliegen tatsächlich ernst ist, in Bezug auf eine feministische Praxis vor Ratlosigkeit stehen lässt.

1. Das Richtige, das Falsche

Im Gegensatz zu den meisten anderen Teilbereichen linksradikaler Themenfelder fordert Antisexistismus eine Praxis, die verstärkt auf das eigene Denken und Handeln abzielt und eine Auseinandersetzung mit dem eigenen Subjekt zwingend notwendig macht. Diese Verbindung von theoretischer Analyse und praktischem individuellen Handeln in sozialen Gruppen und Zusammenhängen sind wir nicht wirklich gewohnt: Antikapitalistisches Handeln wird zumeist von einer individuellen Auseinandersetzung mit der eigenen Subjektwerdung abstrahiert, von Konsumkritiker*innen abgesehen. Da es bekanntlich kein Richtiges im Falschen gibt, wird Antikapitalismus Großteils (fälschlicherweise) als Politfeld verstanden, das subjektiver Auseinandersetzung entbehrt. Ebenso tritt antifaschistisches Handeln häufig in den Formen Aktion, Organisation oder theoretischer Beschäftigung auf. Während bei den meisten Themen Selbstreflexion wünschenswert wäre,

ist sie bei gesellschaftsstrukturierenden Ideologien der Ungleichheit (wie z.B. Sexismus oder Rassismus) und dem Kampf dagegen zwingend notwendig. Das ganz konkrete In Frage stellen der eigenen Position bzw. des eigenen Subjekts, die Auseinandersetzung mit Männlichkeit, homosozialen Männergemeinschaften und dem eigenen vergeschlechtlichten Handeln – als Mann, wie als Frau – ist eine Praxis, die in Zusammenhängen mit Arbeitsschwerpunkten Feminismus oder Antirassismus meistens selbstverständlich ist, in klassischen Antifa-Gruppen jedoch nicht zur üblichen politischen Arbeit gehört. Zu Unrecht wird politische Arbeit bei letzteren mehr kollektiv (nach außen gerichtet) als individuell (auf soziale Beziehungen abzielend) verstanden. Nicht selten wird dieses Unbehagen, sich selbst zu reflektieren, verdrängt, indem Sexismus auf andere projiziert wird, was sich dann beispielsweise darin äußert, dass eine Gruppe Burschenschafter umso engagierter als Sexisten kritisiert wird.

Dies kann aber auch dazu führen, dass benannte Zusammenhänge und ihre Praxis von Anfang an Momente des Ausschlusses produzieren. Personen, die aufgrund ihrer Geschichte, Diskriminierungserfahrung, Positionierung etc. nicht gewillt bzw. nicht fähig sind, ihre politischen Diskussionen, Organisation und Aktion von sich selbst zu abstrahieren, stoßen schnell an ihre Frustrations- und Energiegrenzen. Eine Erweiterung des Verständnisses politischer Praxis um die Ebene struktureller und individueller Auseinandersetzung wäre allgemein notwendig, für den Feminismus jedoch speziell unerlässlich.

2. Feminismus ist kein Tagesordnungspunkt

Die übliche Arbeitsweise von Politgruppen steht der Selbstreflexion tendenziell im Wege. Linksradikale Politgruppen sind Großteils »Arbeitsgruppen« – es wird sich getroffen, es werden Tagesordnungspunkte abgehandelt, Kampagnen geplant, Aktionen besprochen. Längerfristige Prozesse im Allgemeinen und Prozesse mit der Gruppe und den Einzelnen im Speziellen haben es mit dieser Arbeitsweise schwer. Das zeigt sich in den gescheiterten Versuchen, Selbstreflexion oder Befindlichkeiten auf die (Arbeits-)Agenda zu setzen. Letzteres fühlt sich unproduktiv an,

es braucht Zeit und hat keinen offensichtlichen Output. Mit Blick auf die Konkurrenz der Tagesordnungspunkte, die der Arbeitsweise von Politgruppen immanent ist, ist es nicht verwunderlich, dass diese scheinbar so unhandlichen Punkte regelmäßig verlieren. Auch die Auslagerung in eine Arbeitsgruppe wirkt der strukturellen Auseinandersetzung der ganzen Gruppe entgegen.

3. Zehenspitzen-Feminismus

Weil oft als Gegenstand gruppendifinierender Arbeit und Diskussion verdrängt und irgendwo zwischen unbesprochener linker Selbstverständlichkeit, Stickermotiv und Partykultur angesiedelt, ist Feminismus in vielen linksradikalen Kontexten zum zwar ständigen, aber sehr unkonkreten und dadurch auch sehr folgenlosen Begleiter der politischen Praxis geworden. Er verkommt zur schwammigen Pauschalisierung, die unterschiedliche Positionen innerhalb feministischer Diskurse nicht mehr greifen kann und so auch selbst keine Stellung bezieht. Dies führt oft dazu, dass keine Streit- und Diskussionskultur nach innen oder außen besteht, die Feminismus als linksradikale Gesellschaftskritik in politische Theorie und Praxis einschließt und selbstbewusst als gemeinsamen Kampf artikuliert. Feminist*innen in linksradikalen Zusammenhängen verstummen oder werden in Bereiche der inhaltlichen Spezialisierung oder Reproduktion gedrängt. Die Wirkung feministischer Auseinandersetzungen wird so doppelt entschärft. Zum Einen in Bezug auf die Reflexion und Diskussion der eigenen Arbeit und Position und zum Anderen als notwendiger Bestandteil linksradikaler Kritik der Verhältnisse, Geschlechterrollen und dominierender feministischer Diskurse. In Zeiten von Gender-Mainstreaming und Staatsfeminismus ist es aus linksradikaler Sicht unerlässlich, die Deutungshoheit über den Feminismus weiter zu beanspruchen, Positionen zu schärfen und eben innerlinke Diskussionen zu forcieren: Denn sonst verkommt Feminismus zur bloßen Worthülse für alles – und damit für nichts.

Müssen es wollen!

Aufgrund dieser Gegebenheiten ist Feminismus tatsächlich ein »Spezialgebiet« und muss speziell behandelt werden. Es braucht mehr mutige,

kontrovers geführte Diskussionen und die Schärfung inhaltlicher, theoretischer Positionen. Eine ständige und von allen Kommunist*innen auch tatsächlich ehrlich gewollte Auseinandersetzung mit dem Patriarchat und dem eigenen (sexistischen) Verhalten muss Grundlage des Kampfes für den Kommunismus sein. Für diese feministische Auseinandersetzung braucht es einerseits neue Formen, abseits von »Plenumspunkt« oder der Feedbackrunde sowie andererseits neue Inhalte. Zumindest für Letzteres bieten sich Theorien zu Männlichkeit, Subjektkonstitution und Erfahrungsberichte durch direkte Gespräche mit Genossinnen und Genossen oder der Lektüre von Berichten als Grundlage an.

Fußnoten:

(1) Wenn im Folgenden von der »radikalen Linken« die Rede ist, meinen wir damit sehr weit gefasst autonome, radikal herrschaftskritische Gruppen und Zusammenhänge und schränken uns dabei auf den deutschsprachigen Raum ein, in dem wir unsere Erfahrungen gemacht haben.

(2) Keinesfalls wollen wir in Abrede stellen, dass zum einen in den letzten Jahrzehnten feministischer Kämpfe einiges erreicht wurde und zum anderen viele Gruppen und Zusammenhänge sehr wohl einen adäquaten antisexistischen Umgang gefunden und eigene Ansprüche bestmöglich umsetzen konnten. Dennoch gibt es unzählige Leerstellen und die »Szene« als Ganzes ist von einem hegemonialen, praktischen Feminismus weit entfernt.

(3) Die hier skizzierte Darstellung der Produktionsprozesse ist eine schematische Darstellung eines sich über einen großen Zeitraum erstreckenden historischen Prozesses und blendet Details, Brüche und Abweichungen aus.

(4) Einen guten Aufschlag hat der Aufruftext der TOP Berlin ‚making feminism a threat again‘ zur Demonstration zum 8. März 2015 in Berlin gemacht. Auch Katharina Röggles Beitrag in der Zeitschrift MALMOE »V*rg*w*lt*g*r wir kriegen euch (nicht)!« ist in unseren Augen ein wichtiger, lesenswerter Debattenbeitrag.



Couch und Pillen

Psychosomatische Krankheiten und Geschlechterverhältnis

Rita Zwirnlein
the future is unwritten, Leipzig

Das psychische und das körperliche Erleben sind untrennbar miteinander verknüpft. Unser körperliches Befinden wirkt sich auf unsere Psyche aus, und psychische Konflikte können deutliche körperliche Funktionseinschränkungen hervorrufen. Das riesige Feld esoterischer Heilversprechen basiert auf der Beeinflussung des Körpers durch die Psyche, und die Betrachtung psychischer Belastungsfaktoren bei der Entstehung organischer Krankheit nimmt eine immer größere Stellung ein. Im Fachgebiet der Psychosomatik behandelt die moderne Medizin die Krankheiten, denen nach aktuellen Erkenntnissen keine organische Ursache zugrunde liegt. Häufig bleibt die gesellschaftliche Dimension dieser Krankheitsbilder dabei unbeachtet.

Psychosomatische Krankheitsbilder unterliegen starken kulturellen Veränderungen. Wandeln sich die gesellschaftlichen Umstände, wandeln sich auch die körperlichen Reaktionen darauf. Krankheit wird zudem anhand dessen definiert, was in einer Gesellschaft als gesund angesehen wird. Neurasthenie, die Modediagnose des späten 19. Jahrhunderts, ähnelt dem modernen Krankheitsbild des Burn-Out, wohingegen das Jahrhunderte alte Krankheitsbild der »Hysterie« mit der Modernisierung des Frauenbildes beinahe verschwunden ist. Auch innerkulturelle Unterschiede lassen sich feststellen. So treten beispielsweise Depressionen am häufigsten bei Menschen auf, die innerhalb einer wohlhabenden Gesellschaft einen niedrigen sozioökonomischen Status haben. Das Verständnis psychosomatischer Krankheiten kann sich also nicht auf die Psyche des*der Einzelnen beschränken, sondern muss eine Analyse der krankmachenden Verhältnisse beinhalten, in denen sie entstehen. Vereinfacht gesagt liegt diesen Krank-

heitsbildern ein innerer Konflikt zugrunde, bei dessen Verarbeitung die Psyche an ihre Grenze stößt. Das klinische Bild ist dabei weit gefasst. Sogenannte affektive Störungen beziehen sich auf eine dauerhaft veränderte Stimmungslage, im Rahmen von »Konversionsstörungen« können körperliche Symptome wie Schmerzen, Krampfanfälle und ausgeprägte Lähmungserscheinungen ausgebildet werden, für die zum Teil über Jahre nach einer organischen Ursache gesucht wird.

Auffällig ist dabei das Geschlechterverhältnis. Frauen sind deutlich öfter von psychosomatischen Krankheiten betroffen als Männer. Depressionen betreffen Frauen etwa doppelt, Essstörungen sogar zehnmal so häufig. 70% aller Psychopharmaka werden an Frauen verschrieben.

Wie lässt sich dieses Ungleichgewicht erklären?

Die Gewalt gesellschaftlicher Normen kann zu erheblichen psychischen Konflikten führen. Widerspricht das normativ geprägte Selbstbild den inneren Bedürfnissen, kann das eigene subjektive Begehren ins Unterbewusste verdrängt werden. Diese unterdrückten Affekte kommen dann in dem psychosomatischen Krankheitsbild zu Vorschein. Diesen Konflikten sind Frauen in der patriarchalen Gesellschaft stärker unterworfen, da die Vorstellung von Weiblichkeit durch Passivität und Objektivität gekennzeichnet ist. Subjektives Begehren steht im Widerspruch zum weiblichen Ideal der Disziplin und Selbstaufopferung, sei es bei der Übernahme reproduktiver Arbeiten oder in der Ausübung von Sexualität. Die Objektifizierung weiblicher Körper erschwert den selbstbestimm-

ten Umgang mit eigenen körperlichen Bedürfnissen. Frauen werden sexualisiert, erfahren Grenzüberschreitungen und Angriffe auf ihre Identität. Raumeinnehmendes Verhalten wird sozial sanktioniert, selbstbestimmte, nicht der Bedürfnisbefriedigung von Männern dienliche Sexualität tabuisiert. Frauen lernen, dass ihr Körper ständiger Bewertung durch andere unterliegt und ihre Subjekthaftigkeit ständig infrage gestellt wird.

Frauen internalisieren diese ständige bewertende Sicht auf sich, was dazu führen kann, dass sie ihr Verhalten eher an ihrer positiven Außenwirkung orientieren, als an der Durchsetzung eigener Bedürfnisse. Simone de Beauvoir beschreibt die Spaltung des Erlebens in eine innere und äußere Sicht auf sich selbst: »she becomes an object, and she sees herself as an object; (...) it seems to her that she has been doubled; instead of coinciding exactly with herself, she now begins to exist outside.« Gesellschaftliche Idealvorstellungen werden nicht als Zwang erkannt, sondern zum selbstgewählten Ziel erklärt.

Dabei verschwimmen die Grenzen zwischen sozial erwünschtem und als krankhaft betrachteten Verhalten. So wie exzessives Sporttreiben oder Rauchen beispielsweise ebenso Formen selbstverletzenden Verhaltens sein können, wie selbstzugefügte Schnittwunden. Wegen Kalorien- oder Fettgehalt werden Nahrungsmittel gemieden, Sport wird gegen »erlaubte« Nahrung aufgerechnet, und ein sehr dünner Körper wird als Ideal gesetzt. Doch erst wenn diese Verhaltensweisen exzessiv ausgelebt werden, beispielsweise in der Magersucht, gelten sie als krankhaft und können lebensbedrohlich werden. Krankheitsentstehung und -verlauf

werden durch viele Faktoren beeinflusst. Genetische Faktoren, Umweltbelastungen und Risikoverhalten spielen für psychische Erkrankungen ebenso eine Rolle wie die Resilienz (die angeborene psychische Fähigkeit zur Krisenbewältigung) sowie erlernte Konfliktbewältigungsstrategien. Dabei gibt es große interindividuelle Unterschiede. Jeder Krankheitsverlauf ist einzigartig. Dennoch ist es für das Verständnis von Krankheitsbildern hilfreich, einen typischen Krankheitsverlauf zu zeichnen.

Da ich mich mit Weiblichkeitskonzepten als Ursache für psychosomatische Krankheiten beschäftige, wird im Folgenden die weibliche Form verwendet, da die Krankheitsgenese männlicher oder nicht-binärer Geschlechter andere Ursachen haben kann.

Konversionsstörungen

Konversionsstörungen sind Erkrankungen, die durch Dissoziation, also eine Desintegration von Wahrnehmung, Identität und Gedächtnis gekennzeichnet sind. Sie entstehen durch Traumata oder Konflikte, die psychisch nicht verarbeitet werden, sowie durch das Ignorieren körpereigener Grenzen und Bedürfnisse. Im Rahmen einer sogenannten Konversionsstörung können diverse Symptome auftreten.

Widersprechen beispielsweise übernommene gesellschaftliche Zwänge unterbewussten Bedürfnissen, verweigert der Körper die Funktion. Trancezustände und Erinnerungslücken gehören ebenso dazu wie Lähmungen, Krampfanfälle, Schmerzen oder Sensibilitätsausfälle.

Ein Körper, der für andere funktionieren soll, widersetzt sich. Egoismus und Leistungsverweigerung nehmen eine sozial akzeptierte Form an, denn körperliche Symptome entsprechen wiederum einem Bild von Weiblichkeit, das mit Schwäche, Labilität und Krankheit assoziiert ist, und treten nicht offen als Rebellion gegen gesellschaftliche Zwänge auf.

Die überarbeitete, alleinerziehende Krankenpflegerin, deren Hand auf einmal gelähmt ist, ist ebenso ein Beispiel dafür wie die Amnesie während eines Gewalterlebnisses oder der Vaginismus (der so genannte Scheidenkrampf) als Weigerung des Körpers gegen Penetration.

Depressionen

Die Lebenszeitprävalenz, also das Risiko, im Laufe des Lebens an einer Depression zu erkranken, liegt in Deutschland bei 18%. Depressionen sind geprägt vom Gefühl der Antriebslosigkeit, einer negativen Sicht auf sich und andere und von der Unfähigkeit, Lust oder Freude zu empfinden.

Frauen sind häufiger in prekären Lebenssituationen gefangen, sei es als alleinerziehende Mutter oder durch Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. Von ihnen wird zudem in viel höherem Maße erwartet, sich für andere aufzuopfern und reproduktive Tätigkeiten unbezahlt zu übernehmen. Frauen müssen sich zwischen der Erfüllung der Rollenerwartungen und sozialen Sanktionen entscheiden, in beiden Fällen entsteht ein Verlust von Lebensmöglichkeiten. Das Gefühl von Ausgeliefertsein durch finanzielle Abhängigkeit oder den Verlust der Deutungshoheit über den eigenen Körper vermindert das Selbstwirksamkeitserleben, erlernte Hilflosigkeit geht mit Motivationsverlust und Resignation einher.

Perspektivlosigkeit, geringes Selbstwertgefühl, mangelnde Selbstwirksamkeitserfahrung sowie ein Gefühl der Machtlosigkeit können maßgeblich zur Entstehung einer Depression beitragen. Von diesen Konflikten sind Frauen stärker betroffen als Männer. An Depressionen erkranken sie etwa doppelt so häufig.

Selbstverletzendes Verhalten

Eine andere Reaktion auf die Gewalt einschränkender Normen ist Wut. Aggressionen widersprechen dem gesellschaftlichen Bild von Weiblichkeit, sie führen zur sozialen Isolation oder werden als übertriebene Emotionalität gewertet. Die erlebte Wut widerspricht dem weiblichen Ideal- und Selbstbild, daher wird nicht zugelassen, dass sie sich nach außen richtet. Durch Nicht-Zulassen dieser Gefühle und Wut auf das eigene Empfinden stellt sich ein Zustand der Depersonalisation, also der Entfremdung vom eigenen Körper, her.

Selbstverletzendes Verhalten kann auf verschiedene Arten die Konsequenz daraus sein. Destruktivität und Aggressionen finden im eigenen Körper ein Objekt, Erregungszustände werden

gebündelt und auf das Selbst gelenkt. Durch Selbstverletzung werden negative Affekte abgebaut und erscheinen somit beherrschbar. In diesem Fall ist der Wunsch nach Selbstkontrolle ein maßgeblicher Faktor. So haben autoaggressive Frauen häufig den Anspruch an sich, souverän und selbstständig zu sein, oder werden durch ihre Lebensumstände früh dazu gedrängt. Autoaggressive Affekte entstehen häufig, wenn Selbstverantwortung gefordert ist und können Zeichen unterdrückter Verletzbarkeit sein. Der Körper wird für das ungewollte Leiden bestraft.

Auch die Objektifizierung weiblicher Körper führt zu Gefühlen der Selbstentfremdung und kann das Bedürfnis nach Selbstverletzung bewirken. Schmerz verbindet das körperliche Erleben wieder mit dem psychischen, das äußere mit dem inneren, kann damit sehr schnell und effektiv Zustände der Depersonalisation beenden.

Wird der Körper hingegen als Gegner begriffen, weil er beispielsweise nicht dem eigenen Schönheitsideal entspricht, kann Wut auf das eigene Aussehen den Wunsch nach Bestrafung wecken. Ein vermeintlich makelloser Körper hingegen entzieht sich dem eigenen Erleben durch ständige öffentlicher Aneignung und Objektifizierung, er wird zur Projektionsfläche von Begehren und Neid. Durch sichtbare Verletzungen wird diese Projektionsfläche zerstört, selbstverletzendes Verhalten kann also auch eine Form der Wiederaneignung des eigenen Körpers darstellen.

Essstörungen

Ein instrumentelles, entfremdetes Verhältnis zum eigenen Körper findet sich, ähnlich wie beim selbstverletzenden Verhalten, auch in Essstörungen wieder. Zügelloses Essverhalten und Gier widersprechen, ebenso wie Aggressionen, dem gesellschaftlich vermittelten Bild der zurückhaltenen Weiblichkeit. Widersprüchlich ist dabei die Bewertung weiblicher Selbstdisziplin, denn Frauen gelten als irrational, inkonsequent und von ihren Emotionen beherrscht, während das Erreichen eines idealisierten schlanken, sportlichen Körpers von Frauen oft ein hohes Maß an Selbstdisziplin erfordert.

Befinden sich viele Frauen in einer Art kollektiver Diät, so wird der

»Schlankheitswahn« von Patientinnen mit Magersucht konsequent ausgelebt. Anorektikerinnen gelten meist als leistungsorientierte, perfektionistische Mädchen, die während ihrer Pubertät mit ihrem inneren Erleben widersprechenden Vorstellungen von Weiblichkeit konfrontiert werden: Mit der Ausbildung sekundärer Geschlechtsmerkmale und dem Sichtbarwerden ihrer körperlichen Weiblichkeit wird ihr Körper der eigenen Definition entzogen und zur gesellschaftlichen Projektionsfläche, während das Bewusstsein einsetzt, dass ihre Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung eingeschränkt sind.

Häufig leiden Mädchen mit Anorexie unter der Übererfüllung der weiblichen Rolle ihrer Mutter, die im bürgerlichen Familienmodell in der außerordentlichen Aufopferung für den Ehemann bei gleichzeitiger beherrschender Kontrolle über sich und die eigenen Kinder, insbesondere der Töchter besteht. Von letzteren wird oft erwartet, sich in die Rolle der Frau ebenso einzufügen. Magersucht geht oft mit einer Verachtung von Weiblichkeit, insbesondere Mütterlichkeit, einher, wobei ein Verlassen der weiblichen Rolle nicht als Möglichkeit gesehen wird. Als männlich geltende Attribute wie Leistungsdrang und Selbstbeherrschung werden innerhalb der weiblichen Rollenerwartung kanalisiert und führen selbige ad absurdum. Durch die Übererfüllung eines vermeintlichen Weiblichkeitsideals entsteht ein Körper, der allen Vorstellungen von »Weiblichkeit« widerspricht. Brüste und Körperfett verschwinden, die Regelblutung setzt aus. Der weibliche Körper wird der gesellschaftlichen Aneignung im wahrsten Sinne entzogen.

Der Auslöser anorektischer Episoden sind daher oft Konflikte, die mit der weiblichen Identität einhergehen. Häufig berichten Patientinnen beispielsweise über die Verwehrung eines als männlich geltenden Berufes oder einen Kinderwunsch des Partners, als Therapiehürde gilt die Angst vor der Rückkehr der Menstruation. Selbst unter unmittelbarer Lebensgefahr wird eine Therapie von den Betroffenen in der Regel verweigert, beginnt häufig mit Zwangseinweisung und gelegentlich sogar Zwangsernährung. Jede zehnte Anorektikerin stirbt an ihrer Krankheit, innere Organe bleiben oft ein Leben lang geschädigt.

Auch Frauen mit Bulimie (= bulimia nervosa, Ess-Brech-Sucht) oder Binge Eating Disorder (= Fressattacken) versuchen oft, ihr Essverhalten im Alltag zu kontrollieren. Die unterdrückten Bedürfnisse brechen dann im Rahmen regelmäßiger Fressattacken mit hochkalorischen Lebensmitteln hervor, welche eine kurzfristige Bedürfnisbefriedigung oder Ablenkung von anderen negativen Gefühlen bewirken. Diese Anfälle finden im Privaten statt, entziehen sich der bewussten Kontrolle und sind im Anschluss mit großer Scham behaftet. Das kompensatorische Erbrechen nach Fressattacken dient der Wiedererlangung der Selbstkontrolle und der Reduktion zugeführter Kalorien. Bulimie tritt in der Regel bei Frauen nach der Pubertät auf, die gesellschaftliche Anerkennung hoch gewichten. Oft erfüllen sie in hohem Maße gesellschaftliche Normen und verkörpern den neoliberalen Anspruch der Selbstoptimierung. Ihr Körpergewicht liegt meist im (medizinischen) Normalbereich. Anders als bei der Anorexie ist die Bulimie daher nach außen meist nicht sichtbar. Die Binge Eating Disorder ist ebenfalls durch unkontrollierte Essanfälle gekennzeichnet, nach denen jedoch keine Kompensationsmaßnahmen herbeigeführt werden. Sie führt also oft zur Gewichtszunahme. Hinter den Essanfällen stehen vermutlich ähnliche Mechanismen wie bei der Bulimie, sie ist allerdings weit weniger erforscht.

Die gesellschaftliche Dimension

Psychotherapeutische Angebote zielen in der Regel darauf ab, Patientinnen innerhalb des herrschenden Systems wieder funktionieren zu lassen. Pathologisiert werden nicht die krankmachenden Verhältnisse, sondern die körperlichen Reaktionen darauf. Dadurch wird gesellschaftliches Leid individualisiert, wird als Krankheit zur Last des Individuums.

Ist, wie beim Beispiel oben genannter psychosomatischer Krankheitsbilder, der Funktionsverlust unter anderem eine Reaktion auf die Gewalt regulatorischer Normen, kann dies als Rebellion des Körpers gegen gesellschaftliche Zwänge, denen er ganz konkret ausgesetzt ist, gesehen werden. Die Krankheit ist somit auch ein Schutzmechanismus, auch wenn die betroffenen Personen unter ihrem als krankhaft erlebten Zustand leiden (oder durch ihn sogar lebensgefährlich bedroht sind).

Die Artikulation und Bewusstmachung von Bedürfnissen spielt eine zentrale und wichtige Rolle bei der Therapie psychosomatischer Krankheiten, deren Behandlung allerdings oft auf die Umlenkung negativer Affekte in sozial akzeptierte und weniger stigmatisierte Handlungen reduziert bleibt. Für das Erleben der Betroffenen sind diese Therapieangebote hilfreich und wichtig, sie leisten aber keinen Ansporn zu Präventionsarbeit und einem Umkrempeln der krankmachenden Verhältnisse, aus denen sich auch die Medizin nicht lösen kann (so wird Frauen beispielsweise auch doppelt so schnell eine psychische Ursache für ihr Leiden zugeschrieben wie Männern).

Es gibt einzelne Versuche, feministische Beratungsangebote zu schaffen, die psychosomatische Krankheitsbilder nicht bloß als Funktionsstörung der*des einzelnen betrachten, sondern versuchen, die gesellschaftliche Dimension von Krankheitsentstehung zu berücksichtigen und ein Empowerment anzustreben. Allerdings liegt der Handlungsimpuls auch hier bei der betroffenen Person und der*dem Therapeut*in.

Der Kampf gegen gesellschaftliche Unterdrückungsverhältnisse ist auch ein Kampf gegen individualisiertes Leid. Psychosomatische Krankheiten unterliegen noch immer einer Stigmatisierung als »persönliche Schwäche« und widersprechen den, auch in weiten Teilen der Linken, vorherrschenden Männlichkeitsidealen. Eine Politgruppe oder ein Freundeskreis können kein Ersatz für eine individuelle Psychotherapie sein, aber ein offensiver und solidarischer Umgang mit Krankheiten holt die Betroffenen aus der Vereinzelung und bindet den Kampf gegen die Symptome in den Kampf gegen die Ursachen mit ein.



D

Deutsche Männer, deutsche Frauen — Eine völkische Kategorie

gruppe polar, critique'n'act, Dresden

Anti-Rassismus braucht Feminismus und eine Kritik an der Nation. Die medialen und politischen Reaktionen auf die sexualisierten Übergriffe in Köln haben es erneut klar gemacht: Wenn es um den deutschen Frauenkörper geht, ist es der Nation verdammt ernst. Und weil dem Rassist der weiße Frauenkörper als sein Eigentum gilt, flippt er bei diesem Thema endgültig aus. Die Gruppe polar aus Dresden wirft einen Blick auf Pegida und die Köln-Debatte.

Der Pauschal-Vorwurf an männliche Geflüchtete, Muslime und People of Color, sie seien grundsätzlich Machos, würden keine Frauenrechte kennen und seien potentielle Vergewaltiger zieht sich durch die ideologische Geschichte von Pegida, genauer gesagt schon durch die Vorgeschichte. »Nein zum Heim«-Demos in Sachsen, deren Anfang wohl auch das erzgebirgische Schneeberg machte. Schon Ende 2013 demonstrierten mehrfach 1000 bis 2000 Nazis und rassistische Bürger*innen gegen eine Unterkunft für Geflüchtete und dort sprach prominent ein Mitglied des »Bunds Schneeberger Mädels« (sic!). Und was sagte die besorgte Schülerin? Sie wolle durch die Stadt laufen können, »ohne Angst zu haben, angebaggert, bedroht oder beklaut zu werden« (1). – Tosender Beifall. Klar, als deutsche Frau steht sie nicht für ihren individuellen Körper und ihre Integrität ein, sondern der Körper wird zum Kampfgebiet auch der anwesenden rassistischen Sexist*innen, Applaus! Bei Pegida sind Frauenrechte ein konstituierendes Thema, natürlich immer bezogen auf Migranten, die diese nicht achten würden. Sächsische alte Männer, die uns davor schützen wollen, eine Burka tragen zu müssen, schönen Dank auch. Frauen* werden dabei ihr Subjektstatus und ihre Souveränität abgespro-

chen, als bedürften sie des Schutzes deutscher Männer. Und so geht es regelmäßig um das Thema Vergewaltigung: Alte rassistische Bilder fließen in Festerlings Geschwader über Geflüchtete ein, die angeblich sexuell ausgehungert seien. Im November 2015 zeigte eine Frau eine nicht stattgefundene Vergewaltigung durch einen »Ausländer« auf dem Gelände der Technischen Universität Dresden an, auf deren Gelände sich zwei Erstaufnahmeeinrichtungen befinden. Selbst Polizeistellen geben an, dass ständig falsche Meldungen von sexualisierten Übergriffen durch Asylbewerber kursieren, für die sich allerdings keine Opfer finden lassen. Solche falschen Anschuldigungen geben sich besorgt, tatsächlich verhöhnern sie aber die Opfer von sexualisierten Übergriffen auf grausame Weise. An der Wahrheit liegt Pegida ohnehin nichts, was halluziniert wurde, hätte ja so passiert sein können. Und das reicht dem Mob als selbstreflexive Bestätigung völlig aus. Die Forderung »Sofort abschieben« hat die völkische Front populär gemacht, nach der sexualisierten Gewalt zu Silvester in Köln lassen bürgerliche Mitte und Linke (Sahra Wagenknecht) sie widerhallen.

Gleichzeitig geht es bei Pegida schon immer gegen die »Genderisierung« (Positionspapier von 2014), gegen »Frühsexualisierung« mit »Gummi-Muschis und Plüschpimmel« in der Schule oder auch mal gegen eine »sozialistisch-quer-sexuelle Minderheitenlobby« (sic!) und »verkorkste Gendertanten mit überzogenem Sexuelscheiß« (Tatjana Festerling), also gegen Feminist*innen und Menschen, die nicht im heteronormativen Volkstanz mitrocken. Nicht zuletzt zeigte sich von Anfang an ein tiefer Frauen*hass, der wüst auf die politische Gegnerin* einschlug: Ein winziger Refugees-

Welcome-Button reicht aus, damit Pegida-Teilnehmer Frauen* dazu auffordern, doch »die Beine breit zu machen« für Geflüchtete; der kleinste Widerspruch auf Facebook von einer mutmaßlich weiblichen Person wird beantwortet mit der Drohung: »Hoffentlich vergewaltigt dich der nächste Islamist!« Vergewaltigung als geeignete Bestrafung und Disziplinierung der »Volksverräterin«. Denn sie hassen Frauen* außerhalb ihrer völkischen Gemeinschaft zutiefst.

Zufall ist das alles nicht. Schon im kolonialen Rassismus war der »Schutz« der weißen Frau vor dem »schwarzen Mann« zentral, während der Kolonialherr ungestraft vergewaltigen konnte. (2) Die Affäre der »Madam« mit einem Sklaven wurde hingegen häufig als Vergewaltigung umgedeutet, damit der beleidigte Herr Rache nehmen konnte. Auch für rassistische Lynchmobs waren Beziehungen zwischen weißen Frauen und schwarzen Männern oft Anlass. Vergewaltigung gehört zum Standardrepertoire der Abendlandsverfechter*innen, einer Gesellschaft, in der Vergewaltigung Teil der Normalität ist, aber der »Andere« als Täter markiert wird.

Das lässt sich als rassistische Projektion erklären: Die moderne Gesellschaft und ihr Bürger (schon immer weiß und androzentrisch gedacht) sollen rational, sittsam und selbstbeherrscht sein. Nur durch die Verdrängung bestimmter Eigenschaften, Bedürfnisse und Neigungen kann so ein idealistisches Selbstbild erhalten werden. Dem steht ein Konstrukt des »Anderen« gegenüber, der vormodern, in einer archaischen Gesellschaftsform verhaftet scheint. Was sich nicht gehört, wird verdrängt und auf vermeintlich Fremde verlagert. Dieser Rassismus ist zufrieden in seiner demokratischen bürgerlichen Gesellschaft. (3)

Der »German boy«, der völkische Nationalist, versucht sich auch in der rationalisierten Art des Rassismus der Moderne, jedoch erträgt er die moderne Gesellschaft nicht. Er favorisiert letztendlich archaische Männer- und Gesellschaftsbilder. Er muss sich erhöhen, neidet aber dem »Anderen« seine selbst erarbeitete Konstruktion der Natur, des Natürlichen – er will eine Scholle auch für sich. Konsequenz ist: Er rebelliert gegen die moderne Gesellschaft, obwohl sie strukturell patriarchal ist, wo die patriarchale Kleinfamilie unangetastet bleibt und alle den Geschlechteridealen entsprechen sollen, deren Selbstbild und Rechtsetzung jedoch dem brachialen individuellen Ausleben patriarchaler Phantasien mitunter Grenzen setzen. Der German boy setzt dem bürgerlichen Männerbild ein völkisches entgegen: »Echte Männer« möchte man sein können, und kann es vermeintlich nicht wegen der bösen Genderisierung, eine Folge der Aufklärung. Nach der sexualisierten Gewalt zu Silvester in Köln fallen Reste bürgerlicher Hemmungen; selbst gegen Menschenrechte wird heftig rebelliert, der Rechtsstaat wird als »Verweichlichung« attackiert.

Auch der sächsische Ausländerbeauftragte Geert Mackenroth fantasierte über die Aushebelung der Unschuldsvermutung, um vermeintlich straffällig gewordene Geflüchtete schneller abschieben zu können. Die Unschuldsvermutung, seit 1950 unmittelbar geltendes Recht in Deutschland (4), stellt dabei für den ehemaligen sächsischen Justizminister (sic!) ein nicht hinnehmbares Hindernis dar. In gleichem Ton echote es auch aus Bayern. In den sozialen Medien rollte derweil eine neue Welle an Aufrufen zu rassistischer Gewalt und Bestrafungsphantasien. Die abstrakte Gewalt des Gesetzes reicht dem deutschen Frauenretter nicht mehr aus: Er will jetzt selbst richten und bestrafen, »seinen Mann stehen«. Und der Mann ist wütend: Vermeintlich kann der »fremde Mann« sich alles erlauben, kennt keine Einschränkung durch Frauenrechte und Moral. Das ist der Neid des Mannes, der die Moderne mitsamt Frauenrechten selbst verachtet. Die Errungenschaften von Feminist*innen werden als künstlich wider der Natur empfunden. Jede Emanzipation wird als volksfremd und intellektuell abgewertet. So wundert es nicht, wenn feministischen Gegendemonstrant*innen durch Pegidademonstranten eine

Vergewaltigung durch einen Muslim gewünscht wird, das haben sie dann nämlich davon! Diese Rhetorik war von Anfang an konstituierend für Pegida.

Die Essentialisierung von Identitäten, in diesem Fall nationaler Identitäten, können als Verteidigungsreaktionen auf einen Globalisierungsprozess gelesen werden. Der globalisierte Kapitalismus, in dem politische Autonomie und Souveränität immer weniger zu bedeuten scheinen, erzeugt einen »symbolischen Rückzug in die Vergangenheit um der Zukunft gewachsen zu sein«. (5) Der Mythos der gemeinsamen Herkunft, im deutschen Fall der Volkskörper, also eine starre, ahistorische und homogene Vorstellung der Gemeinschaft, ist Zentrum dieses rassistischen Denkens. Kultur und Territorium verschmelzen zur »Heimat«. Heimat ist jedoch eine hochgradig geschlechtsspezifische Struktur. Denn Frauen werden zum kulturellen Symbol der Gemeinschaft, ihrer Begrenzungen; sie werden als Trägerinnen der »Ehre« und als generationsübergreifenden Reproduzentinnen der eigenen Kultur dargestellt. (6) So ist es kein Wunder, dass die Genfer Konventionen Nötigung und Vergewaltigung als Verbrechen gegen die Ehre und nicht als Folter werten. (7) Die Ehre ist hier die der Männer und der Gemeinschaft, und nicht die der Frauen selbst. Es findet also eine Eingemeindung des weiblichen Körpers in den Nationalstaat, die Ethnie statt. Letztendlich geht es eben auch nicht um die Vergewaltigung oder die sexualisierte Gewalt an sich, sondern eben nur um den Körper, den ich zu meinem zähle. Ob Women of Color frei von sexualisierter Gewalt leben können, berührt die Nation nicht. Jede Forderung nach Abschiebung aufgrund sexualisierter Gewalt ist daher ein Indiz mehr dafür, dass es nicht um die Unversehrtheit von Frauen*, sondern um die Ehre ihrer Frauen, ihre Ehre geht. Das ist die Nationalisierung des Frauenkörpers. Kein Volk, kein Staat, kein Patriarchat! Mein Körper gehört weder Kirche noch Deutschland. Kein Gott, kein Kalifat, kein Patriarchat! Grenzenlose Solidarität mit den Kämpfen gegen Sexismus und Homophobie.

Anmerkungen:

(1) <http://jungle-world.com/jungleblog/2416/>

(2) Vgl. Angela Davis: Women, Race

& Class, Kapitel: Rape, Racism and the Myth of the Black Rapist.

(3) Vgl. Wulf D. Hund: Negative Vergesellschaftung. Dimensionen der Rassismusanalyse.

(4) vgl. Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention <http://www.menschenrechtskonvention.eu/unschuldsvermutung-9323/>

(5) Vgl. Stuart Hall

(6) Vgl. Nira Yuval-Davis

(7) »Die Frauen sollen besonders vor jedem Angriff auf ihre Ehre und namentlich vor Vergewaltigung, Nötigung zur Prostitution und jeder unzünftigen Handlung geschützt werden.« (4. Konvention, Art. 27)





E

Emanzipation braucht feministischen Antikapitalismus

e*vibes — für eine emanzipatorische Praxis, Dresden

Eine grundlegende antikapitalistische Kritik bestehender Verhältnisse kann auf die Analyse der Geschlechterverhältnisse nicht verzichten. Um falsche Schlüsse zu vermeiden, müssen sexistische Diskriminierungen bei dem Blick auf gesellschaftliche Zusammenhänge immer mit einbezogen werden. Die Gruppe e*vibes aus Dresden arbeitet mit feministischem Schwerpunkt und ...ums Ganze! freut sich, sie als neue Bündnismitglieder begrüßen zu dürfen.

Sexistische Diskriminierungen und die damit einhergehende Hierarchisierung der Geschlechter sind fundamentale Bestandteile der bürgerlichen Gesellschaft. Dazu gehört beispielsweise auch das Festhalten an der normativen Zweigeschlechtlichkeit und dem Ideal der heterosexuellen Kleinfamilie.

Das ist heute ebenso der Fall wie zu Beginn der Industrialisierung, allerdings haben sich die konkreten Formen der ideologischen Geschlechtervorstellungen im Laufe der Zeit gewandelt. Im Frühkapitalismus beschränkte sich die Wirkmacht der neuen bürgerlichen Geschlechterverhältnisse auf die namensgebende Bourgeoisie. Die Frauen* (1) und ebenso die Kinder der Unterschicht mussten zu dieser Zeit Lohnarbeiten. Im Fordismus bis Mitte des 20. Jahrhunderts wurde der Frau* fast ausschließlich die Sphäre der Reproduktion, also beispielsweise die Versorgung von Kindern und die Haushaltungspflege, zugeteilt. Der Mann* sollte als Alleinversorger Produktionsarbeit leisten und mit seinem Lohn die Familie ernähren. Damit konnte das bürgerliche Familienbild erstmals auch real die gesamte Gesellschaft durchdringen und wirkt bis heute fort. Von solch einer eindeutigen Aufteilung der Geschlechter

in zwei strikt voneinander getrennte Arbeitsbereiche kann inzwischen nicht mehr die Rede sein. Frauen* nehmen heute erneut in großem Umfang am Bereich der produktiven Arbeit teil (dem Teil der insgesamt geleisteten Arbeit, der direkt der Mehrwertproduktion im marx'schen Sinne dient). Damit werden Frauen* nun wieder zunehmend direkt am kapitalistischen Wertschöpfungsprozess beteiligt. Das früher verbreitete Ideal der fürsorglichen Hausfrau war ganz darauf ausgerichtet, die Verantwortlichkeit für das Großziehen der Kinder und die Versorgung des männlichen Arbeiters zu begründen. Zu dieser Reproduktionsarbeit unter dem Dreiklang »Kinder, Küche, Kirche« kommt heute unter dem Schlagwort von »Kind und Karriere« noch die direkte Ausbeutung in der Wirtschaft hinzu.

Die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte ermöglichten vielen Frauen* allerdings auch eine stärkere und vielfältigere gesellschaftliche Teilhabe. Diese Veränderungen müssen jedoch auch in Bezug auf den neoliberalen Umbau der Gesellschaft gesehen werden. Denn mit diesem entstanden neue Verwertungs-zwänge, die mit modernisierten Normierungsmechanismen verknüpft sind. Zu frühkapitalistischen Zeiten wurde die Steigerung der Profitrate vor allem durch maximale körperliche Belastung der Arbeiter*innen erreicht. Die fordistische Massenindustrie setzte dagegen auf die Vereinheitlichung, Standardisierung und bis ins Extrem gesteigerte Aufspaltung von Arbeitsprozessen an den Fließbändern. In neoliberalen Zeiten gewinnen neue Optimierungsweisen an Bedeutung und lösen teilweise die klassischen Ausbeutungsmechanismen ab.

Die Auflösung der Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit und die ständige

Erreichbarkeit zählen zu den neuen Formen kapitalistischer Sozialisierung. Sie bauen weniger auf unmittelbarem Zwang auf, sondern eher auf der jahrelang eingetrichterten Pflicht zur Selbstoptimierung für »den Arbeitsmarkt«. Solchen inneren Zwängen sind in neoliberalen Zeiten alle Geschlechter unterworfen. Statt nur den Druck auf die Löhne und die technische Entwicklung als Mittel gegen die sinkende Profitrate zu nutzen, gewinnt die sogenannte »Personalentwicklung« an Wichtigkeit. Praktika, Probezeit und Assessment-Center dienen dem passgenauen Zuschnitt der »human resources« auf die immer weiter ausdifferenzierten Tätigkeiten in der komplexen Wirtschaft der globalisierten Welt.

Diese Modernisierungsbestrebungen geschehen auch auf Kosten bisheriger Geschäftsmodelle und werden damit auch von Teilen des Kapitals bekämpft. Auf antikapitalistischer Seite gilt es ebenso die bestehenden Analysen immer wieder kritisch zu hinterfragen und zu erneuern. Allerdings ist es für optimale Verwertungsbedingungen des Kapitals weiterhin notwendig, die menschliche Arbeitskraft als Ware möglichst günstig zu reproduzieren. Der größte Teil der Reproduktionsarbeit, ob bezahlt oder unbezahlt, wird immer noch von Frauen* geleistet. Am billigsten ist es nämlich, wenn Frauen* Care-Tätigkeiten zusätzlich zur eigenen Erwerbstätigkeit realisieren – und das ohne dafür entlohnt zu werden. Für sie bedeutet dies eine Doppel- oder Dreifachbelastung im Vergleich zu Männern* (Lohnarbeit, direkte sowie generative Reproduktionsarbeit).

In der Reproduktionssphäre zeigen sich die Verschränkungen zwischen verschiedenen Diskriminierungsformen

wie Klassismus, Rassismus und Sexismus besonders deutlich, beispielsweise wenn schlecht bezahlte Care-Arbeit immer mehr von Migrant*innen geleistet wird – hier entwickelte sich im Laufe der neoliberalen Globalisierung eine neue Form postkolonialer Ausbeutung des globalen Südens. Statt sich »nur« Rohstoffe oder Arbeitskraft (ob in Form von Sklav*innen oder billigem Outsourcing) anzueignen, hat sich nach der politischen Dekolonialisierung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verstärkt eine globale Betreuungskette etabliert. Zuhal Yeşilyurt Gündüz beschreibt dies als »Care Drain« in Richtung des kapitalistischen Zentrums.

Diese strukturellen Ungleichheiten verwirklichen sich in individuellen Diskriminierungserfahrungen bzw. Privilegien. Im momentanen gesellschaftlichen Kräfteverhältnis werden diese allerdings viel zu oft nicht problematisiert, sondern vielmehr anhand sexistischer oder rassistischer Kategorien legitimiert. Das befeuert rechtspopulistische Bewegungen: Ausgrenzende Identifi-

kationen mit Kategorien wie Nation, Geschlecht, Kultur oder Rasse dienen dazu, die jeweils individuelle Situation ein kleines bisschen zu verbessern – all dies allerdings auf dem Rücken derer, die sich noch weniger wehren können.

Eine grundlegende Änderung der Verhältnisse wird sich aus diesen chauvinistischen Ansätzen nicht entwickeln. Das einzige was Pegida und Co. versprechen können, ist ein reaktionärer ideologischer Backlash zum Nachteil aller, die der normativen Zurichtung auf einen homogenen nationalen Volkskörper nicht entsprechen können oder wollen. Da wir allerdings an der emanzipatorischen Utopie festhalten wollen, dass allen Menschen ein Leben ohne Unterdrückung und Ausbeutung zusteht, stellen wir dem eine klare Position entgegen:
Wir müssen emanzipatorische Kämpfe zusammen denken und gemeinsam führen. Um dabei erfolgreich zu sein, benötigen wir eine aktuelle und akkurate Analyse gesellschaftlicher Zusammenhänge. Im Antikapi-

talismus, der nicht verkürzt sein will, darf eine feministische Kritik der Verhältnisse nicht fehlen!

Fußnoten:

(1) Obwohl wir Geschlechterkategorien als Konstruktion erkennen, ist die Zweigeschlechtlichkeit mitsamt ihren »natürlichen« Zuschreibungen eine gesellschaftliche Realität, mit der wir immer wieder konfrontiert sind. Aus diesem Grund verwenden wir zwar die Bezeichnungen »Frauen«, »Männer« usw., markieren diese aber mit einem Stern.



F

F*antifa

Eine veraltete Organisationsform?

Alex Lehner
antifa_nt, München

In mehreren (deutschen) Städten erlebt F*antifa aktuell eine Renaissance. Das Konzept sich ohne Cis-Männer (1) zu organisieren und/oder Antifa-Arbeit mit besonderem Schwerpunkt auf (Queer-)Feminismus wird wieder vermehrt aufgegriffen und aktualisiert. Einerseits geschieht das aufgrund eines erstarken gesellschaftlichen Antifeminismus und andererseits aufgrund bestehender Leerstellen in der eigenen, linksradikalen Szene. Aber wie äußern sich diese gesellschaftlichen, aber auch innerlinken Leerstellen – und wie sollen solche Konzepte überhaupt funktionieren?

Ursprünglich kommt Fantifa aus den frühen 90ern und wurde überwiegend als Frauen-Antifa begriffen. Mit zeitweise mehreren Dutzend Frauen-Antifas hatte dieses Organisationskonzept großen Einfluss auf die antifaschistische Bewegung der damaligen Zeit. Fantifas arbeiteten damals nicht ausschließlich zu feministischen Themen, sondern befassten sich mit ebenso mit klassischer Antifa-Arbeit, beispielsweise zu den Pogromen in Mölln, Solingen, Rostock-Lichtenhagen, etc. Bis Ende der 90er lösten sich viele von ihnen auf, nur wenige Gruppen, wie der Antifaschistische Frauenblock Leipzig, machten weiterhin Politik, Neugründungen von F*antifagruppen waren selten.

F*antifa is back

In letzter Zeit ist ein gewisses Revival von F*antifa zu beobachten. Im Gegensatz zu den 1990er Jahren ist F*antifa heute nicht unbedingt ein Konzept, das sich ausschließlich an Cis-Frauen wendet. Häufig öffnen sich die Gruppen für nicht-binäre Geschlechtsidentitäten, in manchen Fällen auch für Cis-Männer. Dann

definiert sich die Gruppe als feministische Antifa, sodass das »F« in Fantifa eine andere Bedeutung bekommt als früher. Bei einer Offenheit für nicht-binäre Geschlechtsidentitäten spielt das Sternchen am »F*« eine große Rolle und fungiert als Verdeutlichung der Miteinbeziehung von Geschlechtsidentitäten, die zwischen und außerhalb der binären Geschlechterordnung liegen. Allerdings kann das Sternchen auch in diesem Kontext dazu dienen, Geschlecht als Konstruktion zu markieren.

Aber warum?

2012 wurde das Buch »F*antifa – feministische Perspektiven antifaschistischer Politik« eines »Herausgeber_innenkollektivs« (2) veröffentlicht und viele Aktivist_innen, die bspw. die 90er nicht als Teil einer antifaschistischen Bewegung erlebt hatten, erfuhren erstmals von F*antifa als Form der Organisation. Die wieder erstarkende Popularität des Konzepts hängt neben der Veröffentlichung des Buches aber auch mit einem immensen wiedererstickenden Antifeminismus zusammen, mit dem die deutsche und europäische Linke gerade konfrontiert ist. Beispiele hierfür sind Protest-Bewegungen wie die »Demo für alle«, oder die »1000-Kreuze-Märsche«. Hinzu kommen durch Parteien und andere Institutionen organisierter Antifeminismus, sowie rechte Sammlungsbewegungen, die antifeministische Positionen in ihre Agenda integrieren.

Zwar haben antifaschistische Gruppen teilweise gegen Demos und Kundgebungen der Antifeminist_innen mobilisiert. Dabei wurden aber – auch von medialer Seite – häufig v.a. die Überschneidungen dieser antifeministischen Klientel mit einer organisierten Naziszene in den Vordergrund gestellt. Die antifaschisti-

sche und dezidiert feministische Organisation linksradikaler Gruppen war/ist eher die Ausnahme. »1000-Kreuze-Märsche« und phasenweise auch viele »Demos für alle« konnten jahrelang ohne breiten antifaschistischen Protest stattfinden, für Praxis gegen christliche Fundamentalist_innen blieb selten Zeit.

F*antifa heute möchte jedoch nicht nur sexistische Verhältnisse und antifeministische Ideologie in der Mehrheitsgesellschaft und rechten Bewegungen kritisieren. Von Beginn an richtet sich die Kritik auch an die eigene Szene: Antifa sei in ihrer Praxis Cis-männlich dominiert und schließe andere Aktivist_innen aus. Diese Struktur lässt sich an simplen Organisationsfragen durchexerzieren, am Aufbau von Antifa-Gruppen und linksradikalen Projekten, an antifaschistischer Theoriearbeit und ebenso an antifaschistischer Praxis und im Zusammenhang damit auch der Frage nach militanter Praxis: In vielen Gruppen sind deutlich mehr Cis-Männer organisiert, auf Bündnistreffen lassen sich seltener Frauen blicken, die Theoriebosse sind Marx und Adorno-zitierende Boys und die ersten Reihen der Demo werden von sportlichen jungen Herren angeführt. Doch es geht nicht nur um eine zahlenmäßige Überlegenheit von Cis-Männern.

Antifa ist eine politische Organisationsform, die auf Militanz, Stärke und Durchsetzungsvermögen baut – Eigenschaften, die zumeist Cis-männlich subjektivierten Personen zugeschrieben werden. Und auch wenn es in der Praxis oft ganz anders aussieht: der Mackerhaufen (der nicht zwangsläufig nur aus Cis-Männern bestehen muss) kann abschrecken. Es ist also eine Struktur, die auf das Grundlegendste von Antifa zurückgeht, auf die allerersten Fragen, die sich Linksradikale

stellen. Diese Struktur ist problematisch, weil sie so für viele kein Ausbruch aus gewohnten sexistischen Strukturen darstellen kann, kein Ort, an dem Menschen befreit(er) leben können, kein Raum abseits der normalen Scheiße. Viel eher etablieren sich die beispielsweise oben genannten Szene-Codes, die für eine in sich geschlossene Szeneidentität notwendig sind, die anerkannt sind, eingehalten und damit reproduziert und stabilisiert werden. Abweichung führt eventuell zu Sanktionen, fehlender Anerkennung und Sichtbarkeit, nicht ernst genommen werden, usw.

F*antifa muss als Antwort auf die eben umrissenen Leerstellen gesehen werden, da offenbar das Bedürfnis besteht, sich in einem Rahmen ohne Cis-Männer zu organisieren, oder zumindest separate Gruppen zu bilden, die sich mit dem Thema Feminismus/Antisexismus und Antifa auseinandersetzen. Die Formulierung eines Ausschlusses, der ein Resultat von sexistischen Verhältnissen und fehlende feministische Praxen innerhalb der radikalen Linken ist, ist ein Spezifikum in der radikalen Linken.

Und nun?

Und dies ist wohl der entscheidende Punkt: Die radikale Linke hat es zu keinem Zeitpunkt geschafft nachhaltig feministische Standards zu etablieren und Feminismus in der eigenen Szene als fortlaufenden Prozess zu begreifen. Feminismus wird als punktueller Schwerpunkt behandelt, nicht als mitlaufende Thematik, die zu jeder Zeit eine Rolle spielt. Hinzu kommt, dass Feminismus in der radikalen Linken häufig eher als Statement nach außen funktioniert, sexistische Muster im eigenen politischen Umfeld aber häufig kritiklos reproduziert werden. Selbstverständlich haben linksradikale feministische Praxen in den vergangenen Jahren im Bezug auf die Reflexion des eigenen Verhaltens viele Erfolge erzielt, einerseits besteht aber die Gefahr, dass diese Erfolge schnell wieder in den Hintergrund geraten, andererseits muss an sie anknüpfend weitergedacht und -gehandelt werden.

F*antifa nun aber einzig und allein als Kritik zu sehen, wäre gegenüber F*antifa-Gruppen, die (seit) damals existiert haben oder sich in diesem Jahrzehnt gegründet haben, ein bitteres und falsches Statement. Das Aufgreifen

des Konzepts ist eine wieder aufgelebte Stärke der radikalen Linken und begrüßenswert. In F*antifa steckt Potenzial für Antifa, und sie als legitime Organisationsform zu sehen, ist ein wünschenswerter Schritt. Und auch die Kritik, die in F*antifa steckt und die F*antifas formulieren, ist nicht nur Ausdruck von Schwäche oder Fehlern. Sie ist der Ausgangspunkt für feministische Arbeit und bietet neue Möglichkeiten.

In ihrer heutigen Arbeit begreifen sich F*antifa-Gruppen überwiegend als Teil von Antifa-Strukturen. Insofern ist F*antifa nicht als eine Form der Parallelorganisation zu Antifa zu begreifen, sondern als Organisation im Rahmen von Antifa-Strukturen, die diese um wichtige Inhalte erweitert. So beteiligen sich Gruppen an lokalen und überregionalen Bündnissen, an Protesten gegen Pegida, Nazis und anderen reaktionären Mobilisierungen.

Vieles, das in den 90er Jahren durch das Konzept F*antifa angegriffen wurde, hat sich gebessert, da feministische Kämpfe damals durchaus Erfolge erzielt haben. Obsolet wurde dieser Organisationsansatz dadurch nicht. Ganz im Gegenteil: Es stellt sich die Frage, ob heute feministische Kämpfe anders gekämpft werden müssen: Zum Beispiel Transfeindlichkeit auch in der radikalen Linken stärker zu thematisieren und die Entwicklungen, Erfolge und Niederlagen der letzten Jahre in Theorie und Praxis mit einzubeziehen. Letztendlich ist ein bedeutender Teil von Feminismus auch heute noch nicht endende Arbeit an sich selbst, weil es noch sehr lange notwendig bleiben wird.

Fußnoten:

(1) Cis dient als Beschreibung für Personen, die sich mit dem ihnen bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht identifizieren können und ist ein Versuch, dies als Norm zu hinterfragen und zu problematisieren.

(2) Reihe Antifaschistische Politik, Band 5, Edition Assemblage, 2012

»Demos für alle«

richten sich gegen eine imaginierte »Frühsexualisierung« und gegen den »Genderwahn«. Sie ziehen ein breites Spektrum, bestehend aus Rechtspopulist_innen, Antifeminist_innen, Nazis, Maskulinist_innen und christlichen Fundamentalist_innen an. Diese glauben allesamt an eine Gender-Verschörung, die von Wissenschaftlicher_innen aus den Gender Studies und Feminist_innen ausgeübt wird, während sie sich im Gegenzug dazu als die noch nicht vom Gender-Wahn infizierten sehen. Die Demonstrierenden stehen für ein heteronormatives, patriarchales Familienkonzept (Mann, Frau, ein paar Kinder) und gegen jede Form von Sexualität abseits der heterosexuellen, sowie gegen jedes Geschlecht, das nicht nach der Cis-Norm funktioniert.
>>> S.78, X: XX&XY – Antigenderismus

»1000-Kreuze-Märsche«

sind eine Zusammenkunft christlicher Fundamentalist_innen und Rechter, die gegen Abtreibung und Selbstbestimmung von Frauen protestieren. Dabei laufen die reaktionären Antifeminist_innen mit weißen Kreuzen durch die Stadt, betauern Embryonen, beten, singen und vollziehen an Flüssen kollektives Rosenwerfen, um den in ihren Augen »getöteten« Kindern zu gedenken. Das alles dient dazu, Frauen ihr Recht auf Selbstbestimmung und Abtreibung zu nehmen und das als zu verteilende Tat, als »Mord« darzustellen.

G

Gegen die Gesellschaft kämpfen, wenn sie dir am härtesten zusetzt

Ella & Ariel
Fast Forward, Hannover

Für einen anderen Stellenwert des Alltags in unserer Organisation. Ella und Ariel aus Hannover beschreiben, warum die meisten Polit-Gruppen in ihrer Entwicklung stagnieren, und was ein möglicher Ausweg aus dieser Situation ist. Sie versuchen den Gedanken der Alltagskämpfe konsequent zu Ende zu denken und liefern einen wichtigen Beitrag zur Selbstreflexion.

Der radikalen Linken mangelt es – nach wie vor – an Ideen, wie es möglich sein kann, mehr zu werden und die eigenen Leute nicht entweder aus Opportunismus, oder an den Job oder die Kleinfamilie etc. zu verlieren. Ist es eine steile These das zu behaupten? Voraussichtlich nicht, sondern ein stetiger Wiedergänger linker Theorie- und Praxisgeschichte. Ein Grund dafür, dass das Thema eher als ein nerviger Dauerbrenner statt als hoffnungsvoller Ausblick daherkommt, könnte neben dem Hauptgrund der Marginalisierung im kapitalistischen Hamsterrad die Schwierigkeit sein, die eigenen Analysen so zu nutzen, dass sie auch »attraktiv« für Menschen werden, die ebenfalls merken, dass hier und anderswo einiges schief läuft.

»Sicherlich kann es aber nicht einfach darum gehen, durch die krasseren Aktionen oder eine größere Anschlussfähigkeit voranzukommen, sondern wohl noch am ehesten dadurch, dass wir beginnen, den Alltag dieser Gesellschaft umzukrempeln – und unser Leben gleich mit.« (1)

Den Alltag umkrempeln – was damit gemeint ist, darüber gibt es weder zwischen allen Gruppen im Bündnis noch innerhalb dieser Gruppen einen Konsens. Vielleicht herrscht sogar eine

Unklarheit darüber, was genau Alltagsprobleme sind und was das mit den eigenen Strukturen und Praxen zu tun hat. Einige sind darüber hinaus genervt davon, Alltagskämpfe als »heiligen Gral« der Politstrategien zu betrachten.

Worauf bauen unsere Strategien gerade eigentlich auf?

Ein Kern des Problems ist, dass wir heute nach einem Politikmodell handeln, das nicht an die Lebensrealität der meisten Menschen anknüpft. **Das wir eine Strategie, eine Aktions- und eine Organisationsform haben, die für die meisten Menschen nicht zugänglich ist, weil ihre soziale Realität es ausschließt, sich daran zu beteiligen.** Davon ist erst mal die alleinerziehende Mutter genauso betroffen wie der*die Geflüchtete, der*die um seinen*ihreren Aufenthalt Angst haben muss. Wir orientieren uns mit unserer Art politisch zu arbeiten am ehesten an einem*r Student*in, der*die zumindest teilweise durch die Eltern und/oder den Staat gestützt wird. Also, die Zeit hat und sich diese nimmt, in einer gewissen Unabhängigkeit Themen zu suchen. Und das schließt erstmal eine ganze Menge Menschen aus, die diese Zeit und die Ressourcen, und vielleicht auch ein Minimum an sozialer Absicherung, nicht haben.

Doch unsere derzeitige Organisation lässt auch die soziale Realität ihrer Mitglieder außer Acht. Es spielt für unsere Politikfelder (zumindest vordergründig) keine Rolle vor welchen Herausforderungen die in ihnen Aktiven stecken. Unser Anspruch ist, dass wir aus der Analyse des gesellschaftlichen Zustandes und einer materialistischen Kritik das richtige Politikfeld unserer Zeit finden, und dort als radikalisierender Faktor auftreten.

»Sozialer Wandel geschieht, wenn die alten Geschichten, die wir uns erzählen, um zu überleben, nicht mehr greifen, und wir neue erschaffen.« (2)

Auf diese Art politische Veränderung anzustoßen, dürfte aber inzwischen immer schwieriger werden. Selbst die Durchschnittstudis spüren den Druck der Konkurrenz und Verwertbarkeit seit der Grundschule. Die Verschärfung der sozialen Verhältnisse hat auch eine Veränderung in den Möglichkeiten des politischen Handelns zur Folge. G8, Harz 4 oder Bachelor/Master betreffen auch den Elfenbeinturm der linksradikalen Politorganisation. Oder anders formuliert: Ohne die relative Sicherheit der alten Sozialhilfe ist ein (Post-)Autonomenleben gar nicht so einfach?

»Politische Arbeit ist mir wichtig, ich will ja die Gesellschaft revolutionieren. Das mit dem Hochschulabschluss muss aber auch sein, was soll ich denn machen, wenn ich nachher keine oder nur scheiß Arbeit finde. Deshalb habe ich jetzt erstmal aufgehört zu den Gruppentreffen zu gehen.« (3)

Wir kämpfen tagtäglich vereinzelt für ein Minimum an Sicherheit und sind dabei oft bereit auch bei der politischen Arbeit zurückzustecken. Wenn es hart auf hart kommt, bringt uns unsere politische Organisation wenig weiter. **Durch die Realität schmelzen die gesellschaftlichen Schichten zusammen, die sich eine linksradikale Politik unserer Art »leisten« können.** Alleine deshalb ist es heute mehr als je zuvor notwendig, eine neue Strategie zu finden.

Dafür lohnt es sich zu überdenken, was politische Organisation für uns bedeutet. Ist es nur der Ort an dem wir einen Text diskutieren und die



nächste Demonstration planen? Oder ist es der Ort, an dem wir versuchen neue Formen des kollektiven Lebens und Handelns zu entwickeln?

Was feministische Kämpfe schon immer einforderten...

Vielleicht muss das Ziel eine Organisation sein, die unsere eigene und damit die allgegenwärtige Unsicherheit ernst nimmt und bekämpft. Eine Prekarität, die heute sogar eine weiße männliche Mittelschicht erfährt, ist eine Situation, die vorher eher – aus vielfältigen Gründen – ausgegrenzte und/oder weibliche* Personen betraf. Genau deshalb lohnt es, sich die feministische Kritik anzuschauen, bei der Prekarität und Abhängigkeit schon immer mitbehandelt werden mussten. Im Folgenden skizzierte Handlungsoptionen sollen versuchen an feministische Kämpfe und ihre Intentionen anzuknüpfen.

De facto nehmen wir uns selten die Zeit für interne Prozesse, die dafür sorgen könnten, dass wir Menschen nicht verlieren bzw. neue für unsere Art der politischen Praxis gewinnen. Wir finden kaum eine Sprache und Praxis, die uns und anderen zeigt,

dass es genau dann das richtige ist gegen diese Gesellschaft zu kämpfen, wenn sie dir am härtesten zusetzt.

In der Gruppe sind wir ein Kollektiv, welches viel Vertrauen und Absprache benötigt, um Aktionen zu planen und durchzuführen und Repression zu begegnen. Wir überlegen uns Möglichkeiten in das Hamsterrad des »warenproduzierenden Patriarchats« (4) einzugreifen und die Welt aus dem Takt zu bringen. Doch außerhalb sind wir oft wieder auf uns allein gestellt; bei der Arbeit, im Studium, in der Wohnung und der Kleinfamilie. Wenn es gut kommt, haben wir uns hier mit anderen zusammengeschlossen und versuchen bei der Begleitung von Kindern, in der Liebesbeziehung oder bzgl. der Unterkunft zumindest ein wenig unsere Ansprüche eines ganz anderen Zusammenlebens umzusetzen.

In unsere Politgruppe, der es vorgeblich »ums Ganze« geht, spielt das jedoch nur selten rein. Die Einzelnen bleiben alleine damit, ob sie sich neben der Gruppe noch anders politisch organisieren, wie sie ihre (romantische) Beziehung verhandeln, >>> S.62, R: ReLOVEution oder wie sie Arbeit und Studium mit

der politischen Tätigkeit vereinbaren. Bei allen Debatten über Geschlechterverhältnis und Arbeit schaffen wir es doch selten die Politstrategie – abseits von »Beyond Europe«-Turnbeutel und Soli-Partys – in unseren Alltag einfließen zu lassen.

»Erst die Einbeziehung des Alltags und der Angriff auf die Trennung von privat und politisch ermöglicht tiefgreifende, revolutionäre Arbeit.« (5) Nur wenn wir auch die Bedingungen unserer Politik in den Fokus nehmen, können wir diese verändern und mit einbeziehen. Das kann uns im Alltag helfen, wenn wir eine Lohnarbeit anfangen oder Kinder begleiten. Das kann aber auch Menschen den Zugang ermöglichen, die bisher nicht an unserer Politik teilhaben konnten. Solche, die Schutz- und Ausprobierräume brauchen, um nicht in von anderen geschaffenen Strukturen unterzugehen bzw. keine Berücksichtigung finden. Und die oft das Gefühl haben, dass innerhalb der linksradikalen Szene weiße Mittelschichtskids vor allem Politik für weiße Mittelschichtskids machen.

Solange wir uns alle vorrangig als Opfer des Kapitalismus (an)erkennen,



verbauen wir uns auch Möglichkeiten der Einsicht. Erst wenn wir ein Verständnis für die eigenen Privilegien und Positionen in der Gesellschaft haben, können wir die emanzipatorischen Potenziale aus Kämpfen um Anerkennung und Teilhabe nutzen.

Konfrontiert mit Vereinzeln, patriarchaler Rollenzuweisung und daraus resultierender Gewalt, ist z.B. das Verhandeln der eigenen Unsicherheit und Diskriminierung schon immer Teil feministischer Organisation gewesen.

Erst durch die kollektive Bearbeitung dieser Probleme des Alltags war es vielen Frauen* möglich die Kraft zu entwickeln sich gegen diese patriarchale Ordnung zur Wehr zu setzen.

Auf unsere Praxis übertragen wäre es ein Anfang Räume innerhalb unserer Strukturen zu schaffen, die einen Austausch ermöglichen. Orte an denen wir unsere Probleme und eigenen Unsicherheiten einbringen und eben auch verhandeln können. Wir müssen der Individualisierung und Verdrängung dieser Prekarität, die unser Leben durchzieht, etwas entgegensetzen. Ein Angriff auf eine*n ist ein Angriff auf uns Alle. Nicht nur wenn der Staat zuschlägt, sondern vielleicht auch wenn die Verhütung versagt oder die Kohle knapp ist.

Wir können nicht alles, was in dieser Gesellschaft danebengeht, in unseren Strukturen auffangen. Aber wenn wir zu großen Teilen die Analyse vernachlässigen, warum unsere Art der Organisation und politischen Praxis für viele Menschen nicht zugänglich ist, dann wird das eher nix mit dem libertären Kommunismus.

Fußnoten

(1) uG-Nachtrag zu M18 – »Nicht zynisch werden – neues Jahrhundert, neuer Anlauf«, zu finden auf <http://umsganze.org/nicht-zynisch-werden/>

(2) Laurie Penny, Unsagbare Dinge, 2015, S. 97

(3) Zitat einer unbekanntenen (Ex-)Kommunistin

(4) Roswitha Scholz

(5) Zitat einer Feministin in einer kommunistischen Organisation

Links

<http://zweiter-mai.org/sechs-the-sen-ueber-die-angst/>

<http://strassenauszucker.blogspot.de/2012/05/30/die-revolution-im-reformhaus/#more-195>

Zur Verdeutlichung der Problemlage hier eine kurze Skizze eines möglichen Gruppentreffens einer Politgruppe X in einer Stadt Y in Kaltland:

– kurzfristige Absage von 3 Leuten (fertig von der Lohnarbeit, Partner*in hat Geburtstag, es ist das fünfte Polittreffen der Woche und die Luft is raus...)
– de facto los geht es eine halbe Stunde später als gedacht
– alle bringen ihre Tageslaunen und den gesamten Weltschmerz mit ins Plenum
– eine Stunde später muss die*der erste wieder los um Kinder zu versorgen oder noch auf die wichtige Party zu gehen

»Wir stellen uns die Revolution dabei als eine Art »kollektive Selbstbefreiung« vor. Gemeinsam, mit den eigenen Bedürfnissen als Ausgangspunkt, mit dem Blick auf grundlegende Umgestaltung. Zuvor müssen wir uns natürlich darüber klar werden, was wir eigentlich wollen. [...] Wir befürworten alles, was Menschen glücklicher macht, ihre Bedürfnisse mehr im Blick hat und Herrschaft zurückdrängt. Wenn das schon im Hier und Jetzt geht, dann ist das super. Das Bewusstsein zu verändern und konkrete Verbesserungen sind immer zu begrüßen.«

(Die Revolution im Reformhaus, Straßen aus Zucker Nr.7)

H

»Hast du da eine Meinung zu?« Vier Thesen und ein Kommentar zur Silvesternacht in Köln

Ariel
Fast Forward, Hannover

1. Dass sich die radikale Linke erst nach den meisten großen Tageszeitungen zu den Übergriffen in der Silvesternacht in Köln geäußert hat, liegt auch an einem unsicheren Umgang mit den Themen Sexismus und sexualisierte Gewalt.

2. Abseits von den Slogans gegen Sexismus und sexualisierte Gewalt zu sein, fällt es vielen schwer, diese in ihrer gesellschaftlichen und politischen Relevanz einzuordnen. Zwar haben eine ganze Menge Menschen in der radikalen Linken dazu eine dezidierte Analyse oder setzen sich damit täglich (gezwungenermaßen) auseinander, es fehlt aber eine kollektive Strategie, Sexismus und Patriarchat zu thematisieren und herauszufordern. Dass es gegen den deutschen Mob regelmäßiger Mobilisierungen bedarf, ist den meisten bewusst. Wie aber kollektiv mit der alltäglichen sexualisierten Gewalt (von sexistischen Sprüchen bis Vergewaltigungen) umgehen, ist gar nicht so klar.

3. Daraus resultiert eine besondere Unsicherheit bei der Kombination mit rassistischer Vereinnahmung, wie es nach den Übergriffen in Köln geschehen ist. Häufig war zunächst der reflexhafte Appell zu hören, jetzt nicht alle Geflüchteten über einen Kamm zu scheren. Gleichzeitig gab es eine gewisse Unfähigkeit, die sexualisierte Gewalt einordnen zu können oder gar zu thematisieren.

4. Eine feministische, linksradikale oder kommunistische Position, kann aber nicht nur darauf hinweisen, dass Antisexismus von Rechts vereinnahmt wird, sondern muss selber eine deutliche Kritik formulieren und eine widerständige Praxis entwickeln. Dazu gehört auch das Zusammenspiel von hiesigem und anderem Patriarchat, Flucht (viele Männer), Fluchthilfe (viele Frauen), sexistischem Alltag, Männergewalt, Islam(ismus) und Feiersituationen zu thematisieren. Dazu gehört aber auch nach solchen Vorfällen nicht einfach nur in einen Abwehrreflex zu verfallen, sondern umso deutlicher auf Männergewalt hinzuweisen.

Ella
Fast Forward, Hannover

»was sagst du eigentlich zu der sache da...?« zwischen hilflosigkeit und wut, die zum bersten ist...

oben genanntes zitat bekomme ich immer wieder zu hören. immer dann, wenn so was passiert. »sowas« wie in köln. oder damals mit laura himmelreich und brüderle. oder in indien. oder wenn die quote eingeführt werden soll. oder wenn der IS frauen versklavt. oder oder... die frage kommt von vielen seiten – von inhaltlich und emotional interessierten genossen, unpolitischen freund*innen, menschen die mich »als feministin« fragen – manchmal rat suchend, manchmal weil sie mich triezen wollen.

und meine reaktionen liegen immer zwischen ich lese und höre jetzt gar nichts mehr, ich kenne die mechanismen, es is immer die gleiche scheiße nur anders dargereicht und ich will und muss alles wissen, will eine perfekte, kluge gesprächspartnerin sein. beides strengt an, es gibt keine perfekte wahl, beides fühlt sich oft nicht frei gewählt an, verletzt mitunter. weder aktionismus des umfeldes hilft, noch lethargie. ich hoffe immernoch auf einen geordneten akt des widerstands, irgendeinen raum der adäquaten verhandlung...



Intersektionalität

Alex Lehner & Lucian Behrens
antifa_nt, München

Der Feminismus, den ...ums Ganze! vertritt und für den wir kämpfen wollen ist intersektional. Was der Begriff beinhaltet und was er für die Praxis bedeuten kann, versuchen die Genoss*innen der antifa_nt aus München zu erklären.

»The first thing you do is to forget that I'm black. Second, you must never forget that I'm black.«
Dieser Satz stammt aus dem Gedicht »For the white person who wants to know how to be my friend« von Pat Parker und drückt einen zentralen Konflikt der 1970er und 80er zwischen weißen und Schwarzen Feminist*innen aus. Auch in heutigen Kämpfen gegen Unterdrückung sind Widersprüche wie dieser nach wie vor allgegenwärtig. Einerseits zielt emanzipatorische Politik auf die Überwindung solcher Unterdrückung generierenden Kategorien ab, andererseits existieren diese Kategorien als gesellschaftliche Realität und konstituieren das Leben derer, die davon betroffen sind.

Wenn wir uns mit Intersektionalität beschäftigen, muss uns dieser Widerspruch bewusst sein. Denn eine befreite Gesellschaft könnte genau deswegen »befreit« genannt werden, weil sie Ausgrenzungsmechanismen, die in diesen Kategorien funktionieren, abgeschafft hat. Intersektionale Konzepte beschreiben die unauftrennbare Verwobenheit verschiedener Unterdrückungsmechanismen und ermöglichen somit politische Praxen, die dem Rechnung tragen. Es ist außerdem notwendig, Unterdrückung als Machtgefälle zu sehen und anzuerkennen, dass es in diesem Machtgefälle konkrete Personen gibt, die von Diskriminierung betroffen sind. Das Konzept der Intersektionalität

wurde von Schwarzen Feminist*innen entwickelt und geprägt. Ein Name, der in diesem Zusammenhang genannt werden sollte, ist Kimberly Crenshaw. Crenshaw befasste sich mit dem Zusammenhang zwischen Sexismus und Rassismus und hat wesentlich zu intersektionaler Theoriebildung beigetragen. Das zentrale Problem vieler Feminismen in den 70ern und 80ern war, dass ihre Diskurse von weißen Frauen* dominiert wurden, die Anliegen Schwarzer Feminist*innen nicht thematisierten. Sie befassten sich nicht mit dem Zusammenwirken von Sexismus und Rassismus und solidarisierten sich nicht mit den Kämpfen Schwarzer Feminist*innen. Dies führte vor allem im angloamerikanischen Raum zu einer starken Spaltung zwischen weißem und Schwarzem Feminismus. Die Entwicklung intersektionaler Konzepte von Feminismus ist/war ein Versuch, einerseits die Dominanz weißer Feminismen zu stören und andererseits eine solidarische feministische Praxis wieder möglich zu machen.

Intersektionalität bei Crenshaw folgt einem additiven Verständnis. Die verschiedenen Unterdrückungsmechanismen werden als an sich isolierte Stränge begriffen, die sich an bestimmten Punkten wie bei einer Kreuzung (intersections) treffen und aufeinander gerechnet werden. Daran wurde schnell Kritik formuliert, da die einzelnen Unterdrückungskategorien an sich schon nicht homogen seien, sondern bereits nur in Abhängigkeit von anderen gedacht werden können. So kann z.B. Rassismus nicht losgelöst von Gender betrachtet werden oder umgekehrt, da sich diese immer gegenseitig beeinflussen und bedingen. Das heißt auch, dass sich Kategorien wie Race, Class oder Gender nicht immer auf gleiche Weise analysieren lassen, sondern immer auch vom

Kontext historischer, regionaler oder kultureller Gegebenheiten abhängen. Dementsprechend muss eine intersektionale Perspektive nicht nur die unterschiedlichen wirkenden Unterdrückungen zusammenzählen, sondern diese in ihrer Gesamtheit im jeweiligen spezifischen Kontext in den Blick nehmen.

Für die Praxis heißt das konkret, die spezifischen Situationen derer ernstnehmen, mit denen wir auf Augenhöhe und solidarisch Politik machen und die wir supporten wollen. So sehen sich zum Beispiel weibliche* Flüchtlinge mit Schwierigkeiten und Repression konfrontiert, die von denen deutscher Frauen* oder männlicher* Flüchtlinge teilweise sehr verschieden sind. Wollen wir mit möglichst vielen marginalisierten Gruppen und Teilen der Gesellschaft zusammen kämpfen, müssen wir diese Ausgangssituationen ernst nehmen. Eine intersektionale Perspektive auf die Verhältnisse und den darin stattfindenden Auseinandersetzungen ist dabei unerlässlich.



Jungsrunde – Von kritischen Männergruppen und Immunität

Olli Max
Fast Forward, Hannover

In Hannover traf sich eine Männergruppe regelmäßig, um sich in einem geschützten Raum mit Männlichkeit zu befassen. Ein Mitglied der Gruppe erzählt in diesem Erfahrungsbericht von den Risiken und Nebenwirkungen eines solchen Projekts.

Zum Konzept der kritischen Männlichkeit gibt es verschiedene Auffassungen. »Kritisch« und »Männlichkeit« verweisen auf einen komplexeren Zusammenhang: Ersteres verstehe ich als differenzierend, analysierend, dekonstruierend und neu-schöpfend. Letzteres meint meiner Meinung nach das Bewusstsein, dass es sich dabei nicht um bloßes Mann-Sein sondern um einen Habitus handelt, der durch Sozialisation erworben wurde. Kritisch männlich zu sein ist daher ein großer Anspruch und sollte als Prozess verstanden werden. Dieser betrifft dann nicht nur den einzelnen Mann, sondern immer auch dessen Umfeld. Hierbei muss und kann Mann vieles falsch machen. Konstruktiv zu scheitern und sich verunsichern zu lassen, ist dabei für mich unverzichtbar in diesem Prozess. Bis heute bilden sich regelmäßig Männergruppen heraus, die sich kritisch mit ihrer Männlichkeit beschäftigen wollen. Regelmäßig scheitern sie, leider wird das nicht immer konstruktiv genutzt.

Im Folgenden möchte ich auf Grundlage eigener Erfahrungen in einer von mir mitgegründeten Männergruppe über das Scheitern schreiben. Dass meine Gruppe gegenüber Kritik von außen zumindest in Teilen immun wurde, spiegelt dieses Scheitern wider. Um zu verstehen, wie es dazu kam, möchte ich aber zunächst die Hintergründe anhand

der Begriffe Exklusivität, Dynamik und Transparenz beschreiben. (1)

Der Anspruch auf Exklusivität

Die Idee, eine Männergruppe zu gründen, entstand nach einem Besuch des Mackermassakers in Mülheim (2) und auf Initiative einiger Mitglieder einer feministischen Frauengruppe (3). Dieser Vorgang ist symptomatisch, da die Anregung, sich mit der eigenen Männlichkeit auseinanderzusetzen, häufig von Frauen stammt. Eine Zusammenarbeit mit feministischen und/oder queeren Gruppen fand jedoch nicht statt, da die Gruppe nicht nur als geschlossen gegenüber Personen anderer Gender sondern auch als nicht-öffentlich konzipiert wurde. Das bedeutete keine offene Runde, keine öffentlichen Positionierungen oder Stellungnahmen, Veranstaltungen etc. Im Kern ging es uns darum, einen »sicheren« Raum zu schaffen, in dem auch unangenehme bzw. sehr intime Dinge ausgesprochen werden konnten, die wir häufig nur unseren weiblichen Bezugspersonen in unseren romantischen Zweierbeziehungen anvertrauten. Auch dies erkannten wir als Symptom einer Beziehungsdynamik, in der vor allem Frauen ansprechbar für nahezu alle Fragen zu sein schienen. Unser politisches Verständnis speiste sich u.a. aus dem Selbstverständnis, pro-feministisch zu sein, und der Überzeugung, bereits politisch zu handeln, indem Männer mit Männern über ihre Gefühle, Probleme usw. sprechen. Dieses Verständnis bestärkte uns in unserem Vorhaben, da wir glaubten, über ein »Mandat« zu verfügen. Also der Anspruch, ohne »weibliches« Zutun Arbeit an uns selbst zu verrichten. Intendiert war ein geschlossener, männlicher Personenkreis, um eine gemeinsame Gesprächskultur mit einem selbst-

therapierenden Charakter zu entwickeln. Nicht-öffentlich zu sein rekuriert aber auf die Unterscheidung öffentlich-privat, aus der häufig der Fehlschluss resultiert, dass das Öffentliche politisch und das Private unpolitisch sei.

Dynamiken und Transparenz

Ein Nebeneffekt war, dass wir uns allmählich anfreundeten. Dass sich daraus zwangsläufig Dynamiken ergaben, die nicht immer unproblematisch waren, ist nicht verwunderlich. Das äußerte sich in größeren Gruppenzusammenhängen durch exklusives Verhalten gegenüber Nicht-Gruppenmitgliedern, z.B. hinsichtlich der Themenwahl. Zunehmend wurde auch unsere Legitimität angezweifelt. Dies galt im Besonderen unserem Output. Es bestand eine Diskrepanz zwischen dem Anspruch, exklusiv zu sein, und dem Umgang mit dem Erarbeiteten, vor allem was die Zugänglichkeit anging. Überhaupt mangelte es an Transparenz, weil es auch keine Verschriftlichung (Protokolle o.Ä.) gab. Das heißt, es gab kein Verfahren oder Konzept, den Fortschritt unserer Arbeit in irgendeiner Weise in das soziale Umfeld zu transportieren, sodass Austausch, Diskussion und Reflexion – gerade auch mit den Personen, die von unseren Gesprächen betroffen waren – erschwert wurden. Befördert wurde diese Dynamik durch den Umstand, dass es uns selten gelang, unterstützend Texte zu lesen, so hätte es zumindest Anknüpfungspunkte für Außenstehende gegeben. Weil wir insgesamt viel über unsere romantischen Beziehungen gesprochen hatten, fühlten sich einige unserer Freundinnen ratlos gegenüber der Männerrunde bzw. empfanden es als schwierig, das Positive zu sehen. Das Schweigen über intime Details von Gruppenmitgliedern wurde mit dem Vorwand ihres »Schutzes« legi-

timiert, weil alle miteinander bekannt und befreundet waren. Die Folge war – zumindest für mich – ein steigender Druck, mich wechselseitig positionieren zu müssen, und mich in der Rolle eines Vermittlers wiederzufinden. Unser Exklusivitätsanspruch betraf auch den Zuwachs durch andere Männer, da die Gruppe einen eigenen Freundeskreis darstellte, in dem die neue Person erst hätte aufgenommen werden müssen.

Kritisch, privilegiert und gegen Kritik immun?

Die regelmäßigen Treffen sozialisierten und politisierten uns. Es kam öfter dazu, dass Teile unserer Gruppe an Veranstaltungen, Vorträgen und Workshops teilnahmen. Die Gesprächsrunden hatten uns vor allem bezüglich Rede- und Rollenverhalten, Auftreten, aber auch im gegenseitigen Bezugnehmen sensibilisiert, weil wir sehr gesprächs- bzw. sprachfixiert wurden. Obwohl wir nicht öffentlich als Gruppe auftraten, bezogen wir uns positiv auf die Gruppe in unterschiedlichen Situationen. »Punkten« konnten wir natürlich in dafür sensibilisierten Räumen und auf

Polit-Veranstaltungen. Männer, die sich in kritischen Männergruppen organisieren, irritieren in weniger sensibilisierten Umgebungen aber nach wie vor, allerdings nicht notwendigerweise negativ. Trotzdem kam es zu Problemen. Zum einen bemerkte ich zunehmend an mir, dass ich mich fast ständig in Relation zu anderen Männern bzw. Männlichkeiten, aber auch zu Frauen und bestimmten Weiblichkeiten sah. Die Fokussierung auf (Körper-)Sprache und Redeverhalten bestimmten dabei maßgeblich die Betrachtung und Bewertung von Personen und Situationen. Leicht konnte ich mich auf diese Weise insbesondere von Männern abgrenzen.

Zum anderen lag eine Doppelprivilegierung vor. Erstens behielten wir als kritische und reflektierte Männer unsere Privilegien in der sogenannten Mehrheitsgesellschaft bei. Wir wurden nach wie vor als Männer und zusätzlich als ein bisschen cooler, lieber und sensibler wahrgenommen als viele andere Männer. Zweitens erhielten wir neue Privilegien in sensibilisierten und kritischen Kontexten. **Trotz oder gerade weil wir uns sensibilisiert und**

reflektiert hatten, bestand die Gefahr, »unangreifbar« zu werden: »Versteh mich doch bitte als Prozess!« Das traf dann nicht nur auf unsere Gruppe sondern auch auf andere Räume zu. Ich würde uns in diesem Fall jedoch keine Intention unterstellen, unser neu gewonnenes Wissen zu instrumentalisieren. Entscheidend bleiben die Folgen.

Diese Erscheinungen und Entgleitungen sind nicht zwangsläufig die Folge einer reinen Männergruppe, aber auch keine Zufälle. Sie zeigen, wie wirksam gruppenspezifische männliche Dynamiken sein können: Insidersprüche, Witze, das Gefühl, irgendwie etwas Tolles zu machen und in Teilen auch Komplizenschaft, d.h. bestimmtes männliches Verhalten von Freunden unkommentiert lassen etc.

Was zu tun ist und bleibt

Neben der berechtigten und notwendigen Kritik, die ich vorgetragen habe, war und ist das Erarbeitete der Gruppe nicht per se schlecht. Fakt ist, dass die in einem Zeitraum von etwa drei Jahren im Zweiwochen-rhythmus abgehaltenen





Treffen zu einer Sensibilisierung und Reflexion der eigenen Männlichkeit beigetragen haben. Der Text soll daher nicht als grundsätzliches Plädoyer gegen Männergruppen verstanden werden, sondern möchte Probleme und Konflikte herauschälen, die ein solcher Prozess hervorbringen kann. Die Umstände sind dabei entscheidend. In einem anderen Umfeld hätte unsere Gruppe eine andere Wirkung erzielen können oder wir hätten uns anders entwickelt, z.B. wenn wir nicht von so geduldigen feministischen Frauen umgeben gewesen wären.

Es existieren gute Gründe, dass sich Männer in Gruppen zusammenfinden und an sich arbeiten. Es unterstützt den einen oder anderen darin, über bestimmte Dinge zu sprechen, wenn alle Anwesenden einen sehr ähnlichen Erfahrungshorizont haben. Die Anwesenheit einer Person, die potentiell von Sexismen und anderen Ausschluss- und Diskriminierungsmechanismen betroffen ist, verändert den Raum und hindert Personen (auch aus Scham, Schutz oder Rücksicht), bestimmte Dinge zu reproduzieren. Gleichzeitig ist die Frage, ob Betroffene überhaupt Interesse an der Anwesenheit in einer Männergruppe haben. Aber dies sollte zumindest zur Wahl gestellt werden. Als Gruppe sind wir in diesem Punkt gescheitert. Zum Scheitern gehört es eben auch, vielleicht mit etwas anderen Augen betrachtet zu werden. Das ist zwar unangenehm, sollte Männer aber nicht von dem Versuch der Selbstreflexion abhalten, selbst wenn dieser zu Konflikten führen kann, bei denen Freundschaften infrage gestellt werden.

Fakt ist, dass es gezielt um ein Engagement von Männern gehen muss. Diese Arbeit muss als eine politische Praxis verstanden werden, weil Geschlechterverhältnisse enorm wirkmächtig sind. Männer sollen sich zusammensetzen und eigene Praxen entwerfen, jedoch keine Männerrunden erzeugen – das ist ein qualitativer Unterschied.

Vor ein paar Wochen haben wir einen neuen Arbeitskreis gegründet, der sich kritisch mit Männlichkeit auseinandersetzen soll. Neben mir ist noch eine weitere Person aus der ursprünglichen Gruppe dabei. Wir wollen aus den Erfahrungen und Fehlern lernen, aber auch Begonnenes fortführen. Es sollte bewusst keine geschlossene Gruppe entstehen, die nur Cis-Männern offensteht.

Daher versuchen wir uns an der Balance zwischen vertrautem Rahmen und Zugänglichkeit. Wir wollen durch Pads, Protokolle, E-Mailverteiler und bald schon durch ein Forum die Möglichkeit geben, durch konstruktive und solidarische Kritik mit uns in den Austausch zu treten, um helfende und sinnvolle Arbeit (an uns selbst) zu leisten, was es zum Beispiel heißt, ein Ally (3) zu sein, und das eben nicht nur in Bezug auf Betroffene sexualisierter Gewalt.

Auch in diesem neuen Zusammenhang gibt es Menschen, die sich untereinander besser kennen als andere. Das wird dazu führen, dass sich Menschen (neu) anfreunden werden. In der politischen Arbeit werden immer neue Beziehungen entstehen und bestehende intensiviert. Der Anspruch müsste jedoch sein, das Potenzial dieser Beziehungen zu nutzen, um Veränderungen anzustoßen.

Fußnoten:

(1) Die Ausführungen stellen keine Gruppenmeinung dar.

(2) antisexistisches Festival/Vernetzungstreffen

(2) Ich verzichte auf das Gendersternchen*. Das Sternchen hinter dem Wort »Frauen« sollte zeigen, dass Transfrauen miteinbezogen werden; bei Männer* entsprechend Transmänner. Dadurch wird allerdings impliziert, dass sie eigentlich keine »richtigen« Frauen bzw. Männer sind, was die Verwendung des Sternchens in diesem Kontext als transmisogyn entlarvt. Weitere Infos unter: <http://transgenialefantifa.blogspot.de/2015/10/31/jetzt-neu-ohne-sternchen/>

(3) Unterstützer*in / Verbündete*r

Feministische Texte:

<https://exmasculus.wordpress.com/>

http://resistas.blogspot.eu/?page_id=115#2

Artikel zum Ally-Konzept:

<http://www.anamardoll.com/2012/11/deconstruction-how-to-be-male-ally.html>

<http://everydayfeminism.com/2013/11/things-allies-need-to-know/>

K

Kritische Männerforschung und Kritik an homosozialer Männlichkeit

Sam Clay

Eine kurze Einführung in die kritische Männerforschung, die Männlichkeit(en) und ihre Konstruktion als gesellschaftliches Phänomen in den Blick nimmt. Der Text erklärt beispielhaft am Thema Fußball wie hegemoniale Männlichkeit funktioniert und sich reproduziert. Außerdem versucht er aufzuzeigen, wie eine Perspektive für die Entwicklung einer nicht patriarchalen Männlichkeit aussehen könnte.

Entwicklungslinien und Selbstverständnis Kritischer Männerforschung

Es ist insbesondere der in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren entstehenden feministisch orientierten Frauenforschung zu verdanken, dass ein vielschichtiges und aufschlussreiches wissenschaftliches und kritisch-politisches Wissen über die gesellschaftliche Bedeutung des Geschlechts angesammelt und für politische Interventionen nutzbar gemacht werden konnte. Ihrem Anspruch folgend, als fundamentale Kritik und unabdingbares Korrektiv eines männerdominierten Wissenschaftsbetriebs zu fungieren, stand und steht dabei zuvorderst die Sichtbarmachung der Lebenslagen von Frauen* und die Erforschung von Weiblichkeit(en) im Fokus der theoretischen und empirischen Bemühungen. Ohne Zweifel war und ist diese Konzentration auf die weibliche Seite des Geschlechterverhältnisses notwendig, um der Ignoranz der Wissenschaften für weibliche Erfahrungen und Perspektiven beizukommen. Jedoch blieben vor allem in den frühen Jahren der wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit der Kategorie Geschlecht Männer* und Männlichkeit(en) weitgehend unberücksichtigt. Die Tatsache also, dass – mit Simone de Beauvoir gesprochen – auch Männer* nicht als solche

zur Welt kommen, sondern es ebenso erst werden müssen, war zunächst ein blinder Fleck der Frauenforschung.

Den Blick auf diese »Leerstelle« eröffnete die sich hierzulande in den 1990er Jahren etablierende Kritische Männerforschung, die aus der antisexistischen Männerbewegung der 1970er und 1980er Jahre hervorgegangen ist, welche sich infolge der zweiten Welle der Frauenbewegung formierte. Ihr forschungsleitendes Erkenntnisinteresse bestand zunächst darin, Männer* in ihrer Besonderheit als Geschlechtswesen sichtbar zu machen. Statt die Erfahrungen von Männern als universal-menschliche auszuweisen, wie in den sich als objektiv begreifenden Wissenschaften seit jeher üblich, war es das Bestreben, diese als spezifisch männliche zu untersuchen. Zugleich wurde in Abgrenzung zu den impliziten Reflexionen über Männer* und Männlichkeit(en), die die Frauenforschung im Rahmen der Analyse des Geschlechterverhältnisses vorgenommen hat, die Verschiedenheit männlicher Lebenslagen herausgestellt. Die soziale Gruppe der Männer* könne demgemäß keineswegs als ein einheitlicher Block von patriarchalen Unterdrückern begriffen werden. Vielmehr sei sie von zahlreichen wissenschaftlich wie politisch bedeutsamen Binnendifferenzen geprägt. Damit einhergehend wurde auf die vielgestaltigen Widersprüche, Brüche und Zwänge männlicher Identitätsentwicklung verwiesen.

Gleichwohl werden die feministischen Erkenntnisse und Ansätze von den allermeisten Männerforschern als bedeutender Theoriehintergrund gewürdigt und nutzbar gemacht. So kann auch festgestellt werden, dass sich der große Teil der Kritischen Männerforschung heute

explizit als (pro)feministisch begreift. Damit ist die grundlegende Annahme einer patriarchalen Gesellschafts- und Geschlechterordnung der unbestreitbare Ausgangspunkt der theoretischen Erwägungen und politischen Eingriffe der Disziplin. Auf gesellschaftspolitischer Ebene verfolgt die Kritische Männerforschung das Ziel der Veränderung der herrschenden Geschlechterordnung. So will diese sich auch nicht als eine neutrale und vermeintlich objektive, sondern ausdrücklich als eine politische Wissenschaft verstanden wissen, die ihre Anstrengungen in den Dienst des gesellschaftspolitischen Kampfes um die Verwirklichung der konkreten Utopie eines egalitären Geschlechterverhältnisses stellt. Auf der Ebene des Subjektes fragt Kritische Männerforschung infolgedessen nach der prinzipiellen Möglichkeit, den Bedingungen und den politischen Strategien der Transformation patriarchaler Männlichkeit. An ihre Stelle soll eine Vielzahl progressiver Männlichkeiten treten, die nicht mehr auf der Dominanz gegenüber Anderen und der Unterdrückung, Ausbeutung und Entwertung von Frauen* beruhen.

Moderne Männlichkeit als homosoziales Phänomen

Dem Konsens innerhalb der feministischen Frauenforschung folgend verstehen Ansätze Kritischer Männerforschung Geschlecht nicht als etwas, das sich in unseren Hormonen, in unseren Genen oder irgendwo sonst in oder an unseren Körpern finden ließe. Vielmehr begreifen diese Geschlechtlichkeit als ein gesellschaftliches Phänomen und damit als etwas geschichtlich Gewordenes und von Menschen Gemachtes. Zugleich wird darauf verwiesen, dass der gesellschaftliche und individuelle Konstruktionsprozess von Männlich-

keit keineswegs ein beliebiger, sondern in Machtbeziehungen und gesellschaftliche Strukturen eingebunden ist, die bestimmte Verständnisse des Mannseins begünstigen und andere erschweren oder gar verunmöglichen. Die australische Soziologin und wohl einflussreichste Männlichkeitsforscherin Raewyn Connell (1) bezeichnet diese in Anlehnung an den kommunistischen Philosophen Antonio Gramsci als das »System hegemonialer Männlichkeit«. Dieses zeichnet sich zunächst durch die allgegenwärtige Unterordnung von Frauen* und die Überlegenheit von Männern* aus. Weiterhin betont Connell, dass jedoch keineswegs alle Männer* gleichermaßen Anteil an der umfassenden männlichen Herrschaft haben, sondern vielmehr eine hierarchische Schichtung verschiedener Männlichkeitsentwürfe besteht. An der Spitze des männlichen Hierarchiegefüges formiert sich eine Ausprägung von Männlichkeit – namentlich die hegemoniale Männlichkeit – die sich durch die Unterordnung konkurrierender Männlichkeiten die Vorherrschaft innerhalb der Männlichkeitsordnung und damit innerhalb des Geschlechterverhältnisses sichert (2). Die Konstruktion von Männlichkeit folgt demgemäß einer spezifischen Logik. Sich als männlich zu begreifen, bestimmt sich einerseits durch die Abgrenzung und Abwertung von Weiblichkeit und Frauen* und andererseits in Abgrenzung und Abwertung von anderen Männlichkeiten und Männern*. Die Darstellung von Männlichkeit in modernen patriarchalen Kulturen bedeutet demnach, sich als grundlegend überlegenes Geschlecht zu setzen, sowohl gegenüber dem anderen als auch gegenüber dem eigenen Geschlecht.

Mit dem französischen Soziologen Pierre Bourdieu (3) kann zudem herausgestellt werden, dass dieser Prozess eine weitgehend gleichgeschlechtliche Angelegenheit darstellt. Die Bestätigung des geschlechtlichen Status von Männern* als »richtiger Mann« kann letztlich nur durch andere Männer erfolgen. Eine herausgehobene Bedeutung für die Herstellung von Männlichkeit weist Bourdieu folglich den Beziehungen und Räumen zu, in denen Männer unter sich sind. Durch die sich in diesen vollziehenden Abgrenzung vom weiblichen Geschlecht findet die Betonung der angeblich naturgegebenen und damit tiefgreifenden Geschlechterdifferenz statt, die eine grundsätzliche Solidarität

zwischen den männlichen Geschlechts-genossen stiftet. Zugleich tragen die Männer* untereinander die sogenannten »ernsten Spiele des Wettbewerbs« aus. Unter diesen Spielen versteht Bourdieu die vielgestaltigen Wettbewerbspraktiken, in denen Männer* unter Ausschluss von Frauen* miteinander und gegeneinander um Macht, Einfluss und Prestige, kurz: Männlichkeit ringen. Die Teilnahme an diesen Konkurrenzkämpfen dient der Verhinderung der symbolischen Verweiblichung. Für Männer*, die ihre Männlichkeit nicht einbüßen wollen, besteht damit ein beständiger Zwang, mit ihren Geschlechts-genossen in den Wettstreit zu treten. In Männergruppen lernen Männer* von frühester Kindheit an, was es bedeutet und ihnen abverlangt, ein »richtiger Mann« zu sein. Insofern gängige Männergruppen sowohl männliche Vergemeinschaftung als auch männlichen Wettbewerb in sich vereinen, entsprechen die Beziehungen ihrer Angehörigen dem doppelten Hierarchieprinzip hegemonialer Männlichkeit. Männergemeinschaften sind demnach der Ort, die in ihnen stattfindenden ernsten Spiele das Mittel der Präsentation einer auf Überlegenheit und Dominanz basierenden patriarchalen Männlichkeit. Im Folgenden sollen die bisher eher abstrakten Ausführungen beispielhaft am männerbündisch organisierten Fußballsport veranschaulicht werden.

Die Konstruktion hegemonialer Männlichkeit im Fußballsport

Wie kaum ein anderer gesellschaftlicher Bereich, zeichnet sich der (Spitzen-) Sport durch eine als selbstverständlich wahrgenommene Geschlechtertrennung und durch die Vorherrschaft des männlichen Geschlechts aus. Zudem steht die Konzentration auf sportliche Leistungserbringung und auf das Wettkampfmotiv mit der patriarchalen Vorstellung von Männlichkeit in Übereinstimmung. Das Sporttreiben unter Männern* kann insofern als ein ernstes Spiel des Wettbewerbs interpretiert werden, das keineswegs ausschließlich dem persönlichen Vergnügen, der Körperformung oder der Verbesserung der Fitness dient. Neben diesen Funktionen kommt der Sportausübung die Bedeutung als ein herausragendes geschlechtliches Darstellungsfeld zu, in dem Männer* vor ihren Geschlechts-genossen Männlichkeit inszenieren und erwerben können. So wie in jeder modernen

Gesellschaft westlichen Vorbilds die jeweilige prestigeträchtige und populäre Nationalsportart als Repräsentant von Männlichkeit angesehen wird, gilt in unserem Kulturkreis der Fußballsport als der Männlichkeitssport schlechthin. »Richtige Männer«, so die einhellige Meinung, interessieren sich für Fußball. Oder – um es normativer zu formulieren –: Männer*, die »richtige Männer« sein wollen, haben sich für Fußball zu interessieren. Dabei bietet das Spiel mit dem runden Leder Männern* nicht nur die Möglichkeit, auf dem Spielfeld oder auf den Stadionrängen in Konkurrenzkämpfe darum treten zu können, wer von ihnen am männlichsten ist. Männerbünde fungieren ebenso als männliche Gemeinschaften, die eine grundlegende Bindung zwischen den Geschlechts-genossen herstellen. So findet sich die Begeisterung und die Leidenschaft für die Fußballkultur auch nicht nur bei Männern* eines spezifischen Milieus, sondern bei Männern* aller sozialer Herkunft und Bildungsstände. Der Fußball hat die Eigenschaft, Angehörige des männlichen Geschlechts über interne soziale Grenzen hinweg zu verbinden. Der Blick auf die Fankurven der Fußballstadien zeigt Männer* aus allen gesellschaftlichen Schichten. Ebenso offenbart er unterschiedlichste Generationen – Jungen, die gemeinsam mit ihren Vätern mit ihrem Verein mitfiebern, männliche Jugendgruppen, die mit lautstarken Sprechgesängen, Trommeln und Tröten die Spieler der Heimmannschaft anfeuern, und Männer* mittleren und höheren Alters, die bei Sonne oder Regen, in Zeiten des Auf- und des Abstiegs ihrem Team die Treue halten und über das Geschehen auf dem Rasen fachsimpeln. An die Stelle sozialer Gegensätze tritt im Fußballstadion ein männerharmonisches Miteinander. Der männliche Erfahrungsraum des Fußballsports bietet den Vertretern hegemonialer und untergeordneter Männlichkeiten einen sozialen Ort, an dem sie sich über die Betonung vermeintlicher geschlechtsbezogener Gemeinsamkeiten verbrüdern können. Die zentrale Abgrenzungsfolie, über deren Abwehr der fußballerische Männerbund seine Konturen erhält, ist Weiblichkeit. Da Fußball im gesellschaftlichen Bewusstsein ein Sport für Männer* und der Maskulinisierung ist, haben Frauen* und all das, was gemeinhin als weiblich gilt, in ihm keinen Platz, werden als gänzlich unvereinbar mit ihm aufgefasst. Davon zeugen die zahlreichen fußbal-



lerischen Mythen, die dem weiblichen Geschlecht im Rückgriff auf seine mutmaßlich naturgegebene Andersartigkeit beispielsweise grundsätzlich die Fähigkeit absprechen, einen Fußball richtig zu treffen oder die Abseitsregel verstehen, geschweige denn erklären zu können. Der symbolische Platzverweis für Frauen* im Fußball geschieht demnach über sexistische Behauptungen, die Frauen* symbolisch aus der Welt des Fußballs verdrängen und die männlichen Fußballfans trotz sozialer Differenzen einander näherbringen.

Als Sport- und Fanpraxis scheint der Fußball jedoch nicht nur Identifikationsmöglichkeiten für verschiedenste Verkörperungen des Mannseins bereitzuhalten, sondern vermännlichend auf all jene zu wirken, die in irgendeiner Art und Weise an ihm teilhaben oder sich auf ihn beziehen. Ein fachmännischer Kommentar zum letzten Sieg der Heimmannschaft genügt, um sich vor den Arbeitskollegen als männlich zu inszenieren. Insofern dieser Maskulinisierungseffekt Männer* dazu in die Lage versetzt, sich als Inhaber von Männlichkeit und damit als Teilhaber an den allumfassenden Machtstrukturen männlicher Dominanz über Frauen* zu wähnen, ganz gleich, in welcher noch

so randständigen gesellschaftlichen Position sich diese konkret befinden, verspricht der Fußball ihnen einen sozialen Statusgewinn. Zugleich steht keineswegs jedem Mann* gleichermaßen der Zugang zum fußballerischen Sonderrecht der Maskulinisierung offen. Ähnlich den prestigeträchtigen männerbündischen Burschenschaften oder Herrenclubs ist auch der Fußballsport folglich mit der Absicherung der mit ihm einhergehenden Privilegien gegenüber Männern* verbunden, die als nicht würdig empfunden werden. Das Männlichkeitsmuster, das in der Fußballwelt dabei von strikter Ausgrenzung betroffen ist, ist schwule Männlichkeit. In der Welt des Fußballs gilt die Inkompatibilität von Sport und männlicher Homosexualität als kaum erklärungsbedürftige Selbstverständlichkeit. Die Konstruktion dieses unveröhnlichen Gegensatzes ist dabei auch eng mit der dem Fußball anhaftenden Weiblichkeitsabwehr verschränkt. Die Begründung und zugleich die Strategie des Ausschlusses aus dem Fußballspiel ist nämlich die symbolische Effeminierung schwuler Männer*. Diesen werden für gewöhnlich Emotionalität, Weichheit, Verletzlichkeit, Zimperlichkeit und damit weiblich konnotierte Attribute und Verhaltensweisen zugeschrieben.

Sie seien daher vollkommen ungeeignet, um den Fußballsport auszuüben, der direkte Gegnerkontakte, Härte und einen mitunter schmerzhaften Einsatz des eigenen Körpers, kurz: eben Männlichkeit verlange. Um den Männersport symbolisch gegenüber schwulen Männern* abzuschotten, die entgegen den Frauen* grundsätzlich die vermeintlich passende Geschlechtszugehörigkeit für den Fußball mitbringen, wird diesen über die Anwendung der Ideologie des effeminierten Schwulen also ihr Mannsein abgesprochen. Diese fußballerische Homophobie findet sich dabei sowohl in den immer wieder geäußerten Beteuerungen hochrangiger Fußballfunktionäre oder populärer Fußballspieler, es gäbe schlichtweg keinen einzigen schwulen Sportler im Vereinsfußball oder ihnen wäre zumindest noch nie einer begegnet, als auch in explizit schwulenfeindlichen Äußerungen und Sprechgesängen, mit denen die Männlichkeit der gegnerischen Mannschaft oder deren Fans infrage gestellt werden soll.

Perspektiven der Veränderung

Der Fußballsport bietet Männern* also die Möglichkeit, über die Konkurrenz mit ihren Geschlechtsgenossen – sei es zwischen gegnerischen Spielern oder

verfeindeten Fanfraktionen – und über die gleichzeitige Vergemeinschaftung durch die Abgrenzung von Frauen* und nicht akzeptierten Männern* eine sozial anerkannte patriarchale Männlichkeit zu konstruieren. Kritische Männerforschung verweist nun darauf, dass die Fußballkultur hiermit keineswegs eine Besonderheit darstellt. Vielmehr kann sie als beispielhaft für die Herstellung von Männlichkeit verstanden werden, wie sie sich in nahezu allen formellen und informellen Männergruppen vollzieht, seien es Burschenschaften, Aufsichtsräte oder alltägliche Männerfreundschaften. Da die Angehörigen auf ein dominanzstrebendes Männlichkeitsbild verpflichtet werden, ganz gleich, wie diese sich persönlich zu diesem positionieren, werden andere Männlichkeitsverständnisse durch die Einschränkung der potentiellen Verhaltens- und Beziehungsmöglichkeiten nahezu ausgeschlossen. Mit diesem Druck, sich dem Ideal patriarchaler Männlichkeit durch die beständige Darstellung von Stärke und Überlegenheit anzunähern und sich selbst und anderen die eigene Männlichkeit zu beweisen, geht die Verdrängung und Abwehr von fundamentalen Gefühlen und Persönlichkeitsanteilen einher. So ist es Männern* nicht erlaubt, Kummer, Probleme, Hilflosigkeit und das Bedürfnis nach Nähe und Zuneigung zu zeigen. Eine solche Bedürftigkeit ist mit der Demonstration männlicher Macht unvereinbar und würde daher als unmännliche Schwäche ausgelegt werden. Bourdieu erkennt hierin die Kehrseite patriarchaler Macht. Die herausgehobene Position in der Gesellschaft und die vielfältigen sozialen Vorteile, die Männern* qua Geschlecht zukommen, müssen erstritten werden.

Doch gerade in der Begrenzung und Vereinseitigung der Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten von Männern* liegt zugleich eine Chance der Eröffnung einer progressiven und nicht patriarchalen Männlichkeit, nach der die Kritische Männerforschung mit ihren Analysen ebenso fragt. Das Überschreiten der Geschlechtergrenzen und die Suche nach einem alternativen Selbstverständnis jenseits tradiertter Geschlechterbilder ist vor allem für jene Männer* von Interesse, die den Zwangsscharakter von Männergruppen und des mit ihnen einhergehenden Männlichkeitsideals empfinden oder nicht vergessen haben, dass sie ihn einmal empfunden haben. Kritische Männer-

forschung arbeitet mit ihren Analysen daher auch darauf hin, Männern diesen sozialen Druck und die Einschränkungen vor Augen zu führen. Die Gewinne eines alternativen Männlichkeitsverständnisses liegen dabei auf der Hand: die Ermöglichung eines nicht mehr von verletzender Konkurrenz bestimmten, liebe- und vertrauensvolleren Miteinanders mit den Geschlechtsgenossen und einer auf Partner*innenschaftlichkeit und gegenseitigem Respekt aufruhenden Beziehung zu Frauen*; die Befreiung vom ständigen Druck, etwas beweisen und immer der Beste sein zu müssen; das Ausleben und Aussprechen von für gewöhnlich ignorierten und unterdrückten Gefühlen und Ängsten und die Eröffnung weiterer bisher als weiblich oder unmännlich konnotierter Tätigkeiten. Selbst in der patriarchalen Gesellschaft ist die Distanz von gängigen Männlichkeitsvorstellungen für Männer* eben nicht nur mit dem Verlust zahlreicher Privilegien, sondern ebenso mit der Erweiterung von Handlungs- und Beziehungspotentialen verbunden. Die kritische Auseinandersetzung mit dem Patriarchat, so macht die Kritische Männerforschung deutlich, ist daher auch im Interesse des männlichen Geschlechts.

Fußnoten:

(1) Raewyn Connell: Der Gemachte Mann. Wiesbaden: 1999.

(2) Aktuell kennzeichnet Raewyn Connell das hegemoniale Männlichkeitsmuster als ein weißes, heterosexuelles, sozio-ökonomisch wohlhabendes und nicht-behindertes.

(3) Pierre Bourdieu: Die männliche Herrschaft. In: Dölling, Irene/Krais, Beate (Hrsg.): Ein alltägliches Spiel. Frankfurt am Main: 1997; Pierre Bourdieu: Die männliche Herrschaft. Frankfurt am Main: 2005.

Lasst euch nicht unterkriegen!

Zum Umgang mit rape culture

Mia Kirsch

Wer das Patriarchat kritisiert muss auch die rape culture in den Blick nehmen. Häufig bleibt nach der Analyse und vor allem in der konkreten Situation allerdings nur ein Gefühl der Ohnmacht zurück. Doch es gibt Ansätze und Strategien für einen Umgang, der uns aus der Handlungsunfähigkeit befreien soll.

In mole #2 gab es einen Artikel, der in das Konzept der rape culture einführen sollte. (1) Frei übersetzen kann man rape culture mit dem Begriff Vergewaltigungskultur. In den 1970er Jahren unter amerikanischen Feministinnen (2) entstanden, dient der Terminus einer Bewusstseinschaffung für das Ausmaß sexualisierter Gewalt in unserer Gesellschaft und möchte klar stellen, dass es sich bei diesem Problem nicht um eine wahnsinnig hohe Zahl von Einzelfällen, sondern um ein strukturelles Problem handelt, eines, welches aus der Geschlechterunterdrückung und der Herrschaft der Männer resultiert.

In besagtem Artikel wurden einzelne Aspekte der rape culture erläutert, die Objektivierung von Frauen, street harassment und victim blaming zum Beispiel. In dieser Ausgabe nun versuchen wir Lösungsansätze aufzuzeigen mit denen an das Problem herantreten werden kann. Soll uns doch das Analysieren gesellschaftlicher Unzustände nicht ohnmächtig und verzweifelt zurücklassen.

Wer schon einmal auf einer Party in linken Kreisen war, hat bestimmt einen Flyer in die Hand gedrückt bekommen, auf dem Verhaltensempfehlungen standen. Tipps und Regeln, von denen sich auch manche auf sexuellen Kontakt oder zumindest die Anbanelung desselben beziehen. Dabei kommt oft

das consent concept ins Spiel. Was ist das? Consent bedeutet Einwilligung. Es geht bei diesem Konzept darum, dass alle Teilnehmer*innen von sexuellen Aktivitäten um ihre Einwilligung gebeten werden. Damit geht das Konzept weiter als der berühmte Anti-Vergewaltigungsslogan, no means no, nein heißt nein, der fordert, dass ein Widerspruch auch von Frauen ernst genommen und respektiert werden muss. Hier geht es mehr um ein yes means yes, ja heißt ja. Das Hauptaugenmerk wird also auf Kommunikation gelegt. Diese muss nicht immer sprachlich erfolgen, aber nicht-sprachliche Kommunikation ist zwischen Menschen, die sich nicht gut kennen, oft missverständlich, daher wird besonders bei Interaktionen zwischen Unbekannten zu sprachlicher Kommunikation geraten.

Genau dieser Punkt der sprachlichen Kommunikation führt häufig zu Kritik an diesem Konzept. Von Verträgen, die man angeblich unterschreiben müsste, bevor man jemand anderes anfasst und ähnlichen biedereren Schreckensgespenstern ist hier die Rede. Unromantisch und unsexy sei das ständige Gefrage und Rückversichern ob der Einwilligung des Gegenübers. Paulette Gensler betitelt das consent concept mit Sittenkatalog und schreibt in der Jungle World im Dezember, Sex sei per se eine Grenzüberschreitung und das ständige Nachfragen nach den Grenzen der Partnerin daher irgendwie unsinnig. (3) Ja, Sex ist eine Grenzüberschreitung. Vielleicht ist das sogar der Witz, mag sein. **Aber es gibt doch einen gravierenden Unterschied zwischen der eigenen Überschreitung mir selbst gesetzter persönlicher Grenzen, sei es temporal oder in Bezug auf bestimmte Personen, und der unerwünschten Überschreitung meiner Grenzen durch Andere.** Später in ihrem

Artikel schreibt Gensler, dass es selbstverständlich sei, dass jede*r jederzeit ein Veto einlegen könne. Das ist aber leider nicht der Fall. Das consent concept ist nicht eine neue Methode, um Abwechslung ins Schlafzimmer zu bringen, es ist eine Strategie, um aus dem sexistischen Normalzustand auszubrechen, der die Selbstbestimmung über den eigenen Körper insbesondere von Frauen missachtet. Beim consent concept geht es um Respekt vor dem Anderen, Respekt, der leider keine Selbstverständlichkeit ist. Sprachliche Kommunikation ist dabei der erstmal einfachste Weg diesen Respekt zu vermitteln. Ich frage dich, was du möchtest, weil ich respektiere, was du möchtest. **Die Erfahrung respektvoll behandelt zu werden kann dazu führen, dass einige Frauen, von denen viele leider nicht dazu erzogen wurden, ihre Bedürfnisse wahrzunehmen und einzufordern, beginnen dies zu tun.** Eine nicht gewünschte Grenzüberschreitung ist leider mehr als üblich in sexuellen Kontakten und insbesondere Frauen müssen oft erst noch lernen, dass dies nicht hinnehmbar ist, dass ihre Bedürfnisse wichtig sind und sie diese einfordern können, dürfen und sollten.

Empowerment ist der Begriff der in diesem Zusammenhang oft fällt. Selbstermächtigung, Selbstbewusstsein, Respekt, sich nicht mehr klein machen lassen, Raum einnehmen. All das zählt innerhalb unserer Gesellschaft nicht zu typisch weiblichen Eigenschaften. Die rape culture mit der ständigen Drohung von männlicher Gewalt trägt dazu bei, Frauen klein zu halten. Mit der Organisation hollaback gibt es Beispiele von Gegenstrategien. (4) Die weltweite Organisation stellt in vielen Sprachen Internetseiten zur Verfügung, auf der sich Betroffene von sexualisierter Belästigung austauschen können, betreibt

Aufklärungsarbeit und verschafft dem Thema Aufmerksamkeit. Ende 2014 ging ein Video viral. Mittlerweile hat es auf YouTube rund 42 Millionen Klicks. Darin zu sehen ist eine junge Frau, die in unauffälliger Kleidung 10 Stunden stumm durch die Straßen Manhattans geht. Über hundertmal wird sie in diesem Zeitraum verbal belästigt. (5) Viele männliche Personen waren geschockt von den Aufnahmen und überrascht über das Ausmaß. Aufklärungsarbeit ist demnach sehr sinnvoll. Aber nicht nur Personen, die das Glück haben selbst nicht betroffen zu sein, sollten aufgeklärt werden. Ein großes Problem stellt das Kleinreden oder nicht wahrhaben wollen vieler Betroffener dar. Organisationen wie hollaback können deshalb auch helfen Betroffene zu ermächtigen das Problem anzuerkennen, aber sich durch den gegenseitigen Support nicht als Opfer fühlen zu müssen. Wenn ein Problem so groß und allgegenwärtig ist, wie das der ständigen Konfrontation mit sexistischer Belästigung, ist es eine oft gewählte und nachvollziehbare Individualstrategie, das Problem zu negieren. Auf der einen Seite, um nicht Opfer zu werden, auf der anderen Seite aber auch, da ein Aufbegehren gegen diesen Zustand durchaus gefährlich sein kann. Daher sind Selbstermächtigungsveranstaltungen und -techniken ein wichtiges politisches Mittel im Kampf gegen den sexistischen Normalzustand. Gründet Girl Gangz, Austausch-Teekränzchen und macht Infoveranstaltungen, sprecht über eure Erfahrungen. Lernt euch zu behaupten! Selbstverteidigung und körperliche Ermächtigung können dabei auch eine Rolle spielen. Aber leider ist nicht jede*r physisch und auch mental zu körperlicher Verteidigung in der Lage, weshalb das nicht als politische Strategie aufgeführt werden kann.

Die größte Schwierigkeit, mit der man auf der Suche nach Gegenstrategien konfrontiert wird, stellt wahrscheinlich die Tatsache dar, dass 9 von 10 Taten sexualisierter Gewalt im persönlichen Nahbereich der Betroffenen passieren. Das bedeutet, dass 9 von 10 Tätern enge Freunde, Verwandte oder der Partner der Betroffenen sind. Alle Mitglieder der Gesellschaft müssen beginnen die rape culture anzuerkennen, darauf aufbauend können alle ihr Verhalten reflektieren, mögliche Privilegien anerkennen und einen Umgang mit ihnen finden. Es ist nicht

leicht mit einem Sexismusvorwurf umzugehen und diesen ernst zu nehmen und zu reflektieren, anstatt ihn lieber schnell von sich zu weisen. Denn auch das ist ein Teil der Solidarität, den wir alle als Betroffene untereinander und mit Betroffenen zeigen sollten.

Rape culture ist ein großes Problem, ein kompliziertes und keines, welches mit den genannten Lösungsstrategien vollständig beseitigen werden kann. Die Auseinandersetzung mit Themen wie dem der sexualisierten Gewalt zehrt. Es sind traurige, furchtbare, zermürbende Fakten. Man kann sich nicht entziehen. Die Gewalt ist überall. Und dennoch muss man irgendwie klarkommen.

Die Künstlerin Claire Boucher, besser bekannt unter dem Namen Grimes beschäftigt sich mit dem Umgang mit sexualisierten Übergriffen in ihrem Track Oblivion. Übersetzt bedeutet der Titel Vergessen. Da sie Betroffene eines sexualisierten Übergriffs werden musste und damit kämpfte und kämpft in einer männlich dominierten Welt zu leben, und diese gleichzeitig zu fürchten, hat sie versucht aus dieser dominierenden Maskulinität etwas zu machen, mit dem man dennoch Spaß haben kann. Und so zeigt sie sich in ihrem Musikvideo inmitten maskuliner Orte und Situationen in denen sie Spaß hat. (6) Denn sie sagt, die Gefahr ist immer und überall, man kann es nicht kontrollieren, aber man kann versuchen damit umzugehen und sich zumindest nicht unterkriegen zu lassen.

Fußnoten:

(1) magazin.umsganze.org

(2) Da es in diesem Artikel explizit um das strukturelle Problem männlich dominierter sexualisierter Gewalt gegenüber als Frauen bezeichneter Menschen geht, werden die Begriffe Mann und Frau verwendet und nicht gegendert. Da die binäre Geschlechtsaufteilung und damit verbundene Stereotype der Kern dieses Problems sind, müssen diese Kategorien zum Verständnis weiter benutzt werden. Der Artikel beschäftigt sich mit weiblichen Betroffenen, da diese die Mehrheit sind, auch wenn uns bewusst ist, dass es auch männliche Betroffene und solche gibt, die sich weder dem einen noch dem anderen Geschlecht zuordnen möchten. Sexualisierte Gewalt tritt in allen erdenklichen Geschlechterkonstellationen auf und auch dort wirken strukturelle Probleme, diese jedoch einzeln zu beleuchten würde den Rahmen des Artikels sprengen.

(3) Jungle world: <http://jungle-world.com/artikel/2015/52/53247.html>

(4) Hollaback: <http://www.ihollaback.org/>

(5) 10 Hours of Walking in NYC as a Woman: <https://www.youtube.com/watch?v=b1XGPvWn0A>

(6) Grimes: <http://www.spin.com/2012/12/best-songs-2012/121207-15-grimes/>

M

Material Girl Stell dir vor, es ist Patriarchat, und keine spricht es aus

Charlotte Mohs & Korinna Linkerhand
Interview: Malmoe Magazin

Warum feministische Sprachkritik nicht genügt und sie an den Begriffen Natur und Patriarchat entschieden festhalten, erzählten die outside the box Autorinnen Korinna Linkerhand und Charlotte Mohs im Gespräch mit dem MALMOE Magazin.

MALMOE: Kurz zu Beginn eine Begriffsklärung für unsere LeserInnen. Ihr hält einen materialistischen Feminismus hoch. Was versteht ihr darunter? Und was unter Materialismus? Inwiefern ist das auch eine Standortbestimmung in der aktuellen Debatte?

Charlotte: Der Bezug auf den Materialismus ist insbesondere der Versuch, die Gesellschaft als Ganze in den Blick zu bekommen, damit eine feministische Theorie und Praxis nicht im luftleeren Raum schwebt. Die Grundgedanken des historischen Materialismus im Anschluss an Marx sind, dass der Mensch das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse ist, in denen er lebt und dass er diese Verhältnisse selbst macht, jedoch unter vorgefundenen und zumeist undurchschauten Umständen. Im Zentrum der materialistischen Theorie steht also die menschliche Praxis, die die Formen ihres sozialen Zusammenlebens bestimmt. Nicht zuletzt hat die Kritische Theorie in Rückgriff auf die Freud'sche Psychoanalyse auch die psychosexuelle Konstitution der Subjekte als wichtigen Teil materialistischer Theorie betont. Für die Kritik von Geschlechter- wie Kapitalverhältnis gilt, dass diese als natürlich erscheinen und den Menschen gar nicht bewusst ist, wie sie den sozialen Zusammenhang herstellen und durch ihn geprägt sind. Der Materialismus dechiffriert diese Praxis als eine von Menschen gemachte, um dadurch ihre

Veränderbarkeit ins Bewusstsein zu holen. Aus dieser Perspektive kann eine radikale Kritik der Geschlechterordnung sich nicht nur auf der Ebene der symbolischen Repräsentation bewegen, sondern muss durch historische und systematische Analyse die Entstehung und Verfestigung der geschlechtlichen Arbeitsteilung und der dichotomen Geschlechtscharaktere nachvollziehen, sowie ihre Funktionalität im Gefüge der gesellschaftlichen Herrschaft begreifen, um ihre Hartnäckigkeit zu verstehen und ihr entgegenwirken zu können.

Wenn sich etwas nicht ändert, dann, dass Feminismus irrelevant und unaktuell wirkt, aus der Zeit gefallen, als würde er ein nicht-mehr-existierendes Problem ansprechen. Hängt das auch damit zusammen: Das Patriarchat – ein alter Hut, für FeministInnen wie auch für die sexistische Mehrheitsgesellschaft. Und wie kams dazu, dass sich hier Queer-Feminist_innen so eins sind mit unseren unfeministischen Großmüttern? Bzw: Sind sie sich wirklich eins?

Korinna: Oberflächlich gesehen sind sie sich natürlich überhaupt nicht einig. Über die prototypische Oma, die möchte, dass ihre Enkelin gut kochen lernt, einen guten Mann findet und hübsche lange Haare hat, kann die Queerfeministin natürlich nur mitleidig den Kopf schütteln. Darin ähnelt sie ihrer Mutter – wenn wir mal beim Generationenmodell bleiben wollen –, der Lila-Latzhosen-Emanze der 70er. Zu deren Zeiten war es bedeutend einfacher, das Patriarchat zu verfluchen: Frauen waren an Küche, Kinder, Kirche gefesselt. Die Zweite Frauenbewegung war getragen von der historisch einmaligen Erkenntnis sehr vieler Frauen in Westeuropa und Nordamerika, dass sie sich aufgrund ihres Geschlechts

in einer beschissenen Lage befinden. Darum gingen sie auf die Straße. Diese Situation gibt es nicht mehr. Nicht zuletzt dank der Erfolge des Feminismus kam es zu einer Flexibilisierung der Geschlechterrollen – die im Übrigen eng mit den Forderungen des Arbeitsmarktes zusammenhing –, die immer mehr Frauen erlaubte zu studieren, in neue berufliche Felder vorzustoßen und z. B. als Lesbe oder Alleinerziehende weniger soziale Ächtung zu erfahren. Die Entwicklung, die Art und Weise ihrer Vergesellschaftung zunehmend selbst bestimmen zu können, kostete die Feministinnen jedoch das Bewusstsein, Unterdrückte zu sein. Es waren ja nicht mehr die Männer, die die Frauen an den Herd trieben – es wurde zu ihrer eigenen Entscheidung, dort zu stehen. Die Sehnsucht nach der Überwindung des weiblichen Opferstatus beförderte vielfach die neoliberale Ansicht, dass jede ihre Glückes Schmiedin sei, ergänzt um eine Prise Postmoderne, dass es sich dabei um ganz individuelle Glücksvorstellungen handele. Und so landete die emanzipierte Frau bei dem Credo, die Mehrfachbelastung auf ihren Schultern als ureigenste Entscheidung zu bejahen und dabei zu vergessen, dass es immer noch strukturelle Benachteiligungen und eine äußerst wirkmächtige weibliche Sozialisation sind, die ihre Entscheidungen prägen. Vielleicht kann es mit der historischen Entwicklung verglichen, dass den ProletarierInnen irgendwann das Klassenbewusstsein abhanden gekommen ist? Folgerichtig weicht im Queerfeminismus ein Begriff von Frau, der Geschlecht als repressive Zwangsveranstaltung anklagt, emphatischen Identitätskonzepten. Das ging bei der differenzfeministischen Hexenbewegung der 80er los und führt direkt in das aktuelle Diversity-Gejubil, das sich über Ungleichheiten nicht mehr beklagt, son-



dern sie richtig gut findet. Geschlechtliche Zuordnungen werden zu individuellen und fürchterlich selbstbestimmten Merkmale umgewertet – und nicht mehr als per se gewaltförmige Kategorien betrachtet, zu denen die Einzelne mit-samt ihren Bedürfnissen immer schon in einem widersprüchlichen Verhältnis steht. Deshalb ist es sehr schwer, sich mit Queerfeministinnen z. B. über das gesellschaftliche Geworden-Sein von Begehrensformen oder über Essstörungen als gesellschaftlich hervorgebrachte Körperpathologien zu verständigen: Jegliche Erforschung von Ursachen und Bedingtheiten wird als unerträgliche Diskriminierung aufgenommen. In der Vorstellung, in ihrer Geschlechtlichkeit fremdbestimmt zu sein, Opfer zu sein – darin ist ihre Abwehrhaltung vielleicht ähnlich groß wie die unserer Großmütter. Das ist im Grunde ein abgefahrener historischer Verlauf:

Warum hält ihr also am Patriarchatsbegriff fest?

Korinna: Genau diese Entwicklung überzeugt mich davon, dass es unabdingbar ist, an den Anliegen des klassischen Feminismus festzuhalten. Natürlich müssen unsere Forderungen

auf die veränderte gesellschaftliche Situation eingehen. Und der Feminismus muss sich kritisch befragen, inwieweit eine Interessenpolitik, die einmal von weißen Mittelständlerinnen formuliert wurde, noch gelten kann – ich meine, mittlerweile gibt es ja nicht einmal mehr diesen Mittelstand, oder? Aber bei aller Aktualisierung und Selbstkritik dürfen wir nicht vergessen, dass wir in einem längst globalisierten Patriarchat leben, das ohne die ganz alltägliche Unterdrückung und Selbstaufopferung von Frauen nicht funktioniert – auch wenn wir das alle im Bemühen, unser Leben gut in den Griff zu bekommen, nicht gerne hören. Letztlich geht es gerade heute darum, die kritische Perspektive aufs große Ganze nicht zu vernachlässigen. Feminismus ist ja nicht nur Identitätspolitik. Das Tolle am Feminismus ist, finde ich, gerade die ihm innewohnende Spannung zwischen Identitätspolitik und revolutionärer Perspektive: Bei der Abschaffung des Patriarchats geht es konkret um die Verbesserung der Lebens- und Wahlmöglichkeiten von Frauen – aber das ist gar nicht denkbar ohne den Kampf gegen Kapitalismus, Rassismus, Antisemitismus und Homophobie. Es geht um ein Leben, das unseren Bedürfnis-

sen besser entspricht. Ich meine, der Feminismus hat verloren, wenn wir aufhören, an einer ganz umfassenden Patriarchatkritik festzuhalten.

Patriarchat ist ein so weit gefasster Begriff, allein wenn man Österreich/Deutschland der 1950er Jahre mit heute vergleicht – da hat sich ja schon unheimlich viel getan seither, was zB Schwangerschaftsabbruch, Scheidungsrecht, Arbeitsrecht betrifft. Anders gesagt: Was 1950 »Patriarchat« war, ist heute etwas ganz Anderes. Inwiefern macht es Sinn, einen so breiten Begriff für so Spezifisches zu verwenden?

Korinna: Ich würde bei der Analyse des Patriarchats gern unterscheiden wollen, was auf der Erscheinungsebene stattfindet und was auf der strukturellen Ebene und wie diese Ebenen miteinander vermittelt sind. Meine These dazu ist – dabei argumentiere ich mit der Wert-Abspaltungs-Theorie von Roswitha Scholz –, dass sich in vielen Bereichen und temporär ziemlich viel verbessern kann, so auch an der rechtlichen Situation von Frauen, ohne dass das Patriarchat dadurch grundlegend außer Kraft gesetzt würde. Rein rechtlich ist die Gleichstellung der Geschlech-



ter ja sowohl in Österreich als auch in Deutschland längst der Fall – wenn wir nur mit grundlegenden Verfassungsartikeln argumentieren würden, hätte es in der BRD sowie in der DDR schon seit 1949 kein Patriarchat mehr gegeben. Dabei ist es in den Lebensgeschichten unserer Mütter und Großmütter grellste Realität. Und ich möchte behaupten, dass auch die juristischen Reformen, die uns vor allem die Zweite Frauenbewegung beschert hat, uns nicht vom Patriarchat zu emanzipieren vermögen – begreift man das warenproduzierende Patriarchat als gesellschaftliches Formprinzip, das längst nicht in der Gesetzgebung aufgeht. Laut Scholz' Theorie hat sich dies warenproduzierende Patriarchat als kapitalistische Totalität seit Beginn der Moderne im 18. Jh. durchgesetzt und bildet seitdem das herrschende Geschlechterverhältnis schlechthin. Es hängt eng mit der Wertvergesellschaftung und dem Zwang zur abstrakten Arbeit zusammen, die von Anfang an männlich konnotiert ist, während die Rolle der Frauen historisch auf den entstehenden privaten Bereich und damit auf Familie, Erziehung, Sexualität und Liebe enggeführt wird. Dieser – erst einmal sehr abstrakte – Patriarchatsbegriff muss auf der

ökonomischen, juristischen, soziologischen und kulturellen Ebene bestimmt werden, und ich meine, auch auf der biologischen. In der konkreten Realität unterscheidet es sich natürlich, wie das Leben einer 30-Jährigen in Wien oder in Riad in Saudi-Arabien verläuft, wo es weder Demokratie noch Religionsfreiheit noch ein tragfähiges Sozialsystem gibt, das von der unmittelbaren Unterstützung durch die Familie unabhängig machen würde – wo also ganz andere frauenverachtende Zwänge herrschen als hierzulande. Und doch handelt es sich strukturell gesehen um verschiedene Ausprägungen derselben kapitalistischen Gesellschaft, die an sich zutiefst patriarchal ist. Um den globalen Charakter der kapitalistischen Frauenunterdrückung zu analysieren, ist ein materialistischer und universalistischer Patriarchatsbegriff also ganz unverzichtbar. Um zu zeigen, dass das Patriarchat nicht so schnell etwas »ganz Anderes« wird, können wir auch bei deinen Beispielen bleiben: So ist der Schwangerschaftsabbruch in Deutschland nach harten feministischen Kämpfen 1976 zwar liberalisiert worden, aber der entsprechende Paragraph existiert nach wie vor – der Staat gibt die Verfügungsgewalt über die reproduktive Fähigkeit von Frauenkörpern nicht aus

der Hand. Und das geschlechtsspezifische Lohngefälle liegt in Deutschland bei 21%, in Österreich noch etwas höher – trotz Gleichbehandlungsgesetz.

Andere sagen: Kapitalismus ist geschlechtsneutral. Wer Arbeitskraftbehälter ist, ist dem Kapital wurscht. So kommt es zu einer Angleichung der Geschlechter, und die Errungenschaften der 1./2. Frauenbewegung werden als logische Folge des kapitalistischen Fortschritts verstanden. Kann man das wirklich widerlegen?

Charlotte: Naja erst mal kann man ja, wie Korinna schon erwähnt hat, immer noch empirisch sehr leicht zeigen, dass es mit dem geschlechtsneutralen Kapitalismus nicht so weit her ist. Frauen verdienen weniger als Männer, arbeiten auf einem geschlechtlich segmentierten Arbeitsmarkt, kümmern sich immer noch zu großen Teilen um die Kinder und leiden unter den verschiedenen Ausdrucksweisen des Sexismus, sei es durch die repressiven weiblichen Role Models oder den indirekten und direkten Angriffen ihrer männlichen Mitmenschen. Und alle müssen sich nach wie vor in zwei völlig beschränkte Geschlechtsidentitäten

quetschen. All dies bleibt ja weiterhin erklärungsbedürftig. Mit dem Verweis auf den Kapitalismus, der irgendwann die Geschlechter schon nivellieren wird, ist nicht so viel gewonnen, immerhin ist das Geschlechterverhältnis, wie wir es kennen, erst mit der kapitalistischen Produktionsweise entstanden. Insofern scheint mir, der Kapitalismus selbst macht erst mal gar nichts einfach von sich aus, nur weil er fortschrittlich ist und die Produktivkräfte entfaltet. Kapitalismus heißt ja erstmal nur, dass die innere Dynamik der Gesellschaft auf der Kapitalverwertung beruht. Es stimmt schon, auf einer analytischen Ebene ist es dem Kapital wurscht, wen es ausbeutet, Hauptsache billig und diszipliniert. Aber das Kapital ist ja selbst ein gesellschaftliches Verhältnis und als dieses eingelassen in eine soziale Praxis, die nicht in ökonomischen Kategorien aufgeht. Insofern führt es in die Irre, Gesetzmäßigkeiten, die das Geschlechterverhältnis betreffen, aus dem Kapitalverhältnis abzuleiten. Ich würde es eher so formulieren, dass sich die kapitalistische Produktionsweise bisher ganz ausgezeichnet mit dem Patriarchat vertragen hat. Und sie wird dies auch weiterhin tun, solange die Menschen dem irrationalen Ganzen ohnmächtig gegenüberstehen, statt sich zu emanzipierten Individuen zu entwickeln. Wenn man also die Errungenschaften der Zweiten Frauenbewegung mit der fortschrittlichen Tendenz des Kapitalismus abhakt, dann kommt mir das zu strukturalistisch vor, weil es absieht von den handelnden Subjekten und den Konflikten, die die Gesellschaft immer wieder produziert. Die Frauenbewegung war ja Folge von konkreten Leiderfahrungen und Wünschen der Frauen und als soziale Bewegung hatte sie ja durchaus gesellschaftliche Wirkungen und Folgen, die es sonst nicht gegeben hätte. Sicherlich versteht es die kapitalistische Gesellschaft ganz gut, solche Kämpfe zu integrieren, wie sie ja generell die gesellschaftlichen Widersprüche in eine Verlaufsform zu bringen vermag. Aber die revolutionären Momente der Frauenbewegung und auch der Queerbewegung, die über das Ganze hinauswiesen, die sind ja immer noch unabgeholten und warten noch darauf, verwirklicht zu werden. Außerdem ist nicht gesagt, dass diese Errungenschaften für immer Bestand haben: In gesellschaftlichen Krisenzeiten gab und gibt es immer auch große Sehnsucht nach den traditionellen rigiden Geschlechterrollen,

wie man gut an rechtspopulistischen Bewegungen beobachten kann, die ihr Mackertum vor sich hertragen und gegen Abtreibung agitieren.

Inwiefern ist die Verschiebung niedrig gestellter Care Work hin zu Migrantinnen hier eine qualitative Veränderung? Wie muss diese mitberechnet werden? Kann sich die Rolle des Sexismus nicht auf andere Herrschaftsformen wie Rassismus umlegen? Was sagt das dann über Sexismus als Strukturprinzip des Kapitals aus?

Charlotte: Ich denke die Veränderung innerhalb der Care-Arbeit könnte man einmal mit den Trennungen innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen erklären und zum anderen mit der Stellung der Care-Arbeit innerhalb der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Die Sorgearbeit ist ja erstmal ein Bereich, der bisher vor allem außerhalb des Verwertungsprozesses lag. D. h. die Form, in der Sorgearbeit erfolgte, um die Reproduktion der Arbeitskräfte zu sichern, war ihre Auslagerung in den privaten Bereich, in der die Frauen diese unbezahlt geleistet haben. Dieses Modell fing aber irgendwann an zu bröckeln, weil – sehr verkürzt gesagt – die Frauen nach mehr Autonomie strebten und es für das Kapital zu teuer wurde. Deswegen wurden z. B. einige dieser Care-Arbeiten als Dienstleistungen in die Form der Lohnarbeit überführt, und hier greift dann die innere Fragmentierung der Lohnabhängigenklasse. Die Lohnabhängigen gliedern sich ja nicht nur nach Qualifikation und Fähigkeiten sondern eben auch u. a. entlang des Geschlechts und der Herkunft. Ähnlich wie Frauen auf dem Arbeitsmarkt strukturell benachteiligt sind, so haben auch z. B. osteuropäische Arbeitskräfte schon von vornherein eine schlechtere Position aufgrund ihrer Stellung in der internationalen Arbeitsteilung. So sind es dann mehrheitlich weibliche und migrantische Arbeitskräfte, die sich hierzulande in schlecht bezahlten Dienstleistungsjobs wiederfinden. In der Care-Arbeit treffen sich dann diese patriarchale und ethnischierende Strukturierung in einer Person. Wenn Frauen verstärkt Karriere machen und sich höher qualifizieren, muss es natürlich trotzdem Menschen geben, die die Sorgearbeit übernehmen. Und so übernimmt dann die Migrantin die Pflege-Arbeit zu einem beschissenen Lohn, die vorher unbezahlt von der Hausfrau

geleistet wurde. Allgemein denke ich nicht, dass diese Klassengliederung etwas qualitativ Neues darstellt, die gibt es ja schon sehr lange. Aber bezogen auf den Care-Sektor gibt es in jedem Fall Verschiebungen, weil es hier überhaupt zu großen Veränderungen kam in den letzten Jahren und immer noch kommt.

Materialistische und poststrukturalistische Feminismen prallen in meiner Wahrnehmung erst in letzter Zeit aufeinander, das ist ein eher neues Phänomen in der deutschsprachigen Linken. Die Materialistinnen haben, denke ich, ein bisschen geschlafen, und kommen erst jetzt mit ihrer Kritik am Butler Hype hinterher. Teilt ihr das? Warum denkt ihr, sind die Materialistinnen jetzt aufgewacht? Oder ist das ein Zeichen der Schwäche der poststrukturalistischen Ansätze? Oder hat das nicht auch mit den weltweiten Ereignissen zu tun, zB Wirtschaftskrise, arabischer Frühling und islamistischer Terror, dass es IdealistInnen schwerer macht, nur von Sprache und Denken als Herrschaft/Macht zu sprechen?

Charlotte: Ja sicherlich ist der Poststrukturalismus so populär geworden, weil er einen Nerv getroffen hat und auf zeitgenössische Erfahrungen und Bedürfnisse gute Antworten gegeben. Insbesondere indem er sehr gekonnt und überzeugend den Wunsch jegliche geschlechtliche Zwangsidentität hinter sich zu lassen, auf die Spitze getrieben hat. Das war sicher für viele ein Befreiungsschlag. Trotzdem bleibt es die Schwäche des poststrukturalistischen Denkens, dass es zwar ein radikales Begehren formuliert,



aber nicht wirklich benennen kann, warum es so schwierig ist, dieses im Hier und Jetzt zu verwirklichen und aus den starren Identitäten auszubrechen. Und vielleicht hast du Recht und die langatmigen ökonomischen und politischen Krisen rücken in den letzten Jahren die harte materielle Realität der Klassengesellschaft wieder stärker ins Bewusstsein der Feministinnen. Ich beobachte auch wieder verstärkt Diskussionen, die den poststrukturalistischen Rahmen sprengen, wie etwa ökonomiekritische Ansätze zeigen, und eben auch die inzwischen relativ breit geführte Care-Debatte. Die Care-Debatte schließt ja in gewisser Art an die Zweite Frauenbewegung an, insbesondere an die Hausarbeitsdebatte der 70er Jahre, indem sie nach der gesellschaftlichen Organisation der Sorgearbeit fragt. Und manche Vertreterinnen sind da durchaus radikal, wenn sie die Unvereinbarkeit von Kapitalismus und menschlichen Bedürfnissen betonen und eine Umwälzung der Gesellschaft zugunsten eben dieser Bedürfnisse fordern. Das sind vielleicht Ansätze für eine radikale Kritik, die auch die gesellschaftliche Praxis in den Blick nimmt. Allgemein habe ich aber eher das Gefühl, dass die Feministinnen, die es mit der Gesellschaftskritik ernst meinen, leider immer noch eher marginal sind.

In eurem Text »Natürlich gesellschaftlich?!« hält ihr eine unausweichliche Natur, die dem Geschlechterbegriff inhärent wäre, hoch. Könnt ihr ausführen inwiefern dieser Naturbegriff ein anderer als der des Biologismus? Oder anders gefragt: Was ist am Begriff Geschlecht nicht dekonstruierbar?

Charlotte: Nach wie vor eine sehr schwierige Frage! Aber erstmal zum Unterschied von Natur und Biologismus. Letzterer definiert soziale Phänomene als natürliche und lässt sie damit erstarren. Er kann sie nicht mehr als historisch gewordene begreifen. Dagegen versuchen wir mit der Kritischen Theorie und Marx die Natur immer in ihrer gesellschaftlichen Vermittlung zu denken. D. h. dass der Mensch einerseits auf die Natur verwiesen ist. Andererseits haben wir es nie mit der Natur an sich zu tun, da sie immer schon überformt und gestaltet ist durch die soziale Praxis der Menschen. Auch die innere Natur, die sich in menschlichen Begehren und Bedürfnissen Geltung verschafft, drückt sich nie in reinster Form aus. Es gibt

keinen Wunsch, der nicht schon den Stempel der Gesellschaft trägt. Aber ich würde dennoch immer betonen, dass das Begehren bedingt bleibt durch die Natur, nämlich durch körperliche Impulse, die nicht in der sozialen Interaktion aufgehen. Darin liegt ja genau die konflikthafte Beziehung zwischen Es, Ich und Über-Ich – psychoanalytisch gesprochen –, also zwischen Lust- und Realitätsprinzip. Bezogen auf das Geschlecht scheint mir dieses Verhältnis aber noch komplizierter zu sein. Ich denke, das Begehren selbst hat keine geschlechtliche Natur. Insofern finde ich hier weniger die Frage nach der Natur an sich relevant als vielmehr, wie sich im Prozess der Subjektwerdung immer wieder zwei Geschlechtscharaktere mit einem (meist) heterosexuellen Begehren herstellen. In welcher Weise sich also das Geschlechterverhältnis als Folge von verdrängtem Begehren beständig reproduziert und dabei notgedrungen andere Wünsche und Fantasien verdrängt werden müssen. Am Geschlecht nicht dekonstruierbar ist, denke ich, geht man von dieser Bedingtheit der Natur aus, dass die Gebärfunktion nicht allen Menschen zukommt. Aber beim heutigen Stand der gesellschaftlichen Entwicklung und der Frage, wie man die Sorgearbeit, Kindererziehung und ähnliches organisieren kann, denke ich, spielt diese Frage eigentlich keine so große Rolle, weil diese Sachen eben nicht von der Natur abhängen, sondern von der gesellschaftlichen Praxis.

Korinna: Ich möchte an dieser Stelle noch das Konzept der Dekonstruktion angreifen. Dekonstruktion von Geschlecht, wie sie Butler und ihre queerfeministischen Adeptinnen hochhalten, bedeutet ja, die soziale Konstruiertheit von Geschlechtern zu entlarven und folglich ihre Abschaffung nicht nur zu fordern, sondern gleich zu praktizieren – vornehmlich auf der sprachlichen Ebene. Dann sagt man halt »weiblich sozialisierte Personen« statt »Frauen« und alle freuen sich, wie schön sie wieder das Geschlechterverhältnis dekonstruiert haben, nach dem Motto: Stell dir vor, es ist Patriarchat, und keiner spricht es aus! Die Kritik der benachteiligten weiblichen Subjektposition schlägt in bloße Verweigerung um, sich damit zu identifizieren. Dekonstruktion wird dann als Kritikform schlechthin praktiziert und trägt im schlimmsten Fall zur Verschleierung des patriarchalen Geschlechterver-

hältnisses bei. Was dann hinten runter fällt, ist ein Begriff von der historischen Gewordenheit des Geschlechterverhältnisses und vom damit verbundenen ideologischen Zwang, ohne den die vergeschlechtlichten Subjekte nicht zu denken sind. Nichts am Geschlecht ist also dekonstruierbar! Ich hab dich jetzt absichtlich ein bisschen missverstanden – ich glaube, du wolltest wissen, was am Geschlecht aufs Biologische reduzierbar ist, und darin bin ich mit Charlottes Antwort d'accord –, aber ich halte diesen Einwand für wichtig. Was uns von den Dekonstruktivistinnen trennt, ist nicht, dass wir den biologischen Anteil am Geschlechterverhältnis so sehr betonen wollen – sondern die Annahme, dass sich vom Zwang zur patriarchalen Zweigeschlechterordnung niemand lossagen kann. Dekonstruktivismus und Materialismus sind keine vereinbaren Konzepte.

Ihr führt mit Adornos und Horkheimers Begriff der Subjektconstitution aus, dass das Ur-Dilemma das der Gegenüberstellung von Zivilisation und Natur ist – wenn ihr einen solchen Begriff des unentrinnbaren Naturzwangs einführt, stellt ihr dann nicht wieder diese Dichotomie her und setzt sie als unentrinnbar? Was wäre denn dann, die Vorstellung, der Natur eingedenk zu sein, in Adornos Begriffen?

Charlotte: Bezogen auf die letzten Punkte könnte man sagen, wäre der Natur eingedenk zu sein, dass zum einen die Subjekte sich nicht mehr in zwei Geschlechtsidentitäten zwingen müssen und dass das Begehren sich in vielfältigeren Formen ausdrücken könnte, wie es in der Queerbewegung ja auch schon hin und wieder aufgeblitzt ist. Und zum anderen hieße es vielleicht, dass die natürliche Bedingtheit der Körper, die die Fortpflanzungsfunktion einschließt, sich nicht in eine soziale Praxis verlängert, in der die eine Hälfte für Kinder und Küche zuständig ist und die andere Hälfte im Betrieb malochen muss, sondern sowohl reproduktive Tätigkeiten als auch sonstige notwendige Arbeiten nach Bedürfnissen und Fähigkeiten der Einzelnen organisiert sind. So würde ich dieses Eingedenken der Natur verstehen, dass man sich also nicht von der Natur emanzipiert, sondern sich in der sozialen Praxis die menschliche Naturbedingtheit mitreflektiert.

**RUHE GIBT ES
NICHT, BIS
ZUM SCHLUSS.**



**#5 STREIT
OUT NOW!**

**OUTSIDE
THE
BOX**

ZEITSCHRIFT
FÜR
FEMINISTISCHE
GESELLSCHAFTSKRITIK

outside the box – Zeitschrift für feministische Gesellschaftskritik

Die outside the box ist eine Ende 2008 in Leipzig gegründete Zeitschrift, die sich einer umfassenden Gesellschaftskritik mit feministischem Fokus verschrieben hat.

»Wir sind davon überzeugt, dass nur jene politische Theorie und Praxis wirklich emanzipatorisch sein kann, die selbstverständlich und von Grund auf feministisch ist – ebenso, wie ein Feminismus, der das repressive Geschlechterverhältnis überwinden will, niemals bloß die bessere Integration der Frauen ins Bestehende fordern darf.

Weniger die Fokussierung auf eine bestimmte Zielgruppe, als vielmehr die Überzeugung, dass eine feministische Gesellschaftskritik nicht ohne Dokumentation und Reflexion spezifischer weiblicher Perspektiven, subjektiver Erfahrungen, und überhaupt des Einzelnen, Besonderen auskommt, bestimmt Inhalt wie Form der outside the box maßgeblich. So veröffentlichen wir neben Theorietexten unter anderem auch Interviews, Protokolle, Photographien, Collagen, Essays und literarische Beiträge.

Seit der ersten Ausgabe zum Thema »Emanzipation« im Jahr 2009 haben wir im Abstand von je 1 – 1 ½ Jahren folgende Hefte herausgebracht: »Form« (2010), »Gebären« (2011), »Arbeit« (2013) und »Streit« (2015). Bis auf Ausgabe #5 und einen kleinen Restbestand der #2 sind alle Ausgaben vergriffen, aber vollständig online abrufbar.«

www.outside-mag.de

N

Nein, Nein, das ist nicht der Feminismus

Mascha
the future is unwritten, Leipzig

»Kritik des Staatsfeminismus« ist ein kleines – man könnte meinen: handtaschenkompatibles – Büchlein von Andrea Truman und Lily Lent. Eine unterhaltsame, gut zu lesende Abwechslung zu zäher Theorie und ein wunderbares Buch für alle, die mit der Intention der beiden Autorinnen sympathisieren, staatliche Politik beispielhaft an deren eigenen Ansprüchen zu messen und vorzuführen.

In ihrem Buch veranschaulichen die beiden Autorinnen anhand von Beispielen wie dem Elterngeld (Plus) oder dem Ehegattensplitting, wie politische Entscheidungen mit ökonomischen Interessen verknüpft sind – sowohl bei Befürworter*innen als auch bei Kritiker*innen solcher Entscheidungen. Dabei geht es den Autorinnen weniger um eine analytische Bestimmung des Zusammenhangs von Staat und geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung. Sie wollen stattdessen exemplarisch aufzeigen, wie zweiseitig die unter dem Label der Geschlechtergleichheit von den deutschen Regierungen beschlossenen Maßnahmen sind.

Zweiseitigkeit bedeutet z.B., dass diese Maßnahmen größtenteils mittleren und höheren Einkommensschichten zugutekommen bzw. erwerbstätige Eltern bevorteilen. So berechnet sich beispielsweise Elterngeld prozentual nach dem vorherigen Einkommen des betreffenden Elternteils. Bei Bezug von Hartz-IV wird das Elterngeld zudem auf die »Hilfe zum Lebensunterhalt« angerechnet, also praktisch abgezogen. Auch – staatlich geförderte – familienfreundliche Unternehmen mit integrierter Kinderbetreuung entstehen nur da, wo sich die Investition aufgrund der hochqualifizierten Arbeitskraft entsprechend lohnt. Genauso werden

Kitaplätze zuerst an Erwerbstätige vergeben. Zeitgleich mit dem formulierten Ziel, Frauen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, findet zudem eine Erweiterung des Niedriglohnssektors statt, was insgesamt zu Folge hat, dass der Wert der Ware Arbeitskraft sinkt. (1)

Darüber hinaus werden das Elterngeld und die Möglichkeit der Stundenreduzierung etc., obwohl formell gleichermaßen an Männer und Frauen gerichtet, zur großen Mehrheit von Frauen beansprucht. Dies liegt, so Lent und Truman, sowohl in den materiellen Bedingungen, sprich dem zumeist niedrigeren Lohn der Frau bzw. Mutter, als auch in der »Mutterideologie« begründet. Diese besteht trotz weiterer Verbreitung alternativer Familienformen z.B. immer noch darin, dass Müttern die Hauptverantwortung in der kindlichen Erziehung zugesprochen wird und ihre Bindung zum Kind als natürlich vorausgesetzt wird.

Insgesamt konstatieren die Autorinnen in ihrem Buch eine Gleichzeitigkeit von verschiedenen, teilweise scheinbar widersprüchlichen Tendenzen in der deutschen Familien- und Gleichstellungspolitik. Die Stoßrichtung ist jedoch klar: »Forderungen an den Staat werden nur erfüllt, wenn sie mit der Entwicklung der Produktionsweise kompatibel sind oder der Aufstandsbekämpfung dienen«. (105)

So weit, so gut. Die Geschichte hat gezeigt, dass kaum eine Forderung den mühseligen Weg durch die Institutionen unbehelligt durchsteht und am Ende noch genauso radikal dasteht, wie sie es einst vielleicht getan hat. Auch, dass eine bestimmte Forderung ausgerechnet dann an Zuspruch gewinnt, wenn verschiedene politische und wirtschaft-

liche Akteure sich aus unterschiedlichen Beweggründen scheinbar plötzlich darauf einigen konnten – Stichwort: Energiewende – dürfte evident sein. Truman und Lent folgen hier keiner expliziten Staatstheorie, setzen aber in gewisser Weise ein bestimmtes Staatsverständnis voraus bzw. wollen es belegen. Der Staat verfolge ein Interesse, welches da heißt: Kapitalakkumulation.

Durch diese relativ eindimensionale Betrachtungsweise bleibt auf der Strecke, dass auch innerhalb eines Staates verschiedene Positionen verhandelt werden und darüber hinaus auch nicht unbedingt das eine, klar zu identifizierende Kapitalinteresse auszumachen ist. Der Staat ist kein einheitlicher Akteur und auch verschiedene Kapitalfraktionen können zum Teil widersprüchliche Interessen haben. Sofern man einen Staat nicht als einen einheitlichen Akteur begreifen möchte, ist es äußerst problematisch, jegliche staatliche Investition in den Ausbau von Betreuungsangeboten etc. lediglich mit der Funktionalität für das Kapital zu begründen. Kann es nicht sein, dass es für die Kapitalverwertung erstmal egal ist, wer die unentlohnte oder schlecht bezahlte Reproduktionsarbeit verrichtet, solange irgendetwas sie übernimmt? Nur weil die kapitalistische Produktionsweise und eine patriarchale Gesellschaftsstruktur sich historisch gewachsen aufs schönste bedingen, muss nicht zwangsläufig jede Veränderung ökonomisch begründet sein. Offensichtlich ist, dass am Ende Entscheidungen getroffen werden, die mit der Produktionsweise vereinbar sind. Das ist aber nicht das Gleiche wie die Behauptung, staatliche Gleichstellungspolitik verfolge an erster Stelle den Zweck die Frauenerwerbsquote zu erhöhen und gut qualifizierte Frauen zum Kinderkriegen zu

bewegen, damit es einen Nachschub an Arbeitskraft gibt. Schlussendlich können diese manchmal recht funktionalistisch klingenden Anmerkungen jedoch mit gutem Gewissen überlesen werden, denn die Fakten sprechen für sich. Zu Recht betonen Truman und Lent den schlechten Kompromiss, den beispielsweise Kinderbetreuung oder sogenannte familienfreundliche Unternehmen darstellen, die auf Leistungsfähigkeit und nicht auf Bedürfnisse ausgerichtet sind. Zurecht kritisieren sie, dass Gleichstellungspolitik nicht für alle Frauen gleichermaßen gilt. Und zurecht heben sie die nicht enden wollende materielle Ungleichheit in dieser Gesellschaft hervor.

Eine Errungenschaft, die dem sogenannten Staatsfeminismus – übrigens ein Begriff aus der Politikwissenschaft für die formale Gleichstellung durch staatliche Institutionalisierung – von seinen Befürworter*innen zugeschrieben wird, ist die erhöhte Beteiligung und Repräsentation von Frauen in politischen Entscheidungsgremien. Ziel der beiden Autorinnen ist es, zu zeigen, dass diese kein Selbstzweck ist und erst recht nicht emanzipatorisch. Die Frage danach, warum genau aber die formelle Gleichheit nicht auch zur materiellen führt, können die beiden Autorinnen nicht befriedigend beant-

worten. Dies scheint allerdings auch nicht der Anspruch gewesen zu sein.

Wer sich bei dem Titel des Buches gefragt hat, ob der Staat jetzt ausgerechnet Feministin sein soll, wird auch durch diese Lektüre nicht um den Schlaf gebracht werden: Er ist es nicht. Der Kritik des Staatsfeminismus folgt kein Vorschlag eines besseren Staatsfeminismus und da wir uns sowieso nicht mit der formellen Gleichstellung zufrieden geben werden, solange die materielle nicht gegeben ist, wird wohl auch die eigene feministische Arbeit so bald nicht überflüssig werden. Es muss uns nach wie vor – wie es im Buch so schön heißt – um eine vernünftige Staatskritik und die Entwicklung kollektiver Praxen gehen. Das Buch kann als anregende empirische Bestätigung dessen gelesen werden, was die meisten von uns hoffentlich sowieso schon wussten: Mit staatlicher Familien- und Gleichstellungspolitik ist nicht die befreite Gesellschaft zu erreichen. Als empirische Handreichung für die nächste Diskussion über Sinn und Unsinn von Gleichstellungspolitik lohnt es sich allemal.

Fußnoten:

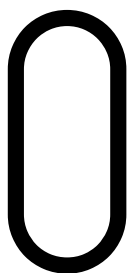
(1) Der Wert der Ware Arbeitskraft bemisst sich daran, was zur Reproduktion, sprich zur

Sicherung des Lebensunterhalts der arbeitenden Person bzw. der Familie notwendig ist. Wenn demnach beide Elternteile arbeiten, ist es möglich jeweils weniger Lohn zu zahlen. Real sieht es so aus, dass der Mann immer noch als Haupternährer gilt und von seinem Gehalt sich und im besten Fall die Kinder ernähren kann. Die Frau kommt mit ihrem Zuverdienst zum Teil für ihre eigene Reproduktion auf. Dadurch wird es möglich, den einzelnen Beschäftigten einen Lohn zu zahlen, der für den Unterhalt einer ganzen Familie gar nicht ausreichen würde.

(2) Der Staat spielt Feministin, um das Ziel der Senkung der Ware Arbeitskraft zu erreichen (103). Und auch wenn die Familienpolitik widersprüchlich wird, so erklären sie dies an erster Stelle mit dem Spektrum staatlicher Aufgaben in Bezug auf Produktion und Reproduktion – der Herstellung der Ware Arbeitskraft auf der einen und dem Erhalt der Familie als Ort der Reproduktion auf der anderen Seite (99).

Lilly Lent / Andrea Trumann
Kritik des Staatsfeminismus
Oder: Kinder, Küche, Kapitalismus
120 Seiten, 7,90 Euro
ISBN 978-3-86505-724-2





Die Ökumene der AufklärungsgegnerInnen. Antifeminismus von Rechts am Beispiel »Marsch für das Leben«

AG »Den Fundis die Hölle heiß machen«, TOP B3rlin

Für viele reaktionäre Bewegungen stellt der Antifeminismus ein verbindendes Element dar. Im deutschsprachigen Raum ist der »Marsch für das Leben« in Berlin ein Höhepunkt öffentlicher Mobilisierung der selbsternannten »LebensschützerInnen«. Ein Text über ideologischen Kitt, Schwächen der radikalen Linken und eine unterschätzte Gefahr.

In den letzten Jahren ist es zu einem Erstarken neuer rechter Organisationen und reaktionärer Bewegungen gekommen, die im Vergleich zu Neonazis ein hohes Anschlusspotential an »die Mitte der Gesellschaft« und damit größeren Einfluss auf politische Diskurse haben. Ein wichtiges ideologisches Verbindungsstück dieser AkteurInnen ist ihr antifeministisches Selbstverständnis, häufig als Kampf gegen den sogenannten Genderismus artikuliert. >>> **S.78, X: XX&XY – Antigenderismus** Neben dem Umstand, dass dieser Antifeminismus von Rechts durch den Aufstieg der AfD ein neues wichtiges Standbein im Parlamentarismus gefunden hat, zeigt er sich auch zunehmend stärker und selbstbewusster auf der Straße. Demonstrationen gegen die Legalisierung von Abtreibungen, Homoehe oder vermeintlich schädliche Bildungspläne haben mitunter vierstellige TeilnehmerInnenzahlen (1), was ebenfalls auf eine zunehmende Anschlussfähigkeit an die Gesellschaft hindeutet.

Im Gegensatz zu Nazidemos mit vergleichsweise geringem Protest konfrontiert, ist es diesen Kräften noch zu oft möglich ihre Hetze in den öffentlichen Raum zu tragen. Darin zeigt sich einmal mehr die Schwäche der (radikalen) Linken, schnell angemessenen Widerstand gegen politische GegnerInnen,

welche nicht in altbekannte Kategorien passen oder nicht ausreichend gesellschaftlich isoliert sind, zu entwickeln. Ein prominentes Beispiel dafür war lange der Berliner Ableger der sogenannten Märsche für das Leben, organisiert vom »Bundesverband für das Leben« (BvL). Seit 2008 treffen sich jährlich im September AbtreibungsgegnerInnen jeglicher Couleur und erreichen mittlerweile eine TeilnehmerInnenzahl um die 5000. Dieser Aufmarsch ist damit wichtiges, identitätsstiftendes Moment für eine breite reaktionäre und antifeministische Bewegung; sozusagen eine Ökumene der AufklärungsgegnerInnen.

Er ist zentrales Event und politischer Jahreshöhepunkt der selbsterklärten »LebensschützerInnen«, die hierfür aus ganz Deutschland und dem umliegenden europäischen Ausland vors Bundeskanzleramt pilgern. Inhaltlich richtet sich die Demonstration explizit gegen ein Recht auf Abtreibung, das Selbstbestimmungsrecht von FLTI*s (2) allgemein, Sterbehilfe sowie alternative Familienentwürfe zur bürgerlichen Kleinfamilie. Dem werden zutiefst reaktionäre Gesellschaftsbilder entgegen gesetzt, die Zweigeschlechtlichkeit, Heteronormativität und Patriarchat zementieren.

Während Mobilisierung, logistischer Aufwand, Größe und daran anknüpfend auch die Bedeutung des Marsches von mal zu mal zunahm, blieben die Gegenproteste lange vergleichsweise klein und auf ein (queer-)feministisches Milieu, Teile der lokalen Antifaszene auf der einen, sowie ein überschaubares zivilgesellschaftliches Bündnis auf der anderen Seite beschränkt. Aktionistisch wurde sich zumeist auf Kundgebungen, Agitprop-Aktionen oder das simple Verarschen und Stören der Rechten beschränkt. Dies führte zwar immer wieder zu witzigen Situationen, guten

Bildern und dem ein oder anderen Wutausbruch seitens der genervten Marschierenden – gleichzeitig war es aber auch hinderlich, die Gefahr, die von diesen Leuten ausgeht, zu vermitteln. Man beschränkte sich zu oft darauf, sich einen lustigen Tag damit zu machen, den Fundis ein paar Kreuze zu klauen und sie als zu kurz gekommene, lustfeindliche und nicht weiter ernstzunehmende SpießbürgerInnen bloßzustellen. Jedoch unterstützte man dadurch das stetige Bemühen der OrganisatorInnen darum, den Marsch als harmlose Zusammenkunft ganz normaler ChristInnen darzustellen mehr, als dass man ihm schadete. Harmlos sind sie aber keineswegs, vielmehr präsentiert sich hier ein Sammelbecken, welches weit über ein christlich-fundamentalistisches Milieu hinausreicht und wachsenden Einfluss auf Politik, Medien und auch nicht-fundamentalistische christliche Kreise hat.

So marschierte 2015 in den ersten Reihen neben dem BvL-Vorsitzenden Martin Lohmann (ehemals CDU) die AfD-Europaabgeordnete Beatrix von Storch, während diverse hochrangige KirchenvertreterInnen sowie Bundes- und Landtagsmitglieder von CDU/CSU Grußworte beisteuerten. Die starke Mobilisierungskraft für den Marsch speist sich neben den Evangelikalen, sonstigen ProtestantInnen und dem Clown aus Rom insbesondere aus ChristInnen in der AfD, der Nachrichtenagentur idea, den neurechten Zeitungen Junge Freiheit und Sezession sowie den PI-News. Ergebnis ist ein buntes Potpourri von Konservativen, Neuer Rechter, FundamentalistInnen bis hin zu einigen »ganz normalen« ChristInnen. Diese Breite drückt sich auch in Verknüpfungen unterschiedlicher reaktionärer Vorstellungen aus, weswegen wir in unserer Mobilisierung von

einem »reaktionären Ticket« sprachen. Darunter ist ein mitunter widersprüchliches Sammelsurium von Ideologemen, Verschwörungstheorien und Feindbildern zu verstehen. Mit diesem »Inventar von Parolen« wird das konservative Familienmodell zur Keimzelle der Nation erklärt, aufbauend auf der Ehe von Mann und Frau sowie deren Bereitschaft, ihre Kinder zu verantwortungsvollen und leistungsstarken Menschen zu erziehen. Bedroht wird dies durch den »Genderismus«, einer vermeintlichen feministischen Lobby, die versucht die natürliche bzw. gottgegebene Ordnung der Geschlechter aufzulösen und materiell wie ideell zu entwerten. Während Frauen unangemessen männlich auftreten würden, litten Männer unter einer systematischen Verweichlichung. Die Befürwortung von Abtreibungen, Gleichberechtigung für Homosexuelle und ein Verständnis von Geschlecht als sozial konstruierter Kategorie, erscheinen aus dieser Perspektive als direkter Angriff auf die Familie, auf die Nation und schlussendlich auf die Menschheit als solche. Dadurch dass die Gegnerschaft bezüglich Abtreibungen und Sterbehilfe als »Lebensschutz« deklariert wird, erscheint das »reaktionäre Ticket« zudem in einer moralisch erhabenen Position. So können sich die »LebensschützerInnen« in ihrem antifeministischen Kampf, welcher auch immer wieder mit Sozialchauvinismus und (antimuslimischem) Rassismus einhergeht, als RetterInnen der Gesellschaft inszenieren. Dadurch dass die traditionellen christlichen Vorstellungen von Familie und

Gesellschaft mit den Entwicklungen im neoliberalen Kapitalismus immer wieder in Konflikt geraten – wohingegen bürgerlicher Feminismus durchaus produktiv nutzbar gemacht werden konnte (3) – lässt sich auch die »Lebensschutz«-Bewegung als eine Art reaktionäre Krisenlösungsstrategie begreifen. In einer Welt, die zunehmend Widersprüchlichkeiten und Unsicherheiten hervorbringt, sucht diese ihr Heil im missionarischen Eifer für das Patriarchat, christlichen Glauben und konservativen Familienideal. Sie ist keine Abweichung, sondern vielmehr ein Produkt der kapitalistischen Gesellschaftsformation, die durch die mit ihr einhergehende Verwertungslogik und Konkurrenz, eine ständige Produzentin von reaktionären Bewegungen ist. Diese Bewegungen stellen einen Angriff auf erkämpfte soziale Fortschritte und Rechte dar, weswegen sie durchaus auch als ein Gegenentwurf zu den '68er- und Frauenrechtsbewegungen verstanden werden können.

Umso wichtiger war der Schritt 2014 klar zu sagen, dass es zu wenig ist, dieses reaktionäre Spektakel mit kreativem Protest zu begleiten, sondern dass es verhindert werden muss. Mit dem Aufruf und der Planung von Blockaden wurde versucht dem Marsch ein angemessener Widerstand entgegenzusetzen. Dies und die Erkenntnis über die gesellschaftliche Relevanz der »LebensschützerInnen« im aktuellen reaktionären Rollback der Gesellschaft, veranlassten uns dazu, uns ebenfalls im linksradikalen Bündnis gegen den »Marsch für das Leben« einzubringen und mit dazu beizutragen,

den Widerstand 2015 auf die nächste Stufe zu heben. Mit Erfolg: Es gelang den Gegendemonstrant*innen, trotz massiver Polizeigewalt die Route zu verkürzen und die Fundis über einen langen Zeitraum zu blockieren, was viele von ihnen zu einem genervten vorzeitigen Verlassen der Demo veranlasste. Daran wollen wir in diesem Jahr anknüpfen und das müssen wir auch: Denn auch wenn es uns gelungen ist, diese eine große Party zu vermiesen, ist die »Lebensschutz«-Bewegung vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung rechter Straßenmobilisierungen und vor den sich abzeichnenden Wahlerfolgen der AfD (4) auch weiterhin eine ernstzunehmende und gefährliche Gegnerin.

Fußnoten:

(1) Da der positive Bezug auf Zweigeschlechtlichkeit und starre Geschlechterrollen elementarer ideologischer Bestandteil dieser Bewegungen ist, gendern wir sie hier mit dem Binnen-»I«.

(2) FLTI* steht für FrauenLesbenTransInter*-Personen.

(3) Siehe dazu unseren Text »Reclaim the F-Word« (top-berlin.net/de/texte/beitraege/reclaim-the-f-word).

(4) Anm. d. Red.: Dieser Text wurde vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt verfasst.







P

Eine Perspektive auf materialistischen Feminismus

Basisgruppe Antifaschismus, Bremen

Die Basisgruppe Antifaschismus aus Bremen legt in diesem einführenden Text knapp dar, was materialistischer Feminismus für sie bedeutet. Als Analysemethode der Gesellschaft ist dieser das vielleicht wichtigste Instrument unseres politischen Handelns, welches die immer noch akute Unterdrückung der Frau aufzudecken weiß.

»Es ist eindeutig, dass der Kapitalismus zur Überausbeutung der Frauen geführt hat. Das wäre wenig tröstlich, wenn es nur vermehrtes Elend und vermehrte Unterdrückung bedeutet hätte, doch glücklicherweise hat es auch zu Widerstand geführt. Und dem Kapitalismus ist bewusst geworden, dass dieser Widerstand, wenn er ihn vollständig ignoriert oder unterdrückt, zunehmend radikaler werden könnte, um schließlich zu einer Bewegung für Selbstständigkeit und Unabhängigkeit, vielleicht sogar zum Keim einer neuen Gesellschaftsordnung zu werden« (Robert Biel, *The New Imperialism*, 2000).

Materialistischer Feminismus hat den Anspruch die gesellschaftlichen Begebenheiten theoretisch, sowie eine praktische emanzipatorische Perspektive der Verhältnisse in den Blick zu nehmen. Konkret heißt das, dass der materialistische Feminismus eine Methode zur Analyse von Gesellschaft bzw. Herrschaftsverhältnissen ist, welche auf einer ökonomischen Ebene die Verbindung zwischen Patriarchat und kapitalistischer Ausbeutung aufdeckt.

Historisch betrachtet war die proletarische Frauenbewegung bemüht, den komplexen Zusammenhang von Patriarchat und Kapitalismus zu erfassen (in Deutschland war die zentrale Figur Clara Zetkin 1857-1933). Innerhalb dieser Bewegung gab es noch keine wirklichen

Bestrebungen die Emanzipation der Frauen* von dem sogenannten Hauptwiderspruch, also der kapitalistischen Ausbeutung des Arbeiters, zu trennen. Die Versuche und das Bestreben nach feministischer Theoriebildung wurden von der kommunistischen Bewegung aufgeschoben, indem sie auf das Einlösen nach der proletarischen Revolution verwies. Festzustellen ist dabei, dass das Patriarchat als Herrschaftsform verstanden, aber die Bekämpfung dessen, dem Klassenkampf untergeordnet wurde. Sozialistische Feministinnen wie Helke Sander im Sozialistischen Deutschen Stundenbund SDS in der BRD oder innerhalb der autonomen Frauen*bewegung in Italien äußerten Kritik an marxistischen Theorien und problematisierten, dass die Frage der Unterdrückung von Frauen* oft als ideologisches Problem dargestellt wurde. Demnach scheint die Frauenunterdrückung ein Überbleibsel kapitalistischer Gesellschaft zu sein und äußert sich vor allem in der Familie. Das Patriarchat erschien so nur als falsches Bewusstsein ohne ihm entsprechende gesellschaftliche und materielle Strukturen. Da zeitgleich der Klassenkampf fälschlicherweise nur als eine Erscheinung der Produktionssphäre gedeutet wurde, erschien das Geschlechterverhältnis so nur als »Nebenwiderspruch«. Das hatte zur Folge, dass die ökonomische oder auch materielle Seite des Geschlechterverhältnisses in linken Theorien nicht systematisch mitgedacht wurde.

Dass das nicht so bleiben soll, dachten sich aktuelle feministische Theoretiker*innen wie z.B. Silvia Federici, Frigga Haug, Tove Soiland und viele mehr, und haben ihren Feminismus mit einer materialistischen Analyse verbunden. Dabei wird von einem patriarchalen Verhältnis ausgegangen, um die

geschlechtsspezifischen Herrschafts- sowie Dominanzverhältnisse analysieren zu können. Demnach basiert das Patriarchat auf geschlechtlicher Teilung der Reproduktion und Produktion. Diese Teilung wurde gesellschaftlich hergestellt. Zu der Trennung Reproduktion und Produktion sind jeweils stereotypische Geschlechtscharaktere zugeordnet, die jeweils als Frau* oder Mann* sortiert werden. Die Geschlechtscharaktere verlangen bestimmte Eigenschaften und verweisen auf eine bestimmte Sphärentrennung hin, wie z.B. Frauen seien emotional, passiv und irrational, während Männer aktiv, stark und rational wären. Somit sind Frauen* nach dieser Logik wie gemacht für Reproduktionsarbeiten. Zudem beinhaltet diese Festlegung der Geschlechtscharaktere für Frauen* die Aufgabe für den Staat Kinder zu gebären. Die Debatten um Bevölkerungspolitiken verdeutlichen, dass Frauen* fast ausschließlich Mütter seien, und somit ihren Beitrag zum Erhalt dieser Gesellschaft leisten sollen.

Die Trennung von Reproduktions- und Produktionsarbeit hat zwar in den vergangenen Jahren eine gesellschaftliche Veränderung erfahren. Trotzdem sind es immer noch Frauen*, die maßgeblich für Haus- und Erziehungsarbeiten zuständig, als auch in entlohnter Reproduktionsarbeit präsent sind. Letzteres jedoch in deutlichen geringeren Lohnverhältnissen. Die in der BRD seit den 1970ern erkämpfte Integration von Frauen* in den Arbeitsmarkt stellt zwar die Vorstellung eines männlichen »Ernährers« in Frage, faktisch sind Frauen* den Männern* aber immer noch strukturell ökonomisch unterstellt und so im realen Familien- und Ehemodell von ihnen abhängig. Historisch betrachtet unterlag die konkrete Ausgestaltung der Kapitalakkumulation und der mit ihr zusam-

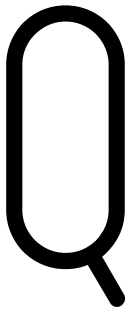


menhängenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung immer Veränderungen. In der Zeit des Fordismus wurden Frauen* (konkret gemeint sind hier alle, die sich mit Männern in einem eheähnlichen Verhältnis befanden) indirekt vom männlichen Ernährerlohn mitfinanziert. Zumindest galt dies für in bürgerlichen Kleinfamilien und heterosexuellen Zweierbeziehungen lebende Frauen. Frauen* leisteten gleichzeitig schon immer vor allem prekäre Lohnarbeiten. Dieses Abhängigkeitsverhältnis gestaltete und gestaltet sich nicht nur als rein ökonomisches, sondern auch als ein ideologisch-verinnerlichtes. Es lud die Verantwortung für das Funktionieren dieser Beziehungen auf den Schultern der Frauen* ab und belastet(e) sie doppelt. Die folgenden Veränderungen hingegen bedeuten, dass im Globalen Westen immer mehr Frauen* Lohnarbeiten gehen müssen. Dies bringt (zwar) eine finanzielle Unabhängigkeit (im Gegensatz zum Ein-Familien-Ernährer-Modell) mit sich, aber gleichzeitig ist mit dem stattfindenden Rückbau des Sozialstaates den Frauen* erneut die privatisierte Haus- und

Reproduktionsarbeit und damit die immer schon bestehende Doppelbelastung aufgeladen. Nach wie vor ist die heterosexuelle Familie und Ehe für den Staat ein wichtiges Unterfangen. Denn durch die rechtliche Verankerung sowie Förderung, werden Menschen verpflichtet für einander da zu sein. Da das Privateigentum in einer kapitalistischen Gesellschaft ein wichtiges Mittel zur Durchsetzung eigener Interessen ist, verbleiben immer die im Vorteil, die auch ökonomisch im Vorteil sind. Diese zunächst materielle Abhängigkeit ist jedoch auf mehreren Ebenen wirkungsmächtig. Dort wo Frauen* Männern* materiell unterstellt sind, verbleibt ihr Handlungsspielraum im Beziehungs- und Familienleben auch immer eingeschränkt. Daher ist davon auszugehen, dass ein notwendiges wechselseitiges Verhältnis zwischen Patriarchat und Kapitalismus besteht. Unseres Erachtens nach hat sich aus der Verbindung zwischen Patriarchat und Kapitalismus die Ideologie des Heterosexismus entwickelt. Heterosexismus ist ein Denken, in dem nur zwei mit gegensätzlichen Eigenschaften

ausgestattete Geschlechter, nämlich der Mann und die Frau, existieren und deren sexuelles Begehren sich aufeinander bezieht. Sexualität wird anhand dieser heterosexistischen Denkweise bewertet, was für Menschen, die sich nicht innerhalb der herrschenden Vorstellungen von heterosexistischer Zweigeschlechtlichkeit verorten können oder wollen, immer ein »Anders-sein« mit sich bringt.

Eine materialistisch feministische Gesellschaftskritik sollte objektiv aufzeigen, dass diese Verhältnisse schädlich für alle sind, und dass eine Gesellschaft anzustreben ist, in der Bedürfnisse der Ausgangspunkt der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion sind. Denn dies sind Bedingungen für ein gutes Leben für Alle.



A Quick Introduction to Reproduction

Camille Barbagallo
Plan C, London

Was haben Geschirr spülen, Sex haben, einem kleinen Kind eine Gutenachtgeschichte vorlesen und sich an Mutters Geburtstag erinnern und ihr rechtzeitig die Grußkarte zusenden miteinander zu tun? Es sind alles Aktivitäten, Anstrengungen und Arbeit, welche wir als reproduktiv verstehen können. Die Redaktion des mole freut sich sehr über diesen Gastbeitrag von plan C aus England. Der Text basiert auf der Transkription des Kurzfilmes »WTF is social reproduction«.

Unter Reproduktion verstehe ich die Arbeit, welche notwendig ist, um Menschen zu »erschaffen« und immer wieder neu zu »erschaffen«. Im Allgemeinen wird Reproduktion mit dem Gebären von Kindern gleichgesetzt, also mit der biologischen Reproduktion. Kinder bekommen und die ganze Arbeit und Anstrengung, die damit zusammenhängen, sind sicherlich ein Teil von Reproduktion, wenn wir hier jedoch von Reproduktion und im Besonderen von reproduktiver Arbeit sprechen, meinen wir damit sehr viel mehr. Reproduktive Arbeit ist all jene Arbeit zum Schaffen und immer wieder »Neuerschaffen« von Menschen – sowohl in der Sphäre des Alltags als auch in der intergenerationalen Sphäre. Und wie die meiste Arbeit im Kapitalismus beinhaltet auch sie Konflikte, Kämpfe, Gewalt, Ausbeutung und Enteignung. Einer der Hauptgründe dafür, dass Reproduktion so viele Konflikte, Spannungen und Widersprüche beinhaltet, ist, dass wir, wenn wir Menschen produzieren und reproduzieren, dies nie auf neutrale oder abstrakte Weise tun. Die Menschen entstammen keiner einheitlichen Kuchenbackform und weisen unterschiedliche Charakteristika, Eigenschaften und Fähigkeiten auf. Im Kapitalismus produzieren wir Menschen als Arbeitskraft bzw. als potentiell

le Arbeitskraft. Und wir reproduzieren die Arbeitskraft der Menschen als Klassensubjekte, welche dazu diszipliniert, erzogen, ausgebildet und geformt zum werden, damit sie sprichwörtlich »ihren Platz kennen lernen«. Sei es nun als Herrschende*r, als Manager*in, oder als Arbeiter*in, die wie ein Hund für jemand anderen schuftet. Wir können sagen, dass es reproduktive Tätigkeiten sind, die uns mittels unseres Klassenverhältnisses, unserer Bildung und unserer Weiterbildungschancen zwischen dem Arbeitsamt, den Fabriken, den Büros oder sonstigen Berufskarrieren verteilt.

Wenn wir Geschlecht, Rasse und Sexualität als sozial konstruiert betrachten, und nicht als inhärente biologische Charakteristika, dann sind es eher jene reproduktiven Tätigkeiten, welche uns beibringen, uns sozialisieren, und dazu erziehen Männer oder Frauen, schwarz oder weiß, hetero oder queer zu sein. Wir erlernen diese Verhältnisse: Wir werden diese Subjekte durch den Prozess und die Praktiken der Reproduktion. Anders gesagt: Wir werden die Menschen, die wir meinen zu sein und die andere in uns sehen dadurch, dass wir Geschirr spülen, Sex haben oder nicht haben, in die Schule gehen, nicht an die Universität gehen, sich um andere zu kümmern und Fürsorge zu erhalten. Aus dieser Perspektive beinhaltet Reproduktion eine ganze Menge beschissener Beziehungen und Prozesse, die zentral für die Reproduktion kapitalistischer Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse sind. Somit ist die Reproduktion Teil des Problems. Sie beinhaltet alltägliche und generationenübergreifende Gewalt, Konflikte und Kämpfe – weit entfernt von den oft romantischen Vorstellungen von gemeinschaftliche Gartenprojekten oder kollektiver Kinderfürsorge.

Dass die Reproduktion Teil des Problems ist, wird vor allem dann ersichtlich, wenn wir uns ihre Geschichte anschauen, und vor allem beachten, wem bisher der überwiegende Teil der Arbeiten wie dem Kochen, dem Putzen und der Fürsorge zugewiesen wurde. Schon immer wurden reproduktive Tätigkeiten strukturell abgewertet. Wir sollten daher die wichtigsten Charakteristika reproduktiver Arbeit genauer beleuchten: Reproduktionsarbeit wird nicht als »richtige« Arbeit angesehen. Vielen Marxisten zufolge deswegen nicht, weil sie keinen Mehrwert erzeugt. Oft ist sie auch unbezahlt und wenn sie entlohnt wird, dann nur sehr schlecht. Reproduktionsarbeit ist dahingehend naturalisiert, dass sie unhinterfragt jenen zugeschoben wird, die aus ihrem angeblichen Naturell heraus die Fähigkeiten besitzen, fürsorglich, geduldig, selbstlos und liebevoll zu sein. Wenig beachtet bleibt, wie diese Personen zu diesen Fähigkeiten gelangen und andere nicht. Reproduktionsarbeit wurde unsichtbar gemacht, von Liebe und Pflicht umhüllt, hinter den verschlossenen Türen des Hauses und vollkommen außer Sichtweite versteckt. Reproduktionsarbeit wird nur dann wirklich sichtbar, wenn sie nicht gemacht wird, denken wir nur mal an das Geschirr. Wenn jemand – und tatsächlich ist es immer ein Körper der dies tut – das Geschirr spült, es abtrocknet und wegräumt, geschieht die Arbeit dieser Person oft unbemerkt. Wenn hingegen das Geschirr ungespült bleibt, es sich in der Spüle stapelt, stinkt und dreckig ist, wird die Abwesenheit von Reproduktionsarbeit plötzlich sichtbar. Dasselbe trifft auf die Kindererziehung zu: Läuft alles nach Plan, bleibt der immense Arbeitsaufwand, der in das Großziehen und die Disziplinierung des Kindes

gesteckt wird, unbemerkt; bis zu dem Punkt, an dem diese Arbeit nicht erfüllt wird, und das Kind entweder vernachlässigt ist oder – neoliberal gesprochen – »schlechte Entscheidungen« trifft. Halten wir also fest, dass Reproduktionsarbeit sowohl abgewertet, unsichtbar gemacht als auch feminisiert wurde. Über die gesamte Geschichte der Reproduktion hinweg waren Frauen die reproduktiven Arbeiterinnen des Kapitalismus.

So wie diese Arbeit schon immer geschlechtsspezifisch war, war sie auch immer rassen- und klassenspezifisch. Reiche Frauen haben selten ihr eigenes Geschirr gespült, ihre eigenen Kinder erzogen oder ihre eigenen Ehemänner gefickt. Meistens waren es Arbeiterinnen und Women of colour, welche diese Arbeit übernommen haben und sie immer noch leisten. Das führt uns zu einem weiteren zentralen Element der Reproduktion. Ich habe bisher nur in groben Strichen angedeutet, was für eine überwältigende Masse an unbezahlter reproduktiver Arbeit erledigt werden muss, damit die Welt satt, sauber, gesund, erzogen und arbeitsbereit bleibt. Nocheinmal zurück zur Liste von am Anfang:

Geschirr spülen
Sex haben
nach den Kindern schauen
und die Geburtstagskarte abschicken
Alle diese Tätigkeiten, all diese Arbeiten werden zwar oft unbezahlt verrichtet, sie existieren aber auch als reproduktive Arbeit in entlohnter Form. Denn eigentlich werden in unserer postindustriellen neoliberalen Wirtschaft heute nicht mehr hauptsächlich Dinge produziert; was die gesamte britische Wirtschaft vor allem produziert sind Menschen. Und Finanzen. Wir produzieren und reproduzieren Menschen durch eine verwirrende Reihe von Dienstleistungen, die man sich mit dem nötigen Kleingeld in der Tasche auch kaufen kann. Durch den Zerfall des männlichen Familieneinkommens – welches früher die Kernfamilie reproduzieren oder zumindest meistens reproduzieren konnte – braucht man heute mindestens zwei Einkommen, um die Dienstleistungen zu bezahlen, für die man selbst keine Zeit, oder noch wichtiger, auf die man keine Lust mehr hat. Das reicht von den kommerzialisierten sozialen Dienstleistern, die vor und nach der Schule auf die Kinder aufpassen, über Kinderkrippen, die Kleinkinder schon ab dem Alter von drei Monaten aufnehmen, den immer

weiterverbreiteten Senior*innenbetreuungsindustrie, bis hin zum Heilen der Kranken sowie der die Fürsorge für Behinderte. Dazu gehören außerdem professionelle Reinigungskräfte. Tatsächlich fällt es in Städten wie London schwer, sich eine menschliche Tätigkeit vorzustellen, die nicht warenförmig ist. Wirklich. Es gibt wortwörtlich ein Heer von bezahlten Reproduktionsarbeiter*innen, die dazu bereit sind den Hund Gassi zu führen einen erotischen Tanz für Dich und deine Arbeitskollegen aufzuführen dir helfen deinen Arsch wieder auf Vordermann zu bringen deine Augenbrauen zu wachsen Dir beim Gebären deines Kind zu helfen sich deine Probleme anhören und Dir Methoden zeigen, wie Du mit Stress umgehen kannst und Dir wahnsinnig teuren Kaffee verkaufen, den sie Dir mit einem Lächeln servieren, falls Du auf sowas stehst.

Lasst uns nochmal zusammenfassen: Reproduktionsarbeit umfasst alle Arbeiten und Tätigkeiten, welche notwendig sind, um den Menschen zu »schaffen« und immer wieder neu zu »schaffen«. Also das »Schaffen« von neuen Menschen, Babys, aber auch all jene Arbeit,





die Menschen, die bereits am Leben sind, ernährt und fit für die Arbeit hält. Dabei sollte man im Hinterkopf behalten, dass das, was als notwendig für die Reproduktion betrachtet wird, ein soziales und historisches Konstrukt ist. Reproduktive Arbeit hat eine lange Geschichte, eine Geschichte, die genauso wichtig und profitabel für den Kapitalismus war, wie die Entwicklung des Fabriksystems und der Warenproduktion. Es ist die Arbeit, die häufig unbezahlt geleistet wird, aber ebenso auch unterbezahlt, prekär und gesellschaftlich wenig geachtet. Dass diese Arbeit ihren niedrigen Status so hartnäckig behält, liegt vor allem an einem zentralen Charakteristikum: Es ist weibliche Arbeit. Arbeit von Frauen. Aber das ist nur die eine Seite. Da Reproduktion eben die Arbeit ist, welche Arbeitskraft produziert und reproduziert, ist sie fundamental wichtig für jene Prozesse, die den Kapitalismus auf globaler Ebene am Laufen halten.

Dennoch hat Reproduktionsarbeit aus der Sicht von Wissenschaftlerinnen wie Silvia Federici und Mariarosa Dalla Costa einen Doppelcharakter. Auf der einen Seite produziert und reproduziert sie uns als Lohnarbeiter*innen und erhält damit das kapitalistische System aufrecht, gleichzeitig wird dabei auch menschliches Leben reproduziert autonome Subjekte hervorgebracht. Subjekte, die zumindest theoretisch dazu fähig sind, sich zu widersetzen, zu kämpfen und etwas zu verändern – die vielleicht sogar dazu in der Lage sind, einen radikalen, revolutionären Wandel voranzutreiben. Auch wenn wir Arbeitskräfte sind, kann man uns nicht allein darauf reduzieren. Um es deutlich zu sagen: Ohne Reproduktionsarbeit wird der Kapitalismus auch nicht überwunden. Damit befinden wir uns in einem komplexen Widerspruch, da die gleichen Tätigkeiten, welche notwendig sind, um den Kapitalismus zu reproduzieren, auch genutzt werden können, ihn zu überwinden. Wenn wir die Reproduktion in den Fokus unserer Analyse und unserer Kämpfe stellen, finden wir zahlreiche Arbeiten, die zwar sehr wichtig für die Aufrechterhaltung des Kapitalismus sind, gleichzeitig besitzen dieselben Arbeitsprozesse aber nicht nur das Potenzial menschliches Leben zu erhalten, sondern auch das Potenzial eines revolutionären Wandels. Dass wir die Reproduktion in den Fokus unserer Analyse rücken, bedeutet nicht, dass uns die Produktion als unwichtiger

erscheint. Vielmehr geht es darum zu sehen, wie beide Felder interagieren, im Konflikt zueinander stehen und sie sich gegenseitig aufrechterhalten (reproduzieren). Es gibt eine überwältigende Menge sogenannter produktiver Arbeit in der Welt, die verweigert – oder sogar abgeschafft werden kann und muss. »Ein Glück, das wir die los sind!« könnten wir dann sagen. Ebenso gibt es viele Reproduktionstätigkeiten, welche anders organisiert und radikal transformiert werden müssen, und manche sollten sogar komplett abgelehnt werden. Als einen ersten Schritt sollte Reproduktionsarbeit ihre Warenförmigkeit verlieren, ohne dabei wieder in Bereich der naturalisierten häuslichen Arbeit zurückgeschoben zu werden (also in den Bereich der Frauen, denen angeblich von Natur aus nahe liegt, solche Arbeiten zu verrichten). Das stellt ein Problem dar, denn die Reproduktionsarbeit kann nicht einfach abgeschafft werden, außerdem können und wollen wir sie nicht vollständig automatisieren und Robotern und Maschinen überlassen. Wenn Leute den vollautomatischen Kommunismus fordern, frage mich oft, wer dann die Reproduktionsarbeit leisten würde und wo sie stattfinden soll. Indem technische Lösungen für die Frage der Reproduktionsarbeit vorgeschlagen werden, wird die Abwertung der Reproduktionsarbeit fortgesetzt, weil so die Minimierung der Reproduktionsarbeit angestrebt wird. So wird das Bild verstärkt, dass es sich angeblich um Drecksarbeit handelt, die niemand machen möchte. Stattdessen sollte die Aufgabe sein, die Reproduktionsarbeit zu reorganisieren, ihr einen neuen Wert zu geben und sie außerdem ins Zentrum unseres Lebens und unseres Kampfes zu stellen. Dazu gehört sowohl, herauszufinden, was alles an der momentan existierenden Reproduktion schief läuft, als auch die Aneignung und Einforderung der Arbeit, die notwendig ist. Schwarzen Feministinnen wie Belle Hooks und Patricia Hills Collins zufolge lässt sich Reproduktion als Teil einem »radical homeplace« begreifen. Ein Ort, der notwendig ist, um zu Wachsen, Wertschätzung und Unterstützung zu erfahren – ein Ort, an den wir uns zurückziehen und Kraft sammeln können und uns von der grausamen Realität kapitalistischer Arbeit erholen können. An dem wir Pläne schmieden, lernen und den Mut finden uns zu widersetzen. Hier können wir unseren Kindern nicht

nur beibringen, den Kapitalismus zu überleben, sondern auch gegen dessen Disziplin, Rhythmus und seine Institutionen zu revoltieren. Von Feministinnen of colour können wir lernen, dass das Zuhause ein umstrittener Ort ist. Während viele von uns versuchen, die Familie zu zerstören, das Heim zu verlassen um auf eigenen Füßen zu stehen, haben andere dafür gekämpft, ihre Familie zusammen zu halten und sind bereits seit mehreren Generationen einer Lohnarbeit nachgegangen. Wenn es dein Begehren ist, den Kapitalismus zu überwinden – meines ist es ganz sicher – und wir das so schnell wie möglich erreichen möchten, brauchen wir eine Exitstrategie, die so viel Aufmerksamkeit wie nur möglich auf historisch gewachsene Hierarchien legt, die Löhne und das Geschlecht bestimmen, sowie auf Herrschafts- und Ausbeutungssysteme, die Stadt und Land, Kolonialismus und Sklaverei, erste und sogenannte dritte Welt und darüberhinaus die ökologische Welt als Quelle von Ausbeutung und Plünderung (die man als irgendwie nicht mit dem menschlichen Leben verbindet), produziert. Darauf die Aufmerksamkeit zu richten ist wichtig, um Reproduktion wieder ins Zentrum zu rücken. »there be gold in them hills« – Der Reichtum der Gesellschaft ist keine Ansammlung von Waren, es scheint nur so. Tatsächlich sind es die Menschen, ihr Handeln und Interagieren mit der Umwelt, das den Reichtum der Welt produziert. Aus dieser Perspektive lässt sich schließen, dass wir uns die Reproduktion aneignen müssen und die Kämpfe, Konflikte und die Spannungen der Reproduktion zum maßgeblichen Inhalt unserer Exit-Strategie aus dem Kapitalismus machen.

R

ReLOVEution

Wir haben mal zusammen gekämpft

Svea Talsma & Alex Lehner
antifa_nt, München

Dieser Text ist ein Debattenbeitrag zu Beziehungskonzepten in der Radikalen Linken. Dabei postulieren wir weder ein ineinander geschlossenes Theoriekonzept, noch negieren wir die berechnete Kritik an klassischen Zweierbeziehungskonzepten und ihren Auswirkungen. Was wir versuchen anzuregen, ist eine inhaltliche Auseinandersetzung und Debatte dazu Polyamorie und Zweierbeziehungen nicht als einander ausschließend, sondern als Kontinuum zu betrachten. Dazu gehört es auch über Beziehungsmodelle nachzudenken, die sich zwischen diesen beiden Polen befinden und allgemein über soziale Beziehungen, also auch über das unmittelbare politische Umfeld. Außerdem kritisieren wir, dass klassische Zweierbeziehungen oft zum Auffangbecken für politische Frustrationserfahrungen werden, die eigentlich in der Politgruppe Thema sein sollten.

Holly: I mean, you know why she's marrying him, don't you?
Robbie: The money thing? Security? A nice house? I guess that's important to some people.
Holly: No, it's not important to some people, Robbie. It's important to ALL people.
Robbie: Really? Well, then I guess I'm in big trouble.
The Wedding Singer (1998)

Die Diskussion um Beziehungskonzepte in der radikalen Linken folgt oft einem zentralen Konflikt zwischen einem der Leitsätze der Autonomen: »Das Private ist politisch«, sowie der Forderung nach Selbstbestimmung, einschließlich der Selbstdefinition des eigenen Lebensstils. Ersteres schließt ein Hinterfragen des eigenen Beziehungsverhaltens und eigener Beziehungsstruktur mit ein. Daraus leitet sich die Frage ab, was die gewählte Form der Beziehung repräsentiert, wo

Ausschlüsse entstehen und nicht zuletzt wo ein Rückzug in die Privatsphäre als Argument für Entpolitisierung stattfindet. Ein Konflikt entsteht dann, wenn Linke sich gegenseitig vorschreiben, wie das »gute Leben« jetzt auszusehen hat und der Wille zu einem bestimmten Lebensstil nicht akzeptiert wird.

Im schlimmsten Fall wird dann zwar das Bild und die Vorstellungen einer bürgerlich-romantischen Liebe negiert, allerdings nur um es anschließend unter dem Label »Polyamorie« in einen kollektivistischen Rahmen zu pressen und als linksradikales Idealbild zu präsentieren. Wir finden Polyamorie wichtig und richtig; den elitären Habitus, der damit oft verbunden ist, jedoch nicht. Emanzipation kann nicht bedeuten, dass ein Beziehungskonzept als allgemeingültig angesehen wird, da individuell verschiedene Bedürfnisse und Erwartungen an eine Beziehung auch unterschiedliche Beziehungsformen hervorbringen.

Und genau dies ist häufig das Problem mit gelebter Polyamorie und ähnlicher alternativer Lebenskonzepte und deren Abgrenzung zu Zweierbeziehungen. Letztendlich schaffen es diese Konzepte auch in linksradikalen Kontexten nicht, die heteronormative Zweierbeziehung abzulösen oder zumindest als gleichermaßen lebenswert aufgenommen zu werden. Deswegen muss die Frage gestellt werden, wieso innerhalb der Linken, wo die Kritik an der monogamen heterosexuellen Liebesbeziehung oft formuliert und auch angenommen wurde, dieses Beziehungskonzept noch so vorherrschend ist.

Ein großer Teil der Menschen landet in Zweierbeziehungen, da dieses Beziehungsmodell gesellschaftlich tief verwurzelt ist. Der aus der Gesellschaft übernommene Normenkatalog definiert

dabei die Grundzüge einer Beziehung. Dabei treten häufig individuelle Befindlichkeiten hinter den gesellschaftlichen Vorstellungen zurück. Somit ist eine gewisse Reflektion bezüglich der eigenen Lebensgestaltung und Beziehungspraxis notwendig, sofern wir einem Anspruch der Emanzipation gerecht werden möchten. Denn ansonsten gerät eine Zweierbeziehung schnell zu dem, was sie in der Gesellschaft darstellt: Der kleinsten, reproduktionsfähigen Einheit in der kapitalistischen Verwertungslogik. Als Ablösung der Großfamilie kann sie in diesem Fall durchaus als reaktionär bezeichnet werden. Nicht zuletzt fangen in diesem Falle die Ausschlusskriterien an zu greifen, für welche die Zweierbeziehung kritisiert wird. Eine Zweierbeziehung verhindert es aber glücklicherweise nicht per se emanzipatorische und fortschrittliche Politik zu betreiben. Auch eine kollektivistische Lebensgestaltung ist, mit gewissen Einschnitten, mit dieser Beziehungsform durchaus vereinbar. Voraussetzung ist erwähnte Selbstreflektion. Nur dadurch wird ein Umgang mit dem Umfeld sowie der*dem Partner*in dem linksradikalen Anspruch so gerecht, wie es halt in der Praxis möglich ist (unabhängig von der Partnerschaft). Wichtig ist hierbei die Feststellung, dass wir die Zweierbeziehung nicht als Gegensatz zu Konzepten wie Polyamorie sehen, sondern vielmehr als das eine Ende einer kontinuierlichen Form von Beziehungsansätzen, an deren anderem Ende Konzepte von Beziehungen unter mehreren Menschen stehen.

Weiterhin stellen wir fest, dass die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, denen auch wir unterworfen sind, alles andere als ideal sind. Von ökonomischen Zwängen, wie dem Finden einer passenden Wohnung, über sich völlig unterscheidende Lebensrealitäten

aufgrund von Lohnarbeit, Schule oder Studium, schränkt Vieles die Möglichkeiten ein, mit Beziehungskonzepten in der realen Welt zu experimentieren. Auch die emotionale Komponente in Beziehungen mit mehr als zwei Menschen ist wesentlich komplexer und kann an Lebensrealitäten zerschellen.

Wir sind uns der Problematik, die Zweierbeziehungen in linken Zusammenhängen mit sich bringen bewusst: Die Möglichkeit des Rückzugs ins Private ist bei Zweierbeziehungen ungemein höher als bei anderen Konzepten. Dabei wird der andere Teil der Beziehung zum einzigen erfahrbaren Gegenüber, mit dem Emotionen und Gedanken oder auch körperliche Nähe geteilt werden können. Gleichzeitig ist dies in unserer leistungsorientierten Welt oft der einzige Mensch, von dem eine Entlastung aufgrund von Arbeitsteilung zu erwarten ist, wodurch bekannte Rollenbilder reproduziert werden. Dies sehen wir jedoch auch dem Umfeld geschuldet. Eine linksradikale Bewegung muss es schaffen einen Rahmen sowie Räume für Austausch und das Erfahren von gegenseitiger Solidarität zu bieten.

Genau an diesem Punkt möchten wir mit unserer Kritik ansetzen. Sie richtet sich nicht an bestimmte Beziehungskonzepte, sondern sie richtet sich an politische Zusammenhänge, die immer gleichzeitig auch soziale Zusammenhänge sind. Für viele sind ihre politischen Gruppen, Kollektive, Autonomen Zentren usw. genau die Orte, die sie nahezu täglich aufsuchen. Oft bilden solche Zusammenhänge den primären Freundeskreis oder werden selbst zu einer Art Familie. Deshalb sollte eine sich als linksradikal verstehende Bewegung auch das auffangen können, was ein Freundes- oder familiärer Kreis auffängt.

Wir finden es problematisch, wenn politische Zusammenhänge nicht als Orte für Auszeiten und Thematisierung von Ohnmacht, Kraftlosigkeit oder Unsicherheiten wahrgenommen werden können. Themen werden plötzlich nur noch in der Liebesbeziehung sagbar, was dann zum Problem wird, wenn diese Dinge eigentlich in linke Strukturen gehören. Liebesbeziehungen sollten nicht notwendigerweise als Rückzugsort gesehen werden müssen, auch nicht als Ausgleich. Denn das bedeutet, dass linksradikale Praxis prinzipiell frustrierend und ein schlechter, aber notwendiger Lebensinhalt

ist, ähnlich wie Lohnarbeit.

Wenn Menschen Repression erfahren oder traumatische Erfahrungen durch ihre politische Arbeit machen, dann sollten Linke sich damit nicht alleine lassen, sondern Strategien entwickeln, um Sorgen, Ängste und Bedürfnisse kollektiv zu verarbeiten. Wenn sich Kollektive nicht mit den Emotionen auseinandersetzen, die durch politische Arbeit entstehen, werden diese Emotionen oft in Zweierbeziehungen ausgelagert. Dadurch werden Ausschlussmechanismen erzeugt: Denn was machen die Leute mit ihren Emotionen, die nicht in einer Beziehung sind oder ähnliche Formen von Bezugspersonen haben, an die sie damit herantreten können? Wichtig ist also bei politischer Arbeit auch gegen emotionale Vereinzelung zu arbeiten, die entweder durch Auslagerung passiert oder dadurch, dass überhaupt kein Austauschrahmen entsteht. Es sollte immer Möglichkeiten geben, Erfahrungen mit politischer Arbeit auch in den Rahmen zu diskutieren, in und mit denen diese Erfahrungen gemacht werden, weil dies ein wesentlicher Bestandteil der Vereinzelung ist, die sonst stattfindet, wenn auch zu zweit als vereinzelnde Beziehung.

All dies sollte an sich kein Grund sein, das Experimentieren mit Beziehungskonzepten bleiben zu lassen und das »gute Leben« unter Umständen nicht zu entdecken. Letztendlich muss jedoch jede*r Einzelne für sich selber definieren, was dies ist. Und wenn dies nun eine Zweierbeziehung ist, so ist das Einzige worauf wir hoffen können die Fähigkeit, die eigene Beziehung zu reflektieren. In jedem Fall ist es gut, öfter mal über den Tellerrand zu schauen und erlernte und eingeschliffene Muster zu hinterfragen.



Socialism without feminism is no socialism worth fighting for

Interview mit Laurie Penny

Laurie Penny

Interview: Mia Kirsch

Übersetzung: the future is unwritten

Die britische Feministin Laurie Penny ist auch in Deutschland bekannt, unter anderem mit ihren beiden Büchern »Fleischmarkt« und »Unsagbare Dinge. Sex Lügen und Revolution« machte sie auf sich aufmerksam. Für mole beantwortete sie ein paar Fragen zu Feminismus in der radikalen Linken.

Mia Kirsch: Laurie Penny, du begreifst dich selbst nicht nur als Feministin, sondern auch als radikale Antikapitalistin. Lassen sich feministische Forderungen letztlich nur im Rahmen eines linksradikalen Projekts verwirklichen oder denkst du, dass es einen Weg geben kann, der innerhalb des Kapitalismus verbleibt?

Laurie Penny: Ein Sozialismus, in dem feministische Ideale nicht verwirklicht sind, erscheint mir nicht erstrebenswert. Und eine feministische Bewegung, die den Kapitalismus nicht überwinden möchte, wird nicht besonders weit kommen. Der sogenannte Mainstream-Feminismus hat bereits einen Teil seiner Forderungen verwirklichen können, aber eben nur für eine Minderheit der Frauen*, da er keine größeren ökonomischen Veränderungen angestrebt hat. Genau deswegen ist ein linksradikaler Ansatz grundlegend für eine wirklich feministische Perspektive. Das Recht auf gleiche Bezahlung innerhalb des Arbeitsmarktes scheint bspw. so gut wie verwirklicht – aber was ist damit wirklich erreicht, wenn von Frauen* weiterhin erwartet wird, dass sie Care- und Hausarbeit unbezahlt verrichten? Die sogenannte »work-life-balance« für Frauen*, über die häufig gesprochen wird, bedeutet doch letztlich nicht anderes als: wie bekom-

men wir es hin, dass Frauen* Erwerbsarbeit und unbezahlte Hausarbeit unter einen Hut bekommen? Und das wird dann als Befreiung verkauft. Eine begrenzte feministische Analyse ohne Kritik am Kapitalismus lässt sich sicher formulieren, aber scheint mir uninteressant und nicht wirklich brauchbar. Und ein Sozialismus ohne Feminismus, ist keiner für den es sich zu kämpfen lohnt.

M: In deinem Buch Unsagbare Dinge. Sex Lügen und Revolution beschreibst du deine Erfahrung mit der Occupy-Bewegung. Wir im ...ums Ganze!-Bündnis haben Schwierigkeiten damit, feministische Arbeit in traditionell linke Politik zu integrieren. Denkst du, wir sollten eine eigenständige feministische Praxis, einen feministischen Kampf, anstreben oder sollten wir eher versuchen eine feministische Wendung innerhalb der bestehenden Kämpfe anzustoßen? Wie denkst du, sollte eine radikale Linke den feministischen Kampf in ihrer politischen Arbeit unterbringen?

L: In meiner eigenen Arbeit habe ich immer versucht Feminismus mit linksradikaler Politik zu verbinden. Ich denke einfach nicht, dass es sinnvoll ist, sie zu trennen. Wie soll man bspw. eine ernstzunehmende sozialistische Analyse der Verhältnisse haben, während Reproduktionsarbeit nicht thematisiert wird und somit nicht die zentrale Bedeutung der unbezahlten Arbeit von Frauen* für das Kapital? Es ist nicht nur sexistisch solche Aspekte auszuklammern, es ist schlichtweg verkürzt. Unter Linken gibt es immer noch deutlich zu viele, die ihre politische Organisation auf der Idee des männlichen (in der Regel weißen) Arbeiters als Subjekt der Emanzipation aufbauen, obwohl Frauen* immer gearbeitet und sich organisiert haben. Unser Kampf

für Selbstbestimmung, für das Recht auf die eigene Kontrolle über unsere Körper und Leben, ist im modernen Feminismus ein zentraler Bestandteil der Analyse von Arbeit im Kapitalismus. Wir brauchen definitiv auch Bereiche in denen sich Frauen* unabhängig von Menschen mit männlichen Privilegien organisieren können. Aber zur selben Zeit müssen wir eine grundlegend feministische Perspektive und Analyse in all unseren Kämpfen etablieren.

M: Es ist kein großes Geheimnis, dass wir auch in linksradikalen Bereichen immer wieder Sexismus begegnen. In deinem Buch beschreibst du einen bestimmten Typ junger Frauen*, die »fucked-up girls«, die unter anderem große Probleme mit ihren eigenen Körpern haben. Denkst du, dass sich die Schönheitsideale in der Linken von denen im Rest der Gesellschaft unterscheiden? Finden wir hier möglicherweise weniger Frauen*, die Probleme mit dem eigenen Körper haben oder werden diese nur »besser« verborgen?

L: In der radikalen Linken finden wir zweifelsohne ebenso einen problematischen Umgang mit »Schönheit«. Ich habe bereits erlebt wie Frauen* die den verbreiteten Schönheitsidealen nicht ausreichend entsprochen haben marginalisiert wurden und auf der anderen Seite, wie Frauen* die wiederum den Standards entsprachen (deswegen) nicht ernstgenommen wurden. Besonders ältere Frauen* – und in manchen Szenen reicht es dafür schon knapp über 30 zu sein – werden behandelt als seien sie irrelevant oder austauschbar, besonders, wenn sie Kinder haben. Ältere Männer hingegen sieht man als »erfahren« und »weise« an. Wenn überhaupt kann man vielleicht sagen, dass es in linken Subkulturen einen besonders problema-



tischen Umgang mit dem Thema gibt, weil man sich einbildet es gäbe keinen Sexismus, bloß weil alle tätowiert sind, sich die Haare färben oder ähnliches.

M: Bei uns im ...ums Ganze!-Bündnis haben wir maximal eine Beteiligung von 25% an Frauen* oder Menschen, die sich als nicht-männlich begreifen. Was denkst du sind die Ursachen für die Dominanz an Männlichkeit in linken Zusammenhängen und wie sollte dem Problem begegnet werden?

L: Ehrlich gesagt gehe ich selbst zu einem Großteil traditionell linker Events nicht mehr hin, weil ich die Atmosphäre dort als feindlich und abweisend wahrnehme. Hinzu kommt die Tatsache, dass wir – zumindest in England – bereits viele Fälle von sexualisierter Gewalt innerhalb der Linken hatten und die Antwort vieler Linker lautet, wir sollten uns deswegen nicht aufspielen und die Revolution nicht behindern. Ich kann es

also gut verstehen, wenn Frauen* oder Queers es vorziehen sich unabhängig zu organisieren. Innerhalb der Linken eine Gemeinschaft zu schaffen, in der wir respektvoll und vernünftig miteinander umgehen ist nicht optional, sondern ein notwendiger Teil unseres Kampfes. Die Erfolge der Queer- und Trans-Communities der letzten Jahre sind ein gutes Beispiel dafür, wie sich so etwas verwirklichen lässt.

Laurie Penny

»Unsagbare Dinge: Sex, Lügen und Revolution« ISBN: 978-3894018177

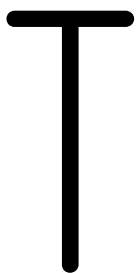
»Babys machen und andere Storys« ISBN: 978-3960540007

»Fleischmarkt: Weibliche Körper im Kapitalismus (Flugschrift)«

ISBN: 978-3894017552, Verlag Nautilus







Täterinnenschaft

Frauen in der Naziszene und im NS

Lucian Behrens
antifa_nt, München

Spätestens seit der Veröffentlichung des Films *Kriegerin* (2011) weiß auch der politische Mainstream, dass nicht alle Nazis männlich sind. Der mediale Diskurs scheint dies jedoch immer noch nicht ganz wahrhaben zu wollen. Lucian Behrens von der Gruppe antifa nt aus München hat sich in seinem Beitrag einmal genauer angesehen, wie über Nazi-Frauen gesprochen wird und was das mit der deutschen Geschichte zu tun hat.

Frauen in der Naziszene werden häufig verharmlost, entpolitisiert und als bloße Mitläuferinnen dargestellt. Statt Täterinnen als Mit-Täterinnen. Das aktuell prominenteste Beispiel dafür ist wohl Beate Zschäpe: seit Beginn des NSU-Prozesses lag der mediale Fokus vor allem auf ihrem Aussehen und ihrer Mode – von ihrer Frisur bis zu ihrem Hosenanzug. »Der Teufel hat sich schick gemacht« titelte die BILD und stand damit stellvertretend für die Art und Weise der medialen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit den Täter*innen des NSU. Zschäpe wurde von Anfang an nicht als Nazi begriffen; nicht als Person, die aufgrund einer rechten Ideologie in zehn Morde, mehrere Banküberfälle und mindestens einen Bombenanschlag zumindest mal verwickelt war.

Während einerseits verharmlost wird, findet andererseits eine Art Dämonisierung statt, bei der Zschäpe als Monster dargestellt wird, als abweichend – vor allem auch vom traditionellen Ideal einer »Frau«. Wenn sich der Lieblingskommentator der BILD, Franz Josef Wagner, im Bezug auf IS-Terroristinnen fragt, wie »das Böse« denn eine Frau sein kann, liefert er die Antwort gleich mit: gar nicht. Denn eine Frau symbolisiert für ihn »das Gute«. Sie sind

Mütter, liebevolle Geschöpfe, die zu keinen Schandtaten in der Lage sind. So war das zumindest früher, wo natürlich alles besser war und die Welt noch in Ordnung. Stereotype von Weiblichkeit werden hier ganz platt reproduziert. Frauen als Gegenkonstrukt zu den harten und kämpferischen Männern sind natürlicherweise sanft, liebevoll und sorgen für das Wohl ihrer Familie und ihrer Männer. Sie sind passiv, nicht einer eigenen Agenda folgend und abhängig von ihren Männern, denen sie vor allem als Sex- und Liebesobjekte zur Verfügung stehen. Das zeigt sich auch in der medialen Aufbereitung der Beziehung Zschäpes zu den beiden Uwes. Gefangen in einer Dreiecksbeziehung zwischen Mundlos und Böhnhardt wäre sie verantwortlich gewesen für deren Wohlergehen und den gemeinsamen Haushalt, jedoch nicht für Morde und Überfälle.

Die Art und Weise, wie Beate Zschäpes Rolle im NSU verhandelt wird, ist stellvertretend für Frauen in der Naziszene allgemein. Obwohl sie hier sogar häufiger vertreten sind, als es vermutlich allgemein angenommen wird (23% Frauen in der NPD, 40% in der HDJ (1)), werden sie eher als Mitläuferinnen betrachtet, als Anhängsel oder Freundin von männlichen Nazis, die keine eigenen politischen Vorstellungen oder Meinungen haben. Sie haben keine eigene politische »Funktion« und treten öffentlich in erster Linie strategisch auf, um für Nazis nach außen hin irgendwie sozialverträglicher oder »attraktiver« zu erscheinen. Außerdem findet eine seltsame Teilung statt, die entweder eine Anpassung an männliche Strukturen voraussetzt oder erfordert, der Person ihr Frausein abzusprechen. Nazi-Frauen werden entweder nur als richtige Nazis angesehen, wenn sie einen entsprechenden männlichen Habitus präsentieren oder sie werden

nicht als Frauen wahrgenommen, ihr Geschlecht ihnen abgesprochen. Sie sind entweder keine »echten Nazis« oder keine »echten Frauen«. Dies führt zu widersprüchlichen Annahmen von Emanzipation und Feminismus. Was im »nationalen Feminismus« als Emanzipation verkauft wird, bedeutet in erster Linie Unterordnung unter das nationale Kollektiv und »Befreiung« von modernen Familienkonzepten, zurück zu »wahrer Weiblichkeit«.

Während Beate Zschäpe vor allem von den Medien nicht als Nazi ernst genommen wird, macht sie sich selbst das Bild des unschuldigen deutschen Mädchens zu eigen und präsentiert sich im Prozess als von den Uwes abhängige, unwissende und unschuldige Person mit schwerer Kindheit. Damit steht sie ganz in deutscher Tradition, die seit 1945 in der mangelnden Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Täter*innen besteht. In dieser waren Frauen (oder sind es immer noch) in erster Linie als »Trümmerfrauen« präsent, die selbstaufopfernd für den Wiederaufbau der Nation schufteten, was in dieser Form hauptsächlich Propaganda war, um den Mythos der unschuldigen deutschen Frau aufrechtzuerhalten. Als Täterinnen im Nationalsozialismus wirkten sie jedoch in verschiedenen Bereichen. In den Konzentrationslagern waren Frauen an der Umsetzung der faschistischen Vernichtungspolitik aktiv beteiligt. Vor allem im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück arbeiteten hauptsächlich Frauen, die als Angehörige der SS die Häftlinge überwachten. Nach 1945 musste sich, wenn überhaupt, nur ein Teil derjenigen vor Gericht rechtfertigen und wurde bei Verurteilung nach kurzer Zeit wieder aus der Haft entlassen. Ob als Lehrerinnen oder Erzieherinnen waren vor allem sie es, die nicht



nur die Erziehung im Sinne des Nationalsozialismus ausübten, sondern auch die, die im direkten Kontakt mit dem Nachwuchs die rassenhygienischen Bestimmungen umsetzten und verwalteten, die selektierten nach wertem und unwertem Leben. Auch als Ärztinnen oder Schwestern in den Tötungskliniken konnten sie über das Leben vieler Insassen entscheiden.

Damals wie heute bewegt sich die gesellschaftliche Wahrnehmung von weiblichen Nazis zwischen Monstern und Heiligen. Dem zu Grunde liegt v.a. die mangelnde Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und den eigenen Verstrickungen in rechte und menschenfeindliche Ideologie. Dadurch wird ein Diskurs begünstigt, der die eigene (auch historische) Schuld abzuschwächen oder zu verleugnen versucht, ohne die eigenen Ressentiments und Gender-Rollen zu hinterfragen.

Es gilt, Frauen in der Naziszene eben als Nazis wahrzunehmen und deren mörderische Worte und Taten konsequent zu bekämpfen!

Fußnote

(1) <http://www.gender-und-rechtsextremismus.de/zum-thema/tagungen-und-fachgespraeche/frauen-in-der-nazi-szene/>

U

Unterstützung für Unterstützer*innen

Ariel & Ella
Fast Forward, Hannover

Teaser: Wer von sexualisierter Gewalt betroffen ist braucht Unterstützung. Aber auch die Unterstützer*innen brauchen jemanden an ihrer Seite. Eine in Hannover initiierte Plattform soll ein erster Schritt dazu sein.

Sexualisierte Gewalt wird häufiger ausgeübt als Mann* denkt. Und vielleicht auch als Frau* es denkt. Es ist eine der Eigenheiten von Übergriffen, dass sie gerade dort stattfinden, wo sie der öffentlichen Verhandlung entzogen sind. Dazu kommt, dass die Betroffenen (1) die Schuld für das Geschehene oft bei sich selber suchen – vor allem, wenn es in intimen Beziehungen passiert und/ oder sich schon über Monate oder Jahre hinzieht. Das ist vielleicht keine neue Erkenntnis, doch trotz der Diskussionen um Definitionsmacht und »das Private ist politisch«, kommen solche Fälle auch in der radikalen Linken selten auf den Tisch. Wenn eine Verhandlung darüber stattfindet, dann häufig in privaten Zirkeln direkt zwischen dem Täter und der Betroffenen. Dass das so läuft, liegt nicht nur an einer »ignoranten« Szene, sondern auch daran, dass häufig seitens der Betroffenen der Wunsch besteht, den Vorfall nicht gleich öffentlich oder semi-öffentlich zu machen. Zu einer Öffentlichkeit kommt es meist erst dann, wenn die Betroffenen genügend Unterstützung erfahren und/ oder die Täter uneinsichtig und damit ein zusätzliches Risiko für andere potentiell Betroffene oder für sich selbst darstellen.

Daraus resultiert ein strukturelles Problem: Die Aushandlungen von sexualisierter Gewalt werden selbst vom direkten Umfeld kaum wahrgenommen.

Es gibt keine Diskussion über die Prozesse und kein allgemeines Verständnis von Unterstützungsarbeit in der Szene und erst recht nicht darüber hinaus. Keine Erfahrung mit dem Umgang, fehlende Konzepte und fehlende Praxis sind häufig die Gründe. Erst wenn etwas passiert, reagieren die meisten – irgendwie.

Die Geschichte ist ein Loop, ...

Menschen, die in solchen Situationen Betroffene unterstützen wollen oder Täter mit ihrem Handeln konfrontieren, tappen mitunter ständig in dieselben Fallen wie andere vor ihnen schon; Sie entscheiden über den Kopf der Betroffenen, üben eigenmächtig »Rache«, verlieren sich in der Unterstützungsarbeit o.ä. Ein Grund dafür ist, dass oft schwer herauszufinden ist, was praktische Solidarität tatsächlich bedeutet – für den größeren Zusammenhang, die eigene Politgruppe, den Freund*innenkreis und sich selbst.

Macht es Sinn, eine Person mit ihrem übergriffigen Verhalten zu konfrontieren, wenn ich eigentlich eine freundschaftliche Beziehung zu ihr pflege? Was halte ich emotional aus, wenn eine Betroffene von sexualisierter oder häuslicher Gewalt regelmäßig Flashbacks bekommt oder zu ihrem gewalttätigen Freund zurück will? Was kann ich einer anderen Person erzählen, wenn die Betroffene die Sache geheim halten will, ich aber völlig verzweifelt und überfordert bin? Wo habe ich die Grenzen der Betroffenen und wo meine eigenen zu respektieren? Wie verhalte ich mich, wenn die Betroffene eine weitere Auseinandersetzung mit dem Täter für sinnlos und Zeitverschwendung hält?

All diese Fragen haben sich auch uns gestellt. Die Auseinandersetzung mit

und der Einsatz gegen sexualisierte Gewalt ist mitunter anstrengend, überfordernd und ggf. auch strafrechtlich relevant für die eigene Person (z.B. kann es zu Anzeigen wegen Verleumdung kommen). Kein Mensch kann das alleine stämmen und schlimm ist, wenn nachher nicht nur die Betroffene, sondern auch noch deren Unterstützer*innen am Ende ihrer psychischen und körperlichen Kapazitäten sind. Auch Helfende brauchen Hilfe.

... außer mensch greift beherzt ein.

Wir wollen deshalb einen Vorschlag für eine Unterstützer*innenstruktur unterbreiten, wie wir sie in Hannover gestartet haben, um kollektiv mit Übergriffen innerhalb der linken/ linksradikalen Szene umzugehen. Nach verschiedenen Fällen von Unterstützungs- und Täterarbeit haben wir uns zusammengetan und treffen uns seither monatlich. Wir nutzen den Rahmen, um uns über unsere Erfahrungen auszutauschen und einen strategischen Blick für das Thema zu entwickeln. Trotz einiger Unsicherheiten und Hürden sind unsere Erfahrungen bis jetzt so positiv, dass wir die Arbeit beibehalten und ausweiten wollen.

Die Treffen drehen sich zentral um die akuten Konflikte im unmittelbaren Umfeld, mit denen wir gerade persönlich befasst sind. Einige von uns unterstützen eine Betroffene, andere haben versucht eine Täterarbeit-Gruppe aufzubauen, wieder andere befassen sich mit Grenzüberschreitungen in einem Wohnprojekt. Wir versuchen mit »alten Häs*innen« in Austausch zu treten und ihre Geschichten zu erfahren. Wir erproben Methoden der kollegialen Beratung und achten bei all dem darauf, dass wir

»freiwillig« da sind und mit unserem »Wieviel kann ich davon gerade ertragen«-Haushalt gesund umzugehen. Ziel dieses Zusammenhanges ist es nicht, selber als Gruppe aktiv zu werden, sondern einen Ort für Menschen zu bieten, die selber in solchen Konflikten aktiv sind. Es ist also eine Art Backup-Struktur, in der wir strategische Fragen besprechen und Wissen vermitteln können.

Denn es hilft, wenn Menschen von außen das eigene Handeln spiegeln und an irgendeinem Punkt auch mitteilen können, dass ggf. eher wieder ein Schritt zurückgetreten werden sollte. Auch solche Aspekte wie die Organisation finanzieller Mittel für einen Strafprozess oder das Zusammentragen von Informationen haben einen Ort in diesem Zusammenhang. Und es wird schnell deutlich, dass es sich bei all diesen Fällen um ein Problem handelt, dass über die*den Einzelne*n hinausgeht.

Also nur Mut hinzufallen, ...

Je mehr wir uns damit beschäftigen, desto aufmerksamer und sensibler werden wir für das, was uns in unserem Umfeld begegnet. Schnell sprach sich rum, dass es nun einen Zirkel gibt, der sich hier politgruppenähnlich »des Problems annimmt«. Diese Aufmerksamkeit führt wiederum zu neuen Herausforderungen.

Denn: Erst einmal mit der Fülle an alltäglichen sexistischen Übergriffen konfrontiert, neigen wir (zumindest teilweise) dazu, all das lösen zu wollen. Wo z.B. noch keine Täterarbeit stattfindet, fängt plötzlich die Unter-

stützungsstruktur an diese Aufgabe zu übernehmen. In diesem Spannungsfeld der ständigen Überforderungen durchzuhalten ist die Kunst. Die Plattform ist dazu da, bei all der Scheiße die passiert nicht den Verstand und die Kraft zu verlieren, etwas dagegen zu tun und Menschen in ihrer Situation zu helfen. Wir wollen nicht zur Szene-Feuerwehr verkommen, sondern jedes weitere Treffen als Unterstützung und nicht als weiteren Pflichttermin wahrnehmen und die »Message« weitergeben.

... es kann nur besser werden.

Wir glauben nicht, dass wir mit dieser Unterstützungsstruktur etwas gänzlich Neues geschaffen haben. Es gibt viele Versuche, diesem Thema eine Öffentlichkeit zukommen zu lassen. Wir aber wollen gezielt Menschen, die damit konfrontiert sind Betroffene von sexualisierter Gewalt zu unterstützen oder Täter mit ihrem Verhalten zu konfrontieren (was auch Unterstützung bedeuten kann, wenn diese zugelassen wird), dazu anregen, sich einen Zusammenhang zu suchen. Ziel sollte die Entwicklung einer Strategie sein die hilft, nicht jedes Mal alleine und bei null beginnen zu müssen. Dieser Text kann hoffentlich einen kleinen Beitrag dazu leisten, das Ganze kollektiver anzugehen.

Fußnote:

(1) In allen Fällen mit denen wir befasst waren, waren es Übergriffe von Männern gegenüber Frauen. Deswegen gendern wir »Täter« und »Betroffene« nicht.



V

Versuche geschlechtsneutraler Sprache

Maria Semmerling
the future is unwritten, Leipzig

Ab wann fühlen sich alle Leser*innen angesprochen? Und wie schafft man es, möglichst geschlechtsneutral zu schreiben, ohne die Wirklichkeit falsch darzustellen? Maria Semmerling aus Leipzig versucht den Drahtseilakt und gibt wichtige Einblicke in die Diskussion rund ums Gendern.

Der Feminismus als politischer Kampf mit Ziel der Abschaffung des Patriarchats und der binären Geschlechtsaufteilung sieht sich mit dem Problem konfrontiert, dass unsere Sprache derzeit eine Binarität vorgibt. Erste feministische Sprachüberlegungen wiesen zurecht auf den Umstand hin, dass das universale Maskulin in der deutschen Sprache (und in vielen anderen auch) Frauen unsichtbar macht. Abhilfe schaffen sollte ein Benennen der weiblichen Form. Liebe Leser und Leserinnen fühlen Sie sich nun alle angesprochen?

Nachdem es nun gegenderte Sprache gibt, und in immer mehr Texten darauf geachtet wird, weibliche Personen sichtbar zu machen, wird ein nächstes Problem deutlich. Auch wenn es dadurch gelingt Frauen in die männliche Sprache einzugliedern, bleibt das binäre System erhalten. Es wird sogar noch untermalt. Aber was ist mit Menschen, die sich weder als Mann noch als Frau bezeichnen können oder wollen. Liebe Leser*innen fühlen Sie sich nun alle angesprochen?

Vielleicht. Aber was soll das Sternchen? Das Sternchen löst den Unterstrich ab, um aus der Lücke etwas zu machen, das keine Leerstelle ist, sondern etwas positiv Gefülltes – ein Mehr. Aber was bedeutet dieses Mehr und macht es immer Sinn? Ist es eine Verbesserung

von Männern* und Frauen* zu sprechen, als von Männern und Frauen? Bekämpft man so das binäre System? Spricht man über Probleme der aktuellen Gesellschaftsform und über sexistische Zustände, ist es notwendig die gesellschaftlich realen Kategorien Frau und Mann zu verwenden, ohne Sternchen. Wenn ich darauf hinweise, dass 99% der Täter sexualisierter Gewaltdelikte Männer* seien, ist das irreführend.

Möchte ich aber jenseits von aktuellen realen Gesellschaftskategorien utopistisch formulieren, bringt mich der Sternchen Zusatz nicht aus dem binären System. Da kann ich nur von Menschen sprechen. Vorteil des Sternchens ist durchaus, dass sichtbar gemacht wird, dass es Menschen gibt, die sich nicht klassisch Mann oder Frau nennen lassen, diese aber durch ein Sternchen den jeweiligen Kategorien anzuheften sollte nicht das Beste sein, was die Sprache zu bieten hat.

Soll eine zukünftige Gesellschaftsform nicht mehr binär geschlechtlich aufgeteilt sein, muss es auch eine geschlechtsneutrale Sprache geben. Solange es die gesellschaftlichen Kategorien mit ihren realen Auswirkungen noch gibt, muss man jedoch darüber sprechen können.

So bewegt man sich aktuell auf dem dünnen Draht, einerseits nicht durch eine vermeintliche geschlechtsneutrale Sprache aktuelle Missstände zu verschleiern, andererseits aber nicht durch das weiterverwenden der Kategorien die binäre Aufteilung zu reproduzieren. So muss es für den Moment dabei bleiben aufmerksam mit der eigenen Sprache umzugehen, sich ständig zu fragen, ob und wenn ja, welche Menschen man gerade ausschließt und aus welchem Grund auf Kategorien zurückgegriffen werden muss.

Sich über neue ungewohnte und vielleicht auch holprige Sprachformen lustig zu machen ist einfach, eine zufriedenstellende eigene zu finden, ist hingegen keine leichte Aufgabe.



W

Warum wir in ...ums Ganze! keine Antikapitalismus AG haben

Feminismus AG, TOP B3rlin

Oder warum wir mehr Feminismus in unserer alltäglichen politischen Praxis brauchen. Lasst uns bei ...ums Ganze! die feministischen Inhalte nicht bloß an die Feminismus AGs delegieren! Feminismus kann nicht delegiert werden. Für den Kommunismus heißt für den Feminismus! (1)

Wir haben es satt, dass in dieser Gesellschaft feministische Inhalte nur dann transportiert werden, wenn sie gleichzeitig als rassistische Hetze dienen, so wie AfD und Pegida es schön vor- und alle anderen es regelmäßig nachmachen. Wir können es nicht mehr hören, wenn Emma, Birgit Kelle, Focus, Bild und Co. das deutsche Abendland dafür feiern, dass die »Frau« sich hier schon selbst verwirklicht habe und deshalb kein Platz sei für »böse rückständige Männerhorden« von anderswo. Wir kriegen die Krise, weil Genderforschung als »Genderismus« medial durch den Dreck gezogen wird und alle so tun, als wäre die Gleichberechtigung längst erreicht, wobei Transgender-Menschen erst gar nicht beachtet werden und gleichzeitig bestehende Ungleichheiten auf die »biologischen Unterschiede« zwischen (Cis-) Männern und (Cis-) Frauen* zurückgeführt werden. (2)

>>> S.78, X: XX&XY – Antigenderismus

Wir haben genug davon, dass Frauen*, nur weil sie als Frauen* gelten, für dieselbe Arbeit weniger Geld bekommen als ihre männlichen Kollegen – und nebenbei: dass wir überhaupt lohnarbeiten müssen! Wir sind traurig darüber, dass in Internetforen diskutiert wird, wie Frauen* sich am besten auf dem Heimweg vor sexualisierten Übergriffen schützen können (Stichwort »längere Röcke«), aber niemand darüber redet, dass häusliche Gewalt gegen Frauen* in Europa hinter verschlossenen Türen stattfindet. Wir fühlen uns

hilflos bei dem Gedanken daran, dass unser »Mutterbild« so veraltet ist, dass sich Diskussionen noch um »Rabemutter vs. Hausmamsel« drehen. Wir sind wütend, weil unsere Altersgenoss*innen sich weniger für Feminismus zu interessieren scheinen, als jemals zuvor. Wir können es nicht ertragen, dass Männer davon reden, wie sehr sie in dieser weiblichen Gesellschaft verweicht werden, während Männerbünde, neue Männlichkeit, Sexismus gefeiert werden und wir in einer »Rape Culture« leben, die direkte und indirekte Auswirkungen auf alle Menschen hat. Wir sind krank vor Sorge bei dem Gedanken daran, dass (auch unsere) Kinder in einer heteronormativen Gesellschaft mit binärer Geschlechtsordnung groß werden. Daran nicht verzweifeln können wir nur, wenn wir wissen: Unser politischer Zusammenhang hält dagegen! Deshalb gilt: Für den Kommunismus heißt für den Feminismus!

Bei ...ums Ganze! bleibt das aber bis dato zu häufig ein Lippenbekenntnis. Zwar veröffentlichen wir in der Jungle World Texte zur Care-Debatte, machen Kampagnen wie Riots statt Rosen und beteiligen uns an feministischen Bündnissen, wie dem Make Feminism a Threat-Bündnis zum Frauenkampftag am 8. März und dem What the Fuck-Bündnis gegen den sogenannten »Marsch für das Leben« in Berlin oder unterstützen den Care Mob bei Blockupy. (3) Aber auch wenn das gelungene Events sind, fordern wir auf diesen Events eine sehr konkrete feministische Praxis und machen selber zu wenig Anstalten, diese Praxis in ...ums Ganze! konsequent umzusetzen und weiterzudenken.

Das betrifft auch die inhaltliche Planung von gesellschaftspolitischen

Kampagnen, in die wir im Grunde nur dann feministische Inhalte einfließen lassen, wenn es hauptsächlich um ein augenfällig »feministisches« Thema geht, wie auch die internen Strukturen, Verhaltens- und Umgangsweisen. Mackertum und Männerbünde gibt es auch bei uns genauso wie Sexismus und sexuelle Übergriffe. Das gilt sowohl für ...ums Ganze!, wie auch für weite Teile der linksradikalen Szene. Die Reproduktion von Geschlechterstereotypen und Rollenverhalten durch unsere Strukturen findet sich wieder in unterschiedlichem Redeverhalten, ungleicher Aufgabenverteilung, ungleicher Kommunikation, Selbstzensur, unbewusster Überschätzung eigener Kompetenzen bei gleichsamer Unterschätzung von Fähigkeiten anderer, meist weiblicher, Genoss*innen. (4)

Das ist auch nicht verwunderlich, wenn wir uns vor Augen halten, dass Sexismus Strukturen auf Mikro-, wie auf Makro-Ebene durchdringt und dementsprechend auch in der linksradikalen Szene, in ...ums Ganze!, in jeder lokalen ...ums Ganze!-Gruppe, in unseren individuellen Handlungen und unserem individuellen Denken existiert. Verwunderlich ist hingegen, dass wir das bei ...ums Ganze! in veröffentlichten Analysen immer wieder feststellen, ohne uns entscheidend dafür einzusetzen, die daraus resultierenden Schlussfolgerungen in unserer eigenen Praxis umzusetzen. Grob runtergebrochen ist das Flyerdesign für die nächste Kampagne dann doch immer wichtiger, als die Frage, ob das Design aus einer feministischen Praxis der politischen Zusammenarbeit entstanden ist oder nicht. Wir fordern nicht, dass ein politisches Output warten muss, bis alle sich ins Logbuch des Feminismus eingetragen haben, aber gleichzeitig kann es nicht sein, dass



Bedenken, die aus einer feministischen Praxis stammen, prinzipiell gegen Argumente eines (vermeintlichen) Sachzwangs verlieren und dieser Konflikt nicht einmal offen ausdiskutiert wird.

Es ist nicht nur widersinnig, dass wir trotz unserer feministischen Analysen immer noch kein Konzept haben, wie feministische Politik, d.h. langfristige und kontinuierliche antisexistische Praxis, innerhalb von ...ums Ganze! oder in der linksradikalen Szene und darüber hinaus aussehen kann. Im Konkreten bedeutet es auch, dass wir immer wieder aufgeschmissen sind, wenn die sexistischen Verhältnisse in unserem politischen Umfeld ihren brutalsten Ausdruck finden, nämlich in Form von sexualisierter Gewalt. Das passiert regelmäßig – in Berlin sind uns dabei öffentlich gemachte Fälle aus den letzten Jahren bei engeren und entfernteren Bündnispartner*innen bekannt. Die interne Auseinandersetzung darüber, wie jeweils mit dem aktuellen Fall umzugehen ist, führt meistens zu verhärteten

Fronten, Austritten und dem weit verbreiteten Wunsch, nicht mehr über das Thema zu reden, da es sich dabei um »verbrannte Erde« handele. Längere fallunabhängige, interne Beschäftigung, zum Beispiel mit dem Thema Definitionsmacht, hat durchmischte Ergebnisse, da sie zwar zumindest eine theoretische Auseinandersetzung in Gang setzt, aber, wenn es konkreter wird, stets das Gespenst der alten Fronten im Hintergrund lauert. So sind wir meistens am Rande der Sprachlosigkeit, was übrigens auch ein praktisches Problem für unsere Handlungsfähigkeit darstellt, wenn sexualisierte Gewalt in einem politischen Zusammenhang passiert, in dem eigentlich doch ein Bekenntnis zum Feminismus gilt. Wir sind sprachlos, weil wir uns nicht regelmäßig und nicht offen genug damit auseinandersetzen, dass Menschen, die sexistisch handeln, nicht unbedingt überzeugte Sexisten sind. Weil es kaum einen Grundkonsens zum Umgang mit diesen Fällen gibt, der darüber hinausgeht, dass »wir ja alle Feministinnen* und

Feministen*« sind. Weil wir uns nicht damit auseinandersetzen, dass Sexismus uns und unsere alltägliche politische Praxis mindestens ebenso unmittelbar betrifft, wie es der Kapitalismus tut.

Damit wir in ...ums Ganze! das Problem einer feministischen Praxis angehen können, reicht es nicht aus, dass wir allerorten Feminismus AGs gründen (auch wenn diese an sich natürlich gut und wichtig sind). Im Zweifel bedeutet das nämlich nur, dass das gesamte Thema Feminismus an die jeweilige Feminismus AG delegiert wird, wo es dann zumeist wieder nur Frauen* überlassen bleibt, feministische Praxis umzusetzen. Solche Verhältnisse stehen im Widerspruch zu unserem Politikverständnis, nach dem im Kapitalismus nicht der Haupt- und im Patriarchat bloß ein Nebenwiderspruch begründet ist. Es gibt ja schließlich auch keine Antikapitalismus AG, der es ausschließlich überlassen ist, antikapitalistische Praxis umzusetzen. Auch alle anderen AGs sollen eben im Idealfall Antika-



pitalismus mitdenken und genauso sollte es beim Feminismus sein!

Da sich das in der ...ums Ganze!-Praxis und in den ...ums Ganze!-Kampagnen bisher nur in geringem Maße widerspiegelt, sehen wir folgende, nicht unbedingt neue Praxisansätze als einen ersten wichtigen Schritt in die Richtung einer feministischen ...ums Ganze!-Praxis (und vielleicht auch einer szeneweiten Praxis in gemischten Zusammenhängen):

Für eine (praktische) Position zum Umgang mit Fällen sexueller Nötigung und Gewalt:

- Aufarbeitung von Fällen sexualisierter Gewalt, mit denen die Gruppe zu tun hatte – möglicherweise auch im weiteren Umfeld – und deren Behandlung problematisch verlaufen ist
- Auseinandersetzung mit Konzepten und Praxen zum Umgang mit sexualisierter Gewalt jenseits des bürgerlichen Gerichtsprozesses

Für eine langfristige, kontinuierliche feministische Politik:

- Feministische Selbstorganisation innerhalb der Gruppe:

1. FLTIQ*-Plena, nicht nur um ein Forum zu schaffen, auf dem sich Betroffene über Geschlechterungleichheit und Sexismus austauschen können, sondern auch um Empowerment zu fördern (wir erkennen an, dass Sexismus auch von Betroffenen reproduziert wird)

2. Cis-Männer-Treffen als ein Ort des Austausches, um (eigenen oder auch selbst erfahrenen) Sexismus in relativ geschützter Atmosphäre ansprechen zu können (als Männer sind wir im Geschlechterverhältnis Täter und Opfer zugleich) und die Arbeit nicht immer den Frauen* zu überlassen >>> **S.34, J: Jungsrunde**

- Affirmative Action/»positive Diskriminierung«:

1. Quotierte Redner*innenliste: Erst-Redner*innen werden vorgezogen, um eingefahrene gesellschaftliche und gruppeninterne Hierarchien in der Kommunikation einzudämmen.

2. Aufnahmestopp für Cis-Männer, sofern es diesbezüglich eine zahlenmäßige Ungleichheit in der Gruppe gibt, als Möglichkeit zu verhindern, dass unsere Gruppen dann eben doch wieder mehrheitlich aus jungen, weißen, männlichen Menschen bestehen, die Politik machen, welche »ums Ganze« geht. Und obwohl das ein guter Anfang wäre, ist uns bewusst, dass mit einem solchen Aufnahmestopp noch lange nicht alles gut ist, da Menschen über 30 und Nichtweiße trotzdem noch unterrepräsentiert sein werden.

- Regelmäßige theoretische & praktische Beschäftigung mit dem Thema, um eine Kohärenz zwischen dem theoretischen Output und der Praxis in Bezug auf Feminismus in ...ums Ganze! herzustellen. (Workshops / Klausuren / Sonder-VVs etc. zum Thema Sexismus und Feminismus in regelmäßigen Abständen wiederholen!)
- Bei Kampagnen immer die Feminismus-Frage stellen (genauso wie die Antirassismus-, Antifaschismus-, etc.-Frage), um sicherzustellen, dass das kein blinder Fleck der Kampagne ist. Das heißt nicht, dass alle Kampagnen einen feministischen Schwerpunkt haben müssen. Es heißt nur, dass wir uns darüber im Klaren sind, warum die jeweilige Kampagne keinen hat.

Es muss sich endlich intern eine konsequente antisexistische Praxis in ...ums Ganze! durchsetzen, denn weder Antifaschismus, Antirassismus, Antikapitalismus noch Feminismus können NUR an AGs oder öffentliche Events ausgelagert werden, solange das Private Politisch ist und wir eine gesamtgesellschaftliche Veränderung wollen. In einigen ...ums Ganze!-Gruppen werden schon mehrere der genannten Praxisansätze umgesetzt oder es gibt eine Bewegung dahin, aber, liebe Genossinnen* und Genossen*, da ist noch ganz viel Luft nach oben!

Anmerkungen, Fußnoten:

(*) Wir verwenden die binäre Kategorie Mann/Frau (bzw. Männlichkeit/Weiblichkeit) hier nicht, um vermeintlich fixe und/oder »biologische« Geschlechteridentitäten voneinander abzugrenzen, sondern vielmehr um die damit verbundenen gesellschaftlichen Geschlechternormen zu problematisieren. Wir wollen Geschlechter

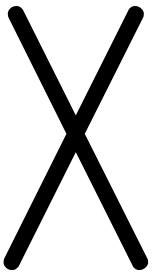
durch die Verwendung der Begriffe Mann/Frau in unserem Text nicht voraussetzen und damit reproduzieren, sondern allenfalls aufzeigen, wie Geschlecht in unseren Strukturen hergestellt wird (»Doing Gender«). Wir verwenden das Sternchen in »Frauen*«, um auf diese Differenzierung aufmerksam zu machen, und meinen mit »Frauen*« Cis-, Trans- und Inter-Frauen, sowie alle diejenigen, die sich für politische Zwecke als Frauen identifizieren. Wir beanspruchen damit aber nicht, die Formen von Sexismus, die Trans*, Inter* und queere Menschen in der linken Szene erleben, abzubilden oder für sie zu sprechen!

(1) Es ist uns wichtig, dass wir mit der folgenden Kritik nicht jede einzelne ...ums Ganze!-Gruppe meinen. Aus unserer Perspektive läuft die feministische Praxis in manchen ...ums Ganze!-Gruppen besser, in manchen schlechter – uns geht es aber um die gesamte Situation in ...ums Ganze! und weiten Teilen der radikalen Linken.

(2) Cisgender bezeichnet Menschen, deren Geschlechtsidentität mit dem Geschlecht übereinstimmt, das ihnen bei der Geburt zugeordnet wurde.

(3) <http://jungle-world.com/artikel/2014/12/49541.html>
<http://riotstattrosen.blogspot.eu/>
<http://makingfeminismathreat.blogspot.eu/>
<https://whatthefuck.noblogs.org/>
<https://blockupy.org/31-mai/queerfem/>

(4) Wozu auch gesagt werden muss, dass ein mackeriges Männerverhalten nicht immer ausschließlich von jenen ausgeht, die von der Gesellschaft als Männer definiert würden, sondern mitunter auch von in der Gruppe etablierten Frauen*; die Leidtragenden sind zumeist Frauen*, die relativ neu in der Gruppe sind.



XX&XY

Über den heteronormativen Antigenderismus

antifa_nt, München

Das Besetzen geschlechterpolitischer Themen von Rechts erfährt in jüngster Zeit eine besondere Konjunktur. In ihrer Feindschaft gegenüber allem was sich – vermeintlich oder tatsächlich – hinter dem Schlagwort Gender verbirgt, schaffen es verschiedene rechte Strömungen sich zu sammeln und darüber hinaus anschlussfähig an weitere gesellschaftliche Kreise zu sein.

Ein Schreckgespenst geht um in deutschen Vorgärten. Die Rhetorik des Kampfes gegen »Gender« hat Konjunktur. Seine Reichweite ist längst nicht mehr auf Kommentarspalten, Leser*innenbriefe und rechtspopulistische Blogs beschränkt. Beiträge, in denen anti-genderistisch argumentiert wird, haben es in die Feuilletons und Kolumnen großer Zeitungen und Medienplattformen geschafft. Darüber hinaus ist diese Programmatik ein etablierter Bestandteil rechter Politik und Erlebniswelten, von Pegida über die AfD bis zu Teilen der CDU/CSU, von Nazis bis hin zu Fundi-Christ*innen. >>> **S.52, 0: Ökumene der AufklärungsgegnerInnen**
Mitunter mutet es bizarr an, denn überall wo allein das Wort Gender auftaucht, wird grundsätzlich etwas Bedrohliches vermutet. In für Rechte klassischer Weise werden jegliche Unterschiede der Gegenstände ausgeblendet. So dienen nicht nur die Gender Studies im akademischen Kontext als Feindfiguren, auch Fördermaßnahmen, wie Gender-Mainstreaming und selbstverständlich nicht-heteronormative Identitäten werden alle als Teil einer gemeinsamen Strategie herbeihalluziniert und sollen bekämpft werden.

Anti-Genderismus bezeichnet in diesem Zusammenhang nicht allgemein Kritiken an Konzepten der Gender Studies, sondern eine Stoßrichtung reaktionären

Abwehrkampfes. »Gender« fungiert hierbei als negativ gewendeter, schwammiger (Kampf-)Begriff unter den alles subsumiert wird, das als Angriff auf einen – als natürliche Ordnung verstandenen – patriarchal strukturierten Status Quo abzielt. Mit dem Begriff des Anti-Genderismus, der in jüngster Zeit auch in den Sozialwissenschaften vermehrt Verwendung findet, soll dabei Gewicht auf die gemeinsamen inhaltlichen Stränge und Ideologeme im Ressentiment gelegt werden.

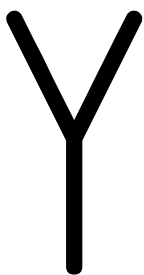
Das Ziel dieser Strategie der »Genderisierung«, wie es im rechten Jargon heißt, sei es wahlweise die bürgerliche Kleinfamilie zu zerstören, die Bevölkerung zu nicht heterosexuellen Praktiken, gar Lebensweisen umzuerziehen, oder – noch schlimmer – die Seelen kleiner Kinder zu versauen, in dem ihnen – womöglich noch von staatlicher Seite – erzählt wird, dass es erstens so etwas wie Sex gebe und dass das zweitens sogar außerhalb eines binärgeschlechtlichen Rahmens stattfinden und okay sein kann. Gender wird als nahezu totalitäre Ideologie bezeichnet, deren Ziel es sei, die Gesellschaft in ihren Grundfesten zu erschüttern, beziehungsweise zu zerstören.

Auffällig ist, dass die Abwehr der »Genderisierung« als ein Kulturkampf inszeniert wird, also als ein Abwehrkampf bei dem es um die Sicherung elementarer Bestandteile des gesellschaftlichen Lebens geht. Diese Strategie ist nicht neu, wir kennen sie bereits aus den Kämpfen gegen eine angeblich überall für Zensur und Ausschlüsse sorgende »political correctness (pc)« oder aus der Sarrazin-Debatte. Rechte fahren damit sehr erfolgreich, weil es ihnen ermöglicht, sich als Vertreter*innen einer angeblich unterdrückten

Meinung umzuetikettieren und das Propagieren von in der Gesellschaft weit verbreiteten Ressentiments, als einen Akt der Aufständigkeit gegenüber einem als nahezu allmächtig imaginierten Gegner zu verkaufen. Der oft mit martialischen Tönen untermalte Gestus des Heroismus »der letzten Aufrechten« ist die gängige Selbstinszenierung.

Nicht nur die Massenmobilisierungen der Demo für Alle in Frankreich 2013, die Gesetze gegen »Schwulenpropaganda« in Russland oder die Hunderttausende, die erst Ende Januar 2016 in Rom gegen die Homoehe auf die Straße gingen, zeigen, dass wir es hier mit keinem auf Deutschland beschränktes Phänomen zu tun haben. Was Anti-Genderismus ebenfalls für Reaktionäre aller Couleur so attraktiv macht ist, dass er auch als eine Art Kitt beziehungsweise Kleberfunktion heterogener, mitunter gar verfeindeter politischer Fraktionen der Rechten dient. Unter dem Banner des Kampfes gegen Gender sind Bündnisse und Synergien entstanden, die es davor nicht in dieser Form gegeben hatte. Es ist nicht nur diese Qualität dieses spezifischen Ressentiments, die es für uns unumgänglich macht, auch Anti-Genderismus in linke Analysen des Bestehenden einfließen zu lassen. Sondern auch und vor allem zeigt das mitunter folgenschwere Einschüchtern von Akademiker*innen oder Journalist*innen, das Hetzen im Internet und in Leser*innenbriefen sowie die Angriffe auf nicht Cis-Identem Menschen die Notwendigkeit auf, dass sich eine radikale und an Emanzipation orientierte Linke auch das Zurückdrängen dieser Widerlichkeit auf die Agenda zu setzen hat.





Young, Male and Muslim – Die Konstruktion migrantischer Männlichkeit als Bedrohung

Theresa

Wenn die deutsche Rechte plötzlich vorgibt, Frauenrechte zu verteidigen, dann muss daran etwas faul sein. Tatsächlich ist das Bild vom jungen, männlichen Muslim, der mit unlauteren Absichten hiesigen Frauen und Mädchen nachstellt, vor allem ein Baustein in der Konstruktion eines »Anderen«, durch die dem nationalen »Wir« zur Durchsetzung verholten werden soll.

Als junge, »deutsche« Frau, die seit mehr als drei Jahren Arabisch und den Nahen Osten studiert, wurde ich viele Male mit Stereotypen von Arabern und Muslimen konfrontiert, im Besonderen bezogen auf muslimische Männer. Leute haben mich gefragt, ob ich nicht Angst hätte, die Sprache zu lernen und in einem nahöstlichen Land zu leben, weil es doch für »eine Frau mit blonden Haaren« gefährlich sein könnte. Ich wurde außerdem gewarnt, mich nicht auf arabische Männer einzulassen, da diese Männer »am Anfang charmant wären, aber im Endeffekt die Gleichstellung der Frau nicht anerkennen würden«. Ich habe dementsprechend erkannt, dass mein Interesse für die Region mit Zweifel und Skepsis betrachtet wird, aber auch, dass diese Skepsis eine Geschlechterdimension hat: Frauen, im Speziellen aus dem Westen, sollten Angst vor arabischen oder muslimischen Männern haben.

Deutschland hat im vergangenen Jahr 2015 einen fast noch nie dagewesenen Zustrom an Refugees erfahren. In der Debatte darüber wurde die Angst vor vermeintlich intoleranten, rückständigen muslimischen Refugees von Politikerinnen und Politikern des gesamten rechten Spektrums ausgenutzt, um ihre eigene migrationsfeindliche Politik voranzutreiben oder zu legitimieren. Gerüchte von

Vergewaltigung und Missbrauch an deutschen Frauen durch Refugees wurden ohne konkrete Nachweise für die behaupteten Verbrechen verbreitet.

Mehrere Autorinnen und Autoren haben gezeigt, dass rechte Politikerinnen und Politiker in ihren migrationsfeindlichen Äußerungen häufig liberale Werte wie Meinungsfreiheit, Trennung zwischen Staat und Kirche oder Geschlechtergleichstellung vorschieben, um einen »Kampf der Kulturen« herbeizukonstruieren und die Position stark zu machen, dass muslimische Überzeugungen zu anders und intolerant seien, um Teil der europäischen Gesellschaften zu werden. (2) Rechte Politikerinnen und Politiker beziehen sich dabei häufig auf jene Themen aus Frauenrechtsdiskursen, die auch gerne des Öfteren in der Presse aufgegriffen werden, wie zum Beispiel Genitalverstümmelung bei Frauen, Kinderehe und Verschleierung. Diese Themen werden dazu benutzt, muslimischen Männern (eine sehr gefährliche Form von) Sexismus und Frauenfeindlichkeit als essenziellen kulturellen Wesenszug zuzuschreiben. (3) In derartigen rechten Diskursen wird der Islam selbst gleichgesetzt mit Männlichkeit, Aggression und Gewalt, so dass jedes Auftauchen dieser Religion als Bedrohung für Demokratie und Zivilgesellschaft gesehen wird. Westliche Gesellschaften werden gleichzeitig im Kontrast dazu als »modern« präsentiert und ihre Mitglieder im Gegensatz zu dem Bild, das von Muslimen gezeichnet wird, als »emanzipiert«, »aufgeklärt« und »zivilisiert« dargestellt.

Indem, wie oben beschrieben, Ansichten aus Frauenrechtsdiskursen fragmentarisch entlehnt werden, bringen rechte Diskurse folgende zwei Ergebnisse hervor: Erstens, erschaffen

sie eine (scheinbar) achtbare migrationsfeindliche Position für rechtsextreme Parteien, in der anti-muslimische Klischees durch den Verweis auf Frauen- und Kinderrechte gerechtfertigt werden. Zweitens, ob beabsichtigt oder unbeabsichtigt, dienen sie dazu, einen Kontrast zu konstruieren zwischen der jeweiligen eigenen Nation, die als modern und emanzipiert dargestellt wird, und dem bösen, aber geringeren »Other«, also dem Islam und speziell muslimischen Männern. (4) Dieser Kontrast dient den Rechtsparteien als Grundlage, um ihre Politik gegen offene Grenzen und Freizügigkeit in Europa zu verfolgen und ihre erdachten immateriellen Grenzen in Bezug auf nationale Identität, Kultur und Geschlecht gegen eine »Islamisierung« der westlichen Kultur zu verteidigen.

In dieser Konstruktion von »Wir« und »Die« benutzen Rechtsparteien die Argumente, die auf Fragmenten aus feministischen Diskursen beruhen, auf inkonsequente und häufig sich widersprechende Weise. Während traditionelle Familienvorstellungen (z.B. dass Frauen zu Hause bleiben und nicht arbeiten gehen sollten) betont werden, wenn es um Landsmänner und -frauen geht, wird gegen Migrantinnen und Migranten ins Feld geführt, dass sie eine Bedrohung für die Gleichberechtigung der Frau und LGBT-Rechte seien. In rechten Diskursen, insbesondere in Internetforen, werden jene Frauen, die für Frauenrechte eintreten, attackiert, schwer beleidigt und mit höchst abwertenden und sexistischen Kommentaren überzogen. Rechte benutzen Argumente in Bezug auf Gender und Frauenrechte also auf strategische Weise und nach ihrem eigenen Dafürhalten, um das populistische »Wir« in stets neuem Gewand zu rekonstruieren.

Ein gutes Beispiel für Interventionen von Rechts in den öffentlichen Diskurs sind die Bemerkungen von Björn Höcke, dem Vorsitzenden der AfD in Thüringen, bei einer Demonstration in Erfurt im September 2015. Dort behauptete Höcke, dass dank des Zustroms vieler männlicher, muslimischer Migranten »die Angsträume größer [werden] in unserem Land; gerade für blonde Frauen werden sie [...] immer größer«. (5) Migranten würden Frauen z.B. »unsittlich« ansprechen, »also jedenfalls in Formen, wie es bei uns im Abendland normalerweise nicht üblich ist«. Auf eine spätere Nachfrage von ARD Panorama entgegnete Höcke, dass er sich durchaus im Klaren darüber sei, dass Frauen in Deutschland von nicht-migrantischen Männern mindestens im selben Maße belästigt würden, aber dass er das »ja nicht in jedem Kontext erwähnen müsste«. Schließlich habe eine Demonstration einen »Sinn und Zweck der Mobilisierung«. Höcke gab also zu, dass sein Argument verkürzt war und dass er diese Verkürzung strategisch eingesetzt hatte, um gegen muslimische Migranten zu mobilisieren.

Durch seinen Verweis auf Verhalten, dass den sogenannten Sitten des Abendlandes nicht Genüge tut, bestärkt Höcke das Bild des geringeren, unzivilisierten »Other«, der diese Sitten aufgrund seiner Rückständigkeit nicht kennt.

Die beschriebenen rechten Diskurse können nur so erfolgreich sein, weil, wie Paul Scheibelhofer schreibt, »Vorstellungen von migrantischer Männlichkeit in konkrete Praktiken der Steuerung von Migration eingebettet sind«, welche wiederum Teil der bestehenden Migrationsregime sind. (6) Als junge und gesunde Gastarbeiter (und Gastarbeiterinnen) in den 60er und 70er Jahren aus der Türkei rekrutiert wurden, um in Deutschland unter prekären Bedingungen zu arbeiten, gab es eine Debatte über etwaig importierte Krankheiten, aber »Fragen der kulturellen Differenz, geschweige denn migrantische Geschlechterverhältnisse, spielten in politischen Debatten keine Rolle«. (Übersetzung d. Red.) Die Konstruktion migrantischer Persönlichkeiten verändert sich mit den politischen Diskursen und ökonomi-

schen Anforderungen innerhalb von Migrationsregimen, anstatt dass es sich dabei um starre, stabile Darstellungen handeln würde. »Gegenwärtige Politik zur Steuerung von Migration und Integration konstruiert Bilder von archaischer migrantischer Männlichkeit um unerwünschte Bevölkerungsgruppen zu definieren« und Staatspraktiken des Ausschlusses in Zeiten sich verändernder sozialer Realitäten zu legitimieren. (Übersetzung d. Red.)

Diese Bilder von archaischer (muslimischer), migrantischer Männlichkeit knüpfen an rassistische Klischees gegenüber nicht-weißen Männern, die nicht notwendigerweise Muslime sind, an. Exemplarisch dafür ist der Leitartikel in der Märzausgabe 2015 der Zeitschrift des Philologenverbandes Sachsen-Anhalt von Dr. Jürgen Mannke. (7) In seinem Artikel ruft er Lehrerinnen und Lehrer dazu auf, ihre Schülerinnen vor Sex mit Refugees zu warnen. Mannke schreibt, es sei »nicht zu übersehen, dass viele junge, kräftige, meist muslimische Männer als Asylbewerber die Bundesrepublik Deutschland





auserkoren haben [...]«. Viele dieser Migranten kämen »ohne ihre Familie oder Frauen und sicher nicht immer mit den ehrlichsten Absichten«. Es sei nur ganz natürlich, dass »diese jungen, oft auch ungebildeten Männer auch ein Bedürfnis nach Sexualität« hätten. Mannke schreibt auch, man höre bereits »in Gesprächen mit Bekannten, das es zu sexuellen Belästigungen im täglichen Leben, vor allem in öffentlichen Verkehrsmitteln und Supermärkten, kommt«. Woraufhin Mannke die Frage stellt, wie Pädagoginnen und Pädagogen »unsere jungen Mädchen im Alter ab 12 Jahren so aufklären [können], dass sie sich nicht auf ein oberflächliches sexuelles Abenteuer mit sicherlich oft attraktiven muslimischen Männern einlassen«.

Bemerkenswert ist an Mannkes Artikel, dass er nicht nur sehr starke Klischees enthält, sondern es darüber hinaus als erstrebenswert darstellt, konsensuale Begegnungen zwischen »deutschen« Frauen oder Mädchen und migrantischen Männern zu verhindern. Das zeugt von einem zutiefst rassistischen Bild von muslimischen Männern als hypersexuell und gefährlich, aber zugleich als attraktive und geschickte Verführer. Paul Scheibelhofer hat darauf hingewiesen, dass dieses häufige Bild von muslimischen Migranten unter anderem eine frappierende Ähnlichkeit mit rassistischen Konstruktionen schwarzer Männlichkeit in den USA hat, in welchen schwarzen Männern zugeschrieben wird, dass sie (sexuelle) Urtriebe hätten, die kaum unterdrücken könnten.

Aber Mannkes Artikel untergräbt auch die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen, indem er Schülerinnen vor dem Hintergrund seiner eigenen Anschauung vorzuschreiben sucht, mit wem sie intim sein sollten und mit wem nicht. Das ist ein weiteres Beispiel dafür, wie das Thema Gender und Frauenrechte für einen migrationsfeindlichen Diskurs vereinnahmt wird. Die Missachtung von Frauenrechten wird migrantischen Muslimen als essenzieller Wesenszug zugeschrieben, während Mannkes Argument zugleich seine Missachtung weiblicher Entscheidungsfreiheit impliziert.

Die Lektion, die wir an diesen Beispielen lernen, ist nicht neu, aber es ist eine Lektion die nicht häufig genug beachtet wird im politischen

Kampf gegen den aufwallenden, rechten Backlash überall in Europa. Der Kampf für eine bessere Gesellschaft kann nicht nur an einer Front gekämpft werden. Wie viele andere emanzipatorische Kämpfe sind auch die für Feminismus und gegen Rassismus Kämpfe, die sich überschneiden und nicht getrennt voneinander gekämpft werden können.

Fußnoten:

- (1) Die Ereignisse in Köln wurden hier nicht betrachtet, obwohl sie sicher sehr ergiebig gewesen wären, da der Artikel davor geschrieben wurde.
- (2) Für die einzelnen Texte siehe die Literaturangaben.
- (3) Muslimische Frauen werden entsprechend dargestellt als unterdrückte Opfer der sexistischen muslimischen Kultur.
- (4) Die Konstruktion eines Anderen, im Englischen »Othering« ein sozialpsychologischer Prozess, im Verlaufe dessen diejenigen bestimmt werden, die als anders von einem selbst wahrgenommen werden – also das »Other« –, und die eigene Identität in Abgrenzung zu dem »Other«, häufig auch durch seine Herabwürdigung, hergestellt wird. Ein klassisches Beispiel ist der Gebrauch des Worts »Barbar« durch die Griechen in der Antike, um nicht-Griechen zu beschreiben. Indem dem »Other« die prägenden Charakteristika des »Selbst«, wie zum Beispiel Vernunft oder Emanzipation, abgesprochen werden, erschaffen »Othering«-Diskurse ein höherstehendes »Wir« und ein geringeres »Die«. In seinem einflussreichen Werk »Orientalism« vertritt Edward Said die These, dass die Konstruktion des orientalen »Other« dem Westen geholfen habe, sich selbst als liberal, demokratisch und zivilisiert darzustellen – im Kontrast zu einem nicht-liberalen, undemokratischen und rückständigen Osten.
- (5) ARD Panorama vom 08.10.2015: <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2015/panorama5858.pdf>
- (6) Handeln von Migrantinnen und Migranten wird unter Bedingungen verschiedener [staatlicher und gesellschaftlicher] Kontroll-, Steuerungs-, Kategorisierungs- und Regulierungsunternehmungen hervorgebracht. Die Ausprägungen dieser versuchten Einflussnahmen und ihrer Wechselwirkungen mit den Handlungen von Migrantinnen und Migranten sind das »Migrationsregime«. (Angelehnt an Definition des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien, Universität Oldenburg.) (Übersetzung d. Red.)

(7) Der Text wurde aus dem PDF der Märzangabe entfernt, findet sich aber z.B. noch hier online: <http://www.ruhrbarone.de/wp-content/uploads/2015/11/Screenshot-2015-11-06-at-06.26.47-nachm..png>

Literatur:

- Akkerman, Tjitske und Anniken Hage-lund. » »Women and children first!« Anti-immigration parties and gender in Norway and the Netherlands. « Patterns of Prejudice 41, no. 2 (2007) : 197-214.
- Kinnvall, Catarina. »Borders and Fear: Insecurity, Gender and the Far Right in Europe. « Journal of Contemporary European Studies, (2015) : 1-16.
- Meyer, Stefanie, Edma Ajanovic und Birgit Sauer. »Intersection and Inconsistencies. Framing Gender in Right-Wing Populist Discourses in Austria. « NORA-Nordic Journal of Feminist and Gender Research 22, no. 4 (2014) : 250-266.
- Scheibelhofer, Paul. »From Health Check to Muslim Test: The Shifting Politics of Governing Migrant Masculinity.« Journal of Intercultural Studies. June, (2012) : 319-332.
- Shooman, Yasemine. »(Anti-)Sexismus und Instrumentalisierung Feministischer Diskurse im Anti-Muslimischen Rassismus.« Berliner Zustände 2010. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antifeminismus. Eds. MBR & apabiz : 32-37

Z

Zeiten kulturalistischer Hegemonie und Feminismus

Karl-Heinz Kreuzer
the future is unwritten, Leipzig

Nicht erst seit der rassistischen Hetze nach den massenhaften sexistischen Übergriffen zu Silvester am Kölner Hauptbahnhof ist die Projektion von Sexismus und Patriarchat auf »andere Kulturen« und vor allem »den Islam« in der öffentlichen Debatte in der BRD hegemonial. Dieser kulturalistischen Projektion liegt ein ideologisch verkürzter Kulturbegriff zu Grunde, in dem Kultur als System von Normen, Werten und Traditionen begriffen wird, das die Pfade für soziale Praxis vorzeichnen würde. Davon zehren auch Antifeminist_innen, die den Untergang des Abendlands durch vermeintliche Gender-Umerziehung befürchten. Dem Monstrum des kapitalistischen Patriarchats den kulturalistischen Zahn zu ziehen, das müsste die Mission eines materialistischen Feminismus sein.

1. Der Cultural Turn als Paradigmenwechsel für den Feminismus

In der Zeit des Kalten Krieges waren der wissenschaftliche wie auch der gesamtgesellschaftliche Diskurs wesentlich von der Systemkonkurrenz zwischen den Regulationsmodellen der Marktwirtschaft im Westen und der Planwirtschaft im Osten geprägt. Gesellschaftliche Zusammenhänge wurden folglich in erster Linie über ökonomische Ursachenkomplexe begründet. Die Frage dabei war vor allem, ob die Freiheit des Marktes, oder eine staatlich gelenkte Warenproduktion besser geeignet sei, um die Bedürfnisse der Menschheit zu befriedigen. Diese Debatte beruhte freilich auf einer verkürzten Sichtweise, da sie die kapitalistische Vergesellschaftungsweise auf die oberflächliche Frage des Regulationsmodells zurückführte. Der Kapitalismus erschien so nicht als eine Vergesellschaftungsweise, die sich hinter dem Rücken der Subjekte konstituiert und die weit über die

ökonomische Sphäre hinaus alle menschlichen Beziehungen unter ihre Logik subsummiert hat. Deshalb verkam gerade in den linken Theorien die Frage nach dem Patriarchat zu einem sogenannten »Nebenwiderspruch«, der sekundär von oberflächlich aufgefassten ökonomischen Ursachen abzuleiten sei. Dies war eine Mitursache dafür, dass sich eine separate Frauenbewegung bildete, da die Anliegen des Feminismus innerhalb der linken Bewegung nicht ernst genommen wurden. Die diskursive Lage änderte sich mit dem Zerfall der Sowjetunion und dem Ende der Blockkonfrontation fundamental. Das marktwirtschaftlich-demokratische Regulationsmodell ging vorläufig als Sieger aus der Systemkonkurrenz hervor, voreilig wurde das »Ende der Geschichte« (Fukuyama) verkündet. In den Universitäten, den Zeitungen und auch in linken Kreisen verlor man das Interesse an einer verkürzt-ökonomistischen Erklärung der Welt. Man begann sich verstärkt mit Identitätsformen, Traditionen und sprachlogischen Konstruktionen als Ursachenkomplex gesellschaftlicher Zusammenhänge zu befassen (vgl. Kurz 2003, S. 90f). Der zu Grunde liegende Kulturbegriff konzipierte Kultur wahlweise als Text, Archiv, Sprachform oder Kanon von Werten und Normen. Kultur erscheint hier in objektivistischer Weise als ein der Gesellschaft vorgängiger und die Pfade der Subjekte determinierender Zusammenhang. Aus dem Paradigma des Klassenkampfes mit dem Feminismus als Nebenwiderspruch wurde nach und nach das Paradigma von kulturellen Normen und ansozialisierten Identitätsformen, die Unterdrückung hervorbrächten und die es zu hinterfragen und schließlich zu überwinden gälte. Der Cultural Turn berührte aber auch andere politische

Spektren als die Linke. War der früher primär biologisch begründete Rassismus in der BRD-Öffentlichkeit der Nachkriegszeit noch verpönt, traute er sich nun im kulturalistischen Gewand wieder an die Oberfläche. Die Fragmentierung ganzer Nationalstaaten und das Aufkommen neuer Terror- und Mafiabanden auf der ganzen Welt der 90er Jahre wurde im hegemonialen Diskurs kulturalistisch erklärt. Die Idee vom »Kampf der Kulturen« (Huntington) hatte das »Ende der Geschichte« als hegemoniales Leitparadigma abgelöst. Auch hier wurden soziale Zusammenhänge über (kulturelle) Normen und Traditionen erklärt, wenngleich ohne die kritische Zielrichtung, die es in den linken Zusammenhängen dabei gab.

2. Kultur und Patriarchat

Der Cultural Turn veränderte die politischen Fronten nachhaltig und ermöglichte es Feminist_innen, die sich von der Linken vollends abgewendet hatten, das Patriarchat auf kulturalistisch-rassistische Weise zu erklären. Auch Reaktionären und Konservativen bot sich nun die Gelegenheit die Errungenschaften eines Jahrhunderts feministischer Kämpfe als Vorzug einer vermeintlich besonders freiheitlichen und menschenrechtsorientierten westlichen Kultur umzudeuten. Wenn sich frühere Protagonistinnen der feministischen Bewegung und rechtsradikale Hetzer_innen an ihren Zitaten kaum noch unterscheiden lassen, dann sieht das zum Beispiel so aus: »Viele der überwiegend jungen Männer, die da jetzt zu uns kommen, sind bisher noch nicht einmal von einem Hauch Gleichberechtigung der Geschlechter gestreift worden. Sie kommen aus Kulturen wie dem Islam, in denen Frauen als minderwertig gelten (was

durch die Radikalisierung und Politisierung des Islam nicht gerade besser wird). Sie sind überwiegend Araber, bei denen es, unabhängig vom Glauben, traditionell schlecht bestellt ist um die Frauenrechte«. Dieses Zitat stammt von Alice Schwarzer (2015). Eine besondere Rolle spielt in der Gegenwart der antimuslimische Rassismus. Die Idee, dass das Patriarchat vorrangig ein Produkt islamischer Kultur sei, ist derartig hegemonial, dass von sozialpädagogischen Hochschulseminaren bis in die sozialen und therapeutischen Einrichtungen der unhinterfragte Konsens besteht, dass es wohl an der »Kultur« liegen müsse, wenn ein (vermeintlich) muslimischer Mann »seine« Frau schlägt. Die kulturalistische Wendung der Kritik am Patriarchat ist längst kein Randphänomen mehr, sondern hat sich zur zentralen gesellschaftlichen Deutungsvariante entwickelt. Selbst in Kreisen grün-alternativer Integrationsbefürworter_innen ist die Annahme weit verbreitet, zur Integration müsse die Anerkennung »unserer Werte« bezüglich der Gleichberechtigung von Mann und Frau gehören. Dabei werden patriarchale Verhältnisse im Westen entweder gelehrt, oder ebenfalls kulturalistisch erklärt. Die zwei gängigsten Muster hierbei sind die sozialpädagogische Erklärung von Sexismus über die familiäre Sozialisation (die nicht vollkommen falsch, jedoch alleinstehend völlig verkürzt ist) und die These, im Mittelalter sei Europa auch noch patriarchal gewesen, aber durch die Aufklärung sei eine Gleichberechtigung der Geschlechter hergestellt worden. Und »der Islam« sei eben (noch) nicht aufgeklärt. Insbesondere Entgrenzungen patriarchaler Gewalt, wie sie zum Beispiel durch den IS oder Boko Haram verübt werden, werden vollkommen fälschlicher Weise als »mittelalterlich« begriffen. Gerade sie jedoch wären im Kontext der kapitalistischen Spätmoderne und der Krise von Wertverwertung, kapitalistischem (männlich verfassten) Subjekt und Nationalstaat zu betrachten. Auf diese Weise werden die Strukturen des modernen kapitalistischen Patriarchats und auch ihre Zerfallsprodukte ideologisch aus dem Kontext der Moderne exkommuniziert und als Probleme bestimmter »Kulturen« verklärt. Dies ist nicht nur rassistisch, sondern spielt politisch denjenigen in die Hände, die auch hierzulande das Patriarchat erbittert verteidigen.

3. Sexistischer Rollback – verzweifelter Traditionalismus

Der Feminismus in Deutschland konnte – zumindest für Frauen mit deutschem Pass – einige Errungenschaften erkämpfen. Diese sind jedoch alles andere als selbstverständlich, werden sie doch in Zeiten der kapitalistischen Krise politisch wieder massiv in Frage gestellt. Die völkisch-reaktionären Bewegungen und Parteien wie die AfD und PEGIDA sehen Deutschland von einem »Gender-Wahn« befallen, in dem vermeintlich traditionelle Identitäten wie Mann und Frau kurz vor der Abschaffung stünden. Der PEGIDA-nahe Autor Akif Pirinçci sieht als Ursache eine Dominanz von Vertreter_innen der »Geschwätzwissenschaften« (=Geisteswissenschaften) in den gesellschaftlichen Institutionen, die von der Idee der Gleichheit aller Menschen verblendet, die Abschaffung »unserer althergebrachten Lebensmodelle« in den Lehrplänen festschreiben. Und auch hier hat sich der Cultural Turn längst niedergeschlagen. Die Idee ist gewissermaßen, dass eine Abweichung von Werten und Normen, die »unsere Kultur« aufrechterhielten, hegemonial würde. Die sozialen Verhältnisse werden in dieser Lesart primär durch Sozialisation hervorgebracht; nicht umsonst ist bei den *GIDA-Demonstrationen immer wieder von der »Umerziehung« der deutschen Bevölkerung die Rede. Dass auch die NPD die Umerziehungsthese vertritt, zeigt, dass sich Kulturalismus und Biologismus keinesfalls gegenseitig ausschließen müssen. Oftmals wird gar die vermeintliche Kongruenz von biologischer und kultureller Determination erst als die richtige Lebensweise angesehen: »So richtig faschistoid wird es aber erst mit dem Zusatzwort »Mann«, wo wir doch gelernt haben, daß der Mann nur ein gesellschaftliches Konstrukt ist und, als es ihn noch gegeben hat, er nur gewalttätig, frauendiskriminierend, sexistisch, halt so ein Nazi war« (Pirinçci 2014, S. 233). Das »nur« vor »gesellschaftliches Konstrukt« spielt hier die entscheidende Rolle – in der Ideologie der *GIDA-Bewegung ist der Mann eben kulturelle Identität und biologische Determination und nur dann ein richtiger Mann, wenn beides miteinander übereinstimmt. Tatsächlich ist die Idee eines »Kulturkampfes« zwischen »traditionellen Identitäten« und »Gender-Wahn« keinesfalls abwegig oder disfunktional.

In der Tat ist das männlich-kapitalistische Subjekt in einer tiefen inneren Krise, die in Zusammenhang mit dem strukturellen Überflüssig-Werden menschlich verausgabter Arbeitskraft nach der dritten industriellen Revolution steht, wie im Folgenden dargelegt werden soll. In Zeiten struktureller Massenarbeitslosigkeit, flexibilisierter Arbeitsverhältnisse und zunehmender Distanz zwischen Arbeitsplatz und Produktionsprozess gerät auch das Subjekt der Warenproduktion in die Krise. Seine Arbeitskraft wird immer seltener überhaupt noch benötigt und wenn in einer Form, die nicht nur körperliche Kraft oder technisch-ökonomisches Know How verlangt, sondern nervliche Stärke, Organisationskompetenz und social skills. Alles Eigenschaften, die im kapitalistischen Patriarchat abgespalten und strukturell den Frauen aufgezwingen werden (vgl. Scholz 1992). Nun fallen die Grenzen zwischen Produktion und Reproduktion. Durch die neuen Kommunikationstechnologien ist Privates von Dienstlichem kaum noch abgrenzbar und das Dienstliche verlangt die Arbeit im Team und die Einbeziehung sozialer und psychologischer Dynamiken der Mitarbeiter_innen. Frauen haben sich das Recht erkämpft, neben der Kindererziehung arbeiten zu dürfen. Jetzt sind sie oftmals dazu gezwungen, beides gleichzeitig zu tun. Der neue Mann hingegen ist nicht mehr an den männlichen »Tugenden« der 60er Jahre erkennbar, er ist gezwungen sowohl als »männlich« als auch als »weiblich« identifizierte Eigenschaften in sich zu vereinen. Die durch die Steigerung der Produktivkräfte induzierte Beschleunigung von Arbeits- und Lebenswelten lässt feste Identitätskonstruktionen strukturell erodieren. Der Jenaer Soziologe Hartmut Rosa (2005) spricht hier von einer situativen Identität in der Spätmoderne: »Wo Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft immer wieder neu und situativ verknüpft und gedeutet werden, ändert sich auch die Konzeption dessen, wer man war, ist und sein wird, stets aufs Neue. Ausprägung und Gewichtung der Identitätsparameter ändern sich von Situation zu Situation: Wer man ist, hängt davon ab, mit wem man es gerade zu tun hat [...] und in welcher Gesellschaftssphäre man sich gerade engagiert; es wird unklar, welche Identitätsdimensionen (Beruf, Religion, Familie, sexuelle und politische Orientierung, Konsumstil, Freizeitaktivitäten etc.) zentral und



welche peripher sind. Kohärenz und Kontinuität des Selbst werden somit kontextabhängig, flexibel konstruiert, seine Stabilität beruht nicht mehr auf substanziellen Identifikationen«.

Gerade diese Erosion fester Identitätskonstrukte bringt auf der ideologischen Ebene ein umso verzweifelteres

Festhalten an jenen hervor. Auch wenn das Verwildern der Grenzen zwischen den Sphären der Produktion und der Reproduktion (vgl. Scholz 1998) nichts daran ändert, dass weiterhin 90% der alleinerziehenden Frauen sind und die patriarchale Unterdrückung so allgegenwärtig wie eh und je ist – den Verteidiger_innen männlicher Vorrechte schlottern bereits aufgrund oberflächlicher sozialer Veränderungen die Knie. Diskutiert werden von ihnen nicht die gesellschaftlichen Fundamente von Identitätsformen, sondern lediglich die Identitätskonzepte als solche. Wenn diese sich verändern, wird dahinter keine soziale Dynamik erkannt, sondern das bewusste Handeln von Akteuren, die falschen Normen und Werten anhängen würden. So wird Ignoranz gegenüber den sozialen Dynamiken des Kapitalismus zu veritabler Paranoia vor einer manipulativen Gender-Umerziehung.

4. Für eine feministisch-materialistische Kritik!

Die erstarkenden rassistischen und sexistischen Interpretationsansätze der Realität lassen sich nur mit einer feministisch-materialistisch ausgerichteten Kritik präzise angreifen. Aber was können Grundlagen einer solchen Kritik sein? Die Bagatellisierung des Patriarchats als vom ökonomischen Klassenwiderspruch abzuleitenden Nebenwiderspruch vor Augen, ist ein Bruch mit dem ökonomistisch verkürzten Marxismus, wie er in der BRD-Linken der 70er Jahre dominant war, ohne Frage notwendig. Das Klassenverhältnis ist formal im Kapitalismus angelegt, es ist aber kein starrer Antagonismus, der allen anderen sozialen Verhältnissen vorausgeht. Vielmehr wäre der Kapitalismus nicht als reine Produktionsweise, sondern als umfassendes soziales Verhältnis zu begreifen. Die Produktion und der Tausch von Waren prägen in der Moderne alle Beziehungen von Menschen zueinander und zwar weit über die ökonomische Sphäre hinaus. Roswitha Scholz (1992) beschreibt das Patriarchat als bereits in der Wertform angelegte Herrschaftsweise.

Ursächlich dafür ist eine Abspaltung aller Tätigkeiten, die nicht unter die Logik von Wert und abstrakter Zeit subsummierbar sind, weil sie emotionale Zuwendung, Beziehung und vollumfängliche Verantwortungsübernahme erfordern. Die Reproduktions- oder Caring-Tätigkeiten sind nicht vollends in Form von Arbeitskraft über den Markt vermittelbar, auch wenn es in der Spätmoderne Tendenzen dazu gibt, auch diese Tätigkeiten lohnarbeitsförmig zu organisieren. Dennoch können sie nie ganz in der Zweckrationalität der zu Markte getragenen Arbeitskraft aufgehen und bilden somit strukturell eine von der Ökonomie abgespaltene Sphäre. Das Widersprüchliche an diesem Zusammenhang ist, dass während der Wert nicht in der Lage ist, die Reproduktionstätigkeiten reibungslos in seine Logik einzugliedern, sie zweifellos eine Voraussetzung dafür bilden, dass es überhaupt eine Wertvergesellschaftung geben kann. Die Arbeitskraft kann sich nie rein dadurch reproduzieren, dass sie mit Geld bezahlt wird – es muss Caring, Beziehung, teils auch Pflege dahinter stehen. Die Reproduktionstätigkeiten sind also durchaus mit dem Selbstzweck der Wertverwertung verknüpft, müssen

aber so organisiert sein, dass sie nicht vollends in seiner Rationalität aufgehen, da sie sonst ihren Zweck gerade nicht erfüllen würden. Beziehung, die rein auf reflektierten rationalen Interessen beruht, ist eben keine Beziehung mehr. Genau an diesem Widerspruch knüpft sich das Patriarchat in den Kapitalismus ein. Zwar gab es durchaus ein Patriarchat vor dem und ohne den Kapitalismus, der Kapitalismus jedoch hat sich das Patriarchat auf eine Weise nutzbar gemacht, die auch dem Patriarchat eine ganz neue Dynamik verschafft hat. Die unmittelbare patriarchale Unterdrückung leistet das, was die vermittelten Zwänge der Wertverwertung allein nicht bewerkstelligen können. Durch Erziehung, emotionale Abhängigkeiten, psychische und physische Gewalt und sozialen Druck werden die – identitätslogisch als solche definierten – Frauen in die Reproduktionssphäre gedrängt.

Auch wenn in der Spätmoderne die Grenzen zwischen Produktion und Reproduktion, wie bereits beschrieben, im Verwildern begriffen sind: die gewaltvolle Verknüpfung der Reproduktionstätigkeiten mit den Frauen bleibt. Wenn auch vielleicht an manchen Stellen weniger offensichtlich. Patriarchat und Kapitalismus sind somit in ihrem tiefsten Kern miteinander verwoben und nicht mehr getrennt voneinander zu denken. Genau deshalb ist der Feminismus auch kein Nebenwiderspruch.

5. Jenseits von Nebenwiderspruch und Kulturidealismus

Gewissermaßen wäre unsere Situation einfacher, wenn die Rechten Recht hätten und Umerziehung der Schlüssel zu einer Gesellschaft jenseits von Nation und Patriarchat wäre. Die Lage ist allerdings viel komplexer. Sie erfordert einen Widerstand, der zur Kunst wird, indem er es schafft, auf die verstellte soziale Wirkungsmacht der Subjekte zuzugreifen (vgl. Hetzel 2001, S. 165 und Kreuzer 2015, S. 46ff). Das kapitalistische Patriarchat ist letztlich weniger ein ›System‹ als eine Vergesellschaftungsform, also eine Art und Weise wie Gesellschaft hergestellt wird. Dies geschieht aber nicht nach dem Muster eingeschriebener Normen und Werte sondern mittels einer zwanhaften Logik, die erst durch das soziale Handeln der Konkurrenzsubjekte entsteht und von diesen nicht bewusst in Gang gesetzt wird. Die Zwänge zu durchbrechen erfordert eine radikal-kreative und

reflektierte kollektive Praxis, die bisher noch nicht in Sicht ist. Der Feminismus ist dabei kein Nebenwiderspruch, der gelöst wird, wenn man(n) das ökonomische Regulationsmodell ändert. Er ist ein wesentlicher Teil des Bestrebens, die herrschenden Zwänge von innen zu durchbrechen und muss als verwoben mit dem Kommunismus begriffen werden. Erst beides zusammen gedacht wäre in der Lage, die wirkliche Bewegung hervorzubringen, die alle bestehenden Unterdrückungsformen umwirft.

Literatur:

Degele, Nina (2008). Gender/Queer Studies. Eine Einführung. Paderborn.

Hetzel, Andreas (2001). Zwischen Poiesis und Praxis. Elemente einer kritischen Theorie der Kultur. Würzburg.

Kreuzer, Karl-Heinz (2015). Kulturalismus und soziale Krise. URL: <http://www.rethnologie.info/wordpress/aufsatz-kulturalismus-und-soziale-krise/>

Kurz, Robert (2003). Weltordnungskrieg. Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung. Bad Honnef.

Pirinçci, Akif (2014). Deutschland von Sinnen. Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderer. Waltrop.

Rosa, Hartmut (2005). Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Frankfurt a.M.

Scholz, Roswitha (1992). Der Wert ist der Mann. Thesen zu Wertvergesellschaftung und Geschlechterverhältnis. URL: <http://www.exit-online.org/textanz1.php?tabelle=schwerpunkte&index=3&posnr=20&backtext1=text1.php>

Scholz, Roswitha (1998). Die Verwilderung des Patriarchats in der Postmoderne. URL: <http://www.exit-online.org/textanz1.php?tabelle=auto-ren&index=25&posnr=38&backtext1=text1.php>

Schwarzer, Alice (2015). Hat Merkel unrecht? URL: <http://www.aliceschwarzer.de/artikel/alice-schwarzer-hat-merkel-recht-oder-unrecht%3F-330737>

Karl-Heinz Kreuzer hat mehrere Texte und Aufsätze zur kapitalistischen Krise in Zusammenhang mit der Krise von Nationalstaat, Kulturbegriff und Stadt veröffentlicht. Diese und einiges mehr sind auf seinem Blog www.rethnologie.info nachzulesen. Überdies schreibt er als »Institut für Rethnologie« auf dem radikal linken Recherche- und Analyseblog www.sechel.it. Auf twitter ist er unter @rethnologie zu finden.





Österreichische Zustände – aktuelle rassistische Mobilisierungen in der Alpenrepublik

autonome antifa [w] ien

Über die aktuellen rassistischen Mobilisierungen in der Alpenrepublik, den ideologischen Charakter der FPÖ, sowie die Aufgaben und Perspektiven einer radikalen Linken

Als am Donnerstag, dem 27. August 2015, dutzende Menschen tot in einem LKW auf der Ostautobahn im österreichischen Burgenland entdeckt wurden, war das Entsetzen groß. Mehr als 70 Flüchtende erstickten bei dem Versuch von Ungarn über die Grenze nach Österreich zu gelangen. Innenministerin Johanna Mikl-Leitner zeigte sich schockiert über die Resultate ihres eigenen politischen Handelns und sprach von einem »dunklen Tag« der »uns alle betroffen macht«, um im selben Atemzug eine »Aktion, scharf gegen Schlepper« anzukündigen. Das europäische Grenzregime, das Menschen auf der Flucht in lebensbedrohliche Situationen zwingt, hatte nun auch in Österreich einer großen Zuschauer_innenzahl seine mörderischen Konsequenzen offenbart. Währenddessen saßen tausende Refugees am Hauptbahnhof in Budapest fest, da die ungarische Polizei ihnen die Weiterreise verwehrt. Ohne ausreichende Versorgung und teilweise Angriffen von Nazis und/oder Polizei ausgesetzt beschlossen sie, sich zu Fuß auf einen Marsch Richtung österreichische Grenze aufzumachen und forderten dadurch das Migrationsregime erneut heraus. Mit Erfolg! Der selbstorganisierte Protest und die anhaltenden Kämpfe von Flüchtenden brachten in weiterer Folge das Dublin-System ins Wanken. Seitdem begann sich das einzupendeln, was uns bis heute bekannt ist: Die Regierungen fast aller europäischen Staaten diskutieren über Grenzsicherungen, den Ausbau der Festung Europa und die »Sicherung der

Außengrenzen«, über Asylrechtsverschärfungen und Kapazitätsgrenzen.

In der österreichischen Zivilgesellschaft entwickelte sich spätestens nach jenem 27. August ein Problembewusstsein. Während einer antirassistischen Demonstration am 31. Oktober in Wien kamen die ersten Refugees mit einem ganzen Zug von Ungarn am Westbahnhof an. Als an diesem Tag über 25.000 Menschen in Wien auf die Straße gingen, baute gleichzeitig ein weiterer Teil der Zivilgesellschaft spontane und lang anhaltende Solidaritätsstrukturen auf, um die fehlende staatliche Unterstützung mit dem Notwendigsten auszugleichen. Konvois mit bis zu hundert Autos brachen in den Folgetagen aus Wien und anderen Städten auf, um Fluchthilfe zu leisten und damit die Festung Europa politisch anzugreifen. Am 3. Oktober fand in Wien erneut eine antirassistische Großdemonstration statt, der sich über 50.000 Menschen anschlossen. Als Gruppe organisierten wir einen antinationalen Block, an dem sich Hunderte beteiligten, um auf der Demo zum Ausdruck zu bringen, dass humanitäre Hilfe zu leisten zu wenig ist und Antirassismus und die Kritik an der Festung Europa auch immer eine Kritik an nationalstaatlicher Ausgrenzung sein muss. So hieß es in unserem Aufruf: »wie es keine Atomkraftwerke ohne Atom Müll geben kann, keinen Kapitalismus ohne Krise, kann es auch keinen Nationalstaat geben, ohne die beständige gewaltsame Ausgrenzung von Nicht-Staatsangehörigen.« (1)

Nach der Demo fand ein Konzert mit 100.000 Menschen unter dem Motto »Voices for Refugees« auf dem Wiener Heldenplatz statt. Aufgrund der großen Teilnehmer_innenzahl und am Charakter der Veranstaltung kurz vor der

Wien-Wahl konnte man sich als aufmerksame_r Beobachter_in der österreichischen Verhältnisse schon ausmalen, wohin das Ganze führt: Einem großen Teil der Konzertbesucher_innen ging es wohl nicht vordergründig um Geflüchtete. Im besten Fall ging es ihnen darum, ihr Gewissen zu beruhigen oder einfach die Toten Hosen zu sehen, im schlechtesten Fall ging es um nationale Identifikation, um die Inszenierung als das »bessere Österreich«. So verwundert es kaum, dass die Veranstalter_innen den Bundespräsidenten zur Ansprache baten. Es handelte sich um eine zutiefst unpolitische Veranstaltung, deren politische Momente sich eher an nationalen Identitätsbegehren, anstatt an einer Kritik an diesen entfaltete.

Am Wochenende darauf zeigte sich, dass diese unkritische Symbolpolitik nichts an den realen Kräfteverhältnissen ändern kann. Die rechtsextreme FPÖ gewann in Wien ordentlich dazu, nahezu jede_r dritte Wähler_in hat in Wien einer völkisch-nationalistischen Partei mit Verbindungen zum Neonazismus ihre Stimme gegeben. In Stadtteilen wie Simmering, traditionellen Arbeiter_innenvierteln, wurde die FPÖ erstmals stärkste Kraft. Auch in Oberösterreich bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen hatte die FPÖ starke Zuwächse zu verzeichnen und stellt seitdem gemeinsam mit der konservativen ÖVP eine rein männliche (2015!) Landesregierung.

Der Sommer des Helfens wurde nun auch offiziell vom nationalen Schweineherbst abgelöst. Die gesellschaftspolitische Debatte um Flucht und Migration wurde zunehmend von Rechts dominiert und der in der österreichischen Gesellschaft schlummernde Rassismus brach sich zunehmend Bahn. Wäh-

rend die FPÖ bislang die autoritären Gebäuden der von Abstiegsängsten und rassistischen Untergangsszenarien gebeutelten Österreicher_innen für ihren parlamentarischen Erfolg kanalisieren konnte, artikuliert sich dieser Rassismus nun auch zunehmend auf der Straße. In Spielfeld, jenem oststeirischen Ort an der österreichisch-slowenischen Grenze, der den Rechten zum Symbolbild des »Asylchaos« geworden zu sein scheint, fanden nahezu im Wochentakt rassistische Aufmärsche gegen Geflüchtete mit bis zu 600 Teilnehmenden statt. Am 15. November mobilisierte erstmals die »Identitäre Bewegung« nach Spielfeld, um im Zusammenspiel mit Neonazis und »besorgten Bürgern« ihre Menschenverachtung auf die Straße zu tragen und Flüchtenden ihr »NO WAY«-Banner entgegen zu halten. Wir beteiligten uns maßgeblich am Bündnis »Kein Spielfeld für Nazis«, welches Gegenproteste organisierte. (2) Aus Wien reisten vier Busse zur Demo an, mittels Fingertaktik und zivilem Ungehorsam wurden Polizeiketten durchflossen und an zwei Punkten die Aufmarschroute blockiert. Trotz dieser Blockaden, welche teilweise von Neonazis gewaltsam durchbrochen wurden, konnte der Aufmarsch zwar stattfinden, wurde aber empfindlich gestört und verzögert. Im Anschluss gingen noch 80 Autos der angereisten Rechtsextremen kaputt.

Vereinzelte fanden auch »Proteste« gegen die Unterbringung von Geflüchteten statt. Es ist zu befürchten, dass diese Art von rassistischer Mobilisierung noch zunehmen könnte. Die österreichische Regierung hat ein Durchgriffsrecht beschlossen, um Unterkünfte in Gemeinden eröffnen zu können, auch wenn diese dem nicht zustimmen. Trotz der vereinzelten Versuche, auf der Straße eine außerparlamentarische rassistische Bewegung zu etablieren, bleibt der erfolgreichste Arm der völkisch-nationalistischen Rechten ohne Zweifel die FPÖ. Um deren gesellschaftlichen Erfolg zu erklären, macht es Sinn, einen Blick auf die Entwicklungsgeschichte und den ideologischen Charakter dieser Partei zu werfen.

Die FPÖ zwischen Rechtsextremismus und Neonazismus (3)

Die Freiheitliche Partei Österreich (FPÖ) ging 1955 aus dem Verband der Unabhängigen (VdU) hervor, wel-

cher sich als Vertreter der ehemaligen NSDAP-Mitglieder sah und seine Reihen mit diesen füllte. Es war ein Sammelbecken von Altnazis, Deutschnationalen und wenigen Nationalliberalen. Letztere wurden mit der Auflösung des VdU und der Umgestaltung zur FPÖ aus der Partei gedrängt, um diese auf einen strikt deutsch-völkischen Kurs zu bringen. Die weitere Geschichte der FPÖ kann als stetiger Kampf zwischen dem deutsch-völkischen und dem nationalliberalen Flügel innerhalb der Partei beschrieben werden. Dieser ständigen Konflikts erschwert die Darstellung der ideologischen Ausrichtung der FPÖ; Diese wirkt oft widersprüchlich und kann auch wegen der Länge des Textes nicht vollständig aufgeschlüsselt werden.

Als erster Bundesparteiohmann wurde Anton Reinthaller gewählt. Dieser war seit 1930 Mitglied der NSDAP, Angehöriger der Regierung um Seyß-Inquart und später SS-Brigadeführer. In seiner Antrittsrede betonte er in deutschnationaler Manier, »der nationale Gedanke bedeutet in seinem Wesen nichts anders als das Bekenntnis der Zugehörigkeit zum deutschen Volk.« Reinthaller wurde nach seinem Tod 1958 von Friedrich Peter in seiner Position als Bundesparteiohmann beerbt. Auch dieser war ehemaliges Mitglied der SS und der Einsatzgruppe C zugeteilt, welche maßgeblich an Massenerschießungen beteiligt war. Die Liste von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern bzw. Wehrmachts-, SS-Angehörigen und anderen NS-Täter_innen, welche sich der FPÖ anschlossen könnte schier endlos weitergeführt werden. Doch schon diese beiden können gut als Beispiel dafür angeführt werden, dass in Österreich nach 1945 keine Aufarbeitung, geschweige denn ein vollständiger Bruch mit der nationalsozialistischen Vergangenheit erfolgte. Damit verbunden ist auch eine wenig bis gar nicht erfolgte Aufarbeitung mit der Epoche vor dem Nationalsozialismus in Österreich – des sogenannten Austrofaschismus. Im Vordergrund steht dabei häufig die Betonung des eigen- und widerständigen Österreichs im Gegensatz zum nationalsozialistischen Deutschland. Dass unter dieser als Ständestaat verharmlosten Epoche nicht nur ein unterwürfiges Sozialpartnerschaftsdenken geschaffen wurde, welches Kapital, Arbeit und Staat – bis heute – unter dem nationalen Dach zu vereinen weiß, sondern auch der Weg

für den Nationalsozialismus bereitet wurde, wird häufig vergessen.

Mit dem »Anschluss« an das Deutsche Reich wurden schließlich die Wünsche der »Volksdeutschen« befriedigt. Sie durften endlich »heim ins Reich« und so sahen auch prominente Sozialdemokrat_innen wie Karl Renner dem »Anschluss« »mit freudigem Herzen« entgegen. Nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft und dem Verbot, sich wieder an das »deutsche Vaterland« anzuschließen, stand die Politik wieder vor dem leidigen Thema Nationalbewusstsein, da die Gründung der Republik – wie schon 1918 – gegen den Willen der »Volksgegnossen« stattfand. Es wurde versucht, einen Österreich-Patriotismus durch Abgrenzung zum Nationalsozialismus und Überbetonung des österreichischen Widerstands aufzubauen. Dies spielte bei der Etablierung des Opfermythos eine wichtige Rolle, welcher Österreich als erstes Opfer des Nationalsozialismus darstellt. Das bot der nationalen Identität wieder einen positiven Bezugsrahmen und machte es möglich, sich mit der österreichischen Nation zu identifizieren, ohne sich den Verbrechen des Nationalsozialismus stellen zu müssen.

War die FPÖ in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens eine Kleinpartei und bewegte sich zwischen fünf und zehn Prozent der Wähler_innenstimmen, erlebte sie mit dem Aufstieg Jörg Haider und einem damit verbundenen Kurswechsel einen stetigen Aufschwung. Haider erlangte in einer Kampfabstimmung 1986 gegen den national-liberalen Norbert Steger das Amt des Bundesparteiohmanns und brachte die Partei wieder auf einen völkisch-nationalistischen Kurs. Haider baute die FPÖ zu einer autoritären Führerpartei um und verlieh ihr eine ideologische und personelle Erweiterung. Der bis in die Mitte der 1990er verfolgte Deutschnationalismus erwies sich als nicht mehr breitenauglich und wurde von einem »aggressiven Österreichpatriotismus« (4) abgelöst. Die FPÖ wurde zum Sammelbecken verschiedener ideologischer Strömungen, welche von neoliberal bis national-sozial reichten. Auch in der Familienpolitik wurden Änderungen vorgenommen. Die »österreichische Familie« stellte schon immer einen zentralen Punkt in der Politik der FPÖ dar. Wurde aber im Parteibuch unter Norbert Steger noch darauf hingewie-

sen, dass man gegen die Diskriminierung »anderer, frei gewählter Formen des Zusammenlebens« sei, so lehnte die FPÖ seit Jörg Haider gleichgeschlechtliche Partner_innenschaften dezidiert ab. Diese Fraktionierung innerhalb der Partei führte zu einer ersten Spaltung. Der liberalere Flügel (fünf Abgeordnete) der FPÖ trat 1993 nach dem Erstarken des völkischen Flügels aus der Partei aus und bildeten das Liberale Forum (LIF).

Jörg Haider sorgte mit seinen Aussagen zum Nationalsozialismus immer wieder für Aufsehen. Unter anderem verwies er in einer Rede im Kärntner Landtag darauf, dass das Dritte Reich eine »ordentliche Beschäftigungspolitik« gehabt hätte. In einem Interview mit der Presse bezeichnete er die FPÖ als »Schädlingsbekämpfungsmittel für die Demokratie«, welche in Österreich von »Schwarzen und Rothäuten, die nicht – wie üblich – im Reservat leben« (5) regiert würde. Mit solchen Aussagen und dem zuvor erwähnten Kurswechsel gelang es bei der Nationalratswahl 1999 zur zweitstärksten Partei aufzusteigen und an der Regierungsbildung beteiligt zu werden. Der Koalition von ÖVP und FPÖ trat ein breiter Widerstand entgegen. Einerseits auf nationaler Ebene in Form von wöchentlich abgehaltenen Donnerstagsdemonstrationen und andererseits auf internationaler in Form von EU-Sanktionen. Dies verhinderte schließlich eine aktive Regierungsbeteiligung von Jörg Haider und die FPÖ musste die Regierungsreihen mit unbekannteren Gesichtern des moderateren Flügels füllen. Der Konflikt zwischen den Haideranhänger_innen und den FPÖ-Regierungsmitgliedern führte 2002 zur Einberufung eines außerordentlichen Parteitag. In Knittelfeld erfuhr die FPÖ einen weiteren Rechtsruck, was zu Rücktritten und schließlich zu Neuwahlen führte. Bei diesen verlor die FPÖ beinahe zwei Drittel ihrer Wähler_innenstimmen, wurde aber trotzdem an der neuen Regierung beteiligt.

2005 kam es zum endgültigen Bruch. Die immer autoritär-neoliberalere Politik von Jörg Haider und seiner »Buberlpartie«* verlor an Rückhalt der völkisch-nationalistischen Parteibasis. Dies führte schließlich zum Austritt Haiders aus der FPÖ, der mit einem kleinen Teil seiner Anhänger_innenschaft das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) gründete, welches

aber – außer in Haiders Kärntner Wahlheimat – erfolglos blieb. Nach dem »tragischen« Tod der Führerfigur 2008 kann das BZÖ endgültig als unwichtig eingeschätzt werden. Heinz-Christian Strache wurde 2005 zum neuen Parteiohmann der FPÖ gewählt und setzte auf eine strikte Oppositionsstrategie. Damit erreichte die Partei bei den folgenden Wahlen große Erfolge.

Heribert Schiedel, Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands (DÖW), meint, dass es seit 2005 zu einer Re-Ideologisierung der FPÖ kam. Die heutige FPÖ ist ein Sammelbecken von rechtsextremen Ideologien mit guten Verbindungen zum Neonazismus. Dabei nehmen die seit 2005 innerhalb der Partei wiedererstarbten Burschenschaften eine wichtige Scharnierfunktion ein, womit ein offeneres Bekenntnis der FPÖ zum völkischen Deutschnationalismus verbunden ist. So wird beispielsweise bei Angelobungen von allen Abgeordneten der FPÖ die blaue Kornblume (Zeichen des Deutschnationalen und Symbol für verbotene Nazis in der Zwischenkriegszeit) getragen und sich zur »deutschen Kulturgemeinschaft« (6) bekannt.

Die Verbindungen zum Neonazismus können gut an der Diskussion um das Verbotsgesetz, welches jede Wiederbetätigung im Sinne des Nationalsozialismus verbietet, aufgezeigt werden. 2006 forderte die FPÖ eine (teilweise) Abschaffung dieses Verfassungsgesetzes unter dem Vorwand der Meinungsfreiheit. Damit werden die NS-Propaganda und Leugnung von NS-Verbrechen als legitime Meinungen verharmlost. In öffentlichen Debatten distanziert sich die FPÖ zwar vom Nationalsozialismus, doch immer verbunden mit dessen Relativierung und/oder Selbst-Viktimisierung. So werden häufig die NS-Verbrechen mit den angeblichen »Kriegsverbrechen« von Partisan_innen oder dem »Bombenterror« (7) der Alliierten aufgerechnet. Auch beim Thema Wehrmachtsdeserteure wird eindeutig Stellung bezogen. Für Strache sind diese »Täter«, die »Unschuldige am Gewissen« (8) hätten.

Ein weiteres Merkmal der FPÖ ist ihr (struktureller) Antisemitismus. Dieser äußert sich vor allem in ihren Krisenanalysen und in einer ressentimentgeladenen Kritik an den Oberflächenerscheinungen des Kapitalismus, kann

sich aber nach Auschwitz nur mehr in codierter Form äußern. Dabei werden keine sozioökonomischen Verhältnisse kritisiert, sondern die Schuld wird einer unmoralischen kleinen Personengruppe zugewiesen. »Internationale Spekulanten« (9), »raffgierige Bankmanager« (10) und »Heuschreckenunternehmen« (11) hätten die Krise verschuldet und werden zum Feindbild erklärt. So verwundert es auch nicht, dass auch im Nahostkonflikt eine klare Stellung bezogen wird. Der »Zionistenstaat« Israel führe einen »Vernichtungsfeldzug gegen die Palästinenser«, welche im »Freiluftkonzentrationslager Gazastreifen« (12) untergebracht werden würden. Auch mit einem »FPÖ-Veto gegen [einen] EU-Beitritt von Türkei und Israel« – wobei letzterer (bekanntlich) nie Thema war – wurde Werbung gemacht. Die neuerdings ins Feld geführte Israelfreundlichkeit der FPÖ dient demgegenüber rassistischer Instrumentalisierung. Antisemitismus wird dann kritisiert, wenn es der rassistischen Agitation gegen Muslime dient, welche ihn von außen in die österreichische Gesellschaft »importieren« würden. Diese Strategie ist dem Umstand geschuldet, dass offener Antisemitismus im Vergleich zu antimuslimischen Rassismus tabuisiert ist und soll den Antisemitismus als vermeintlich »fremdes« Phänomen externalisieren. Eine klare Anti-Globalisierungspolitik stellt einen weiteren ideologischen Bezugspunkt der FPÖ dar. So wurde unter anderem mit dem Slogan »sozial geht nur national« geworben und das »Europa der Vaterländer« als »Bollwerk gegen die Globalisierung« (13) bezeichnet.

Der Bezugspunkt eines neuen Rassismus hat sich von »Rasse« hin zur »Kultur« verschoben. Dem homogenisierten Eigenen ist dabei immer der Vorzug zu geben. Die FPÖ sieht sich dabei zur Bewahrung der »eigenen« Kultur gegen das »rückständige« Andere verpflichtet. So wird – zum Teil auch jeder kapitalistischen Verwertungslogik widersprechend – gegen Migrant_innen mobilisiert. Vor allem muslimische Migrant_innen sehen sich mit massiver Negativpropaganda konfrontiert. Der Islam sei – laut Johann Gudenus – nicht integrierbar und »solche Leute haben sich eine Einbürgerung nicht verdient« (14). Dabei wird häufig auch auf NS-Vokabular zurückgegriffen. Zum Beispiel sprach selbiger von einer stattfindenden »Umvolkung«, wel-

che zu verhindern sei. Auch das Wort »N***« ist kein Tabu innerhalb der FPÖ, Susanne Winter (mittlerweile wegen offenem Antisemitismus aus der Partei ausgeschlossen) etwa sieht dies nicht als ein Schimpfwort, sondern »als Bezeichnung einer Menschenrasse« (15).

Die FPÖ ist als Männerpartei auch als antifeministisch und homophob einzu-stufen. Um das »Eigene« zu schützen, muss dieses auch gefördert werden. Somit stellt die »österreichische Klein-familie« – da nur diese Kinderreichtum gewährleisten könne – den positiven Bezugsrahmen der freiheitlichen Familienpolitik dar. Dass dabei die Geschlechterrollen klar verteilt sind, versteht sich von selbst. Die FPÖ ist nicht nur Abbild einer patriarchalen Gesellschaft, sondern zielt auf noch striktere Geschlechterrollen ab. Heinz-Christian Strache und Andreas Mölzer sprechen in Interviews gerne von einer »Herrschaft des Feminismus« und einer »Lobby der Schwulen und Lesben« (16). Weiter wird Homosexualität als Krankheit oder als »Kultur des Todes« (17) bezeichnet.

Anhand der Rechtsextremistentheorie von Willibald Holzer (18) und aufgrund dieser Merkmale ist die FPÖ eindeutig als rechtsextrem zu bezeichnen. Nach dieser Theorie ist der Begriff Rechtsextremismus nicht unbedingt mit dessen Ablehnung der parlamentarischen Demokratie verbunden. Rechtsextremismus wird hierbei vor allem durch die Behauptung einer »natürlichen« Ungleichheit, verbunden mit der Trias Gemeinschaftsdünkel, Autoritarismus und Rassismus/Antisemitismus bestimmt. Die Verwendung des Begriffes rechtspopulistisch wäre eine klare Verharmlosung dieser menschenverachtenden Politik. Bestimmt man aber den Rechtspopulismusbegriff als politischen Stil und den Rechtsextremismus als inhaltlich-ideologisch, so kann eine Partei rechtspopulistisch und rechtsextrem zugleich agieren. Gerade in letzter Zeit versucht sich die FPÖ staatsmännischer zu geben und die Parteispitze versucht in öffentlichen Aussagen und Debatten moderater aufzutreten. Diese Strategie sollte aber keineswegs darüber hinwegtäuschen, dass der ideologische Kern der FPÖ weiterhin ein völkisch-rechtsextremer ist. Auch bedeutet das Arrangement der FPÖ mit der Demokratie als Form keinesfalls, dass die FPÖ eine demokratische Partei ist. Vielmehr artikuliert

sich der modernisierte Rechtsextremismus nicht mehr gegen die sondern in der Demokratie. Er will die Demokratie nicht abschaffen, aber im Sinne von Ethnokratie umdeuten. Diese Umdeutungsbestrebungen stehen im Widerspruch zu den aufklärerischen Ideen der Gleichheit des Individuums, da in dieser »identitären« Demokratie die Gemeinschaft, das Volk, als alleiniger Träger von Rechten über den Einzelnen gestellt wird. (19) Die Charakterisierung der FPÖ als rechtsextrem bedeutet jedoch nicht, dass ihre Wähler_innen, ja nicht einmal ihre Funktionär_innen und Mitglieder, allesamt Rechtsextreme wären. Dennoch muss der ideologische Charakter der Partei ernst genommen und die inneren Widersprüche, welche wie oben ausgeführt auch immer wieder zu Brüchen innerhalb der Partei führen, in die Kritik miteinbezogen werden. Diese Widersprüchlichkeit macht sich auch in der Wirtschaftspolitik der FPÖ bemerkbar, in der ein fetischisierter und ressentimentgeladener »Antikapitalismus« mit neoliberalen Programmatiken kollidiert. Die FPÖ als »neoliberale« Partei zu kritisieren, ist eine falsche Vereindeutigung und dient der linken Selbstvergewisserung, dass die Thematisierung der »soziale Frage« stets das alleinige Terrain der Linken wäre.

Dass mit solchen Inhalten in einem postnazistischen Land so erfolgreich Politik gemacht werden kann und mit der FPÖ Koalitionen eingegangen werden, ist bezeichnend. Es zeigt abermals auf, dass solche Positionen gesellschaftsfähig sind und nicht im luftleeren Raum herumirren. Das Problem heißt daher auch nicht FPÖ, sondern Österreich!

Was tun?

Die FPÖ ist keine rechtsextreme Randgruppe, der man mit den herkömmlichen antifaschistischen Aktionen beikommen könnte. Natürlich sind Gegenmobilisierungen zu ihren strategisch wichtigsten Events sinnvoll, ihre Wahlkämpfe könnten auch noch stärker und kreativer begleitet werden. Dennoch setzt innerhalb der antifaschistischen Linken eine Mischung aus Frustration und Gewöhnung ein. Frustration, da der FPÖ kein aktiver Schaden zugefügt werden kann und wir zu wenige sind. Gewöhnung, weil es den Anschein hat, dass rechtsextreme Aussagen zum Alltag geworden sind und keinen großen Skandal mehr hervorru-

fen. Die Politik greift die Debatten der Rechtsextremen auf, äußert Verständnis für die »Ängste der Bürger«. Ganz so, als sei es eine Naturnotwendigkeit, dass bei ein paar tausend Flüchtlingen der österreichischen Bevölkerung Angst und Bange wird. Viele Forderungen der FPÖ wurden und werden von den Regierungsparteien umgesetzt. Angesichts der österreichischen Zustände steht die antifaschistische Linke diesen Entwicklungen fast schon hilflos gegenüber. Dabei wäre der Kampf gegen die FPÖ gerade ein Kampf gegen jene österreichischen Zustände, in der autoritäre Einstellungen weit verbreitet sind. Und das macht die Sache auch so schwierig.

Auch in Bezug auf die aktuellen Debatten um Grenzzäune und Asylrechtsverschärfungen bleibt die radikale Linke merkwürdig stumm. Der Großteil des linken Protests schöpft sich in Forderungen und Petitionen, die auf den Staat gerichtet sind. Genau hier zeigt sich erneut die Schwäche und Ohnmacht der radikalen Linken: Anstatt zu versuchen, den zivilgesellschaftlichen Protest zu radikalisieren und die inneren Widersprüche aufzuzeigen, wird sich mit der eigenen Ohnmacht und Hilflosigkeit identifiziert und der Staat, dessen Grenzregime für dieses Schlammassel erst verantwortlich ist, wird angerufen doch endlich zu handeln.

Die aktuellen Herausforderungen der radikalen Linken stellen sich für uns wie folgt dar: Wie können antifaschistische und antirassistische Abwehrkämpfe besser und zielgerichteter geführt werden? Und – vor allem – wie kann es geschafft werden, über diese Abwehrkämpfe hinaus zu kommen? Und wie lassen sich diese Kämpfe transnational organisieren? Betrachtet man die aktuelle gesellschaftliche Situation, so erscheint eine rechte Konterrevolution nicht nur als eine Möglichkeit, sondern muss vielmehr als eine realistische Option betrachtet werden. Die Wahlerfolge der FPÖ in Österreich, des Front National in Frankreich oder der AfD in Deutschland – ganz zu schweigen von Ungarn, dessen völkisches Krisenmanagement große gesellschaftliche Bereiche durchdrungen hat – schaffen es, rechtsextreme Positionen in der Gesellschaft hegemonialer werden zu lassen. Die Grenze des Sagbaren wird immer weiter nach rechts verschoben. Europäische Faschist_innen basteln derweilen an der völkischen Neukonzeption

Europas und wittern Morgenluft. Hier muss eine antifaschistische Linke neue Strategien entwickeln, wie man diesem gesellschaftlichen Rechtsruck begegnen kann. Die Beantwortung dieser Frage hängt unmittelbar mit der zweiten zusammen. Angesichts der Schwäche der radikalen Linken in Österreich müssen wir Aufbauarbeit leisten. Nach dem Aufbau einer handlungsfähigen radikalen Linken, einer langwierigen und leisen politischen Arbeit, müssen wir raus aus der Szene und rein in das Handgemenge der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Die radikale Linke muss wieder an den Alltagserfahrungen und Kämpfen ansetzen und dabei ein Angebot schaffen. Sie muss Kämpfe vernetzen und politisieren und sich dabei einer Arbeitsteilung untereinander bewusst werden. Beispielsweise müsste es geschafft werden, Geflüchtete als politische Subjekte ernst zu nehmen und hier Verbindungslinien zwischen unseren Kämpfen um ein besseres Leben jenseits von nationalstaatlichen Grenzregimen und kapitalistischer Ausbeutung herzustellen.

Denjenigen, die es unter Einsatz ihres Lebens schaffen, die tödlichen Grenzen der Festung Europa zu überwinden, wird hier staatlich organisiert das Leben zur Hölle gemacht. Sie werden zur Untätigkeit verdammt und in die gesellschaftliche Isolation gedrängt, sind dem alltäglichen Rassismus ausgesetzt und müssen in unterbezahlten prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Hier gibt es genug Anknüpfungspunkte, um keine Stellvertreter_innenpolitik zu führen, sondern unsere gemeinsamen Interessen zu verbinden und in unseren Kämpfen zu bündeln. Eine emanzipatorische Linke muss diese Debatte weiterführen und Handlungsperspektiven eröffnen. Wir laden alle dazu ein, sich gemeinsam mit uns diesen Herausforderungen zu stellen! Gelegenheiten wird es dazu geben.

Begriffsbestimmung Rechtsextremismus

Wir sind uns der Problematik, die mit dem Begriff des Rechtsextremismus zusammenhängt, bewusst. Wir beziehen uns hier auf den Rechtsextremismusbegriff, den das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW) verwendet und der von Willibald I. Holzer ausformuliert wurde (Willibald I. Holzer:

Rechtsextremismus. Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze. In: DÖW (Hrsg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien, 1993). Holzer verwendet den Begriff nicht im Sinne einer totalitarismustheoretischen Gegenüberstellung von Rechts- und Linksextremismus, sondern als Terminus, in dem sich unterschiedliche Definitionsmerkmale bzw. Ideologeme zu einem Idealtypus (Max Weber) verdichten. Rechtsextreme Einstellungen werden so nicht als das ganz andere der »guten« Mitte begriffen, sondern als extreme Steigerungsform bürgerlicher Wertevorstellungen. Aber warum konnte sich in Österreich ein ganz anderer Begriff des Rechtsextremismus durchsetzen als in Deutschland? Eine Differenzierung in »rechtsextremistisch« oder »links-extremistisch« wird in Deutschland entlang des Verhältnisses zur FDGO bestimmt. In Österreich gibt es aber in der Verfassung eine explizite Antinazigesetzgebung, nämlich die gegen NS-Wiederbetätigung (Verbotsgesetz). Gleiches gibt es nicht für links. Diese Gesetzgebung führte aber auch dazu, dass Nazi nur genannt werden darf, wer gegen das Verbotsgesetz verstößt. Wer nicht dementsprechend verurteilt wird, da er eine strafbare Handlung gesetzt hat und dennoch Nazi genannt wurde, kann Anzeige wegen Verleumdung stellen, was entsprechend häufig geschah. Die Folge daraus war, dass ein Ersatzbegriff für (noch) nicht verurteilte Nazis entwickelt wurde, was schließlich zur inhaltlichen Ausdifferenzierung des Rechtsextremismusbegriffs führte.

* Der Begriff »Buberlpartie« spielt mit homoerotischen Anklängen auf eine (fast) reine Männergruppe an. Diese kamen aus dem direkten Umfeld von Haider und waren keiner Burschenschaft angehörig – hatten also keine direkte Verbindung zum Deutschnationalismus.

Fußnoten:

- (1) [https://autonome-antifa.net/index.php/2 ... ylpolitik/](https://autonome-antifa.net/index.php/2...ylpolitik/)
- (2) <https://keinspielfeld.noblogs.org/>
- (3) vgl. Heribert Schiedel (2007): Der rechte Rand.
- (4) Hubert Stickinger, Jörg Haider; In: Anton Pelinka u.a., Kreisky – Haider. Bruchli-

- nien österreichischer Identität (2008)
- (5) J. Haider im Interview mit Die Presse (22.11.1989)
- (6) Parteiprogramm der FPÖ (2005)
- (7) H.C. Strache im Interview mit den Salzburger Nachrichten (26.11.2004)
- (8) H.C. Strache im Interview mit der Austria Presse Agentur (APA) (2009)
- (9) Parteiprogramm der FPÖ (2005)
- (10) H. Vilimsky in einer APA-OTS (15.4.2009)
- (11) H. Vilimsky in einer APA-OTS (2.5.2008)
- (12) Heinz Thomann in Zur Zeit (16/2009)
- (13) A. Mölzer in einer APA-OTS (4.4.2008)
- (14) J. Gudenus im Interview mit dem Standard (25.8.2010)
- (15) S. Winter im Interview mit dem Falter Steiermark (5/2007)
- (16) A. Mölzer, Europa 2084. Orwell lässt grüßen – Kasandrarufer – der »worst case« (2009)
- (17) K. Klement im Interview mit profil (23.6.2008)
- (18) Willibald Holzinger, Rechtsextremismus. Konturen, Definitionsmerkmale, und Erklärungsansätze, In: Handbuch des österreichischen Widerstands (1993)
- (19) Heribert Schiedel (2014): »National und liberal verträgt sich nicht«. Zum rechtsextremen Charakter der FPÖ. In: Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (FIPU): Rechtsextremismus. Entwicklungen und Analysen – Band 1



Radikale Linke und Soziale Bewegung

Überlegungen zur Organisationsfrage ausgehend von Lukács und der Interventionistischen Linken⁽¹⁾

Anton Kramer
the future is unwritten

Da das ...ums Ganze!-Bündnis nun schon eine Weile hin und wieder mit der IL zusammenarbeitet, hat sich Anton Kramer von den Leipzignern mal angesehen, welche Antworten dort auf die Organisationsfrage gegeben werden. Dafür hat er sich von Georg Lukács ausgehend kritisch das Zwischenstandspapier vorgenommen.

»Diese »Unbewußtheit« in den Organisationsfragen ist aber ganz bestimmt ein Zeichen der Unreife der Bewegung.« (Georg Lukács in Geschichte und Klassenbewusstsein (GuK), 453)

1. Soziale Bewegung und radikale Linke: Ein Problemaufriss

Dass Menschen sich auch heutzutage gegen den Irrsinn kapitalistischer Verhältnisse wehren, ist ein beobachtbarer Fakt, der überhaupt den Ausgangspunkt der Organisationsfrage darstellt. Gerade in Zeiten der kapitalistischen Krise, wie wir sie heute erleben, organisieren sich Menschen gegen die Zumutungen, in denen sich die Logik der warenproduzierenden Gesellschaft in prekären Arbeitsverhältnissen, in Verdrängungsprozessen aus der neoliberalen Stadt, in Umweltzerstörung als Folge einer profitorientierten Naturbeziehung äußert. Krisen sind zunächst Krisen eines besonderen Produktionsregimes, d.h. einer Erscheinung kapitalistischer Ausbeutung. Krisen sind dem Kapitalismus wesentlich und gehören daher zu jeder Formation. Es gibt kein krisenfreies Produktionsregime. Wenn ein Produktionsregime in die Krise gerät, dann muss sich der Kapitalismus transformieren und eine neue Gestalt annehmen. Diese Veränderungen haben schlimme

Folgen für die Menschen, die von ihnen betroffen sind, wie wir momentan in allen Staaten der Eurozone beobachten können. Es bildet sich Widerstand gegen die Krisenlösung der hegemonialen Kapital- und Staatsfraktionen. In diesem Widerstand gegen die Verelendung macht sich ein merkwürdiges Gefühl breit: Plötzlich scheint es so als sei der Kapitalismus endlich, ja besiegbare, da objektiv die Wertverwertung gestört ist und subjektiv sich Menschen gegen ihn organisieren. Gleichzeitig scheint er aber stabil genug um die Angriffe durch massive Streikwellen, selbstorganisierte Nachbarschaften, Wahlsiege von dem Anspruch nach antikapitalistischer Parteien usw. überdauern zu können.

Es soll nicht behauptet werden, dass diese Kämpfe viele Teilnehmende hätten, gemessen an der Anzahl derer, die an den Verhältnissen leiden (eigentlich alle). Noch, dass diese Teilnehmenden wissen, gegen was sie in vermittelter Form ankämpfen. Mit dem Umstand, dass Menschen kämpfen, ist jedoch überhaupt erst ein politisches Problem gestellt. Wenn die radikale Linke sowieso davon ausginge (und teilweise ausgeht), dass es keine Widerständigkeit von Seiten der Nicht-linksradikalen gibt, könnte sie sich getrost zurückziehen, weil sie ohnehin auf verlorenem Posten stünde. Nur existierende soziale Bewegungen können sich sinnvoll die Frage stellen, wie sie organisiert sein wollen. Oder: nur, wenn es eine radikale Linke gibt, die in einem Austausch zu existierenden sozialen Bewegungen steht oder ein Teil ihrer ist, kann sich die radikale Linke sinnvoll die Organisationsfrage, also die Frage nach dem Aufbau einer kommunistischen Bewegung, stellen. Soziale Bewegungen sind in diesem

Kontext Zusammenschlüsse von Menschen für die kollektive Durchsetzung ihrer Interessen in der kapitalistischen Gesellschaft. Es gibt einen Diskurs zwischen mehreren Menschen und gemeinsame Organisationsstrukturen. Die Artikulation und das Engagement für die Interessen könne die Institutionen der kapitalistischen Gesellschaft transzendieren. Dann wären sie bestenfalls Teil der kommunistischen Bewegung. Soziale Bewegungen sind aber keineswegs per se emanzipatorisch. Ganz im Gegenteil: sie können nationalistisch und rassistisch sein. Für mich sind auch die organisierten Wutbürger*innen, die gegen Flüchtlingsheime demonstrieren soziale Bewegungen. Es sind Menschen die für ihre – in dem Fall falschen – Interessen eintreten. Diese Bewegungen reproduzieren in ihrem Ressentiment und ihrer Praxis Formen der kapitalistischen und konkreter der bundesrepublikanisch-deutschen Vergesellschaftung. Sie haben kein wahres Bewusstsein von ihrer Ausbeutungssituation. Ihr Interesse nach Partizipation am gesellschaftlichen Reichtum äußert sich in Hass auf Flüchtlinge und in der Forderung an den deutschen Staat nichts den Anderen zu geben, da sie selbst auch ein trostloses Dasein fristen müssen. (2) Jedoch scheinen in manchen sozialen Bewegungen aufgrund ihrer Kritik und ihrer politischen Ziele Anknüpfungspunkte für eine linksradikale Kritik und Partizipation auf. Selten entstehen soziale Bewegung sogar aus der Organisation von Linksradikalen für ihre konkreten Interessen, also jenseits der abstrakten Forderung nach einem kommunistischen Gesellschaftszustand. Auch Linksradikale leiden an schlechten Arbeitsbedingungen, Verdrängung usw. Gehen wir von der Existenz von

Kämpfen gegen die Zumutungen des Kapitalismus in der Krise aus, ist die Frage an die Organisation nicht mehr wie wir die Massen von den Balkonen auf die Straßen bringen, was eine andere und wahrscheinlich viel komplexere Frage ist. Sondern wie wir die (relativ) wenigen Menschen aus der Alltagsperspektive ihrer realen Kämpfe reißen und eine kommunistische Perspektive nicht nur in die Kämpfe von außen hineininterpretieren, sondern vielmehr den Sozialismus, d.h. eine Gesellschaft, die ihre Produktion und Reproduktion ohne Hierarchien selbstverwaltet, zur Perspektive der Kämpfe machen. Es geht also um die Fragen: (a) Wie führen wir Menschen in ihrem Denken über die Formen der kapitalistischen Gesellschaft hinaus? (b) Was ist dabei unser Verhältnis zu den artikulierten Forderungen der realen Bewegung wie nach mehr Lohn, gegen Atomkraft, für städtische Freiräume, etc.? Radikale Linke sind mit dem Vorwurf konfrontiert, dass man Menschen mit ihren realen Leiderfahrungen für die Ziele einer kommunistischen Organisation instrumentalisiert und das konkrete Leid nicht ernstgenommen wird. Diesen Fragen möchte ich in diesem Beitrag nachgehen. Dabei wird der Artikel nicht auf die Begründung einer schon ausreichend erprobten Praxis hinauslaufen, stattdessen geht es um die Benennung einer Problemstellung in sozialem Kämpfen anhand der Antworten von Georg Lukács (3) im Aufsatz *Methodisches zur Organisationsfrage* aus *Geschichte und Klassenbewusstsein* (GuK) und der *Interventionistischen Linken* (4) (IL) in *IL im Aufbruch – ein Zwischenstandspapier* (ZP) auf die Organisationsfrage. (5) Die IL ist deshalb interessant, weil sie die Plattform für viele radikale Linke ist und dieses Papier somit in Anspruch nehmen kann einen gewissen Zeitgeist zu repräsentieren, den ich problematisieren will. Auch andere Bündnisse (wie ...ums Ganze!) hätten kritisiert werden können. Das ZP liefert aber als Text eine gute Diskussionsgrundlage.

2. Lukács: Die Organisationsfrage in Zeiten spontaner Massenerhebungen

Für Lukács ist das Erreichen des Sozialismus das Ziel, das die Strategie der Kommunist*innen bestimmen sollte. Vor allem geht es ihm dabei um die Frage, welche Form der Organisation für das Erreichen dieses Ziels nötig ist. In der Organisationsfrage werden

Theorien auf die Wirklichkeit bezogen und ihr erfolgreiches Wirken hinsichtlich des Ziels wird der Gradmesser ihrer Richtigkeit. Theorien hören dann auf friedlich nebeneinander zu bestehen und hören auf bloße Geschmacksfragen zu sein. Die Beliebigkeit der theoretischen Begründung der Praxis endet und Theorien werden zu Richtungsweisern in sozialen Kämpfen als Kämpfe gegen die Ausbeutung.

Die Organisation steht deshalb vor der Aufgabe die jetzige Gesellschaft und ihre Formen zu überwinden mit Menschen, die in dieser Gesellschaft, in ihrem Produktions- und Reproduktionsprozess sozialisiert wurden. Die Menschen, egal welcher Klasse sie angehören, nehmen diese Formen, in denen sie leben, als natürlich und starr wahr. Sie haben kein Bewusstsein davon, dass sie diese Formen produziert haben und andauernd reproduzieren (müssen, um in dieser Gesellschaft zu überleben). In dieser Gesellschaft bildet sich eine besondere Subjektivität mit einer besonderen Weltwahrnehmung aus. Ich möchte dies nur an wenigen Beispielen verdeutlichen. (a) In dieser Welt tauscht man Geld gegen Waren ein um seine Bedürfnisse zu befriedigen, anstatt die Güter unvermittelt zu verteilen. Aber nicht nur Dinge sind dabei Waren, sondern der Mensch selbst auch. Man verkauft seine Ware Arbeitskraft an einen Kapitalisten und erhält dafür Lohn. Dafür unterwirft man seine Arbeitskraft und letztlich sich selbst als menschliche Substanz der Arbeitskraft den Zwängen der kapitalistischen Produktion. Der/die Besitzer*in der Ware Arbeitskraft nimmt sich selber als Ding in der Produktion statt als Subjekt wahr. Dieses Verhältnis ist in der unmittelbaren Wahrnehmung der Gesellschaft ebenso natürlich wie (b) in einem Staat als Ort politischer Auseinandersetzungen zu leben. In einem Staat, an dem man sich wendet, wenn es Probleme gibt, da er mit seiner Exekutivgewalt für die Durchsetzung des Rechts sorgt. Es ist auch klar, dass dieser Staat der Staat der Deutschen ist und die Türkei der Staat der Türken. Eine Organisation der Gemeinschaft jenseits des Staates wird unvorstellbar. Die Formen unseres Alltagslebens stellen naturalisierte Herrschaftsverhältnisse dar. Diese Phänomene bezeichnet Lukács als »Verdinglichung«. Aber wenn die Menschen so sehr in bürgerlichen Denkformen gefangen sind, wenn sie nicht mehr über diese hin-

ausdenken können, wie sollen sie dann in den Sozialismus geführt werden?

Lukács beantwortet diese Frage im Kontext einer besonderen historischen Konstellation, von der losgelöst sein Vorschlag naiv erscheint. Jedoch scheinen in seiner Beantwortung Gedanken auf, die ich weiterverfolgen will. Genau die auf die oben beschriebene Weise vergesellschafteten Menschen sollen nun die Subjekte einer sozialistischen Revolution werden. Allerdings können das nach Lukács nicht alle Menschen sein, sondern nur die Angehörigen einer Klasse, deren Klassenindividuen mit materieller Verelendung und Unfreiheit unzufrieden sind und daher gegen die Ausbeutung aufbegehren. Die Klassenindividuen brauchen ein Interesse an der Überwindung der Verhältnisse aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozess als Ausgebeutete. Gleichzeitig stehen sie aber im Zentrum der kapitalistischen Produktion und haben somit eine Einsicht in Funktionsweise der kapitalistischen Gesellschaft. Diese Erkenntnismöglichkeit teilt die proletarische Klasse, das revolutionäre Subjekt, mit der Kapitalist*innenklasse, deren Klassenindividuen jedoch von der Gesellschaft profitieren und kein Interesse an ihrer Überwindung haben, weswegen es bei der Erkenntnismöglichkeit für diese Klasse bleibt und die Kapitalist*innen nicht zur Erkenntnis gelangen können.

Aufgrund seiner Unzufriedenheit erhebt sich das Proletariat in spontanen Massen gegen die Ausbeutung. Dazu kommt es in Momenten der Krise des Kapitalismus, wenn die Widersprüche der Gesellschaft für die Menschen unerträglich werden und die bürgerliche Herrschaft sich brüchig zeigt. Nur wissen die spontanen Massen nicht, was sie eigentlich tun, d.h. sie handeln unbewusst. Sie kommunizieren zunächst ihr Aufbegehren in den Kategorien der kapitalistischen Gesellschaft, da sie keinen anderen Interpretationsrahmen haben, weil ihr Bewusstsein nicht soweit entwickelt ist. Sie fordern mehr Lohn oder bessere Arbeitsbedingungen. Sie denken sie handeln im Rahmen des Kapitalismus, doch schon in diesen Erhebungen steckt das Potenzial für eine kommunistische Revolution, ohne dass das Proletariat dies wüsste.

Nach Lukács bedarf es nun einer Instanz, die diese Forderungen an die

Institutionen des Kapitalismus mit dem Endziel Sozialismus vermitteln kann. Die gibt es zur damaligen Zeit zumindest in Russland. Die KPDSU vermittelt die Forderungen mit dem großen Ziel. Wer gleich den Impuls hat an das Grauen der realsozialistischen Parteidiktaturstaaten zu denken, mag im Recht sein, dennoch schwebt Lukács nach GuK eine andere Organisation vor. Er fordert eine Parteiorganisation, in der die spontanen Massen nicht nur eintreten, sondern im Gegensatz zu den bürokratischen Parteien der Sozialdemokratie auch mitmachen können (und müssen!), so dass ihre Praxiserfahrungen und ihre Bedürfnisse unmittelbar die Parteitaktik beeinflussen. Das Zentralkomitee soll die Eingaben der Mitglieder über ihre Praxiserfahrungen mit dem Endziel zusammenführen. Den Beschlüssen muss dann aber Folge geleistet werden. Das ZK bestimmt die Inhalte einer Politik, die zwischen bürgerlichen Parlamentarismus und revolutionärer Aktion schwankt. (6) In diesem Prozess, in dem die Forderungen in den sozialen Kämpfen per Zentralkomitee auf das Ziel vermittelt werden, soll das Proletariat als Kollektiv bzw. Klasse zu der Erkenntnis gelangen, das Subjekt der Geschichte zu sein. Wie diese Vorstellung dann ausging, muss nicht ausführlich erläutert werden. Die KPDSU wurde ebenso eine bürokratische Partei mit einer Führung und Mitgliedern, die von oben gefasste Beschlüsse umzusetzen hatten. Sie regierte diktatorisch über einen Staat und die Menschen dort entwickelten keine qualitativ neue Subjektivität oder ein weniger verdinglichtes Bewusstsein. Ehe wir mit einem heutigen Beitrag zur Organisationsfrage fortschreiten, der genau wie der Vorschlag Lukács', auf eine wirkliche Praxis in einer spezifischen historischen Situation aufbaut, möchte ich die Grundidee zusammenfassen.

Der Gedanke ist, dass es einer Parteiinstitution bedarf, die in ihrer politischen Ausrichtung zwischen »Legalität und Illegalität«, also Revolution und Parlamentarismus schwankt. Diese Partei wird von einer Avantgarde geführt, die die Ziele ihrer schon in Arbeitskämpfe (heute: soziale Kämpfe) verstrickten Mitglieder durch einen Austausch von Basis und Zentralkomitee mit dem Ziel des Sozialismus vermittelt. Dadurch entwickelt sich in der Partei eine Strategie zur Aufhebung der kapitalistischen Gesellschaft. Die praktischen

Konsequenzen gibt das ZK als Leitlinien vor. Im Prozess der Revolution überwindet das Proletariat sein verdinglichtes Bewusstsein und erkennt die Formen seiner Vergesellschaftung als Menschen-gemachte Herrschaftsverhältnisse. Zu diesem Organisationsvorschlag möchte ich zurückkehren, nachdem ich das ZP hinzugezogen habe.

3. II: Die Organisationsfrage in der fragmentierten Gesellschaft

Ebenso wie Lukács und die KPDSU strebt die IL eine sozialistische Transformation der Gesellschaft an, hat dabei allerdings eine andere Vorstellung von der Überwindung der Gesellschaft. (ZP, These 8) Ihr geht es nicht mehr um den Aufbau einer neuen Partei, sondern vielmehr um ein Aktivistenetzwerk, welches in die Kämpfe der wirklichen sozialen Bewegung interveniert. Im ZP steht dazu:

»Da das Konzept der einen Partei oder Organisation, in der sich alle Revolutionär*innen sammeln, endgültig in die politische Mottenkiste gehört, gehen wir dauerhaft von einer Vielfalt linker Strömungen, Gruppen und Organisationen aus. Dass diese sich nicht gegenseitig bekämpfen und die Existenzberechtigung absprechen wollen liegt auf der Hand.« (ZP, These 11)

Die IL verfolgt nicht das Ziel, dass sich alle Kämpfenden ihr anschließen, wie es der Anspruch der proletarischen Parteien war, vielmehr will sie eine Zusammenkunft von Linksradikalen in diesen Kämpfen sein. Sie will aus Vogelperspektive auf die Kämpfe schauen und sie verknüpfen. Ein Argument, warum die IL sich breit aufstellt ist der Umstand, dass man nie sicher sein könne, welche Bewegung als nächste gesellschaftliche Relevanz hinsichtlich der Revolution besitzt. Ist es die Friedensbewegung, sind es die Atomkraftgegner*innen, die Kurd*innen oder am Ende doch wieder die Studierenden? Die IL will da sein, wenn der Kampf losgeht. (ZP, These 9) Allerdings sehe ich die Gefahr einer gewissen Beliebigkeit der Intervention. In vielen sozialen Kämpfen kommen gesellschaftliche Widersprüche zum Vorschein, aber wenn die Kämpfe eine revolutionäre Perspektive haben sollen, sollte sich die IL schon fragen, ob jedes Engagement in irgendwie linke Kontexte sinnvoll ist. Zum Beispiel können die herrschenden Ideologien der teilneh-

menden Klasseindividuen (Prekariat, Facharbeiter*innen, Beamte usw.) oder Milizangehörigen (Studierende, Katholik*innen, Post-68er*innen usw.) die Radikalisierung der Kämpfe stoppen. Dann sprengen die Ziele der Kämpfe nicht die Formen kapitalistischer Herrschaft. Außerdem kann der Einfluss der kapitalistischen Institutionen zu groß sein. Momentan erweist sich die TTIP-Bewegung als linkes Großprojekt, die sowohl von der Kritik her hinter ein linkes Mindestsniveau zurückfällt als auch zu sehr von reformistischen Institutionen wie den Gewerkschaften getragen wird. Welche Klassen und welches Milieu auf die Straße ging, wäre eine weitere spannende Frage.

Allerdings geht es nicht nur um die Teilnahme, sondern auch das Setzen von Inhalten. IL-Mitglieder sollen versuchen die einzelnen Kämpfe mit dem großen Ziel zu verknüpfen. So ist die Aufforderung:

»Insbesondere in den Kämpfen, an denen wir direkt beteiligt sind, versuchen wir Orientierungen auf Emanzipation und Solidarität aktiv zu erstreiten.« (ZP, These 9)

Die IL-Mitglieder sollen in ihren Bündnissen emanzipatorische Inhalte hineinragen. Da sie in den autonomen Gruppen keine Sonderstellung einnehmen, kommt es (a) im besten Fall zu einer Diskussion über Inhalte und bei den Vereinzelt-Kämpfen setzt ein Reflexionsprozess ein, (b) im schlechtesten Fall bleibt es bei linksradikale Formulierungen in Mobilisierungsaufforderungen oder belächelte Redebeiträge, weil das IL-Mitglied und die anderen keinen Bock auf endlose, zu abstrakte Diskussionen haben. Dann setzt kein Bewusstseinswandlungsprozess ein. Hierin würde ich eine wichtige Rolle Linksradikaler oder genauer von Kommunist*innen in sozialen Bewegungen sehen, worauf ich noch zurückkommen werde.

Für die IL jedoch scheint dies nicht die wichtigste Aufgabe zu sein. Ihr Ziel ist es Hegemonien nach links zu verschieben. Sie möchte »Kräfteverhältnisse« verschieben und somit die Gesellschaft ändern. Das ist selbstverständlich wichtig und die Vorraussetzung für eine Revolution. Revolutionäres Engagement alleine reicht selten aus. Die Menschen müssen hinter der revolutionären Bewegung stehen. Das Mittel, welches

das ZP an mehreren Stellen nennt um Hegemonien zu verschieben, ist die Blockade als Mittel des zivilen Ungehorsams. (ZP, These 12) Viele Menschen können an dieser niedrigschwelligen Aktion teilnehmen, die auf viele Kämpfe wie Nazi-Demos, Gipfel der Staats- und Kapitalfraktionen oder Atommülltransporte anwendbar ist. So ist es konsequent, dass bei Blockupy die EZB blockiert werden sollte. Die Blockade ist die Aktionsform, mit der die IL auf ihre Inhalte aufmerksam machen und Menschen zum Widerstand ermächtigen will. Mir ist aber die Vermittlung nicht klar geworden wie eine Blockade dazu führen soll, dass die Teilnehmenden ihr Bewusstsein verändern, selbst wenn die Blockade von einer Kampagne begleitet ist. Auch muss sich die Mobilisierung von Menschen zu Blockade-Events immer den Verdacht aussetzen, dass diese Menschen dann instrumentalisiert werden, weil es um die erfolgreiche Blockade geht, anstatt um das konkrete Leid, dessen Abschaffung überhaupt das Ziel jeden emanzipatorischen politischen Handelns sein sollte. Es kommen einen Bilder vor Augen von Menschenmassen, die in Zügen oder Bussen zu diesen Events gekarrt werden, wo sie etwas blockieren sollen, obwohl es doch darum ginge lokal zusammen mit ihnen ihre Interessen durchzusetzen. Das erinnert schon sehr an die TTIP-Demo, wo der DGB, massenhaft Mitglieder*innen in den Bus nach Berlin kutscherte. Wenn auf lokaler Ebene die Blockade genutzt wird um einen Arbeitskampf zu unterstützen, wenn die Blockade die Arbeiter*innen beim Durchsetzen ihrer Interessen unterstützt, wie im Rahmen der Amazon-Streiks in Leipzig, dann stellt sich die Sache freilich anders da.

Der IL reicht es aber nicht ein Netzwerk zu sein, in dem linksradikale Aktivist*innen über ihre Kampferfahrungen reflektieren und dann die nächste Blockade geplant wird. Sie will mehr sein. Die lokalen Gruppen sollen sich umbenennen. Prisma könnte bald IL Leipzig heißen. Damit will die IL lokal ansprechbarer werden und mehr Menschen eine Partizipation an dem IL-Diskussionsprozess ermöglichen. (These 16-18) Zwar erinnert das schon an eine Parteistruktur mit Ortsgruppen, die dann Parteitagsbeschlüsse umzusetzen hat, aber es kommt letztlich darauf an wie die Erfahrungen und Positionen der Einzelnen gewichtet werden. Außerdem unterstreicht die

Vereinheitlichung den Anspruch ein ernst zu nehmender Zusammenhang im überregionalen deutsch-österreichischen Diskurs zu werden.

4. Resümee: Soziale Kämpfe und Ideologiekritik

Ich denke durchaus, dass im ZP der IL ein Fortschritt gegenüber Lukács' Parteikonzeption zu sehen ist. Die Zeiten haben sich geändert. Das Proletariat aus den Zeiten Lukács als einheitliches Subjekt, dessen Mitglieder einen relativ identischen Erfahrungshorizont hatten (7) existiert so nicht mehr. Die Menschen haben unterschiedliche Leiderfahrungen im Kapitalismus. Das Leid von Refugees geht im Klassenkonflikt gar nicht unmittelbar auf. Es ist notwendig, dass es eine Organisation gibt, die die gemeinsame Perspektive wiederherstellt, aber gleichzeitig die Differenz bewahrt. Des Weiteren spielt Basisdemokratie, d.h. das Ernstnehmen der Positionen der Einzelnen, eine größere Rolle spielt. Das ZP ist somit mit Lukács gesprochen durchaus Ausdruck einer »Reifung« der Bewegung. (8) Im Folgenden möchte ich noch resümierend auf Probleme hinweisen, die sich der neuen Organisationform stellen. Die Debatten zwischen den Mitgliedern auf IL-Ebene und die Debatten in den Bündnissen spielen eine wichtige Rolle. Die Entwicklung von Position und Strategie findet nicht in einem ZK, in dem die Avantgarde sitzt, statt, sondern unter gleichberechtigter Partizipation aller. Somit wird die Gefahr abgewehrt, dass sich in der IL ein autoritärer Kaderapparat entwickelt, zu dem die Organisierten ein passives Verhältnis haben. Die Einzelnen sind als Subjekte der Bewegung integriert. Allerdings müssen heutige linksradikale Großgruppen ernsthaft darauf bedacht sein, dass Prinzipien der Basisdemokratie in den Entscheidungsprozessen sowie in der gemeinsamen Positionsentwicklung wirklich integriert werden und es nicht nur eine Absichtserklärung bleibt. So gibt es die Gefahr einer Kaderbildung, indem Einzelne zu viele Aufgaben übernehmen, weil sie über mehr Zeit verfügen oder ein dominanteres bzw. selbstbewussteres Auftreten haben. Außerdem gilt: Je größer eine Organisation wird, desto komplexer ist es Basisdemokratie zu verwirklichen. Es ist schwerer zwischen 10 Genoss*innen einen Konsens zu finden, als zwischen 1000 unterschiedlichen Positionen. Des Weiteren geben die

Politikfelder selber den linksradikalen Organisationen Strukturen vor: Es ist ja kein Geheimnis, dass die Partizipation des ...ums Ganze!-Bündnisses an Blockupy innerhalb der Gruppen umstritten war und nicht jede Genoss*in diese Politik mittragen konnte und dass Kritik aus manchen Bündnisgruppen sich nicht durchsetzen konnte, weil die Organisation des Blockupy-Bündnisses dies nicht zuließ. So mussten Vertreter*innen der linksradikalen Großbündnisse Entscheidungen ohne basisdemokratische Legitimation treffen. Es wäre jedoch ein Fehler zu behaupten, dass die Realität an sich keine Basisdemokratie erlaube. Ein Resignieren vor undemokratischen Strukturen führt zu einer »Parteisierung« unserer Organisationen.

Des Weiteren nehmen die heutigen linksradikalen Gruppen die Erfahrungen aus den konkreten Auseinandersetzungen gegen Ausbeutung ernst, wenn die Politik auf die Unterstützung solcher Kämpfe gerichtet ist. Allerdings kommt im ZP und vermutlich in der IL-Politik die ideologiekritische Perspektive zu kurz. Die Aufgabe von Kommunist*innen könnte es gerade sein, zusammen mit Aktivist*innen in sozialen Bewegungen aus der Praxiserfahrung heraus eine Kritik der Formen der Vergesellschaftung zu entwickeln um verdinglichtes Bewusstsein aufzubrechen. Es darf nicht nur darum gehen gemeinsam mit dem Menschen für ihre Interessen zu kämpfen – sei es am Arbeitsplatz, sei es im Viertel – um eine Selbstermächtigung der Menschen durch bspw. die Erfahrung von Solidarität oder Basisdemokratie zu fördern, sondern wir müssen eine ganz bestimmte Perspektive in die Kämpfe bringen, nämlich dass die Menschen, auch wenn sie kleine Erfolge erzielen mögen wie kleine Lohnsteigerungen, aus strukturellen Gründen nicht viel von den Institutionen der kapitalistischen Wirklichkeit zu erwarten haben. Die Feststellung, dass in den Formen kapitalistischer Vergesellschaftung keine grundsätzliche Lösung der Probleme möglich ist, muss allerdings in den Alltagskämpfen immer wieder neu gewonnen werden, sonst bleibt sie abstrakt, weil sie nicht mit der Wirklichkeit vermittelt ist.

Zur Verdeutlichung: Forderungen nach konkreten Verbesserungen müssen sinnigerweise an den Arbeitgebenden, Vermietenden oder Staat gestellt werden, weil diese Institutionen,

obwohl sie ganz konkret den Interessen der Kämpfenden entgegenhandeln, gleichzeitig die Entscheidungen fallen von denen die Menschen betroffen sind. Dennoch muss die Kritik an dem Verhalten einzelner Akteure in eine Kritik an gesellschaftlich wirksamen Zwängen überführt werden. Diese Diskussion wäre auch nötig um verkürzte Kapitalismuskritik als falsches Bewusstsein zu bekämpfen. Wir sind dabei keine Lehrer*innen, diese Autorität könnten wir in der Praxis auch gar nicht durchsetzen, sondern wir liefern einen Vorschlag, wie die Welt gesehen werden kann und können diesen in der Praxis deutlich machen. Das Bewusstsein der Menschen kann nur in einem langen Prozess voller Debatten und Praxiserfahrungen verändert werden.

Diese Perspektive auf die Alltagskämpfe kommt oft zu kurz. Die Erfahrungen der Einzelnen werden nicht ernst genommen und es gibt keine Debatte. Vielmehr stehen radikale Linke und soziale Bewegung nebeneinander in einem Konflikt anstatt miteinander. Deshalb geht sooft mit dem Ende eines Alltagskampfes auch ein Ende selbstermächtigenden Verhaltens einher. Für so eine Praxis gibt es bei der IL auch Ansatzpunkte, da die Mitglieder mit den Kämpfenden in der Bewegung durch die solidarische Zusammenarbeit im Austausch stehen, sie werden nur zu selten genutzt. Viele ...ums Ganze!-Gruppen sind hingegen noch sehr weit davon entfernt mit den Menschen, die in Alltagskämpfen engagiert sind, auf Augenhöhe zu diskutieren und zusammenzuarbeiten. Man glaubt stattdessen, dass fetzig geschriebene, gut klingende Flyer (bzw. »Gedichte« (Karl Held)) und Massenmobilisierungen des »Schwarzen Blocks« zu Großevents alleine uns auf dem Weg der zur Überwindung des Kapitalismus weiterbringen würden. Das dies nicht der Fall ist, ist hoffentlich aus meiner Argumentation deutlich geworden. Kritik muss mit Erfahrungen aus Kämpfen vermittelt sein und die Menschen dürfen nicht zu Objekten linksradikaler Feldherr*innen oder Eventmanager*innen degradiert werden.

Gleichzeitig ist es auch nicht von der Hand zu weisen, dass ein breites Entgegengetreten gegen die momentane Offensive von Rechts durch bspw. spektakulären Blockaden wichtig ist, dadurch wird der Teil der Zivilgesellschaft mobilisiert, der auf den offenen

Rassismus, der heute wieder salonfähig wird, keinen Bock hat, allerdings wird es nicht ausreichen die Rechten zu stoppen. Wichtig wäre es, dass Menschen, die von Nazis bedroht werden wie Flüchtlinge und Angehörige eines alternativen Milieus mit solidarischen Netzwerken zusammen und vor Ort, wo es noch möglich ist, gegen konkrete rassistische Politik und Gewalt vorgehen.

Fußnoten

(1) Der Beitrag ist inspiriert durch zahlreiche Diskussionen, an denen ich im Kontext meiner Mitarbeit im AK Soziale Kämpfe der Leipziger ...ums Ganze!-Gruppe The Future is Unwritten teilnahm. Der AK partizipiert einerseits am Soli-Streik-Bündnis für die Amazonarbeiter*innen, andererseits engagiert er sich gegen städtische Verdrängung. Auch außerhalb dieser Kontexte führte ich Diskussionen zu dem Thema des Artikels – insbesondere mit Einzelmitgliedern der Leipziger IL-Gruppe Prisma. Vor allem danke ich für die Einsicht, dass eine kritische Analyse der IL immer eine kritische Selbstreflexion von ...ums Ganze! Beinhalten muss. Was man an der IL kritisiert, ist auch an ...ums Ganze! zu kritisieren. Trotz des Inputs aus den zahlreichen Gesprächen, für den ich danken möchte, will ich die Eigenständigkeit meiner Position betonen. Es handelt sich um keine Gruppenposition. Des Weiteren bedanke ich mich bei der Redaktion des mole für die hilfreichen Anmerkungen.

(2) Das soll keine umfassende Analyse der momentanen rassistischen Offensive in Deutschland sein. Ich will an dieser Stelle nur einen Moment für die Gegenüberstellung betonen.

(3) Bei Georg Lukács handelt es sich um einen marxistischen Theoretiker, der nach eigenen Angaben von der bürgerlichen Klasse in die proletarische wechselte um nach dem ersten Weltkrieg in der kurzlebigen ungarischen Räterepublik mitzumischen. Nach deren Sturz schloss sich dann aber der Bolschiwiki an und versuchte die russische Revolution theoretisch zu reflektieren sowie das Ausbleiben der proletarischen Revolution in Westeuropa. Das ist der Entstehungskontext seines marxistischen Frühwerks Geschichte und Klassenbewusstsein, das 1923 veröffentlicht wurde, heftige Kontroversen auslöste und enormen Einfluss auf den westlichen Marxismus inklusive der Kritischen Theorie hatte.

(4) Die IL ist der größte Zusammenschluss linksradikaler Gruppen aus Deutschland und Österreich. Sie möchte die gesellschaftlichen Hegemonien als Voraussetzung der Transformation der Gesellschaft nach links verschieben. Mehr zu ihrer Geschichte findet ihr im

Zwischenstandspapier unter <http://www.interventionistische-linke.org/positionen/il-im-aufbruch-ein-zwischenstandspapier>

(5) Bereits in den letzten beiden mole-Ausgaben diskutierten Gruppen und Einzelpersonen darüber, was wir aus den sogenannten Klassikern linker Theorie für die heutige Situation ziehen können und was wir nicht aus selbigen ziehen sollten. So reflektierte die Gruppe AK Societé des Égaux die Diskussion zwischen den Rätekomunist*innen und Lenin um ein realistisches Staatsverständnis zu entwickeln und Phillip Metzger führte in den (Post-) Operaismus als linke Praxisform ein. (mole #1) Beide Artikel kritisierten die Freunde und Freund*innen der klassenlosen Gesellschaft, die u.a. die Orientierung auf soziale Bewegungen nicht verstehen können. (mole #2) Auch wenn ich nicht direkt auf diese Artikel eingehe, behalte ich sie im Hinterkopf. Mit der Vermittlung linksradikaler Kritik und sozialen Kämpfen im Bereich der Stadtpolitik beschäftigte sich auch die Gruppe Andere Zustände ermöglichen in ihren

Beitrag Den Einzelfall verhindern! (mole #2) In der Gruppe gentrifizierungskritischen Leipziger Gruppe Nowhere haben wir den Text diskutiert und würden auch anderen empfehlen dies zu tun.

(6) Legalität und Illegalität ist ebenfalls der Name eines weiteren Aufsatzes aus GuK, in dem sich Lukács mit dieser Doppelstrategie befasst. Dort kritisiert er, dass es ein strategischer Irrweg sei die politische Aktivität auf die Parlamentsarbeit zu beschränken, da der Rahmen der Beschlüsse stets durch die kapitalistische Wirklichkeit gesetzt ist, der die Parlamente entstammen. Gleichwohl kritisiert er die Idee die Parlamente zu ignorieren, da sie in der Wirklichkeit immerhin die Orte sind, an denen politische Entscheidungen diskutiert und vor allem getroffen werden. Die Partei muss versuchen in den Parlamenten Mehrheiten zu organisieren, d.h. den Staat zu erobern oder zumindest Inhalte zu setzen, aber zugleich im Untergrund gegen derartige Institutionen kämpfen. Diese Doppelstrategie möchte ich an dieser Stelle nicht diskutieren, auch wenn ich denke, dass auch im ZP so ein Politikverständnis noch leise mitschwingt, wenn es auch nicht die IL selbst ist, die als Organisation in die Parlamente geht. Im ZP kann man lesen: »Wir wollen kein Teil der bürgerlichen Staatsapparate werden, wir streben keine Funktionen und Mandate an. Wir glauben nicht daran, dass parlamentarische Mehrheiten in der Lage sind, die Gesellschaft grundsätzlich und in einem emanzipatorischen Sinn zu verändern. Das bedeutet nicht, dass parlamentarische Mehrheiten bedeutungslos wären und es falsch ist, wenn es in den Parlamenten starke linke Parteien gibt.« (ZP, These 9)

So unterstütze die Leipziger IL-Gruppe Prisma die griechische Syriza-Regierung aktiv. Vielleicht müsste die IL ihren Standpunkt neu reflektieren, wenn es eine Bewegungspartei wie Syriza oder Podemos in Deutschland gebe. Die Frage, ob Institutionen wie der Staat aus sich heraus abgeschafft werden können, ist aber nicht der Gegenstand dieses Artikels, sondern eines Artikels, der die staatsaffirmativen Tendenzen in linken Bündnissen problematisiert.

(7) Schon an Lukács kann kritisiert werden, dass bspw. die besondere Ausbeutungssituation der Frau oder von Nicht-Deutschen, keine Berücksichtigung finden. Aber das Problembewusstsein im proletarischen Milieu hatte davon vermutlich noch nicht das Bewusstsein, das wir es heute haben. Lukács selbst stellt nur das besondere Bewusstsein derjenigen Proletarier da, die aufgrund ihrer materiellen Stellung kein revolutionäres Interesse haben, kleinbürgerliche Proletarier sozusagen Fachangestellte.

(8) Unter dem Link: http://www.akweb.de/ak_s/ak599/34.htm findet sich eine Übersicht verschiedener Meinungen zum ZP, die teilweise sehr kritisch ausfallen und deshalb interessant sind. Wichtig scheint mir die dort geäußerte Kritik zu sein, dass die materialistische Analyse der IL, die immerhin 1/3 des Textes ausmacht, kurz, verkürzt oder falsch sei. Ich halte die explizite Analyse auch für verkürzt bspw. die Analyse des heutigen Produktionsregimes. Allerdings wäre diese Diskussion darüber, in welcher kapitalistischen Wirklichkeit wir eigentlich leben eine andere, die den Rahmen dieses Beitrages gesprengt hätten.

Beyond Europe Camp

Der Kampf gegen die Goldmine in Skouries: Solidarity Against the Exploitation of Life by Capital and State

Marco Stein
the future is unwritten, Leipzig

Marco Stein war beim Beyond Europe Camp, welches im Sommer 2015 in Ierissos, Chalkidiki in Griechenland stattgefunden hat, und berichtet uns von seinen dort gemachten Erfahrungen mit der internationalen Vernetzung linker Akteure und deren Einbringen in lokale Strukturen.

18. - 25. August 2015, Ierissos,
Chalkidiki (Griechenland)

1. Die gesellschaftliche Ausgangssituation in Europa

Anfang des Jahres 2015 hatte die neu gewählte griechische Regierung unter Führung von Syriza angekündigt, mit den Sparauflagen zu brechen, die von der Troika als Bedingung für die Gewährung von Krediten auferlegt worden waren. Zum ersten Mal seit Langem war damit eine linke Partei in Europa an die Macht gekommen, die sich offensiv für eine Alternative zur Austerität und zu neoliberalen Reformen aussprach. Für viele Linke in Europa ergab sich daraus die Hoffnung, dass das der erste Schritt für den Bruch mit der neoliberalen Hegemonie in Europa sein könnte. Die bereits vor den griechischen Wahlen von Blockupy geplanten Aktionen gegen die Eröffnung des EZB-Neubaus in Frankfurt a.M. am 18. März schienen daher genau zum richtigen Zeitpunkt zu kommen, um ein Zeichen gegen die Austeritätspolitik und für ein solidarisches Europa zu setzen. Mit anderen antiautoritären und antikapitalistischen Gruppen aus Deutschland rief Beyond Europe (1) unter dem Label M18 und dem Motto »Face the Players, Fight the Game« (2) dazu auf, die Krisenakteure in den Fokus zu nehmen und gleichzeitig für eine Perspektive über Staat und Kapital hinaus auf die Straße

zu gehen. Am Vormittag des 18. März legten mehrere tausend Aktivist*innen die Frankfurter Innenstadt lahm und am Nachmittag beteiligten sich 25000 Menschen an der Abschlussdemonstration. Für einen Wochentag war es ein Erfolg, der allerdings ausbaufähig ist, da es kaum gelungen war, Menschen außerhalb linker Bewegungen anzusprechen. Das Zeichen der Ablehnung der Krisenpolitik und des Kapitalismus wurde global wahrgenommen und insbesondere in den von der Austeritätspolitik besonders betroffenen Ländern wie Griechenland begrüßt. Innerhalb von Beyond Europe – aber nicht nur hier – war klar, dass neben solch symbolischen Aktionen die Organisation des Widerstands im Alltag vorangetrieben werden muss. Dabei ist es wichtig, dass er transnational erfolgt – auf der gleichen Ebene, auf der das Kapital schon lange aktiv ist. Daher kam die Idee auf, ein Camp mit dem Ziel »to push organizing forward, deepen our networking and plan our mobilizations against Capitalism and its impositions all over Europe« (3) zu organisieren. Dies sollte nicht nur den Gruppen und Personen von Beyond Europe die Möglichkeit bieten sich kennenzulernen, auszutauschen und besser zu vernetzen, sondern auch anderen Antiautoritären sollte verstärkt die Möglichkeit geboten werden, an diesem Prozess teilzunehmen.

2. Vernetzung und Austausch

Letztendlich fanden sich bis zu 500 Teilnehmer*innen auf dem Camp ein, darunter fast die Hälfte aus Deutschland, dagegen nur relativ wenige aus Griechenland, was von vielen bedauert wurde. Erklären lässt sich das teilweise durch die ungleichen finanziellen Möglichkeiten und die unterschiedlich intensiven Mobilisierungen von ...ums

Ganze! bzw. Alpha Kappa. Ansonsten waren Menschen unter anderem aus Frankreich, Italien, Schweden, England, Österreich, Schweiz, Bulgarien und Zypern gekommen. Es gelang, nicht nur Leute von Beyond Europe anzusprechen, sondern auch andere linksradikale Zusammenhängen, unter anderem antifaschistische und antirassistische Bewegungen, soziale Initiativen, Basisgewerkschaften und Unorganisierte. In zahlreichen Workshops wurden sowohl theoretische Einschätzungen über den aktuellen Kapitalismus in Europa, als auch Erfahrungen aus unterschiedlichen Kämpfen diskutiert. Das Camp erlaubte es Aktivist*innen und Interessierten sich in einem Rahmen auszutauschen, den sie im politischen Alltag kaum antreffen. Zwar war das Programm zu voll und der Zeitplan zu straff, aber das tat der Diskussionsfreude keinen Abbruch. Zudem gab es die Möglichkeit, sich beim Essen, an der Bar oder am Strand auszutauschen und zu diskutieren. Diese informellen Gespräche stellen einen wichtigen und nicht zu unterschätzenden Part der Vernetzung und des Aufbaus einer antiautoritären Bewegung dar. Gleichzeitig ist aber auch klar, dass ein Camp nur eine Ergänzung des transnationalen Organisationsprozesses sein kann, und dieser ohne Verbindlichkeit und Kontinuität nicht zu haben ist. Bisher bleibt noch abzuwarten, ob Beyond Europe durch das Camp nachhaltig gestärkt wurde, auch wenn sich viele Genoss*innen neu oder besser kennengelernt haben.

3. Der Kampf gegen die Goldmine

Neben der transnationalen Vernetzung bedarf es auch der Verankerung der antiautoritären Bewegung in den Alltagskämpfen. Der Ort Ierissos auf der Halbinsel Chalkidiki bot sich an, da

hier lokale Komitees und Initiativen, unter anderem auch Alpha Kappa, bereits seit mehreren Jahren gegen den Goldabbau des kanadischen Unternehmens Eldorado Gold kämpfen (4). Mit einer vom Camp mitorganisierten Demonstration und dem Austausch mit Basisinitiativen konnte sich so an einer der wichtigsten sozialen Auseinandersetzungen in Griechenland beteiligt werden, die sich gegen die ökologischen und sozialen Folgen kapitalistischer Gewinnmaximierung richtet.

Seit 2006 gibt es den Widerstand gegen den geplanten Goldabbau im Wald von Skouries, welcher zum Teil sehr militante Formen wie die Zerstörung von Maschinen annimmt, worauf der Staat mit massiver Repression antwortet. (5) Die Ablehnung speist sich vor allem aus den ökologischen Folgen und Gefahren, aber auch aus den sozialen und wirtschaftlichen Begleiterscheinungen. So muss für den Tagebau eine riesige Fläche Wald gerodet werden, was zum Teil bereits geschehen ist. Zudem wird eine Absenkung und Verseuchung des größten Grundwasserreservoirs Griechenlands befürchtet. Schließlich werden bei der Auslösung des Goldes Chemikalien eingesetzt, die vor allem aufgrund der absehbaren mangelhaften Lagerung der ausgehobenen Erde ins Wasser sickern könnten. Die ökologischen Gefahren bedrohen auch die beiden Haupteinkommensquellen (Tourismus und Landwirtschaft) der lokalen Bevölkerung, die an den Gewinnen des Goldabbaus nicht beteiligt ist. Da der Goldabbau mittlerweile aber 2000 Arbeitsplätze (darunter viele im Sicherheitsbereich) geschaffen hat, scheiden sich die Dorfbevölkerungen zum Teil in zwei verfeindete Lager, die nicht mehr miteinander sprechen. Zum Zeitpunkt des Camps war die Bewegung gegen den Goldabbau gerade auf einem Tiefpunkt. Zwar hatte es wenige Tage zuvor bereits ein zehntätiges Aktionscamp lokaler Aktivist*innen direkt vor der Zufahrt zur Goldmine gegeben, was allerdings keine große Medienaufmerksamkeit zur Folge hatte. Generell wurde von einer großen Resignation gesprochen, die sich in der Bewegung »gegen die größte ökologische Katastrophe in der Geschichte Griechenlands« (so ein lokaler Aktivist) breit gemacht habe, nachdem die Hoffnung, die in die repräsentative Politik gesetzt worden war, enttäuscht wurde. Schließlich hatte Syriza entgegen ihrer Wahlversprechen den Bau der Mine nicht gestoppt, da sie

die Jobs der Beschäftigten nicht gefährden wollte und Schadensersatzklagen des Betreibers befürchtete. Aus diesem Grund setzten die lokalen Initiativen große Hoffnungen in das Beyond Europe Camp und die Demonstration. Aus ihrer Sicht kamen beide genau im richtigen Augenblick, um eine Belebung des Widerstands anzustoßen. Noch bevor die Demonstration stattgefunden hatte, schien ihre Ankündigung bereits Wirkung zu zeigen: Am zweiten Tag des Camps wurde bekannt, dass die Regierung einen einstweiligen Stopp der Bauarbeiten in der Mine veranlasst hatte. Dieser sollte so lange gelten, bis Umweltauflagen erfüllt würden, die noch der ehemalige Umweltminister (und aktuelle Chef der Syriza-Abspaltung Laïkí Enótitá) Panagiotis Lafazanis erlassen hatte, aber bis zum Camp keinerlei Folgen gehabt hatten. Von lokalen Aktivist*innen und Mitgliedern von Alpha Kappa wurde dies als taktisches Manöver in Hinblick auf die Demonstration und die anstehenden Wahlen am 20. September gewertet – die Demonstration sollte daher wie geplant stattfinden. Mittlerweile hat Eldorado Gold den Bau der Goldmine eingestellt, weil die Regierung zu hohe Auflagen erließ und die Lizenz für das Abbauverfahren bisher nicht erteilte. (6) Der Druck aus den sozialen Bewegungen hat dazu sicher seinen Teil beigetragen und gezeigt, dass gemeinsame Kämpfe von antiautoritären und lokalen Aktivist*innen erfolgreich sein können.

4. Die Demonstration

Am 23. August fuhren hunderte Campteilnehmer*innen im Konvoi zur Demonstration gegen die Goldmine, dem sich unterwegs Personen aus lokalen Initiativen und Aktivist*innen aus ganz Griechenland anschlossen. Etwa einen halben Kilometer vor der dem Eingang der Mine stiegen die insgesamt etwa 2000 Menschen aus und sammelten sich. Gemeinsam ging es Richtung Mine, wo es zu massiven Auseinandersetzungen mit der Polizei kam, die sich über zwei Stunden hinzogen. Auf Seiten der Demonstrant*innen wurden Steine, Molotowcocktails, Schleudern sowie Zwillen und auf Seiten der Polizei Tränengas und Schlagstöcke eingesetzt. Gegen das Tränengas trugen viele Gasmasken oder versuchten sich gegen die Wirkung des Tränengases mit Schwimmbrillen, Tüchern und dem Einreiben mit Maaloxan zu schützen. Vier

Polizist*innen sollen verletzt worden sein. Eine Demonstrantin wurde schwer verletzt, als sie aus einem Bus gezerzt wurde und sich dabei ein Bein brach. Zahlreiche Aktivist*innen wurden durch Tränengaskartuschen oder Gas verletzt, 74 Menschen festgenommen und in die Polizeistation in das etwa 60 km entfernte Polygyros gebracht. Sofort versammelten sich dort zunächst Angehörige des lokalen Komitees, zu denen sich später Aktivist*innen aus dem Camp gesellten, um die Gefangenen nicht allein zu lassen und ihnen Essen und Getränke ins Gefängnis zu bringen. Fast alle kamen gegen die Abgabe von Fingerabdrücken und einer Entschuldigung bis zum nächsten Morgen frei. Die militante Demonstration wurde unter dem Titel »Die Schlacht von Skouries« zum zweitwichtigsten Thema in den griechischen Medien. Im Gegensatz zu Deutschland wurde die Militanz kaum entpolitisiert und zum Teil kritisierten sogar konservative Zeitungen die Gewalt der Polizei. Nicht nur aufgrund dieser Wirkung nach Außen, sondern auch nach Innen, wurde die Aktion sowohl von Beyond Europe, als auch von den lokalen Initiativen als sehr erfolgreich bewertet. Das Komitee gegen die Goldmine aus Ierissos hielt sein Treffen auf dem Camp ab, von dem aber kaum jemand teilnahm. Sie bedankten sich überschwänglich für die Unterstützung und einige meinten, dass die Aktion ohne das Camp niemals so erfolgreich gewesen wäre. Für so manche aus Deutschland und den anderen Ländern war es wohl ungewohnt, nach einer selbst für griechische Verhältnisse sehr militanten Aktion, von lokalen Initiativen Dank und Lob zu erfahren. Bereits vor der Demonstration hatten sie viel Zustimmung und Glückwünsche aus der Dorfbevölkerung erhalten. In den Tagen danach machten einige die Erfahrung, dass ihnen der Einkauf in Ierissos geschenkt, beim Essen eine Runde ausgegeben oder eine Mitfahrgelegenheit ins Dorf angeboten wurde. Das war eine Erfahrung, wie sie in Deutschland wahrscheinlich maximal im Wendland gemacht wird. Die offensive Militanz war in Skouries das richtige Mittel um die Schärfe des Konflikts deutlich zu machen und Druck auf Syriza dahingehend auszuüben, die Abbaulizenzen zu verweigern, was offensichtlich gelungen ist. Klar ist aber auch, dass die Frage nach Militanz als politischem Mittel situativ beantwortet werden muss und die zu

erwartendem Effekte auf die lokalen Strukturen berücksichtigt werden müssen. Auf Chalkidiki führte sie nicht nur zu einer massiven medialen Aufmerksamkeit, sondern wurde auch für die dortigen Initiativen als Energieschub erlebt. Zudem erfuhren sie die Auseinandersetzungen als gemeinsamen Kampf mit Aktivist*innen aus dem antiautoritären Spektrum. Das in Deutschland spätestens seit Heiligendamm 2007 beliebte »Umfließen« von Polizeiketten mit dem Ziel Straßen oder Gelände zu besetzen, wäre in Skouries bereits am unwegsamen Gelände und höchstwahrscheinlich auch am Tränengas der Polizei gescheitert. Auch wenn die Demonstration von allen als erfolgreich bewertet wurde, waren die vielen Festnahmen ein großer Wermutstropfen. Es war eine gute Idee, das Camp mit einer größeren politischen Aktion zu verbinden, allerdings hätte ihr mehr Vorbereitungszeit eingeräumt werden müssen. Immerhin wurde für die Nachbereitung am nächsten Tag das ganze Programm umgeworfen, um in Kleingruppen die Aktion und die gemachten Erfahrungen zu besprechen. Nicht nur die technischen und organisatorischen Aspekte der Aktion wurden im Vorfeld ungenügend besprochen, sondern auch die inhaltlichen. Gefehlt hat eine breite Diskussion zum Thema Ökologie und Kapitalismus, nicht nur auf dem Camp, sondern auch mit den lokalen Aktivist*innen und innerhalb von Beyond Europe. Insbesondere bei ...ums Ganze! besteht hier großer Nachholbedarf. Der Goldabbau auf der Chalkidiki erfolgt sicherlich unter katastrophalen Bedingungen. Zu diskutieren ist aber, wie ein ökologisch verträglicher Goldabbau aussehen könnte oder man auf Gold als Rohstoff verzichten kann. Offen bleibt auch, welche Alternative es neben einer von Aktivist*innen vorgeschlagenen Fabrik für Holzpellets den Arbeiter*innen in der Mine angesichts der grassierenden Arbeitslosigkeit in Griechenland geben kann.

5. Lokale Einbindung des Camps

Der Anspruch, das Camp mit den lokalen Kämpfen zu verbinden, wurde eingelöst. Schwieriger erwies es sich jedoch, in die Diskussion und den Austausch mit den Bewohner*innen der umliegenden Dörfer, sowie den lokalen Komitees zu treten. An Workshops, die extra in den Dörfern veranstaltet wurden, beteiligten die Bewohner*innen sich so gut wie gar

nicht. Mit zwei Panels auf den zentralen Dorfplätzen in Ierissos und Megali Panagia wurde die Diskussion um eine Alternative zur Austeritätspolitik in Europa aus dem Camp heraus getragen. Dabei wurde deutlich gemacht, dass die Perspektive nicht in Wahlen, sondern nur in der Selbstorganisation jenseits von Staat und Kapital bestehen kann. Die Veranstaltungen stießen auf reges Interesse in der Bevölkerung, die Podien waren aber leider rein männlich besetzt. Außerdem gab es ein Fußballspiel, bei dem ein Team aus dem Camp gegen ein lokales antrat. Trotz der zahlreichen Versuch in Austausch mit der lokalen Bevölkerung zu treten, muss diesbezüglich jedoch ein nüchternes Fazit gezogen werden. Intensiver Austausch beschränkte sich auf wenige Personen oder auf seltene Augenblicke. In Zukunft braucht es mehr Anstrengung, um Mittel zu finden, die Grenzen, die politischer Habitus und Sprache mit sich bringen, zu überbrücken.

6. Fazit

Viele der Teilnehmenden und Organisierenden stimmen darin überein, dass das Camp ein Erfolg war – auch wenn nicht alles glatt lief. Es war schließlich das erste Camp von Beyond Europe, das zudem in kurzer Zeit auf die Beine gestellt wurde. Was die Einbindung der Teilnehmer*innen in die Campstrukturen und die männliche Dominanz auf Podien und in Plena angeht, gibt es noch viel zu tun. Zu klären bleibt, wie praktische Solidarität weiterentwickelt werden kann, damit auch Leuten die Teilnahme ermöglicht werden kann, die sich die Anreise nicht leisten können. Anzustreben ist eine breitere Mobilisierung in andere Länder und Spektren, um einen noch breiteren Austausch innerhalb der europäischen antiautoritären Bewegung zu erreichen. Gut ist das Konzept, ein Camp mit einer lokal angebundenen Aktion zu verbinden. Dafür ist es wichtig, dass die Organisator*innen selbst in den lokalen Kämpfen aktiv sind, um die Kontakte zu den Initiativen vor Ort herzustellen und eine nachhaltige Wirkung zu ermöglichen. Darüber hinaus ist auf der Ebene von Beyond Europe eine Intensivierung der Debatte und der Vernetzung durch ein jährliches Camp oder auch eine gemeinsame Aktion zu erhoffen. Das europäische Grenzregime bietet sich dafür an, und macht eine verstärkte transnationale Zusammenarbeit auch erforderlich.

Fußnoten

- (1) Beyond Europe ist eine antiautoritäre und antikapitalistische Plattform, die aktuell aus Alpha Kappa (GR), Drasi (GR), Plan C (UK), Syspirosi Atakton (CY) und ...ums Ganze! (D, AT) besteht: <http://beyondeurope.net>
- (2) <http://march18.net/call/german/>
- (3) <http://beyondeurope.net/454/last-call-the-stakes-are-high-but-still-too-low/> (»die Organisation voranzutreiben, unsere Netzwerke zu vertiefen und unsere Mobilisierung gegen den Kapitalismus und seine Durchsetzung in ganz Europa zu planen.«)
- (4) Vgl. <http://lowerclassmag.com/2015/08/goldene-versprechungen-dunkle-zukunft/>
- (5) Vgl. Ebd.
- (6) Aus der Pressemitteilung von Eldorado Gold: »Construction and development activities at the Skouries Project will be suspended.« <http://www.eldoradogold.com/news-and-media/news-releases/press-release-details/2016/Eldorado-Gold-Announces-Amended-Investment-Plans-in-Greece/default.aspx>

